KOMMUNISMUS UND KLASSENKAMPF

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Jahrg. 3, Nr. 1 März 1975

INHALT:

Joscha Schmierer
Sozialfaschismusthese und politische Programmatik der KPD 1928–33 S. 2

Willfried Maier
In einer Organisation ohne politischen Halt müssen bürgerliche Auffassungen die Oberhand gewinnen
Zu den Auffassungen und zur Politik des KB-Nord S. 15

Fortschreitende Krise oder 'relative Stabilisierung'?
Zur Kritik der Broschüre "Wirtschaftsentwicklung und Klassenkampf" ('Revolutionärer Weg' 13 und 14/74) S. 37

Die Politik der Kommunisten gegenüber den verschiedenen Klassen und Schichten der Landbevölkerung
Zu dem Artikel "Die Stellung der Kommunisten zur Bauernfrage" in 'Kommunismus und Klassenkampf' 3/74 S. 43

Der Revisionismus führt zur Machtübernahme der Bourgeoisie – Das Beispiel Ungarn S. 48

Zur Debatte über unsere Aufgaben in der Kulturarbeit S. 54

Zu einigen Problemen bei der Organisierung einer kommunistischen Linie bei der Kulturarbeit S. 58

Hans-Jörg Hager
Einige Erfahrungen aus dem Landtagswahlkampf in Hessen S. 72

Kommunismus und Klassenkampf
Zeitschrift des Kommunistischen Bundes Westdeutschland herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

Redaktion: Ständiger Ausschuß des Zentralen Komitees
Verantwortlicher Redakteur: Joscha Schmierer, 68 Mannheim, Sandhoferstraße 29

Erscheint viermal jährlich im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim 1, Sandhoferstraße 29, Tel.: 0621/36015
Postscheckkonto: Kühl KG, Postscheckamt Karlsruhe, Konto Nr. 171 453 - 759
Bankkonto: Kühl KG, Volksbank Mannheim, Konto Nr. 57 34 18

Preis der Einzelnummer: DM 4.–
Das Jahresabonnement (4 Nummern incl. Porto) kostet DM 16.–

Auflage: 12 000

Satz und Druck: J.Elfert (Caro–Druck), 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6

Berichtigungen

Kommunismus und Klassenkampf 2/74
In dem Aufsatz "Zur Frage der Abschaffung aller indirekten Steuern im KBW-Programm" wird auf Seite 115 in der ersten Spalte in der Tabelle eine falsche Zahl für den Jahresbetrag der Mehrwertsteuer von 1971 genannt. Statt 42,8 muß es 30,9 Mrd.DM heißen.

Kommunismus und Klassenkampf 4/74
In dem Artikel "Der Zweck der Diktatur des Proletariats ist die soziale Befreiung der Arbeiterklasse" muß es auf Seite 281, 1.Spalte in der 12.Zeile von unten in dem Lenin-Zitat heißen: Wir wollen keine Freiheit für die Bourgeoisie, wir erkennen keine Gleichheit der Ausbeuter und Ausgebeuteten an... -Das Wort 'Gleichheit' ist ausgelassen worden.

Auf Seite 295 ist in dem Anhang des Artikels "Über einige Probleme der Diktatur des Proletariats und der proletarischen Demokratie" in der englischen Übersetzung der Verfassungsartikel der Artikel 18 fäschlicherweise als Artikel 10 bezeichnet. Der Artikel 10 fehlt in der Übersetzung.

Sozialfaschismusthese und politische Programmatik der KPD 1928-33

*Im Zusammenhang mit der Programmdebatte in der Gruppe Rote Fahne (KPD) ist die Auseinandersetzung um die "Sozialfaschismus-These" der KPD zwischen 1929 und 1933 aufs neue entflammt. Innerhalb der Gruppe Rote Fahne (KPD) hat diese Auseinandersetzung zu einer Welle von Ausschlüssen und Austritten geführt. Die ausgeschlossenen und ausgetretenen Mitglieder der Gruppe Rote Fahne (KPD) und ihrer Massenorganisationen schlossen sich in einzelnen Städten zu oppositionellen Zirkeln zusammen, die dann als "Sozialistisches Plenum" auftraten, so nach unserem Wissen in Berlin, Bonn und Hamburg. Auf Initiative des "Sozialistischen Plenums" Bonn fand am 15.Januar eine Debatte statt über die Sozialfaschismus-These, an der von seiten der Gruppe Rote Fahne (KPD) das GRF-Mitglied von Plato teilnahm, von Seiten des "Sozialistischen Plenums" Hannes Heer und von Seiten des KBW der Verfasser dieses Artikels. Um den engen Rahmen dieser Debatte über die Sozialfaschismus-These zu erweitern und eine umfassende Debatte der KPD in den Jahren von 1929 bis 1933 einzuleiten, habe ich einleitend folgende These vorgetragen, die durch weitere Thesen ergänzt wurde.**

Die Sozialfaschismus-These ist nur eine von mehreren wichtigen Abweichungen vom Marxismus-Leninismus, die die Politik der Komintern und insbesondere die Politik der KPD nach dem VI.Kongreß kennzeichneten. Sie muß im Zusammenhang mit diesen anderen Abweichungen gesehen und kritisiert werden. Diese Abweichungen bestehen in der RGO-Linie, in der Einschränkung der umfassenden Politik der Aktionseinheit auf die Aktionseinheit von unten und auf Entlarvung, in der Einschränkung des politischen Kampfes auf Teilforderungen ohne Verbindung mit der Eroberung der politischen Macht und der Errichtung der Diktatur des Proletariats, d.h. Ablehnung der revolutionär-demokratischen Forderungen und Verwandlung der Losung der Diktatur des Proletariats in eine Phrase, falsche Aufnahme der Forderungen nach nationaler Unabhängigkeit und Souveränität, weil isoliert von den Forderungen nach Demokratie, obwohl sie deren Bestandteil sind. Diese Fehler lassen sich zusammenfassen in zwei Hauptfehlern:
Fehleinschätzung der Klassenkampfsituation und Rückfall in den imperialistischen Ökonomismus. Die Fehleinschätzung der Klassenkampfsituation als einer Situation der revolutionären Offensive im Sinne der unmittelbaren Einleitung der Eroberung der politischen Macht, war eine 'linke' Abweichung. Der Rückfall in den imperialistischen Ökonomismus bedeutete eine Rechtsabweichung. Beide Sorten der Abweichungen wurden zusammengehalten in einer Linie der Radikalisierung des ökonomischen Kampfes und der revolutionären Phrase als Linie für den politischen Kampf. Als entscheidendes Kampfmittel sollte der revolutionäre Massenstreik dienen, während die anderen Kampfformen demgegenüber vernachlässigt wurden.

All diese Abweichungen sind bereits in den Beschlüssen des VI.Weltkongresses wie in dem dort beschlossenen Programm der Komintern teilweise angelegt und gelangten in der Politik der KPD in den Jahren nach 1928 zur vollständigen Blüte.
Durch den VII.Weltkongreß wurden diese Fehler korrigiert. In der Folge ist es jedoch nicht gelungen, die weltanschaulichen Grundlagen, auf denen diese Fehler beruhten, zu beseitigen, so daß der VII.Weltkongreß selber durch die Beschlüsse der KPD auf der Brüsseler und Berner Konferenz und erst recht dann durch die diversen Nachkriegsbeschlüsse nach rechts hin korrigiert wurde, bis nach dem Sieg des Revisionismus in der SU die ganze Linie der KPD zusammenbrach und die KPD sich in eine revisionistische bürgerliche Partei verwandelte, die dann als DKP legal wieder auferstand.

In der Geschichte der KPD gibt es keine Phase, die heute einfach wieder aufgenommen werden könnte. Erstens geht das grundsätzlich nicht, zweitens ist in jeder dieser Phasen auch die offizielle Linie der KPD durch zahlreiche Abweichungen gekennzeichnet, sodaß diese Geschichte, um für die Arbeiterbewegung und den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei nutzbar gemacht zu werden, einer gründlichen Untersuchung nach richtig und falsch unterzogen werden muß entsprechend den Lehren des Marxismus-Leninismus.

Unbestreitbar hat die deutsche Arbeiterbewegung gegenüber der Kapitalistenklasse und dem Faschismus eine Niederlage erlitten, unbestreitbar war die deutsche Arbeiterklasse nicht in der Lage, den Faschismus aus eigener Kraft niederzuschlagen, unbestreitbar hat die deutsche Arbeiterklasse nach der Niederlage des Faschismus im 2.Weltkrieg nur teilweise und nur vorübergehend über die Bourgeoisie einen Sieg davongetragen, unbestreitbar ist es

**Der folgende Artikel soll ein bißchen einen freien Kopf schaffen und soll daran erinnern, daß wir uns als Kommunisten schon selber anstrengen müssen, um das Richtige vom Falschen zu unterscheiden. Dabei nützt es wenig, wenn gleich beim ersten Gedanken, den irgendjemand äußert, aufgeheult wird und irgendetwas dahergeschrieen wird von Beleidigung dieses oder jenes Zentralkomitees. Dies nützt schon deshalb wenig, weil man zum Schreien mehr Atem braucht als zum Nachdenken und man nach dem Geschrei wohl oder übel selber wird nachdenken müssen.
Der folgende Artikel stützt sich auf die zahlreichen Artikel in Kommunismus und Klassenkampf zum Kampf um Demokratie sowie auf die Broschüren "Klassenkampf und Programm" und die Polemik gegen den Programmentwurf der Gruppe Rote Fahne (KPD). Insbesondere stützt er sich auf die "Thesen zur Faschismusfrage" in Neues Rotes Forum Nr. 3/72 sowie auf das Buch "Faschismusanalyse und antifaschistischer Kampf der Kommunistischen Internationale und der KPD 1923 bis 1945" (Verlag Neues Rotes Forum, neu aufgelegt im Verlag Jürgen Sendler und beziehbar über Buchvertrieb Mannheim).**

der Arbeiterklasse in der DDR nicht gelungen, die Restauration der Herrschaft der Bourgeoisie in der DDR zu verhindern, und genauso unbestreitbar ist es, daß es der Bourgeoisie in Westdeutschland und in Westberlin gelungen ist, ihre Herrschaft in einer so stabilen Weise wieder herzustellen und diese Herrschaft so auszubauen, wie dies nach der schwerwiegenden auswärtigen Niederlage der deutschen Bourgeoisie im 2.Weltkrieg nicht erwartet werden konnte. Unbestreitbar ist auch, daß die Partei der Arbeiterklasse, die KPD, sowohl in der DDR als auch in der BRD revisionistisch entartet ist, und daß aus dieser Partei weder in der DDR noch in der BRD der Kern einer neuen Führung der Arbeiterklasse hervorgegangen ist durch Spaltung der revisionistisch entarteten Parteien und die Neugründung der marxistisch-leninistischen Partei. Wenn aber dies nicht bestritten wird und es kann nicht bestritten werden, dann kann niemand behaupten, die Geschichte der KPD sei vorbildlich, kann niemand behaupten, daß die Politik der KPD einfach übernommen werden könnte, denn diese Politik ist mitverantwortlich für die Niederlagen der deutschen Arbeiterklasse. Wer das leugnet, der leugnet in Wirklichkeit die führende Rolle der KPD, leugnet, daß die KPD die Partei der Arbeiterklasse gewesen ist. Wenn also heute sogenannte Kommunisten herumlaufen und der Arbeiterklasse die Politik der KPD einfach als vorbildlich verkaufen wollen und ihre eigene, lächerliche Nachahmung dieser Politik gleich noch dazu, und wenn diese Leute die KPD von der Verantwortung für die Niederlagen der deutschen Arbeiterbewegung freisprechen wollen, dann handelt es sich hier einerseits um bloße Apologetik, andererseits um eine Schmähung der KPD: als wäre die Politik der KPD, der Partei der deutschen Arbeiterklasse, in der gleichen Weise bedeutungs- und belanglos gewesen, wie es ihre lächerliche Nachahmung heute tatsächlich ist und bleibt. Es gibt aber Leute, die der Arbeiterklasse so kommen wollen. Sie alle haben sich eine bestimmte Phase der Geschichte der KPD herausgepickt und verteidigen diese als schlechterdings vorbildlich und keiner grundsätzlichen Kritik unterziehbar. Sobald eine solche Kritik dennoch geäußert wird, verfallen sie in hysterisches Geschrei und brüllen, man würde irgendein ruhmreiches ZK beleidigen. Seltsam ist, daß diese sogenannten Kommunisten gleichzeitig behaupten, daß sie den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung folgen. Offensichtlich besteht aber eine der Lehren dieser Führer der internationalen Arbeiterbewegung darin, daß Niederlagen der Arbeiterklasse erklärt werden müssen und daß sie nicht erklärt werden können, wenn man nicht schonungslos Selbstkritik übt und die Fehler in der Partei selber aufspürt.

Die Gruppe Rote Fahne hat sich die Politik der KPD nach dem VI.Weltkongreß zum Vorbild erkoren, wobei sie von der Niederlage dieser Politik gegenüber der Spalterpolitik der Sozialdemokratie und als Folge davon von der Niederlage gegenüber dem Faschismus absieht. Außerdem hat sie sich diese Geschichte, unter Absehung von der Niederlage, von hinten nach vorn angeeignet, so daß sie von den sektiererischsten Auswirkungen und Ausformungen dieser Politik sich langsam zu den unentschiedenen Ursprüngen dieser Politik vorarbeitete, was den entsprechenden Niederschlag in der Politik der Gruppe Rote Fahne fand. Ging die tatsächliche KPD z. B. zunächst vom Aufbau der RGO als innergewerkschaftlicher Opposition aus unter der Parole "Hinein in die Gewerkschaften – Stärkt die RGO", ließ dann den ersten Teil der Parole weg und landete schließlich bei der Gründung selbständiger Gewerkschaften, so ging die Gruppe Rote Fahne umgekehrt von der Notwendigkeit der Spaltung der bestehenden Gewerkschaften aus und schlug von vornherein mit diesem Zweck den RGO-Kurs ein. Stellte sie so zunächst die Parole "Vorwärts im Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition!" auf, so ergänzte sie schließlich die Parole "Stärkt die RGO!" durch den Vorsatz "Hinein in die Gewerkschaften!", und ist heute bei einer völlig unentschiedenen und schwankenden Haltung in der Gewerkschaftsfrage gelandet, wo die RGO meist nur noch taktisch begründet wird mit dem Ausschlußterror der Gewerkschaftsführer etc.. Oft wird die RGO gar nicht mehr erwähnt, was wohl auch ihrer gegenwärtigen Bedeutung entspricht. (1)
In der RGO-Frage hat sich die Linie der Politik der Gruppe Rote Fahne idealtypisch verkehrt entwickelt. In anderen damit zusammenhängenden Fragen hat sie ihre Auffassungen nicht so konsequent von hinten nach vorn entwickelt, sondern unsystematisch: so hat sie ursprünglich die Sozialfaschismus-These abgelehnt oder zumindest nicht propagiert, dann ist sie in der Alltagsauseinandersetzung mit der Sozialdemokratie von der Losung "Kampf der Brandt-Scheel-Regierung" übergegangen zur Enthüllung der "sozialfaschistischen" Schandtaten (körperliche Angriffe von SPD-lern auf Mitglieder der Gruppe Rote Fahne, als diese in SPD-Versammlungen revolutionär eingreifen wollten), dann ist die Dissertation von Alexander von Plato erschienen, die in apologetischer Weise die Sozialfaschismus-These behandelte und schließlich ist die Sozialfaschismus-These in das Programm der Gruppe Rote Fahne aufgenommen worden. Dort heißt es: "Geraten die Bourgeoisie und ihr Staat in eine tiefe politische Krise und wirtschaftliche Krise, so entwickeln sich die Führungsgruppen der Sozialdemokratie gesetzmäßig nach rechts. Ihnen kann die Rolle zufallen, der offen terroristischen Diktatur den Weg zu bereiten, sie selbst auszuüben oder sich an ihr zu beteiligen. In all diesen Fällen ist sie sozial und demokratisch in der Phrase, faschistisch in den Taten – sozialfaschistisch. Ob sich die Monopolbourgeoisie ihrer für diesen Zweck bedient oder sie als nutzlos beiseiteschiebt, hängt ab vom Stand der Klassenkräfte und insbesondere davon, ob die Sozialdemokratie den reaktionären Gewerkschaftsapparat in das System des staatlichen Terrors einbauen kann." (2)

Sogleich muß man feststellen, daß dieser Unsinn nicht von der tatsächlichen KPD abgeschrieben werden konnte. Auf derlei Spekulationen, von jeder Geschichtskenntnis ungetrübt, haben sich selbst die schlechtesten Literaten der tatsächlichen KPD niemals eingelassen. Zunächst ist alles unbestimmt. Rechts und sozialfaschistisch wird gleichgesetzt. Sozialfaschistisch selbst ist alles Mögliche: der offen terroristischen Diktatur den Weg bereiten (aktiv oder passiv? durch bewußte Anstrengung oder durch Kapitulation? durch die Festlegung der Arbeiterklasse auf diesen Kurs oder durch ihre Spaltung?), sie selbst ausüben (womit? in welcher Form?), sich an ihr beteiligen (mit wem zusammen? in einer Koalitionsregierung? durch Beteiligung an einer Militärregierung? durch ein Bündnis mit den Faschisten?). Um was für eine tiefe politische und wirtschaftliche Krise soll es sich handeln? Eine Krise wie 1918? Wie 1929-1933? Eine Krise der Bourgeoisherrschaft überhaupt oder eine Krise einer bestimmten Form der Bourgeoisherrschaft? Eine Krise, in die die Bourgeoisie aus einer Situation der politischen Stärke oder

(1) vgl.: Programmentwurf, Entwurf eines Aktionsprogramms und politische Linie der Gruppe Rote Fahne (KPD) – eine Polemik – herausgegeben vom ständigen Ausschuß des Zentralen Komitees des KBW, Mannheim 1974, S. 63 ff
(2) Programm und Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands, S. 24

einer Situation der politischen Schwäche hineingerät? Um was für eine offen terroristische Diktatur handelt es sich? Die offen terroristische Diktatur der ganzen Bourgeoisie? Oder von Teilen der Bourgeoisie und wenn ja, welcher? Egal – "in all diesen Fällen ist sie", die SPD, "sozialfaschistisch". Und zwar von sich aus – immer. Die Frage bleibt bloß, ob die Monopolbourgeoisie (jetzt also nicht mehr einfach die Bourgeoisie, sondern die Monopolbourgeoisie – aber welche Teile der Monopolbourgeoisie?) sie beiseite schiebt oder nicht. Dies wiederum hängt davon ab, ob die Sozialdemokratie den reaktionären Gewerkschaftsapparat in das System des staatlichen Terrors einbauen kann. Bloß den "Apparat"? Wie weit reicht der? Um was für ein System staatlichen Terrors handelt es sich? Das System offenen staatlichen Terrors? Des versteckten, bürgerlich-demokratischen, staatlichen Terrors? Gleichviel!
In welcher Form geschieht dieser "Einbau"? In der Form der Arbeitsgemeinschaft? In der Form der Verstaatlichung der Gewerkschaften? In der Form ihrer Unterwerfung unter den "Betriebsführer"? Oder wie? Ob die so oder so sozialfaschistische Sozialdemokratie von der Monopolbourgeoisie beiseite geschoben wird oder nicht, soll insbesondere von dem Einbau des Gewerkschaftsapparats in das "System staatlichen Terrors" abhängen. Nebenher soll es auch noch vom "Stand der Klassenkräfte" abhängen. Und der Einbau? Wovon hängt der ab? Und welchen Einfluß hat der Stand der Klassenkräfte auf den Charakter und die Form der tiefen politischen und wirtschaftlichen Krise, in der die Sozialdemokratie gesetzmäßig nach rechts geht und damit sozialfaschistisch wird?

Fragen über Fragen, und die Antwort lautet stets: die Sozialdemokratie wird sozialfaschistisch. All dies wird in die Welt gesetzt, ohne daß auch nur der Versuch gemacht worden wäre, zuvor den Charakter des Faschismus als Herrschaftsform der Bourgeoisie zu analysieren und zu bestimmen.
Hier haben wir es mit einem Produkt der Metaphysik zu tun und metaphysisch und idealistische ist die Methode, die solches Produkt hervorbringt.
Der Form nach handelt es sich um eine kühne Verallgemeinerung falscher Auffassungen der tatsächlichen KPD, die vom VII.Weltkongreß längst zurückgewiesen worden sind. Diese Verallgemeinerung beruht auf einem grotesken Verstoß gegen das Wesen der marxistisch-leninistischen Erkenntnismethode: der konkreten Analyse der konkreten Situation. Derlei Spekulation hatte bereits Dimitroff auf dem VII.Weltkongreß kritisiert:
"In ihrem Unvermögen, an die Erscheinungen der lebendigen Wirklichkeit konkret heranzugehen, ersetzen manche Genossen, die an Denkfaulheit leiden, das eingehende und sorgfältige Studium der *konkreten* Lage und des Kräfteverhältnisses der Klassen durch allgemeine nichtssagende *Formeln*. Sie erinnern nicht an Scharfschützen, die mitten ins Schwarze treffen, sondern an solche 'Meisterschützen', die systematisch und unausbleiblich *danebentreffen*, bald höher, bald tiefer, bald weiter, bald näher am Ziel vorbeischießen. Wir aber wollen, Genossen, als kommunistische Kämpfer der Arbeiterbewegung, als revolutionäre Avantgarde solche Scharfschützen sein, die tatsächlich unfehlbar ins Schwarze treffen." (3)

Der VII.Weltkongreß und insbesondere die Beiträge Dimitroffs waren eine gründliche Abrechnung mit den Fehlern, die die Komintern und insbesondere die KPD zwischen dem VI. und dem VII.Weltkongreß gemacht hatte. Schlecht ist, daß diese Abrechnung vielfach nicht ausdrücklich durchgeführt wurde.

Der wahre Kern der Sozialfaschismusthese besteht darin: Die Politik der Sozialdemokratie hat die Arbeiter gespalten, einen großen Teil der Arbeiterklasse bewußt der Bourgeoisie unterworfen, die ganze Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen den Faschismus geschwächt und die revolutionären Teile der Arbeiterklasse, insbesondere die KPD, mit allen Mitteln bekämpft. Damit hat die SPD entscheidend zum Sieg des Faschismus und zur Niederlage der Arbeiterklasse beigetragen: "Der Faschismus konnte vor allem deshalb siegen, weil die Arbeiterklasse durch die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie, die von den Führern der Sozialdemokratie betrieben wurde, gespalten, gegenüber der Bourgeoisie politisch und organisatorisch entwaffnet war. Die Kommunistischen Parteien aber waren nicht stark genug, um ohne und gegen die Sozialdemokratie die Massen in Bewegung zu bringen und den entscheidenden Kampf gegen den Faschismus zu führen." (4)
Deshalb hätte die KPD eine korrekte Politik der Aktionseinheit entwickeln müssen, um die proletarische Einheitsfront herzustellen. Die Sozialfaschismusthese behinderte sie jedoch an einer korrekten Politik der Aktionseinheit und erleichterte es den Führern der Sozialdemokratie, die Herstellung der Einheitsfront wirksam zu verhindern. Da die Sozialfaschismusthese die SPD dem Faschismus gleichstellte und die sozialdemokratischen Führer den Faschisten gleichstellte, konnte die KPD keine Politik der Aktionseinheit entfalten, und wenn sie es doch versuchte, konnten die sozialdemokratischen Führer diese Aktionseinheit unter Hohngelächter ablehnen, weil sie offensichtlich nicht ernst gemeint sei. Dimitroff hat in seinen Beiträgen auf dem VII.Weltkongreß die Sozialfaschismusthese vollständig zurückgewiesen, indem er eine richtige Politik der Aktionseinheit entwickelte, er hat dies jedoch nirgends ausdrücklich getan. Soweit ich sehe, wurde die Sozialfaschismusthese auf dem VII.Weltkongreß nur ein einziges Mal ausdrücklich erwähnt, von R.Palme Dutt, beschönigend und so als hätte sie nur aus diesem wahren Kern bestanden und nicht aus einer vollständigen Verballhornung dieses wahren Kerns:
"Die grundlegende 'Analyse des Sozialdemokratismus als Ideologie und Praxis der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie, was in der gegenwärtigen Etappe unvermeidlich zur Vorbereitung und Erleichterung des faschistischen Vormarsches führt, bleibt weiter in Kraft. Es bleibt heute so wahr wie gestern, daß Wels und Severing dem Faschismus in Deutschland den Weg geebnet, die Rolle des Sozialfaschismus gespielt haben, ebenso wie sie heute bereit sind, der bürgerlichen Diktatur im Falle einer Schwächung des Hitler-Regimes zu Hilfe zu eilen." (5)
Wenn die Sozialfaschismusthese nur darin bestanden hätte, daß der Sozialdemokratismus als Ideologie und Praxis der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie zur Vorbereitung und Erleichterung des Faschismus führt! Sie hat aber darin bestanden, daß die Sozialdemokratie und die Ideologie und Praxis der Arbeitsgemeinschaft selber nichts anderes als Faschismus sei!
Wenn Dutt die Sozialfaschismusthese verharmlost, dann

(3) G.Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampfe für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, S. 726; hier in einer neuen Übersetzung zitiert nach "VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale – Referate, Aus der Diskussion, Schlußwort, Resolutionen", Frankfurt am Main 1972, S. 247 f
(4) G.Dimitroff, Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, S. 328
(5) R. Palme Dutt, Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, S. 463

kann er sich natürlich darauf beziehen, daß diese These niemals wirklich klar formuliert worden ist und deshalb der Begriff Sozialfaschismus die mannigfaltigsten Bedeutungen annahm. Fest steht jedenfalls, daß die Sozialdemokratie dadurch direkt als faschistische Partei gekennzeichnet werden sollte, als "aktivste Kraft der Faschisierung" und als "gemäßigter Flügel" des Faschismus (XI. Plenum des EKKI), und daß gerade die Unbestimmtheit dieser These die wildesten linken Abweichungen in der Theorie und Praxis hervorrufen mußte, wie zum Beispiel den Merkerismus.

Der VII.Weltkongreß hat mit der Sozialfaschismusthese Schluß gemacht, aber er hat das unter der Hand gemacht. Das macht auf der einen Seite seine große positive Bedeutung aus, zeigt aber gleichzeitig seine Schwäche, die in einer Verharmlosung der Sozialfaschismusthese und der durch sie verursachten Fehler bestand. Diese Schwäche des VII.Weltkongresses erleichtert es Gruppierungen wie der Gruppe Rote Fahne (KPD), diese längst widerlegte und von der Komintern verworfene These neu aufzuwärmen.

Abweichungen der KPD vom Marxismus-Leninismus

Imperialistischer Ökonomismus

Der imperialistische Ökonomismus besteht darin, daß er den revolutionären Kampf für Demokratie und demokratische Forderungen durch den Eintritt des Kapitalismus in seine imperialistische Epoche für erledigt betrachtet, daß er dementsprechend ein politisches Minimalprogramm, das die Forderungen des konsequenten Demokratismus umfaßt, ablehnt und den Kampf der Arbeiterklasse auf den ökonomischen Kampf einschränkt oder den politischen Kampf nur auf ökonomischem Boden zu führen bereit ist. Dieser Einschränkung des Klassenkampfes auf wirtschaftliche Forderungen oder des politischen Kampfes auf ökonomischem Boden, entspricht auf der anderen Seite eine losgelöste Propaganda der Diktatur des Proletariats und des Sozialismus, ohne daß der Weg aufgezeigt werden könnte, auf dem das Proletariat an die Eroberung der politischen Macht herankommen kann, seine Diktatur errichten kann, um den Sozialismus aufzubauen. Als Strömung innerhalb der revolutionären Arbeiterbewegung hat sich der imperialistische Ökonomismus erstmals in der Auseinandersetzung um das Selbstbestimmungsrecht der Nationen gezeigt. Seine Sprecher fand der imperialistische Ökonomismus in Bucharin und Pjatakov. Gegen diese Strömung aufgetreten ist vor allem Lenin, der auch die entscheidenden ideologischen und politischen Schlachten gegen diese für den Klassenkampf des Proletariats schädliche Strömung geführt hat. Hatte diese Auseinandersetzung zunächst begonnen als Auseinandersetzung um das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, so erstreckte sie sich in der Programmdiskussion innerhalb der bolschewistischen Partei während der Jahre 1916 bis 1918 auf das ganze politische Minimalprogramm. Die imperialistischen Ökonomisten wollten dieses Minimalprogramm streichen, Lenin wollte dieses Minmalprogramm im Geiste des revolutionären Demokratismus neu formulieren. Lenin hat sich in dieser Auseinandersetzung zunächst durchgesetzt, sowohl in der Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen als auch in der Frage des politischen Minimalprogramms insgesamt. In der KPdSU verlor diese Auseinandersetzung nach dem Sieg des Proletariats an Bedeutung, bzw. verlagerte sich auf andere Gebiete. Außerhalb der Bolschewiki war diese Auseinandersetzung niemals konsequent aufgenommen worden und bis zu Ende geführt worden. Dies erklärt, weshalb nach Lenins Tod der imperialistische Ökonomismus aufs Neue sein Haupt erheben konnte und in der Komintern und hier wiederum vor allem in der KPD sich ohne ernsthafte theoretische und politische Gegenwehr weitgehend durchsetzen konnte. Im Programm der Komintern, das auf dem VI. Weltkongreß verabschiedet und das im wesentlichen von Bucharin entworfen worden ist, hat der imperialistische Ökonomismus seinen Niederschlag gefunden, indem keine Forderungen eines politischen Minimalprogramms entwickelt wurden und indem in der Militärfrage ausdrücklich gegen den revolutionären Demokratismus Stellung genommen wurde. Dies geschah mit den gleichen Argumenten, mit denen seinerzeit Bucharin und Pjatakov sich gegen das Selbstbestimmungsrecht der Nationen ausgesprochen hatten: der revolutionäre Demokratismus sei durch den Eintritt des Kapitalismus in seine imperialistische Epoche illusionär geworden und reaktionär. Statt die Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung und Auflösung der stehenden Heere zum Programm zu erheben, beschränkte sich das Programm auf die Ablehnung der sozialdemokratischen Verballhornung dieser Forderung und die Aufstellung von Teilforderungen, die, gelöst aus dem Zusammenhang der Forderungen der revolutionären Demokratie, dem Reformismus Tor und Tür öffneten. (6)

(6) vgl. dazu: Programm der Kommunistischen Internationale,S. 132 ff, vgl. meinen Aufsatz in 'Kommunismus und Klassenkampf' 2/74 (J.S.)

In diesem Artikel ist die Abweichung des Kominternprogramms in der Frage des revolutionären Demokratismus und insbesondere in der Frage der allgemeinen Volksbewaffnung aufgedeckt worden und mit einigen Zitaten von Lenin bewiesen worden. Es gibt aber immer noch viele "Leninisten", die verzweifelt nach Ausflüchten gegenüber dieser Beweisführung suchen. Sie behaupten nach wie vor, im Imperialismus und in imperialistischen Ländern sei die Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung überholt und laufe auf Unterstützung des Imperialismus hinaus. Lenin war genau entgegengesetzter Auffassung, als er sich mit entsprechenden Fehlern auseinandersetzen mußte:
"In bezug auf die Volksbewaffnung versus Entwaffnung scheint es mir doch, daß wir das Programm nicht ändern dürfen. Wenn die Worte vom Klassenkampf nicht eine Phrase in liberalem Geiste sind (wie sie das bei den Opportunisten, bei Kautsky und Plechanow geworden sind), wie kann man dann gegen eine geschichtliche Tatsache – die Verwandlung dieses Kampfes unter bestimmten Bedingungen in einen Bürgerkrieg – Einwände erheben? Wie kann ferner eine unterdrückte Klasse überhaupt gegen die Volksbewaffnung sein?
Dies ablehnen bedeutet in eine halbanarchistische Stellung zum Imperialismus geraten: Das ist meines Erachtens sogar bei uns bei einigen Linken zu beobachten. Wenn Imperialismus, sagen sie, dann ist weder Selbstbestimmungsrecht der Nationen noch Volksbewaffnung nötig! Das ist ein gewaltiger Irrtum. Gerade für die sozialistische Revolution gegen den Imperialismus ist sowohl das eine als auch das andere nötig.
Ob es "durchführbar" ist? Ein solches Kriterium ist falsch. Ohne Revolution ist beinahe das gesamte Minimalprogramm undurchführbar. Wenn man die Frage der Durchführbarkeit so stellt, verfällt man in Spießertum." (Lenin, Werke Band 35, Seite 173)
"Kann man den Standpunkt der linken skandinavischen Sozialdemokraten, die die Volksbewaffnung ablehnen, loben und richtig finden? Ich habe darüber 1910 mit Höglund gestritten und ihm zu beweisen versucht, daß das keine linke, keine revolutionäre Einstellung ist, sondern einfach Philistertum von hinterwäldlerischen Spießbürgern. Sitzen diese skandinavischen Spießer da in ihren Kleinstaaten, die schon beinahe am Nordpol liegen, und sind stolz darauf, daß sie leben, wo sich die Füchse gute Nacht sagen! Wie

Mit Verabschiedung des Kominternprogramms, das eindeutig Zugeständnisse an den imperialistischen Ökonomismus enthält, war für die Kommunistischen Parteien, die in Ländern kämpften und arbeiteten, in denen das Proletariat erst noch die politische Macht erobern mußte, in einer entscheidenden Frage die Aneignung des Leninismus weiter erschwert, bzw. unmöglich gemacht. Bereits vor dem VI.Weltkongreß war diese Aneignung des Leninismus ziemlich verstümmelt gelaufen: als Bolschewisierung beschränkte sie sich im wesentlichen auf organisatorische Fragen.

Die Debatte über das politische Minimalprogramm, die sich ohnehin kaum entwickelt hatte, war mit dem VI.-Weltkongreß abgeschlossen. Der revolutionäre Demokratismus, eine wesentliche Seite des Leninismus, spielte für die KPD weder theoretisch noch praktisch eine Rolle. Das aber bedeutete, daß zwar in der KPD viel von revolutionärem Ausweg die Rede war, jedoch keine Klarheit darüber bestand, unter welchen politischen Forderungen die Arbeiterklasse diesen revolutionären Ausweg einschlagen sollte und unter welchen politischen Forderungen sie die Volksmassen um sich sammeln sollte.
Der VI.Weltkongreß bestätigte die falsche Richtung, in die sich die KPD in der Frage der revolutionären Demokratie bereits vorher entwickelt hatte.
Im "Aktionsprogramm der KPD" hatte der Zentralausschuß 1925 geschrieben:

"5. Machtfrage
Die ständige parlamentarische Krise, der offenkundige Übergang der Regierungsmacht an die Vertreter der Schwerindustire und der Junker, die unerhörten Korruptionsskandale, an denen *alle* herrschenden Kreise und *alle* bürgerlichen Parteien beteiligt sind, die außenpolitische Hilflosigkeit der deutschen bürgerlichen Regierungen, all dies sowie die zu erwartende Zuspitzung der Klassenkämpfe verpflichten die KPD, die Frage der politischen Macht in Verbindung mit den anderen aktuellen Losungen der Partei vor den breiten Massen aufzurollen. In den Betrieben und in den Gewerkschaften müssen die Arbeiter vor die Frage gestellt werden:

Welche Regierung braucht das Proletariat?
Jeder Arbeiter wird verstehen, daß er nur eine solche Regierung brauchen kann, die seine Existenz sicherstellt, also *die mindestens die Gothaer Forderungen durchführt* (Achtstundentag, ausreichende Löhne, Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß usw.) und die außerdem einen Verwaltungsapparat besitzt, der nicht in der Gewalt der Monarchisten und der Arbeiterfeinde ist. Eine solche Regierung kann sich (wie auch das Beispiel der "Arbeiterregierungen" in Sachsen und Thüringen bewies) nicht auf das bürgerliche Parlament, nicht auf den korrupten reaktionären Verwaltungsapparat stützen, sondern sie muß sich stützen auf *proletarische Massenorgane*, die den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen, die illegale und die legale Reichswehr entwaffnen und das Proletariat so organisieren, daß es die Regierungsbeschlüsse selbst durchführen oder ihre Durchführung kontrollieren kann. Nur eine solche Regierung kann die Produktion den Händen der Bourgeoisie entreißen und sie der Leitung und Kontrolle der arbeitenden Massen unterstellen. Eine solche Regierung ist nichts anderes als die *Diktatur der Arbeiter und Bauernräte.*" (7)

Unter welchen politischen Forderungen sich das Proletariat gegenüber dem bürgerlichen Staatsapparat zusammenschließen sollte, unter welchen politischen Forderungen die Arbeiterklasse proletarische Massenorgane bilden sollte und unter welchen politischen Forderungen das Volk um die Arbeiterklasse gesammelt werden sollte, das wurde nicht gesagt. Lediglich was erreicht werden sollte, nicht wie es erreicht werden sollte, wurde ausgeführt. Entsprechend schreibt Ernst Thälmann in einem Aufsatz zum 10.Parteitag im Auftrag des Politbüros:
"Aber in der Partei wurde außer jenem ganz gegenstandslosen Wunsch (nach Schematisierung der Taktik für die Zukunft, d. h. nach "ideellen" spanischen Stiefeln für das höchst reale Leben) auch die Forderung erhoben, ein *festes Programm*, ein "Minimalprogramm", für unsere Zeit – Epoche? oder nur Periode? – aufzustellen.
Auch *das* muß die Partei ablehnen.
Unsere *Epoche* ist, unbeschadet der Stabilisierungs*periode*, die Epoche der proletarischen Revolution. In Deutschland steht *historisch* nur die *proletarische*, sozialistische Revolution auf der Tagesordnung.
Mininalprogramm – das ist ein System *fester* Forderungen für eine *Epoche* vor der proletarischen Revolution, die geeignet sind, die Überwindung dieser Epoche zu erleichtern.
Die Partei kann kein solches Minimalprogramm aufstellen. Denn sonst hieße das, daß sie für Deutschland eine *Epoche* vor der proletarischen Revolution als noch zu durchlaufen ansieht.

(Forts.Anm.6)
kann man zulassen, daß die revolutionäre Klasse am Vorabend der sozialen Revolution gegen die Volksbewaffnung ist? Das ist kein Kampf gegen den Militarismus, sondern das feige Bestreben, den großen Fragen der kapitalistischen Welt aus dem Wege zu gehen. Wie kann man den Klassenkampf "anerkennen", wenn man nicht versteht, daß er sich unvermeidlich in bestimmten Augenblicken in den Bürgerkrieg verwandeln muß? " (Lenin, Werke Band 35, Seite 164)
Wer die allgemeine Volksbewaffnung als Forderung ablehnt, landet in der Praxis notwendig bei der Losung der Entwaffnung, sei es auch bloß bei der Entwaffnung der Polizei (Gruppe Rote Fahne). Erhebt er gleichzeitig "propagandistisch" die Losung der Bewaffnung des Proletariats, so gerät ihm diese zur halbanarchistischen Phrase. Denn er kann die politische Form nicht nennen, in der diese Bewaffnung des Proletariats sich vollziehen muß.
1916 hat Lenin festgestellt: "Die Stellung des Imperialismus zur Demokratie und zum Minimalprogramm wird zu einem immer umfassenderen Problem (siehe das holländische Programm in Nummer 3 des Bulletins; die amerikanische SLP hat das ganze Minimalprogramm gestrichen. Entwaffnungsfrage)." (Lenin, Werke Band 35, Seite 231)
Dieses immer umfassendere Problem des Minimalprogramms und von Imperialismus und Demokratie, zu dem Lenin stets und eindeutig Stellung genommen hat in scharfer Auseinandersetzung gegen den imperialistischen Ökonomismus, ist zu Lebzeiten Lenins in der Komintern nicht vollständig geklärt und später falsch gelöst worden. Führend beteiligt an dieser falschen Lösung war Bucharin, von dem Lenin 1917 feststellte, daß er " 'an dieser selben verflixten Stelle' seit 1915" strauchelt. (Lenin, Werke Band 35, Seite 265 f.) Zahlreiche "Leninisten" von heute sind in Wirklichkeit Nachbeter von Bucharin und dessen Fehlern, sind Anhänger und Vertreter des "Idiotismus in der Frage zur Stellung zur Demokratie". (Lenin, Werke Band 35, Seite 232)
Insgesamt kann man sagen, daß nach den scharfen ideologischen Kämpfen, die Lenin gegen den imperialistischen Ökonomismus geführt hat, dieser schließlich doch siegte. Der imperialistische Ökonomismus ist jedoch nicht in der Lage, auf folgende Fragen zu antworten:
"... wie es zur Revolution kommen kann; was ist die Diktatur des Proletariats? Warum ist sie notwendig? Warum ist sie unmöglich ohne Bewaffnung des Proletariats? Warum ist sie durchaus vereinbar mit der Demokratie, der vollen, allseitigen Demokratie (entgegen der vulgären Meinung)? " (Lenin, Werke Band 35, Seite 259)

(7) Die KPD, die einzige Arbeiterpartei in Dawes-Deutschland. Thesen des Zentralausschusses der KPD vom 10./11. Januar 1925, in: Die Internationale 1925, 6 E, S. 29

Die Partei kann und muß eine Reihe von allgemeinen Forderungen nennen, deren Gesamtheit noch nicht unser Minimalprogramm bildet, die aber geeignet sind, die Überwindung unserer "stabilisierten" Übergangsperiode in unserer *Epoche* der proletarischen, der sozialistischen Revolution zu erleichtern.
Es gibt solche Forderungen, und die Partei hat schon in Frankfurt sich mit ihnen beschäftigt.
Aber die Partei darf aus ihnen kein starres *Programm* machen. Die Partei muß zwischen *Programm* und *Aktionsprogramm* unterscheiden. Aktionsprogramme kann man ändern: Sowohl der Situation entsprechend wie durch die Aktion selbst, die sie *überwindet*.
Deshalb ist es beispielsweise *richtig* gewesen, ein ganz enges "republikanisches Mindestprogramm" von Forderungen anläßlich der Hindenburgwahl – leider viel zu spät – aufzustellen. Aber das ist kein *Minimalprogramm*, das ist ein *Aktionsprogramm*.
Ebenso ist es richtig, eine etwas *weitergehende* Reihe von Forderungen (politischer und wirtschaftlicher Art) aufzustellen, die geeignet sind, den Übergang zur proletarischen Revolution und zur proletarischen Diktatur zu erleichtern. Nicht richtig wäre es dagegen, aus ihnen ein "Programm" zu machen im Sinne eines Minimalprogramms." (8)

Diese Ausführungen laufen darauf hinaus, daß die Arbeiterklasse in der Epoche des Imperialismus und der sozialen Revolution überhaupt kein Programm mehr brauchen könne und nur noch Aktionsprogramme. Im übrigen macht Thälmann das Minimalprogramm von der Frage abhängig, ob die proletarische Revolution im Sinne der Epoche aktuell ist und nicht von der Frage, ob die Arbeiterklasse bereits die politische Macht erobert hat oder nicht. Allein von letzterem ist jedoch die Notwendigkeit der Aufstellung eines politischen Minimalprogramms abhängig, wie Lenin gegenüber den imperialistischen Ökonomisten immer wieder nachgewiesen hat. (9) Im übrigen bleibt völlig schleierhaft, wie ohne ein Programm, das, solange die Arbeiterklasse die politische Macht nicht erobert hat, notwendig ein Minimalprogramm im Sinne Lenins mitumfassen muß, überhaupt die von Thälmann zu recht geforderte taktische Flexibilität erreicht werden kann, ohne in Beliebigkeit und Opportunismus abzugleiten.,
Mit dem 10. Parteitag und endgültig mit dem VI. Weltkongreß war dann eine Periode der Aneignung des Leninismus in der KPD abgeschlossen, die kaum begonnen hatte. Begonnen hatte sie mit einigen Aufsätzen von Karl Schmidt in der "Internationale", der die Frage des Kampfes um Demokratie in den richtigen Zusammenhang zu stellen versuchte: Einbeziehung des Volkes in die proletarische Revolution, die nur die Form der Volksrevolution annehmen kann. Eroberung und Bewahrung der Hegemonie des Proletariats in der Volksrevolution.
"Von der Revolution reden und dabei *bloß* das Proletariat, *bloß* Arbeiterfragen im Auge haben, das heißt eben entweder Reformist sein oder nur radikale Phrasen machen. Wer an eine *wirkliche* Revolution glaubt, der weiß auch von der Möglichkeit, der Notwendigkeit des "revolutionären Volkes", er beschäftigt sich *ernstlich* mit den anderen, den nichtproletarischen und halbproletarischen Klassen und fragt sich: Was wollen diese Klassen von der Revolution, unter welchen Umständen können sie zu aktiven Kräften der Revolution werden, welche Politik muß das Proletariat, müssen wir als seine führende Partei treiben, um dies herbeizuführen, die *Hegemonie* des Proletariats über diese Klassen zu *verwirklichen?*
Dies alles ist in Deutschland – wir müssen das gestehen – noch fast gar nicht verstanden worden. Und wenn theoretisch, so doch nicht praktisch. Noch heute wird die Möglichkeit eines "revolutionären Volkes" selbst von sehr radikalen Genossen geleugnet, das Problem der "anderen Klassen", wenn überhaupt, so ganz flach sozialdemokratisch als Stimmenfang bei Wahlen gestellt oder *höchstens* als Frage der Unterstützung im Moment der Machtergreifung selbst a la Trotzki, nicht als praktische Gegenwartsaufgabe, als springenden Punkt der "Organisierung der Revolution"." (10)
Sobald anerkannt ist, daß die proletarische Revolution die Form der Volksrevolution annehmen wird und annehmen muß, muß auch die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes für Demokratie anerkannt werden. Wenn diese Notwendigkeit anerkannt wird, muß auch die Notwendigkeit anerkannt werden, diesen Kampf unter revolutionärdemokratischen Forderungen zu führen und diese Forderungen niederzulegen in einem politischen Minimalprogramm.
In dem Artikel "Über unsere Stellung zur Militärfrage und die gegenwärtige Bedeutung 'republikanischer' Forderungen" versucht Karl Schmidt den Zusammenhang zwischen dem Kampf um Demokratie und der Hegemonie des Proletariats in der Militärfrage zu behandeln und entwickelt hier eine ganze Reihe richtiger Gedanken. Er tut dies in enger Anlehnung an Lenin. Unter anderem führt er aus:
"Die Losung der Volksbewaffnung ist eine 'republikanische', d.h. eine Forderung, die auf dem Programm auch der fortgeschrittensten bürgerlichen Revolution stand und steht. Dies zu leugnen, wäre unsinnig. (11) Wir haben in letzter Zeit auch eine Reihe anderer 'republikanischer' Forderungen aufgestellt. Dies gibt Gelegenheit, ein paar Worte über die allgemeine und prinzipielle Bedeutung von republikanischen Forderungen für die Kommunistische Partei zu sagen. Gerade die Losung der Volksbewaffnung wird als ein sehr gut geeignetes Beispiel dienen können. Hier taucht zuerst die Frage auf: Sind diese Forderungen zu einzelnen agitatorischen Zwecken aufgestellte Entlarvungsparolen oder entsprechen sie einer bestimmten materiellen Situation, einer Etappe und allgemeinen Aufgabe der proletarischen Revolution? Mit anderen Worten, haben sie eine Bedeutung auch für das Programm der Kommunistischen Partei?
Wir antworten: *Sie haben diese Bedeutung!* Und zwar bilden sie den *wesentlichen* allgemeinen Inhalt des politischen Minimalprogramms.
Über die Frage des Minimalprogramms selbst, die ja eigentlich keine Frage sein sollte, wird es wohl unnötig sein, viel Worte zu verlieren. Wir erinnern uns des scharfen Kampfes, den Lenin noch einige Tage vor dem Oktobersieg gegen eine Beseitigung des Minimalprogramms führte, und des bekannten Satzes aus dieser Polemik: 'Das Minimalprogramm hinauszuwerfen ... würde heißen, ganz zuwiderhandeln dem weisen Rat des weisen Sprichwortes, das lautet:

---

(8) E.Thälmann, in: Die Internationale 1925, 6 E, Sonderheft zum Reichsparteitag, 12.Juli 1925, S. 3
(9) Zum Beispiel in: Eine Karikatur auf den Marxismus, Lenin Werke, Band 23
(10) in: Die Internationale 6, S. 273 f
(11) Hier macht K.S. folgende Anmerkung: Nämlich sie als ausgesprochen proletarische hinzustellen – Unsinnig und gefährlich aber noch in einer anderen Beziehung. Ein 'prominenter' ultralinker Genosse, mit dem ich kürzlich darüber sprach, erklärte mir: 'Sehr gut, einverstanden, aber was hat diese Forderung mit der Republik zu tun? Es ist eine Kampfforderung gegen die Entente, eine nationale Parole!' Wer so denkt und die Forderungen nicht vor allem als Kampfforderungen gegen den eigenen Staat begreift (das ist das Wesentliche, was diese Forderungen 'mit der Republik zu tun' hat), der wird leicht zum Faschismus und Sozialpatriotismus entgleisen.

Rühme dich nicht, wenn du in den Kampf ziehst, sondern erst, wenn du vom Kampfe kommst'." (12)
"Schon Marx hat gesagt, daß jede wirkliche Revolution eine Volksrevolution ist, *auch* die proletarische Revolution. D.h. aber, daß *auch* die *proletarische* Revolution (und darin liegt ihr Gemeinsames mit den 'wirklichen' bürgerlichen Revolutionen) nicht nur die beiden polaren Klassen gegenüberstellt, nämlich Proletariat und Bourgeoisie, sondern *auch* gegenüberstellt das *Volk* auf der einen Seite, d.h. die Masse aller Ausgebeuteten und Entrechteten, und den *Staat* als Unterdrückungsmaschine der herrschenden Klasse auf der anderen Seite. Wenn das Proletariat der Führer der Revolution werden will, dann muß es sich bewußt die Organisierung des Gegensatzes zur Aufgabe setzen. (. . .) Die revolutionäre Arbeiterpartei, indem sie diese republikanischen Losungen (Volksbewaffnung, Wahl der Beamten, der Richter, Abschaffung der Todesstrafe usw.) auf ihr Minimalprogramm schreibt und sie konsequent bis ans Ende, bis zu dem Punkt fortführt, da sie in Widerspruch geraten mit der *bürgerlichen* Republik selbst, sowohl ihrem 'zaristischen' Exekutivapparat wie ihrer parlamentarischen Form, zeigt damit den Weg von der bürgerlichen zur proletarischen Republik. Im Moment der Revolution (ihrer ersten Etappe) werden hauptsächlich mit *diesen* allgemeinen politischen Parolen auf den Lippen die Sowjets als die Keime der proletarischen Republik (gegen die parlamentarisch-bürgerliche) *entstehen*. (Die wir dann freilich noch werden *erobern* müssen, um die Diktatur zu verwirklichen.) In diesem Sinn sind die Forderungen nicht schlechthin republikanisch, sondern Forderungen *'in Richtung auf'* die proletarische Republik." (13)
"Was ist der Sinn dieser republikanischen Forderung (Volksbewaffnung)? Das sagt Lenin sehr klar: 'Die Ersetzung der Polizei und der Armee als Institutionen, die *vom Volke getrennt* sind und *dem Volke entgegengestellt* werden, durch die direkte Bewaffnung des gesamten Volkes. Also: die *Gegenüberstellung des Volkes gegen den Unterdrückungsapparat des Staates.*" (14)

Am Schluß seines Artikels schreibt K.S.:
"Wir sind heute in der *entscheidenden* Etappe der Herausarbeitung einer bolschewistischen Partei, obwohl diese Etappe sehr prosaisch aussieht. Aber was wir uns *heute* erarbeiten, das wird seine Früchte tragen in der nächsten Revolution. Zweifellos wird auch diese nächste Revolution eine erste Etappe haben und diese erste Etappe wird bei der fortschreitenden Reaktion des Imperialismus gewisse demokratische Forderungen auf die Tagesordnung setzen. Wenn wir es heute nicht verstehen, diesen Punkt ins Auge zu fassen und ihn durch Ausarbeitung eines revolutionären Minimalprogramms in unsere politische Arbeit einzukalkulieren, dann wird diese erste Etappe der nächsten Revolution wieder unter den Einfluß der republikanischen Bourgeoisie geraten und, wie wir es drastisch erlebt haben, wieder auf ihren Ausgangspunkt zurückgeführt werden. Man vergesse nicht, daß die demokratischen Forderungen ihre reale Wurzel haben darin, daß es eben große Massen von Kleinbürgern und verkleinbürgerlichten Arbeitern gibt. Es wäre der größte Fehler, wollten wir die Existenz einer *kleinbürgerlichen* Demokratie in Deutschland leugnen, die unter Umständen eine revolutionäre Rolle spielen kann. Nämlich im Kampf gegen den reaktionären Imperialismus, in den *wir sie führen müssen.*
Dazu soll unser politisches Minimalprogramm dienen, dessen Ausarbeitung und revolutionäre Anwendung heute unsere zentrale politische Aufgabe ist. Eine entscheidende Rolle in diesem Programm aber wird die konkrete Stellung der Militär- und Polizeifrage spielen, weil die Frage der Bewaffnung die letzthin *entscheidende* Frage der Revolution ist." (15)
Diese Aussagen sind im wesentlichen richtig. Falsch ist, die demokratischen Forderungen allein unter dem Gesichtspunkt des Bündnisses mit kleinbürgerlichen Schichten zu betrachten und ihre Notwendigkeit aus dem Vorhandensein einer "kleinbürgerlichen Demokratie" zu begründen. Der Hauptgesichtspunkt ist, daß die "Gegenüberstellung des Volkes gegen den Unterdrückungsapparat des Staates" nur unter demokratischen Forderungen organisiert werden kann, wie auch die Arbeiterklasse nur unter demokratischen Forderungen zur politisch führenden Klasse des Volkes im Kampf gegen den bürgerlichen Staat werden kann. Die demokratischen Forderungen begründen sich aus der Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, sie ermöglichen das Bündnis mit anderen Teilen des Volkes; ohne revolutionär-demokratische Forderungen kann das Proletariat die Volksrevolution nicht vorbereiten und seine Hegemonie über die anderen Teile des Volkes nicht ausüben. Diesen Grundgedanken des Marxismus-Leninismus hat Lenin ausführlich in "Was tun?" und anderen Schriften entwickelt. Die KPD hat sich diesen Grundgedanken nie wirklich zu eigen gemacht. Als sie 1930 endlich erkannte, daß die proletarische Revolution auch in den westeuropäischen Ländern keine andere Form als die Form der Volksrevolution annehmen kann, geriet ihr auch diese Erkenntnis zur Phrase, weil sie den Zusammenhang zwischen der Form der proletarischen Revolution als Volksrevolution und dem revolutionären Kampf um Demokratie theoretisch nicht begriffen hatte und praktisch nicht herstellen konnte. Deshalb konnte sie auch niemals wirklich den Ökonomismus überwinden, den Karl Schmidt 1925 und 1926 in mehreren Aufsätzen in der "Internationale" als die Grundlage aller linken und rechten Abweichungen der KPD herausgearbeitet hatte:
"Man sagt oft leichthin, daß die Extreme sich berühren, und glaubt damit die Sache erledigt oder gar erklärt zu haben. Aber diese Banalität ist dafür ganz und gar untauglich. Es kommt darauf an, die tatsächlichen und konkreten ideologischen *Wurzeln* dieser Verwandtschaft herauszufinden. Diese Wurzeln sind vorhanden. Es sind folgende:
a. Die Stellung der Frage der praktischen Arbeit der Partei bloß ökonomisch oder hauptsächlich ökonomisch, vom ökonomischen Kampf ausgehend.
b. Die Theorie der reinen proletarischen Revolution und daher die falsche Stellung zu den anderen ausgebeuteten Klassen.
c. Die Betrachtung des Staates (und der proletarischen Diktatur) als bloßer Apparat.
Diese drei Hauptmomente, die sich am Grund aller Abweichungen (der letzten Jahre wie der Gegenwart) sowohl nach rechts wie nach links finden, können auch verstanden werden als Äußerungen eines Grundfehlers, des Unverständnisses der neuen Aufgaben und der Rolle des Proletariats als *Klasse*, sowohl seiner führenden Partei *wie* der Masse selbst, in der Revolution und bei der Vorbereitung der Revolution." (16)
All diese Fehler führen zum vollständigen Unverständnis der proletarischen Revolution als Volksrevolution und des Kampfes um Demokratie als ihre Vorbereitung. Sie sind

(12) Die Internationale 6, S. 299 f
(13) ebenda, S. 300 f
(14) ebenda
(15) ebenda, S. 350
(16) Karl Schmidt, Kommunisten, Sozialdemokraten, Syndikalisten und wildgewordene Spießbürger, in: Die Internationale 1926, S. 233

nichts anderes als Ausdruck des imperialistischen Ökonomismus. Demgegenüber entwickelte K. Schmidt die Aufgaben einer marxistisch-leninistischen Partei ganz richtig: "Die Verwirklichung der Hegemonie des Proletariats als die Aufgabe der Kommunistischen Partei schließt ein:
1. die gewerkschaftliche Organisation, den rücksichtslosen wirtschaftlichen Kampf des Proletariats gegen das Kapital;
2. die praktische Verwirklichung der proletarischen Einheitsfront;
3. das praktische Bündnis mit den ausgebeuteten Schichten des Halbproletariats, des Kleinbürgertums und der werktätigen Bauernschaft (auch der Mittelbauern);
4. die Eroberung der Mehrheit des Proletariats für die Kommunistische Partei;
5. die Erziehung des Proletariats selbst zur herrschenden Klasse durch Arbeit der Partei an sich selbst und Heranziehung der Arbeitermassen an die Vorhut.

Die *Verwirklichung* der Hegemonie des Proletariats ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei, die *immer* steht, auch in der tiefsten revolutionären Windstille. Sie ist Leitlinie und der konkrete Weg zur Diktatur des Proletariats. In revolutionären Situationen geht sie über in die Aufgabe der unmittelbaren Errichtung der Diktatur, der Schaffung der Sowjets, ihre Eroberung, die Vorbereitung und die Leitung des bewaffneten Aufstandes, den Aufbau des proletarischen Staates usw.. Aber die Hegemonie der Arbeiter, der Massen selbst über die Massen der übrigen Ausgebeuteten bleibt auch dann noch die Grundlage der Diktatur." (17)

Ich habe die Artikel von K.S. in der "Internationale" nicht deshalb so ausführlich diskutiert, weil in ihnen neue theoretische Gedanken entwickelt würden. Was theoretisch in diesen Artikeln Richtiges gesagt wird, ist alles bereits von Marx und Engels entwickelt und von Lenin weiterentwickelt worden. Ich habe diese Artikel vielmehr deshalb zitiert, weil sie zeigen, daß 1925/26 eine wesentliche Seite der Bolschewisierung, ihre politische Seite noch nicht vollständig verdrängt war, sondern durch die Artikel von K.S. in der "Internationale" aufgeworfen wurde und dies teilweise direkt in Polemik gegenüber anderen Mitgliedern der KPD, wie z.B. Heinz Neumann, die die Bolschewisierung nur als organisatorische Frage begriffen haben. (18) Wie gründlich in den folgenden Jahren allerdings die Seite des Leninismus und der Bolschewisierung verdrängt wurde, zeigt die Entwicklung von K.S. selbst. Derselbe Karl Schmidt, der 1925 für die Ausarbeitung eines demokratischen Minimalprogramms eingetreten ist und die völlig richtige Meinung vertrat, daß ohne ein solches Programm weder die Volksrevolution vorbereitet noch in ihr die Hegemonie des Proletariats gesichert werden könne, tat sich später, 1929, als geistloser Polemiker gegen die Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung hervor, ohne mit einem einzigen Wort Selbstkritik an seinen eigenen früheren Forderungen zu üben. (19) Das wäre auch schwer gefallen, denn diese Auffassungen waren eben richtig, konnten schwerlich kritisiert werden, konnten nur verdrängt werden. Mit der Zurückweisung der rechten Fehler gab er gleichzeitig seine früheren richtigen Auffassungen auf.

Da die KPD die Frage des revolutionären Kampfes um Demokratie nicht löste, sondern entsprechend dem Programm der Komintern von 1928 verdrängte, blieb sie, als sich die Klassenkämpfe mit dem Ende der relativen Stabilisierung verschärften, ohne politischen Kompaß für die Führung dieser Kämpfe. In dieser Situation beschloß das Zentralkomitee der KPD im August 1930 die **"Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes"**. Dies Programm war jedoch ungeeignet, den Klassenkampf des Proletariats zu führen und die Volksmassen um das Proletariat zusammenzuschließen.
Die Programmerklärung bestand aus einer Präambel, in der auf den historischen Charakter des Dokuments hingewiesen wurde:
"Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands beschloß auf Vorschlag des Genossen Ernst Thälmann die nachstehende Proklamation zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes. Diese Erklärung, die sich an alle Arbeitenden in ganz Deutschland wendet, hat eine weit über die Tagespolitik hinausgehende, programmatische Bedeutung. Sie bildet ein historisches Dokument, das wegweisend für das gesamte werktätige deutsche Volk ist und zum ersten Male entscheidende Richtlinien für die Regierungspolitik der kommenden deutschen Sowjetmacht zeigt." Die Präambel endete mit einem Aufruf, die KPD zu wählen. Im ersten Teil der Proklamation wurden die Faschisten und die Sozialdemokraten entlarvt und die KPD als einzige Partei herausgestellt, die die Interessen des deutschen Volkes vertritt. Im zweiten Teil wurde das Programm festgelegt, das die KPD nach Eroberung der politischen Macht verwirklichen wollte.
Eingeleitet wurde dies Programm mit folgenden Worten: "Wir Kommunisten erklären, daß wir nach dem Sturz der Macht der Kapitalisten und Großgrundbesitzer, nach der Aufrichtung der proletarischen Diktatur in Deutschland im brüderlichen Bündnis mit den Proletariern aller anderen Länder in erster Linie folgendes Programm durchführen werden, das wir der nationalsozialistischen Demagogie entgegenstellen werden." Es folgten dann Maßregeln, die die KPD nach der Eroberung der politischen Macht als Regierung durchführen wollte. Jede dieser Maßregeln wurde mit "wir Kommunisten" eingeleitet und es wurde dann gesagt, was die Kommunisten für die Arbeiterklasse und für das deutsche Volk tun wollten. Forderungen, unter denen die Arbeiterklasse die politische Macht erobern kann, wurden nicht entwickelt; genausowenig wie Forderungen, unter denen die Arbeiterklasse das Volk zusammenschließen kann. Obwohl anders gedacht, erschien so das Programm wie ein Wahlprogramm mit Versprechen, was die Partei nach dem Wahlsieg durchsetzen werde. Da in dem Programm keine Forderungen gegen den bürgerlichen Staat entwickelt wurden, sondern die Maßregeln einer Regierung der KPD, blieb der Weg zur Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse völlig dunkel. Entsprechend leer klingt der Aufruf an das Volk am Ende des Programms:

"Wenn sich alle Arbeiter, alle armen Bauern, alle Angestellten, alle werktätigen Mittelständler, Männer wie Frauen, Jugendliche wie Erwachsene um die Kommunistische Partei Deutschlands zusammenschließen, dann werden sie eine Macht von so unüberwindlicher Stärke bilden, daß sie nicht nur die Herschaft zu stürzen vermögen, sondern jeder Widerstand gegen sie – sowohl im Innern wie von außen – gänzlich aussichtslos wird.
Daher rufen wir alle Werktätigen, die sich noch im Banne der abgefeimten faschistischen Volksbetrüger befinden, auf, entschlossen und endgültig mit dem Nationalsozialismus zu brechen, sich in das Heer des proletarischen Klas-

(17) a.a.O., S. 275
(18) Vgl. die Rezension von Heinz Neumanns Broschüre "Was ist Bolschewisierung?" in: Die Internationale 6, S. 377 f
(19) Die Internationale 10, S. 40 ff

senkampfes einzureihen. Daher fordern wir Kommunisten alle Arbeiter, die noch mit der verräterischen Sozialdemokratie gehen, auf, mit dieser Partei der Koalitionspolitik, des Versailler Friedens, des Young-Plans, der Knechtung der werktätigen Massen Deutschlands zu brechen, die revolutionäre Millionenfront mit den Kommunisten zum Kampf für die proletarische Diktatur zu bilden."

Auf dem VII. Weltkongreß wird festgestellt, daß mit diesem Programm nicht ausreichend gearbeitet worden sei. Es stellt sich aber die Frage, wie mit einem solchen Programm hätte gearbeitet werden sollen. Es hatte keine Stoßrichtung gegen den bürgerlichen Staat zum Sturz dieses Staates, sondern setzte diesen Sturz allemal schon voraus. Die einzige demokratische Forderung , die es enthielt, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, wurde nicht zusammen mit anderen demokratischen Forderungen als Kampflosung aufgestellt. Es wurde bloß festgestellt, daß eine Regierung der Kommunisten dieses Recht in die Tat umsetzen würde. So konnte dieses Programm bestenfalls geeignet sein, um in parlamentarischen Wahlkämpfen klarzumachen, was die Kommunisten an der Regierung machen werden. Das aber war gar nicht die Frage. Vielmehr kam es darauf an, die Forderungen zu entwickeln, auf deren Grundlage sich die Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Staat zusammenschließen konnte und die Volksmassen gewinnen konnte für diesen revolutionären Kampf. Nur mit einem solchen Programm konnten auch tatsächlich die Teile des Volkes gewonnen werden, die den Nationalsozialisten auf den Leim gegangen waren. Nicht mit Versprechen, sondern mit einer konkreten Kampfperspektive gegen den bürgerlichen Staat. Nach wie vor wäre es darum gegangen, ein politisches Minimalprogramm zu entwickeln, um den Kampf für die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse in einer Volksrevolution zu führen. Stattdessen verwandelte die KPD die Forderungen des politischen Minimalprogramms, sofern sie sie überhaupt aufstellte, in Maßregeln der KPD an der Regierung nach dem Sturz der Bourgeoisherrschaft, d.h. in Bestandteile eines Maximalprogramms, so daß sie keine politische Wirksamkeit entfalten konnten. Das gleiche geschah mit den Arbeiterforderungen wie dem Sieben-Stunden-Tag. Auch dieser wurde nicht entwickelt als Forderung für den anstehenden Kampf gegen die Kapitalistenklasse, sondern als Maßregel einer KPD-Regierung. Damit verlor sie jede aktuelle Bedeutung.

Klar ist, daß unter solchen Umständen auch keine korrekte Politik der Aktionseinheit entwickelt werden konnte, wenn alle Forderungen, auf deren Grundlage sich die Arbeiterklasse und das Volk hätten zusammenschließen können, in Maßregeln einer KPD-Regierung verwandelt wurden, die womöglich über parlamentarische Wahlen zustandekommen sollte.

Häufig wird die programmatische Erklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes als großartiges programmatisches Dokument bezeichnet und als solches wird es ja auch in seiner Präambel vorgestellt. Dieser Einschätzung kann man nicht zustimmen. Dieses Dokument versuchte den Erfolgen der Nazis und dem Beharrungsvermögen der Sozialdemokratie, das die Spaltung der Arbeiterklasse verewigte, mit einem Propagandaaufruf entgegenzutreten. Dies war aber nicht das Problem. Das Problem war die Aufstellung eines Programms, auf dessen Grundlage die Partei die Massen gegen den bürgerlichen Staat und gegen seine Umwandlung in einen faschistischen Staat hätte zusammenschließen können. Dies war ohne ein politisches Minimalprogramm genausowenig möglich wie ohne ein Programm von Arbeiterforderungen als Grundlage jeder Politik der Arbeiterklasse.

Was diesseits der programmatischen Erklärung noch blieb, war der ökonomische Kampf um wirtschaftliche Forderungen. Alle politischen Forderungen, seien es nun Arbeiterforderungen oder demokratische Forderungen, wurden in die Zeit nach der Eroberung der politischen Macht verlegt. Das aber bedeutete nichts anderes, als daß als Weg der Eroberung der politischen Macht nur noch der ökonomische Kampf übrig blieb. Deshalb ist es auch vollständig richtig, wenn man feststellt, daß die Politik der KPD durch den imperialistischen Ökonomismus geprägt gewesen ist.

Fehleinschätzung der Klassenkampfsituation

Die Sozialdemokratie hatte der deutschen Bourgeoisie durch die Spaltung der Arbeiterklasse und die Niederschlagung der revolutionären Teile der Arbeiterklasse in den Jahren zwischen 1918 und 1923 die politische Herrschaft erhalten. Der Preis dieser Erhaltung ihrer Herrschaft war für die Bourgeoisie die parlamentarische Demokratie sowie einige Zugeständnisse an die Gewerkschaften.

Die Absicht der Sozialdemokratie war die Aufrechterhaltung der parlamentarischen Demokratie, in deren Form sie sich am besten an der Herrschaft der Bourgeoisie zu beteiligen hoffte, sowie der Ausbau der arbeitsgemeinschaftlichen Organe von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften zu einer "Wirtschaftsdemokratie", in denen die Gewerkschaftsführer die Herrschaft des Kapitals über die Arbeiterklasse gemeinsam mit den Kapitalisten auszuüben gedachten. Die Politik der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer bedeutete nicht nur einen Verrat an den Zielen der Arbeiterbewegung, zu deren Verwirklichung die Sozialdemokratie seinerzeit gegründet worden war, sondern bedeutete in der Praxis, in den alltäglichen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen direkte Sabotage an den unmittelbaren und elementaren Interessen der Arbeiterklasse. Stets stand der Sozialdemokratie die Aufrechterhaltung der Herrschaft der Bourgeoisie und die Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit der Kapitalistenklasse höher als die Interessen der Arbeiterklasse, und dementsprechend schloß sie eine ganze Reihe von Abkommen mit der Kapitalistenklasse, die den Klassenkampf der Arbeiterklasse fesseln sollten und die Gewerkschaften aus Instrumenten des Klassenkampfes in Instrumente des Klassenfriedens, d.h. der Aufrechterhaltung der Kapitalistenherrschaft umwandeln sollten. Gleichzeitig bedeuteten diese "Errungenschaften" der sozialdemokratischen Politik auch eine Einschränkung der offenen Willkürherrschaft der Kapitalistenklasse über die Arbeiterklasse, wenngleich natürlich die Kapitalisten sich durch diese Gesetze und Verträge, zum Beispiel die Schlichtungsabkommen, nicht davon abhalten ließen, diese zu brechen, wenn es ihnen notwendig erschien. Soweit diese "Errungenschaften" der sozialdemokratischen Politik nicht nur Fesseln für den Klassenkampf der Arbeiterklasse bedeuteten, sondern auch Einschränkungen der offenen Willkürherrschaft der Kapitalistenklasse, mußte die Kapitalistenklasse diese Fesseln zerreißen, sobald sie durch die wirtschaftliche und politische Krise von 1929 im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft dazu gezwungen war, wie sie seinerzeit 1918 dazu gezwungen gewesen war, gewisse Fesseln zu akzeptieren im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft. Als solche Fessel erwies sich die bürgerlich-parlamentarische Republik selber in dem Maße, wie keine festen Mehrheiten für eine rücksichtslose Unterdrückung der Arbeiterklasse in dieser Republik gefunden werden konnten. Als solche Fesseln erwiesen sich die Tarifabkommen und die Tarifautonomie, auf denen diese beruhten. Als solche Fesseln erwiesen sich die Sozialgesetze und die Arbeitslosenversicherung, und als solche Fesseln erwiesen sich insbesondere die legale Existenz von Arbeiterorganisationen wie die Gewerkschaften und vor allem die Kommunistische Partei. Da die Existenz der Sozialdemokratie wie auch ihre Wirksamkeit für die Bourgeoisie eng mit den 'Errungenschaften' verbunden war, die sich für die Kapitalistenklasse im Verlauf der Krise und des Klassenkampfes als Fesseln herausstellten, gerieten immer größere Teile der Bourgeoisie zum Leidwesen der SPD in offene Gegnerschaft zur SPD, die als Regierungspartei für die Kapitalisten zunehmend an Wert verlor, nur noch als Hemmschuh für die Entwicklung des Klassenkampfes der Arbeiterklasse und Spaltungsinstrument der Klasseneinheit Wert behielt und schließlich selbst bekämpft werden mußte, insoweit die SPD die 'Errungenschaften' ihrer Politik zu verteidigen versuchte. Obwohl die KPD richtig feststellte, daß das Kapital eine Offensive einleitete, und ebenfalls feststellte, daß diese Offensive, durch die die Bourgeoisie aus der Krise herauszukommen versuchte, eine Krise der Politik der Sozialdemokratie nach sich zog, setzte die KPD einfach darauf, daß die Verschärfung der Krise eine Verschärfung des Klassenkampfes nach sich ziehen müßte und im Zuge der Verschärfung des Klassenkampfes eine Offensive der Arbeiterklasse. Welche veränderten Bedingungen für eine Politik der Aktionseinheit diese Offensive des Kapitals bedeutete und daß nur die Ausnutzung dieser veränderten Bedingungen eine Offensive der Arbeiterklasse ermöglichen würde, untersuchte die KPD nicht und kam hier auch zu keiner richtigen Einschätzung: Letzten Endes setzte sie die Offensive der Kapitalistenklasse mit der Herausbildung einer revolutionären Situation in eins, die zwangsläufig die KPD stärken mußte. Nur aus dieser mangelhaften Einschätzung der konkreten Situation des Klassenkampfes wird sowohl die Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volks verständlich, als auch der RGO-Kurs sowie die Beibehaltung des Hauptstoßes gegen die SPD und die Einschränkung der Politik der Aktionseinheit auf Propagandaunternehmen.

Die Sozialfaschismus-These ergab sich nun einfach daraus, daß die KPD wohl erkannte, daß die Bourgeoisie in ihren reaktionärsten Teilen auf die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie hinaus wollte und die terroristische Niederschlagung der Arbeiterbewegung, daß sie aber der Auffassung war, in dieser Situation könne sich die Bourgeoisie genauso auf die SPD stützen, wie seinerzeit 1918 bis 1923 bei der Zerschlagung der proletarischen Revolution unter der Fahne der parlamentarischen Demokratie, der 'Sozialisierung' und der Arbeitsgemeinschaft. Diese Fehleinschätzung lief auf eine Unterschätzung des Faschismus hinaus bei einer gleichzeitigen Verallgemeinerung des Faschismus als Grundzug aller bürgerlichen Parteien und insbesondere der Sozialdemokratie. Pieck kennzeichnete diese Fehleinschätzung auf dem VII. Weltkongreß folgendermaßen:

"Ein ebenso großer Fehler wie die Unterschätzung der faschistischen Gefahr war andererseits die Tatsache, daß man den Faschismus sogar dort sah, wo er gar nicht existierte. Dieser Fehler kam daher, daß eine Reihe kommunistischer Literaten die Hinweise des VI. Weltkongresses, daß die Bourgeoisie in immer stärkerem Maße bemüht ist, zu faschistischen Herrschaftsmethoden zu greifen, mechanisch auffaßten.

In Deutschland waren die Kommunisten ziemlich lange der Meinung, daß die sozialdemokratische Regierung Hermann Müller die Faschisierung betreibe, daß die Brüning-Regierung bereits eine Regierung der faschistischen Diktatur sei. Andererseits unterschätzten sie die Hitler-Bewegung in der Annahme, daß in einem Lande wie Deutschland, mit einer so hoch organisierten Arbeiterschaft, die Hitlerianer unmöglich die Macht ergreifen könnten und daß die den Hitlerianern spontan zuströmenden kleinbürgerlichen Massen ihnen ebenso schnell wieder den Rücken kehren würden." (21)

"Diese falschen Einschätzungen vom Wesen des Faschismus und das Fehlen einer ernsthaften Untersuchung des italienischen und polnischen Faschismus führten dazu, daß die Kommunisten außerstande waren, rechtzeitig Losungen zur Verteidigung der Reste der bürgerlichen Demokratie vor dem zum Angriff übergehenden Faschismus herauszugeben und die Gegensätze innerhalb der Bourgeoisie auszunutzen. (. . .)

Diese Fehler ergaben sich aus der absolut falschen Vorstellung, daß sämtliche bürgerlichen Parteien faschistisch seien, daß es 'keine zwei Herrschaftsmethoden der Bourgeoisie' gebe, daß es den Kommunisten nicht gezieme, die Reste der bürgerlichen Demokratie zu verteidigen. Solange wir nicht die bürgerliche Demokratie durch die proletarische Demokratie, durch die Diktatur des Proletariats ersetzen können, ist das Proletariat an jedem Fetzen bürgerlicher Demokratie interessiert, um sie zur Vorbereitung der Massen auf den Sturz der Macht des Kapitals, zur Eroberung der proletarischen Demokratie auszunutzen.

Ohne die Ausrottung dieser sektiererischen Einstellungen ist es weder möglich, die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern, noch die breite Volksfront mit jenen werktätigen Massen herzustellen, die den Kommunisten noch fernstehen, jedoch zusammen mit uns den Kampf gegen Faschismus und Krieg, gegen die Offensive des Kapitals, für ihre Teilforderungen und für die Verteidigung der Reste der bürgerlichen Demokratie aufnehmen können." (22)

Abgesehen davon, daß auch in dieser Passage W.Piecks vom VII.Weltkongreß das Unverständnis der KPD in bezug auf den Kampf um Demokratie noch keineswegs überwunden ist und der Kampf um Demokratie bloß als Verteidigung der bürgerlichen Demokratie aufgefaßt wird, bis dann die bürgerliche Demokratie durch die proletarische Demokratie ersetzt werden kann, zeigt diese Passage eindeutig, daß die Komintern und die KPD ein anderes Verhältnis zu ihren Fehlern hatten als ihre heutigen Apologeten.

Allerdings ist auch diese Selbstkritik unzureichend, denn die Fehler werden zunächst einfach auf den Schematismus einiger kommunistischer Literaten zurückgeführt, die den VI.Weltkongreß falsch verstanden hätten. An den Beschlüssen des VI.Weltkongresses selber wird keinerlei Kritik geübt. Außerdem wird zwar schlicht und einfach die "absolut falsche Vorstellung" zurückgewiesen, "daß sämtliche bürgerlichen Parteien faschistisch seien", doch wird keineswegs gesagt, daß diese "absolut falsche Vorstellung" die ganze Politik der KPD gegenüber der Sozialdemokratie prägte, die sogar für eine besonders gefährliche faschistische Partei gehalten wurde und insbesondere ihr linker Flügel. Die Sozialfaschismus-These hat in dieser oder jener Form die Politik der ganzen KPD zu jedem Zeitpunkt bis zum Sieg des Faschismus bestimmt, entsprechend unzureichend ist eine Selbstkritik, die diese These zwar als Ausfluß einer absolut falschen Vorstellung zurückweist, jedoch nur unter der Hand und ohne die weltanschaulichen Grundlagen einer solch absolut falschen Vorstellung zu untersuchen und festzustellen, wieso sie zur herrschenden werden konnte. Tatsache ist jedenfalls,

(20) entfällt
(21) VII.Weltkongress, a.a.O., S.40, und: Protokoll des VII. Weltkongresses I, S. 46
(22) ebenda

daß werder in der KPD noch in der Komintern eine richtige Vorstellung vom Charakter des Faschismus herrschte und vom Charakter der Sozialdemokratie als bürgerlicher Arbeiterpartei und daß diese Unklarheit in der Sozialfaschismus-These ihren schärfsten Ausdruck fand. Diese These mußte jede Politik der Aktionseinheit von vornherein unmöglich machen, selbst wenn Versuche einer solchen unternommen wurden, und zwar nicht nur deshalb weil die Sozialfaschismus-These den sozialdemokratischen Arbeitern völlig unglaubwürdig erscheinen mußte, sondern weil sie offensichtlich den tatsächlichen Verhältnissen vollständig widersprach.

Daß die Komintern gerade so wenig wie die KPD eine richtige Vorstellung vom Faschismus besaß, zeigt z. B. das Schlußwort Manuilskis auf dem XI. Plenum des EKKI vom März/April 1931, obwohl die Beiträge Manuilskis auf diesem Plenum zweifellos die vernünftigsten Beiträge gewesen sind und die, allerdings unzureichend, die gröbsten sektiererischen Fehler der Kominternparteien zu korrigieren versuchten. Er sagt dort:
"Aber nehmen wir unsere jungen oder sogar die älteren Gelehrten. Einige dieser Genossen sind bestrebt, mit der Lupe, buchstäblich mit der Lupe die geringsten Feinheiten herauszufinden, die die faschistische Form der Diktatur der Bourgeoisie von der bürgerlichen Diktatur sozusagen 'normalen' Typs unterscheiden. Wozu das, Genossen? Sind denn etwa die marxistisch-leninistischen Definierungen der bürgerlicher Diktatur schon veraltet und auf die faschistische Form der bürgerlichen Diktatur nicht anwendbar? Hinter all diesen krampfhaften theoretischen Bemühungen, die nur die Frage verwirren, ja zur eigenen Verwirrung und was schlimmer ist, zur Verwirrung anderer führen, verbirgt sich in Wirklichkeit eine Gegenüberstellung des Faschismus als 'neuer Typus' des bürgerlichen Staates gegen den alten demokratischen Typus dieses letzteren. Die ganze Verschärfung des Klassenkampfes zeugt davon, daß der Unterschied der Methoden der Klassenherrschaft zwischen der sogenannten bürgerlichen Demokratie und dem Faschismus sich immer mehr verwischen wird, bzw. in der Praxis bereits verwischt ist."

Auf diese scheinbare Prinzipienfestigkeit in Fragen der marxistisch-leninistischen Untersuchung, antwortete Dimitroff auf dem VII.Weltkongreß:
"Der Machtantritt des Faschismus ist nicht die *einfache Ersetzung* einer bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern die *Ablösung* einer Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, der bürgerlichen Demokratie, durch eine andere, durch die offen terroristische Diktatur. Die Ignorierung dieses Unterschieds wäre ein ernster Fehler. Sie würde das revolutionäre Proletariat daran hindern, die breitesten Schichten der Werktätigen in Stadt und Land zum Kampf gegen die Gefahr, daß die Faschisten die Macht ergreifen, zu mobilisieren sowie die Gegensätze auszunutzen, die im Lager der Bourgeoisie selbst bestehen. Doch nicht minder ernst und gefährlich ist der Fehler, die Bedeutung zu *unterschätzen*, die den gegenwärtig *in den Ländern der bürgerlichen Demokratie sich verschärfenden reaktionären Maßnahmen* der Bourgeoisie für die Aufrichtung der faschistischen Diktatur zukommt; jenen Maßnahmen, die dazu dienen, die demokratischen Freiheiten der Werktätigen zu unterdrücken, die Rechte des Parlaments zu verfälschen und zu schmälern, die Repressalien gegen die revolutionäre Bewegung zu verschärfen.

Genossen, man darf sich den Machtantritt des Faschismus nicht so glatt und einfach vorstellen, als faßte irgendein Komitee des Finanzkapitals den Beschluß, an dem und dem Tage die faschistische Diktatur aufzurichten. Tatsächlich gelangt der Faschismus gewöhnlich in gegenseitigem, zuweilen scharfem Kampf zwischen dem Faschismus und den alten bürgerlichen Parteien oder einem bestimmten Teil dieser Parteien zur Macht; im Kampf sogar innerhalb des faschistischen Lagers selbst, der manchmal bis zu bewaffneten Zusammenstößen führt, wie wir es in Deutschland, Österreich und anderen Ländern gesehen haben. Alles das verringert indessen nicht die Bedeutung der Tatsache, daß vor der Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel verschiedene Etappen durchlaufen, die den Machtantritt des Faschismus vorbereiten und unmittelbar fördern. Wer in diesen Vorbereitungsetappen nicht gegen die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie und gegen den anwachsenden Faschismus kämpft, *der ist nicht imstande, den Sieg des Faschismus zu verhindern, der fördert ihn vielmehr.*" (23)

Der eine Fehler bedingt jedoch den anderen: wer den qualitativen Unterschied zwischen der bürgerlichen Demokratie und dem Faschismus ignoriert, den Unterschied, daß es sich dabei um zwei verschiedene Staatsformen der Diktatur der Bourgeoisie handelt, wird notwendig auch die sich verschärfenden reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie in den Ländern der bürgerlichen Demokratien falsch einschätzen und deshalb nicht richtig bekämpfen können: Er wird sie als faschistische Maßnahmen eines bloß quantitativen, kontinuierlichen Prozesses der schrittweisen Faschisierung einschätzen. Dies kann zweierlei praktische Auswirkungen haben, entweder wird jede reaktionäre Maßnahme als die endgültige Umwandlung der bürgerlichen Demokratie in den faschistischen Staat betrachtet, was zur Unglaubwürdigkeit der Kommunisten bei den Massen führt und die Entfaltung des Kampfes gegen die Reaktion verhindert, oder jede dieser einzelnen reaktionären Maßnahmen wird als einzelne belanglos in den kontinuierlichen Prozeß der Faschisierung eingeordnet, was ebenfalls die Entfaltung des Kampfes gegen die Reaktion verhindert.
Wer die Unterscheidung der bürgerlichen Demokratie, und sei sie noch so reaktionär, vom Faschismus für unwichtig hält, wie dies Manuilski in dem obenangeführten Zitat tut, der muß auch die Unterscheidung zwischen den Faschisten und den Sozialdemokraten für belanglos halten, und kann sich nicht genug tun, jeden reaktionären Sozialdemokraten als Sozialfaschisten oder ganz schlicht als Faschisten zu bezeichnen.

"Man muß die Evolution der Sozialdemokratie in der Nachkriegszeit berücksichtigen. *Noske* und *Zörrgiebel* sind beide Faschisten. Doch es sind Leute verschiedener Entwicklungsstufen, verschiedener Episoden in der Entwicklung des Sozialfaschismus. Die Evolution der Sozialdemokratie von Noske zu Zörrgiebel ist eine Evolution vom Sozialfaschismus des Bürgerkriegs zum Sozialfaschismus des sogenannten normalen Kapitalismus. Worin besteht diese Evolution, die von den deutschen Versöhnlern und Rechten nicht verstanden wird? Vor allem darin, daß sich das Verwachsen der Sozialdemokratie mit dem kapitalistischen Staat nicht auf die Spitzen beschränkt (4.August). Dieses Verwachsen ging von oben bis unten, an der ganzen Peripherie vor sich. Die tausende sozialdemokratischer Beamten im Arbeitsministerium, in der Polizei, in Krankenkassen, Gemeindeverwaltungen usw. – das ist der faschistische Staatsapparat. Zweitens unterscheidet sich die heutige sozialfaschistische Sozialdemokratie von der-

(23) a.a.O., S. 76 f, und:
Protokoll I, S. 323

jenigen des 4.August dadurch, daß sie damals den Krieg anerkannte, Kriegskredite bewilligte, aber den Krieg nicht vorbereitet hatte. Die heutige Sozialdemokratie, die Sozialdemokratie des monopolistischen Kapitalismus, ist ein Faktor, der den Krieg vorbereitet. Drittens aber, in den Jahren 1918/19 ließ die Sozialdemokratie durch Noske Arbeiter erschießen, legte aber durch Hilferding und Otto Bauer "Sozialisierungs"-Entwürfe vor. Damals durfte sie es noch nicht wagen, den Achtstundentag aufzuheben oder obligatorische Schiedsgerichte zu verlangen, sie wagte es noch nicht, die Wirtschaftsforderungen der Arbeiter zu bekämpfen. Die heutige Sozialdemokratie wagt es, wir sehen es an dem Beispiel des Ruhrgebiets. Sie versucht, die internationale Arbeiterbewegung um Jahrzehnte zurückzubringen, alle Errungenschaften der Arbeiterklasse, alle Errungenschaften ihres jahrelangen zähen Kampfes zu liquidieren. Das System der Abwürgung der Arbeiterklasse um des Bestehens des kapitalistischen Staates willen, hat heute den Gipfelpunkt erreicht. Das ist der Hauptunterschied. Daher würden wir auch nicht fürchten, durch die Bezeichnung Noskes als Sozialfaschisten Brandler in die Arme zu geraten, Noske und Zörrgiebel sind beide Faschisten, aber Faschisten verschiedener Art und verschiedener Entwicklungsperioden der Sozialdemokratie." (24)

Klassisch hat diese Gleichsetzung der Sozialdemokratie mit dem Faschismus bereits Reimann (Tschechoslowakei) auf dem 10.Plenum des EKKI Juli 1929 formuliert:
"Die Sozialdemokratie ist nur eine Strömung in der faschistischen Front. Nur, wenn wir das verstehen, und die Frage so stellen, werden wir eine richtige Perspektive bekommen." (25)

Leider verstanden das alle Parteien der Komintern nur allzugut. Von der tatsächlichen Entwicklung hatten sie damit das Wesentliche nich verstanden. Der Fehler bestand darin, daß sie Lenins Kennzeichnung der Sozialdemokratie als bürgerlicher Arbeiterpartei entweder nicht begriffen hatten oder als überholt auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen hatten.
Eine solche bürgerliche Arbeiterpartei war die SPD und ist sie bis zu einem gewissen Grade auch heute noch, weil sie mit Hilfe des Reformismus Teile der Arbeiterklasse an die Bourgeoisie bindet und der Bourgeoisie unterwirft. Eine bürgerliche Partei ist die SPD, weil sie die Interessen der Bourgeoisie vertritt, eine bürgerliche **Arbeiter**partei ist sie, weil sie diese Interessen **erfolgreich** in der Arbeiterklasse vertritt und deshalb Teile der Arbeiterklasse organisieren und auf große Teile der Arbeiterklasse einen organisierten Einfluß ausüben kann. Sie kann das gerade deshalb, weil sie keine faschistische Partei ist, sondern eine Partei der bürgerlichen Demokratie und der bürgerlichen Sozialreformen. Als solche Partei schreckt sie zwar vor keinem Verbrechen an den Interessen der Arbeiterklasse zurück, ist jederzeit bereit, gewaltsam gegen die revolutionären Interessen der Arbeiterklasse vorzugehen. Sie kann dies jedoch nur, insofern sie bürgerliche Arbeiterpartei bleibt, d. h. die Arbeiterklasse spaltet und einen Teil der Arbeiterklasse bindet. Dies wiederum kann sie nur, wenn sie bürgerlich-demokratische Partei bleibt und Partei sozialer Reformen. In einer Periode, in der die Bourgeoisie die bürgerliche Demokratie abschaffen will und muß, wenn sie ihre Herrschaft verteidigen will, wo sie an die Stelle der bürgerlichen Reformen und Reformversprechen, die offene Reaktion setzen will und muß, gerät die sozialdemokratische Partei als bürgerliche Arbeiterpartei **notwendig** in die Krise. Dies in **zweierlei** Weise: Einerseits sucht die Bourgeoisie nach einem anderen politischen Vertreter zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft und schiebt die SPD beiseite, andererseits beginnen sich die Teile der Arbeiterklasse von der SPD abzukehren, die sie unter Berufung auf die bürgerliche Demokratie und die bürgerlichen Reformversprechen binden konnte. Wie die SPD in zweierlei Weise in die Krise gerät beginnt sie auch in **zweierlei** Weise zu manövrieren: einerseits versucht sie, sich der Bourgeoisie als unerläßlicher Garant ihrer Herrschaft anzubiedern und sich in der Verteidigung der Interessen der Bourgeoisie hervorzutun, andererseits versucht sie, die von ihr beeinflußten Teile der Arbeiterklasse an sich zu binden, indem sie als Garant der bürgerlichen Demokratie und der bürgerlichen Reformen auftritt. Insofern der Faschismus gerade darin besteht, **offen** mit der bürgerlichen Demokratie und den sozialen Reformen aufzuräumen, kann sich die Sozialdemokratie nicht mit dem Faschismus als bestimmter Form der Herrschaft der Bourgeoisie aussöhnen, kann auch selber nicht, solange sie bürgerliche **Arbeiter**partei bleibt, zu einer faschistischen Partei werden. Wer nun meint, dies seien genauso Spekulationen wie die umgekehrten Überlegungen der Gruppe Rote Fahne (KPD), dem sagen wir erstens, daß unsere Überlegungen durch die Geschichte belegt worden sind und zweitens, daß ganz abgesehen davon, ob man diese Überlegungen teilt oder nicht, es für die Kommunisten darauf ankommt, die Krise der SPD für die Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterklasse zu nutzen und nicht umgekehrt zur Aufrechterhaltung der Bindung der von der Sozialdemokratie beeinflußten Arbeiter beizutragen. So oder so kommt es also in einer Situation, wo die Bourgeoisie den faschistischen Ausweg sucht, darauf an, die Sozialdemokratie bei ihren demokratischen und sozialen Worten zu nehmen, um entweder die Einheitsfront der Arbeiterklasse dadurch zustande zu bringen, daß die sozialdemokratischen Führer ihren Worten Taten folgen lassen müssen, oder dadurch, daß sie sich an ihre Worte offensichtlich nicht halten und deshalb jeden Einfluß in der Arbeiterklasse verlieren. Eine solche Politik war der KPD zwischen 1929 und 1933 durch ihre Sozialfaschismus-These vollständig versperrt. Wenn die KPD aus dieser Not eine Tugend machte und lange nur die Einheitsfront von unten für korrekt erklärte, dann muß man festhalten, daß ihr diese Einheitsfront von unten aufgrund ihrer Fehler gerade nicht gelungen ist. Man muß sagen: Die KPD hat die Krise der SPD nicht genutzt für die Herstellung der Einheitsfront des Proletariats und konnte sie nicht nutzen. Die Sozialfaschismus-These ist dafür die entscheidende Ursache. Sie ist aber gleichzeitig bloß die Entsprechung zu anderen Fehlern und Abweichungen: zum RGO-Kurs, der sie von den gewerkschaftlich organisierten und vor allem den sozialdemokratischen Arbeitern trennte, zur Vernachlässigung des Kampfes um Demokratie, die sie praktisch immobil machte, zur Unterschätzung des Faschismus, der sie mit der Parole "Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft" an der Auflösung von dessen Massenbasis hinderte. (26)

(24) Manuilski, Schlußwort, 10. Plenum des EKKI, 1929, Protokoll. S. 585 f.
(25) ebenda, S. 205
(26) Diese Unterschätzung des Faschismus, die nur die Kehrseite der Sozialfaschismusthese ist, kommt z. B. in folgenden Zitaten Ernst Thälmanns zum Ausdruck: "Nichts wäre verhängnisvoller, als eine opportunistische Überschätzung des Hitlerfaschismus. Wollten wir uns darauf einlassen, gegenüber dem riesigen Anschwellen der Hitlerbewegung unseren richtigen klassenmäßigen Maßstab zu verlieren und uns in eine ähnliche Panikstimmung drängen zu lassen, wie sie die Sozialdemokratie **künstlich** in den Massen zu erzeugen versucht, so müßte das zwangsläufig zu einer falschen Fragestellung in unserer praktischen Politik sowohl gegenüber den Nazis wie vor allem gegenüber der SPD führen." (Der revolutionäre Ausweg und die KPD, 1932, Seite 24)
Die Unterschätzung des Faschismus führte auch zu einer Vernachlässigung des ideologischen Kampfes. Darüber sagte Franz Dahlem

All diese Fehler lassen sich zusammenfassen in der Vernachlässigung der konkreten Untersuchung der konkreten Situation und in der Erhebung des imperialistischen Ökonomismus zum Programm. Letzten Endes zeigt sich darin die Ersetzung des dialektischen Materialismus durch den Idealismus. Die einzelnen Fehler der KPD vor 1933 wurden auf dem VII.Weltkongreß kritisiert und korrigiert. Da diese Kritik jedoch nicht grundsätzlich war, führte sie im wesentlichen nur zu einer taktischen Korrektur. Besonders deutlich wird dies in der Frage des Kampfes um Demokratie. Dessen Bedeutung wurde anerkannt, aber nur in seiner defensiven Seite, der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie und ihrer Wiederherstellung gegenüber dem Faschismus. Nach wie vor wurde kein politisches Minimalprogramm Leninschen Typs erarbeitet. Das führte dazu, daß der Kampf um Demokratie mit der Losung der antifaschistischen Demokratie eine rechte Stoßrichtung bekam, die schließlich zur Losung der antimonopolistischen Demokratie führte. In der Gewerkschaftsarbeit wurde zwar die Linie der Herstellung der Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes wiederhergestellt, aber nicht mit der Aufgabe der Eroberung der Gewerkschaften für den Kommunismus verbunden. Auch dies öffente rechten Abweichungen Tor und Tür. So hat der VII. Weltkongreß zwar richtige Korrekturen durchgeführt und auch Beschlüsse gefaßt, die dem Marxismus-Leninismus entsprechen. Er hat jedoch, weil er darauf verzichtete, die bürgerliche Weltanschauung und die ihr entsprechende Strategie und Taktik grundsätzlich zu kritisieren, neuen Abweichungen die Tore offengelassen.

Kehren wir zum Ausgangspunkt zurück, zur Auseinandersetzung zwischen der Gruppe Rote Fahne und ihrer Opposition: Zurecht weist diese Opposition darauf hin, daß die Sozialfaschismus-Theorie schon längst durch den VII.Weltkongreß widerlegt ist. Das ist jedoch nicht ausreichend und es ist auch nicht ausreichend, einfach den VII.Weltkongreß den vorhergehenden Abweichungen gegenüberzustellen.

Dieser VII.Weltkongreß hat mit verschiedenen sektiererischen Fehlern abgerechnet. Das ist viel wert. Er hat ihre Grundlagen jedoch nicht umfassend analysiert und insbesondere hat er den Marxismus-Leninismus nicht wieder umfassend hergestellt als Theorie der proletarischen Revolution. Die Gruppe Rote Fahne (KPD) ist die Karikatur auf die KPD von 1929 bis 1933; möge ihre Opposition nicht die Karikatur auf die KPD von 1935 bis 1956 werden. Möge sich die "linke" nicht durch die rechte Karikatur ergänzen.

Wir jedenfalls meinen, daß es für die junge kommunistische Bewegung in Westdeutschland vor allem darauf ankommt, sich den Marxismus-Leninismus anzueignen, ihn meistern zu lernen, und dazu braucht man den eigenen Verstand und darf nicht bequem sein. Dies gilt sowohl für die Untersuchung der heutigen Situation des Klassenkampfes als auch für die Untersuchung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und ihrer Partei. Alles andere hat mit Marxismus-Leninismus wenig zu tun und viel mit Pietismus.

Joscha Schmierer

(Forts.Anm.26)

"Starke Tendenzen der Unterschätzung gab es in unserer Partei. Gegenüber den Nazis hatte Genosse Neumann die Parole herausgegeben: Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft.' Auf Initiative des Genossen Thälmann wurde diese sektiererische Losung liquidiert, eine ideologische Auseinandersetzung mit den Nazis in der Presse und in Versammlungen begonnen." Protokoll I, S. 109.

Thälmann hatte also darauf abgehoben, daß es darauf ankommt, den Faschismus zu besiegen und ihn in diesem Sinne zu schlagen. Er hatte erkannt, daß dazu auch die ideologische Auseinandersetzung, der Kampf um die Meinung der Massen notwendig ist. Diese Erkenntnis hat auch der KBW gelegentlich ausgesprochen. Von der Gruppe Rote Fahne wie auch vom Kommunistischen Bund Nord hat er dafür nichts als Geschrei geerntet von wegen Feigheit und so.



Faschismusanalyse und antifaschistischer Kampf der Kommunistischen Internationale und der KPD 1923–1945

370 Seiten *DM 10,–*

Das Buch enthält Dokumente der Kommunistischen Internationale und der KPD, die direkt zum antifaschistischen Kampf und zum Faschismus Stellung nehmen und einen guten allgemeinen Überblick über die Analysen und Stellungnahme der Kommunistischen Internationale und der KPD geben.

Die Dokumente der Komintern und der KPD, denen manchmal selbst schon eine falsche Einschätzung der Klassenkampfsituation zugrundeliegt, auf die heutige Situation schlicht übertragen zu wollen, ist ein durch und durch bürgerliches Unterfangen, ein Zeichen von Faulheit. Unsere Dokumentensammlung ist also nicht ein weiterer Versuch solch fehlerhaften Herangehens an die Geschichte der Arbeiterbewegung, sondern im Gegenteil der Versuch, solchen Fehlern durch die Bereitstellung eines breiteren Dokumentenmaterials für eine große Anzahl von Genossen die Grundlage zu entziehen." (aus der Einleitung)

Verlag Jürgen Sendler
Plankstadt

Bestellungen an:

Buchvertrieb Mannheim
68 Mannheim
Postfach 5129

In einer Organisation ohne politischen Halt müssen bürgerliche Auffassungen die Oberhand gewinnen

Zu den Auffassungen und zur Politik des KB-Nord

Der Kommunistische Bund (Nord) ist innerhalb der revolutionären Bewegung in Westdeutschland diejenige Organisation, die am deutlichsten eine vergangene Phase dieser Bewegung verkörpert. Immer deutlicher treten die Züge seiner Überlebtheit hervor. – Nach wie vor ist der KB (Nord) im wesentlichen ein lokaler Zirkel, der in Hamburg von Bedeutung ist. Seine Versuche zur Ausdehnung über die Hamburger Basis hinaus sind durchweg erfolglos geblieben. Einige Bedeutung haben KB(Nord)-Gruppen noch dort, wo bei der Gründung des KB (Nord) sich ihm ehemals selbständige lokale Zirkel in kleineren norddeutschen Städten angeschlossen haben, wie in Flensburg oder Bremerhaven. Das war 1971. Seitdem hat der KB (Nord) keine Ausstrahlungskraft auf solche lokalen Zirkel entwickelt. Nur noch in Göttingen und Kassel hat er kleinere örtliche Gruppen gewinnen können. Ansonsten gibt es in einigen Städten noch Vertriebsgruppen des "Arbeiterkampf", die hauptsächlich aus Studenten bestehen, welche die Universität gewechselt haben und unter den politischen Kräften am Ort bedeutungslos sind, wie in Braunschweig, Bremen, Frankfurt, Hannover und Westberlin.

Aber nicht nur in seiner lokalen Begrenztheit ist der KB (Nord) ein Überbleibsel der Zirkelphase. Er ist das vor allem in politisch-ideologischer Hinsicht. – Was waren die Haupterscheinungen in der Phase des lokal zersplitterten Zirkelwesens? An verschiedenen Orten existierten mehr oder weniger starke Gruppen, die sich allesamt auf den Marxismus-Leninismus beriefen, aber keineswegs über feste ideologische und programmatische Grundlagen verfügten. Faktisch wurden diese Gruppen häufig noch nicht zusammengehalten durch ein bestimmtes Programm oder eine Plattform, die von allen Mitgliedern beschlossen war. Die verschiedenen Gruppen waren erst dabei, die politische Linie herauszuarbeiten. Das machte ihre Politik stärker abhängig von den Einschätzungen und Entscheidungen einzelner Personen oder eines Kerns von Genossen. Und es erschwerte die Kontrolle der Politik dieser Genossen entlang beschlossener Grundsätze. In verschiedenen Gruppen blieb die Demokratie in der Organisation ohne Leben, und es gab in einzelnen Gruppen "geborene" und nicht gewählte Leitungen, Zirkelhäuptlinge statt gewählte Funktionäre einer kommunistischen Organisation. Weil feste Grundlagen fehlten, traten in der Politik viele Schwankungen auf. Und wenn Widersprüche auftraten innerhalb eines solchen Zirkels oder gegenüber anderen Zirkeln, wurde die Polemik zumeist kleinlich und gehässig ausgetragen, was ebenfalls darin begründet lag, daß die Grundsätze noch nicht fest waren.

All diese Erscheinungen sind bis heute beim KB (Nord) noch anzutreffen. Nur tragen sie dort nicht mehr den Charakterzug von Unreife und politischer Erfahrungslosigkeit, der auch bei den tollsten Verrücktheiten in der ersten Zeit der "ML-Bewegung" unverkennbar war. Sondern sie tragen beim KB (Nord) heute den Charakterzug von Raffinesse und politisch-ideologischer Zügellosigkeit. Bis heute hat es diese Organisation vermieden, sich auf eine eindeutige Plattform festzulegen und programmatische Bestimmungen für ihre Politik zu treffen. Bis heute wird diese Organisation zusammengehalten nicht durch beschlossene Grundsätze und gemeinsam vertretene Forderungen, sondern durch Meinungen, die von der Redaktion des "Arbeiterkampf" zu den verschiedensten Fragen geäußert werden. – Bis heute sind die Grundsätze des organisatorischen Aufbaus verschleiert. Unwidersprochen kann auf öffentlichen Versammlungen unter Anwesenheit von KB-Mitgliedern behauptet werden, daß die Leitung dieser Organisation nicht aus Wahlen hervorgeht, sondern aus einer Clique besteht, welche sich die Organisation als eine Art persönliches Besitztum hält. Ungebrochen schleppt sich hier das Regiment der Zirkelhäuptlinge fort und bestimmt inzwischen derart die Vorstellungen, daß die Redaktion des "Arbeiterkampf" es offenbar für einen guten Witz hält, wenn sie schreibt, der Sekretär der Ortsgruppe Hamburg des KBW sei "vorübergehend Sekretär". Tatsächlich üben im KBW alle Funktionäre nur "vorübergehend" ihre Ämter aus, nämlich für die Dauer der jeweiligen Wahlperiode oder bis zur jederzeit möglichen Abwahl. Witzig finden kann das nur eine Organisation, deren Leitung davon ausgeht, auf Lebenszeit und kraft eigenem Behauptungswillen Häuptling zu bleiben. – Der Mangel einer grundsätzlichen Festlegung hat weiter zum Ergebnis, daß der KB (Nord) die mit Abstand zänkischste Organisation ist. Im "Arbeiterkampf" unterhält der KB (Nord) unter der Rubrik 'Westdeutsche Linke' eigens eine regelmäßige Klatschspalte, um seinen Bedürfnissen in dieser Richtung freien Lauf lassen zu können.

Was heißt: Stärkung des bewußten Elements?

Eines der ständig wiederkehrenden Themen des KB (Nord) ist die Notwendigkeit der Stärkung des "Elements der politischen Bewußtheit". Dem KBW wird "Neigung zum Ökonomismus" vorgeworfen, "d.h. zur Vernachlässigung der politischen und theoretischen Aufgaben der Kommunisten" (Arbeiterkampf Nr. 32, September 1973). Verstanden wird unter den "politischen und theoretischen

Aufgaben" das Hineintragen sozialistischen Bewußtseins in die Arbeiterbewegung. In Anlehnung an Lenins Schrift "Was tun? " wird immer wieder dargelegt: "Lenin stellte ... den Sozialisten die Aufgabe, im weitesten Sinn 'politische Enthüllungen' zu verbreiten über alle Seiten der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen: Polizei-Willkür, Bestechlichkeit im Staatsapparat, Unterdrückung bestimmter Gruppen, Unterdrückung der Studenten, Militarismus etc. – Nur so kann nämlich das umfassende, allseitige Bewußtsein des Proletariats über alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens, über die grundsätzliche Untauglichkeit des Kapitalismus entstehen." (Arbeiterkampf Nr. 32)

Es besteht kein Zweifel daran, daß es eine Aufgabe der kommunistischen Agitation und Propaganda ist, solche Enthüllungen zu organisieren. Das ist inzwischen eine Binsenwahrheit geworden, die von keiner der sich kommunistisch nennenden Organisationen mehr bestritten wird. Und wenn man sich die verschiedenen Zeitungen anschaut, dann sieht man, daß alle diese Organisationen auch versuchen, solche politischen Enthüllungen zustande zu bringen. Mit sehr unterschiedlichem Erfolg freilich, doch das ist eine andere Frage.

Es ist also gar kein Punkt der Differenz, daß das "politische Klassenbewußtsein" geschöpft werden muß aus den "Beziehungen **aller** Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung" und nicht nur aus den "Wechselbeziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern". (Lenin, Was tun?) Die Differenz taucht erst auf, wenn der KB (Nord) schreibt: "Die Hauptaufgabe der Kommunisten kann nicht sein, die spontanen ökonomischen Abwehrkämpfe der Arbeiter schlechthin zu 'unterstützen', obwohl auch das zweifellos wichtig ist. Als Hauptaufgabe muß vielmehr gefaßt werden: umfassend über den Gesamtcharakter der politischen, ideologischen und ökonomischen Angriffe der Kapitalistenklasse aufzuklären und die Arbeiterklasse propagandistisch wie auch praktisch auf ihre Kämpfe auf allen Ebenen vorzubereiten" (Arbeiterkampf Nr. 32). An Aufgaben erscheinen hier "unterstützen", "aufklären", "propagandistisch und praktisch vorbereiten", wobei das Hauptgewicht gelegt wird auf aufklären und vorbereiten. Die Aufgabe der **Führung** der proletarischen Bewegung erscheint dabei überhaupt nicht. Worin besteht diese Aufgabe? Sie besteht darin, "in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung (zu) vertreten" (Kommunistisches Manifest). Und indem sie das tun, sind die Kommunisten "praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder" (Manifest). Genau diese Aufgabe aber hat der KB (Nord) nicht begriffen und nimmt sie nicht wahr. Das soll an einem Beispiel nachgewiesen werden.

Auf Initiative des KB (Nord) ist in Hamburg eine "Aktionseinheit" gebildet worden, der einige Jugendvertretungen und verschiedene Jugendorganisationen beigetreten sind. Diese "Aktionseinheit" soll sich richten "gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik". Unter anderem erhebt sie auf Initiative des KB (Nord) die Forderung "Ausreichend Lehrstellen für alle Schulabgänger". Diese Forderung war von der Ortsgruppe Hamburg des KBW dahingehend kritisiert worden, daß man bei den Kapitalisten kein Recht auf eine Lehrstelle fordern könne, "weil nicht verhindert werden kann, daß die Kapitalisten weniger einstellen als Bewerber vorhanden sind. Genauso wenig wie man allgemein verhindern kann, daß die Kapitalisten Arbeiter entlassen." Und weiter: "Solange die Herrschaft der Kapitalisten nicht beseitigt ist, können sich die Arbeiter nur vor den schlimmsten Folgen der Arbeitslosigkeit schützen, indem sie z.B. das Elend der Arbeitslosen bekämpfen." (Nach "Rebell-extra") Der KB (Nord) antwortete darauf in einer Extranummer seiner Jugendzeitung "Rebell" unter dem Titel "Wie muß der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenverknappung geführt werden? ". Wir zitieren:

"Dementsprechend stellt der KBW **keine** Forderungen gegen die Arbeitslosigkeit selbst, etwa gegen die Streichung von Arbeitsplätzen und Lehrstellen, gegen die kapitalistischen Rationalisierungen etc., sondern **ausschließlich** Forderungen, die sich auf die Lage der Arbeitslosen beziehen ... Wir geben dem KBW durchaus darin recht, daß es im Kapitalismus **allgemein** kein "Recht" auf einen Arbeitsplatz oder eine Lehrstelle geben kann. Allgemein gesehen ist die Arbeitslosigkeit ebenso gesetzmäßig wie die sich verschärfende Krise des Imperialismus.

Diese Erfahrung hat die Arbeiterklasse seit über hundert Jahren machen müssen. Deshalb hat die Arbeiterbewegung allerdings den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit noch nie auf die Verbesserung der Lage der Arbeitslosen **beschränkt.** Denn in welchem **Ausmaß** es den Kapitalisten gelingt, die Krise durch Arbeitslosigkeit, Verschlechterung der Ausbildung, Preissteigerungen, Steuererhöhungen etc. auf die werktätige Bevölkerung abzuwälzen – das ist genau Gegenstand des Klassenkampfes und abhängig vom gesellschaftlichen Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit.

Für die Pseudomarxisten des KBW ist die Ökonomie alles, der Klassenkampf dagegen nichts! Aber die Kapitalisten geben selbst ganz offen zu, daß die Lehrstellenverknappung keineswegs ein unabänderliches "Schicksal" für die Arbeiterjugend ist, sondern daß sie von ihnen bewußt zum Zweck der politischen Erpressung herbeigeführt worden ist. Nichts anderes ist der Inhalt des Briefes von fünf Spitzenverbänden der "Wirtschaft" an Bundeskanzler Schmidt, wo unumwunden erklärt wird, die Kapitalisten wären bereit und in der Lage, unter bestimmten Bedingungen das Angebot an Lehrstellen um zehn Prozent bis zum Jahresende zu steigern. Die (politischen!) Bedingungen lassen sich auf einen einfachen Nenner bringen: Liquidierung jeglicher Reform der Berufsbildung! (. . .) Diese kriminelle Politik mit "wirtschaftlichen Notwendigkeiten" zu entschuldigen (!) und den Kampf dagegen für unmöglich zu erklären ("kann im Kapitalismus allgemein nicht verhindert werden"), heißt, den Arbeiterjugendlichen direkt in den Rücken zu fallen. (. . .) Selbstverständlich fordern wir von den Kapitalisten diese 40 000 Ausbildungsplätze, und zwar **nicht** etwa als "Antrittsgeschenk" einer CDU/CSU-Regierung, sondern ohne jede politische Vorbedingung."

Der KB (Nord) erhebt also den Vorwurf, der KBW erhebe "keine Forderungen gegen die Arbeitslosigkeit selbst". Erhebt nun der KB (Nord) eine Forderung gegen die Arbeitslosigkeit bzw. gegen den Lehrstellenmangel selbst? Das tut er keineswegs. Er antwortet nur mit einem Propagandamanöver auf das Propagandamanöver der Kapitalisten und fordert "selbstverständlich von den Kapitalisten diese 40 000 Ausbildungsplätze". Von wem sollen die 40 000 Ausbildungsplätze gefordert werden? "Von den Kapitalisten!" Bekanntlich sind "die Kapitalisten" viele einzelne Kapitalisten, die untereinander in Konkurrenz stehen. Sollen also die 40 000 Ausbildungsplätze so erkämpft werden, daß die Kampfaufgabe auf die Belegschaften aufgeteilt wird, etwa in der folgenden Weise: Bei Blohm und Voß wird für 100 zusätzliche Ausbildungsplätze gekämpft, bei den Hamburger Stahlwerken für 50, bei Springer für 30, usw. bis die 40 000 zusammen sind. Man müßte eine ziemlich perfekte Liste der westdeutschen Betriebe aufmachen und die Kampfaufgaben der einzelnen Belegschaften genau nach Stärke, Größe des Betriebes usw. bemessen. Und gleichzeitig müßte jede Belegschaft ordentlich aufpassen, daß keiner der bestehenden Ausbildungsplätze gestrichen wird, damit tatsächlich 40 000 Plätze mehr dabei rauskommen. Man sieht: Das Ganze wäre ein Wahnsinnsunternehmen, und nicht mal der KB (Nord) kann daran gedacht haben, es auszuführen.

Es ist eher so, daß er sich überhaupt nichts gedacht hat. Denn auch von den Kapitalistenverbänden können 40 000 neue Lehrstellen nicht erkämpft werden. Kein Kapitalistenverband könnte z.B. darüber einen Tarifvertrag abschließen, weil er unmöglich seine Mitglieder je einzeln binden und auf bestimmte Lehrlingszahlen verpflichten kann. Das wäre ebensoviel verlangt, als ob er sich gegenüber der Gewerkschaft tarifvertraglich verpflichten sollte, z.B. 50 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Darüber entscheidet bekanntlich die Konkurrenz unter den Kapitalisten, und das Interesse des einen Kapitalisten besteht darin, den anderen fertigzumachen, keineswegs aber können sie als Metallkapitalisten z.B. ein Arbeitsplatzprogramm für die Metallindustrie untereinander absprechen und in einem freiwilligen Zusammenschluß, wie es ja die Kapitalistenverbände sind, beschließen. Wenn man unterstellen will, daß das möglich sei, hat man gleichzeitig unterstellt, daß der Kapitalismus aufgehört hat, Kapitalismus zu sein und statt einer anarchischen zu einer planvollen Wirtschaftsweise geworden ist. Auch hier sieht es also schlecht damit aus, von "den Kapitalisten" die 40 000 Ausbildungsplätze zu erzwingen.

Die einzige Instanz, die überhaupt von allen einzelnen Kapitalisten etwas erzwingen kann, das ist der bürgerliche Staat, der geschäftsführende Ausschuß der Kapitalistenklasse. Gerade in Hinblick auf den bürgerlichen Staat aber will der KB (Nord) nicht die Forderung nach "Recht auf Facharbeiterausbildung an den Berufsschulen" bzw. nach der Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr erheben. Warum nicht? Weil das im Kapitalismus nicht zu verwirklichen sei! Wenn man davon ausgeht, daß die Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr im Kapitalismus sehr wohl zu erreichen sei, dann heißt das für den KB (Nord) "ganz klar, daß für den KBW der bürgerliche Staat eben nicht der Staat der Kapitalisten ist, sondern eine Einrichtung, die im Sinne der Arbeiterklasse weitgehend neutralisiert und demokratisiert werden kann, ohne die Herrschaft der Kapitalistenklasse insgesamt zu brechen". (Rebell-extra) Man sieht: Der KB (Nord) hat völlig recht damit, daß es unbedingt notwendig ist, das Element der politischen Bewußtheit zu heben. Denn ein solcher Unsinn sollte möglichst nicht noch mal geschrieben werden, daß es darauf hinauslaufe, den bürgerlichen Staat "demokratisieren" zu wollen, wenn die Arbeiterklasse von ihm ein Gesetz erzwingt. Selbstverständlich kann die Arbeiterklasse vom bürgerlichen Staat Gesetze erzwingen, die ihre Lage verbessern.

Und der bürgerliche Staat hört durch die Erzwingung eines solchen Gesetzes keineswegs auf, bürgerlicher Staat zu sein. Von der englischen Fabrikgesetzgebung im 19. Jahrhundert bis heute hat es die Arbeiterklasse immer wieder verstanden, Gesetze zu erzwingen, die der Ausbeutung eine Schranke setzen. Und sie war ebenfalls in der Lage, allgemeine Rechte zu erkämpfen, welche die Befugnisse des bürgerlichen Staatsapparates beschneiden und auf seine Zersetzung hinarbeiten, wenn sie revolutionär genutzt werden. Karl Marx hat als eine der ersten großen Aufgaben der Arbeiterbewegung im "Kapital" genannt: "Zum 'Schutz' gegen die Schlange ihrer Qualen müssen die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten und als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen, ein übermächtiges gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen." (Kapital I, Seite 320) Das bezog sich damals auf ein Gesetz, das die Grenzen des Arbeitstages vorschreibt, und der Staat, von dem die Arbeiter es erzwingen sollten, war in ganz Europa und Nordamerika der bürgerliche Staat.

Der KB (Nord) geht demgegenüber davon aus, daß die Arbeiterklasse die Frage der Ausbildung ihres Nachwuchses nicht **als Klasse** durchkämpfen soll, indem sie **vom bürgerlichen Staat** ein Gesetz **erzwingt,** das einheitliche und gleiche Schulausbildung bis zum 18. Lebensjahr vorschreibt in Schulen, die theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermitteln. Er hält "nach wie vor" die an keinen bestimmten Adressaten gerichtete Forderung "nach Einrichtung von ausreichend (natürlich qualifizierten) Lehrstellen für alle Schulabgänger durch die Kapitalisten ... für richtig."

Diese Forderung kann überhaupt nur einen Sinn haben, wenn ein Gegner da ist, demgegenüber man sie durchkämpfen kann und der gleichzeitig in der Lage ist, alle einzelnen Kapitalisten zur Einrichtung von Lehrstellen zu zwingen. Dieser Gegner aber ist der bürgerliche Staat. Die DKP ist in dieser Richtung konsequent. Sie fordert ein Berufsbildungsgesetz, worin festgelegt wird: "Die Betriebe, insbesondere die Großkonzerne, sind gesetzlich zu verpflichten, entsprechend ihrer Beschäftigtenzahl und ihrer technischen Ausstattung Ausbildungsplätze bereitzustellen." (Zitiert nach: Rebell-extra) Die DKP ist hier hundertmal konsequenter als der KB (Nord). Sie behandelt die Frage der Berufsausbildung als eine Klassenfrage und wirft sie als Frage der Klasse politisch, nämlich gegenüber dem bürgerlichen Staat, auf. Sie schlägt allerdings gleichzeitig eine falsche Antwort vor auf diese Frage, weil sie nicht fordert, daß das allgemeine Schulwesen nach den Ansprüchen der Arbeiterklasse gestaltet wird.

Der KB (Nord) hingegen behandelt die Frage spontaneistisch bzw. anarcho-syndikalistisch, nämlich ohne sie direkt als Frage der Arbeiterbewegung gegenüber dem geschäftsführenden Ausschuß der Kapitalistenklasse aufzuwerfen: "Den Weg zur Durchsetzung dieser Forderung sehen wir vor allem im Aufbau und der Stärkung einer Kampffront in Betrieben, Schulen und Hochschulen und erst in zweiter Linie im Kampf um die parlamentarische (gesetzliche) Absicherung dieser Forderungen."

Der Unsinn dieser Bestimmung liegt darin, daß in "erster Linie" gekämpft und "in zweiter Linie" gegenüber dem Staat gefordert werden soll. Was heißt da "in erster" und "in zweiter Linie"? Der Kampf muß geführt werden, um

die richtige Forderung gegenüber dem bürgerlichen Staat durchzusetzen, und das ist von vorneherein das Ziel. Der KB (Nord) benutzt die Formulierung "in erster Linie" und in "zweiter Linie", um erst mal ordentlich aufs Blech hauen zu können und zum Kampf zu trommeln, und "in zweiter Linie" auf die Forderung der DKP einzuschwenken. Denn was ist die "gesetzliche Absicherung" der Forderung "nach Einrichtung von ausreichend (natürlich qualifizierten) Lehrstellen für alle Schulabgänger durch die Kapitalisten" anders als die DKP-Forderung bezüglich des fortschrittlichen Berufsbildungsgesetzes?

Was ist an diesem Beispiel zu lernen? Daß man sich als Kommunist an Grundsätzen orientieren muß, wenn man in den einzelnen Kämpfen der Arbeiterbewegung tatsächlich die Interessen der Gesamtbewegung vertreten will. Der KB (Nord) wirft dem KBW vor, nur den Kampf gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit führen zu wollen und nicht gegen die Arbeitslosigkeit selber. Und er verweist darauf, daß die Arbeiterbewegung sich darauf noch nie habe beschränken lassen. Von der Hamburger Drucker-Demonstration am 31. Januar 1975 berichtet der KB (Nord), dort sei die Parole gerufen worden "Lehrstellen her, Arbeitsplätze her – sonst geben wir keine Ruhe mehr!". Und er glaubt den KBW bei einem Widerspruch erwischt zu haben, weil in der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 5 auf der Titelseite darüber berichtet wurde. Der KB (Nord) befindet sich auf dem Holzweg. Nie hat der KBW bestritten, daß die **spontane** Arbeiterbewegung in der Krise die Forderung nach Sicherung der Arbeitsplätze stellen wird. Was wir allerdings bestreiten, ist, daß diejenigen Kommunisten sind, die die spontane Arbeiterbewegung auf diesem unmittelbaren Niveau belassen bzw. es ihr sogar noch einreden, wie der KB (Nord) über seine "Aktionseinheit" lobend zu berichten weiß. (Rebell-extra) Die Kommunistische Volkszeitung hat diese Frage anders behandelt. Sie hat unter der Überschrift "Drucker demonstrierten: 'Lehrstellen her, Arbeitsplätze her – sonst geben wir keine Ruhe mehr!' " über die Demonstration berichtet. Und sie hat daran anschließend entwickelt, unter welchen Forderungen die **Einheit** der Arbeiterklasse gegen die Folgen der kapitalistischen Krise, d.h. gegen kapitalistische Rationalisierung und gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit möglich ist. Die Parole, die spontan gerufen wurde, hat die Kommunistische Volkszeitung zitiert und in deutlich erkennbaren Anführungszeichen in der Überschrift gebracht. Und sie hat dann entwickelt, welches die allgemeinen Interessen der Arbeiterbewegung sind, die auch in bezug auf diese besondere Druckerdemonstration dargelegt werden müssen.

Der KB (Nord) hält diese Herausarbeitung der allgemeinen Interessen der Arbeiterbewegung aus ihren zunächst beschränkten Forderungen für "Sabbelei". An diese "Sabbelei" hat Karl Marx sein ganzes Lebenswerk verwandt. Auch die Arbeiterbewegung seiner Zeit hatte ihre spontanen Sprechchöre. Wobei es damals auch schon so war, daß diejenigen, die diese spontanen Parolen erfanden, von sich behaupteten, Sozialisten zu sein. Eine beliebte Losung war: "Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk". Marx hat den ganzen ersten Band des "Kapital" und zahlreiche kleinere Schriften auf den Nachweis verwandt, daß das "ein **konservatives** Motto" sei, das durch die **revolutionäre** Losung "Nieder mit dem Lohnsystem!" ersetzt werden müsse. (Karl Marx: Lohn, Preis und Profit) Seitdem gibt es die wissenschaftliche Möglichkeit, herauszuarbeiten, worin jeweils das Interesse der Gesamtbewegung in jeder besonderen Bewegung besteht und in welcher Forderung es sich zusammenfassen läßt. Das Interesse der Gesamtbewegung erfordert, solche Forderungen in jeder besonderen Bewegung ins Zentrum zu stellen, unter denen die Einheit der Arbeiterklasse gegen die Klasse der Kapitalisten und ihren Staat hergestellt werden kann.

Die Arbeitslosigkeit, besser die Existenz einer industriellen Reservearmee, ist innerhalb des Kapitalismus nicht zu bekämpfen. Die "Forderung", die einzig gegen die immer wiederkehrende Verwandlung von Teilen der Arbeiterklasse in industrielle Reservearmee erhoben werden kann, ist der Sozialismus. Aber schon innerhalb des Kapitalismus suchen die Arbeiter "durch Trades' Unions usw. (Gewerkschaften) eine planmäßige Zusammenwirkung zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten zu organisieren . . ., um die ruinierenden Folgen jenes Naturgesetzes der kapitalistischen Produktion auf ihre Klasse zu brechen oder zu schwächen". (Kapital I, Seite 669) Und das kann nur geschehen unter Forderungen, die den Druck der industriellen Reservearmee auf den beschäftigten Teil der Arbeiterklasse schwächen, Forderungen also, die den arbeitslosen Arbeitern ein Auskommen sichern und sie nicht zwingen, zu Streikbrechern zu werden.

Gegen jede **einzelne** Stillegung oder Massenentlassung kann eine Belegschaft Widerstand leisten, und die Kommunisten müssen sie dabei unterstützen. Das aber kann nicht die Perspektive der ganzen Arbeiterklasse sein, die es sich sonst zur Aufgabe machen müßte, den einzelnen Kapitalisten die Betriebe vor der Pleite zu bewahren. Eine Belegschaft würde dann gemeinsam mit ihrem Kapitalisten gegen die andere konkurrieren, und von Einheit der Arbeiterklasse könnte keine Rede mehr sein. Dahin kommt man, wenn man die Herausarbeitung der richtigen Forderungen, unter denen die Einheit der Klasse möglich ist, für "Sabbelei" hält und sich dem spontanen Gang der Bewegung unterordnet.

Auch in der Lehrlingsfrage verfolgt der KB (Nord) eine Linie der Spaltung. Daß die von ihm propagierte Forderung im Grunde darauf hinausläuft, die Lehrlinge jeweils den einzelnen Kapitalisten gegenüberzustellen und so nach Lehrwerkstätten bzw. Großbetrieben aufzuspalten, sahen wir schon. Aber die Spaltung geht noch weiter. Bekanntlich bekommt nur ein Bruchteil der jungen Arbeiter überhaupt eine Ausbildung im Großbetrieb. Viele müssen gleich Hilfsarbeiter werden, andere kommen zum Krauter. Das ganze überlieferte, aus zunftmäßigen Traditionen herstammende System der Lehre spaltet die Jugend der arbeitenden Klasse in vielfacher Weise. Diese Spaltungen nimmt der KB (Nord) aber nicht nur als gegeben hin, sondern rechtfertigt sie auch noch damit, daß sonst eine "Spaltung der Lehrlinge von den Arbeitern im Betrieb" (Rebell-extra) eintreten würde. Als ob die Jugend der Arbeiterklassse dadurch von ihrer Klasse gespalten wird, daß die Arbeiterklasse für ihre Jugend eine bessere Schulausbildung erkämpft! Wenn der KB (Nord) diesen Gedanken fortspinnt, müßte er gleich für die Verkürzung der Schulpflicht eintreten, weil jedes zusätzliche Jahr, das die Jugend in der Schule verbringt, statt im Betrieb für den Kapitalisten zu schuften, sie "von den Arbeitern im Betrieb" spaltet. Bei der Verteidigung der zunftmäßigen Lehre ist der KB

(Nord) dahin gekommen, ein Argument für die Wiedereinführung der Kinderarbeit ins Feld zu führen.

Man kann festhalten: Unter "Stärkung des politisch bewußten Elements" versteht der KB (Nord) etwas anderes als seit Karl Marx alle Kommunisten darunter verstanden haben. Er versteht nicht darunter, "in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung zu vertreten". Was der KB (Nord) darunter versteht, das ist eine vorsichtig-skeptische Einschätzung des Kräfteverhältnisses in den jeweiligen Kämpfen. Als Ausfluß der Stärkung des bewußten politischen Elements sieht der KB (Nord) es an, vor einem möglichen schlechten Ausgang des Kampfes vor einer Überschätzung der Kräfte des Proletariats und einer Unterschätzung der Bourgeoisie zu warnen. Im August 1973, unmittelbar vor der Welle der Streiks in Nordrhein-Westfalen, erschien die Nr. 31 des "Arbeiterkampf" mit der Warnung vor dem Jubel-Ökonomismus und der Feststellung: "Die Agitation und Propaganda während des Klöckner-Streiks (im Juni 1973) zeigt, daß von der Illusion ausgegangen wird, zum jetzigen Zeitpunkt im ganzen Bundesgebiet eine breite Kampffront der Betriebe aufbauen zu können." Den Kampf gegen solche Illusionen machte sich der KB (Nord) in einem Zeitpunkt zur Aufgabe, wo es darauf angekommen wäre, herauszuarbeiten, wie die anstehenden Kämpfe zum Erfolg geführt werden konnten. Er warnte im "Arbeiterkampf" Nr. 30 vom Juli 1973 vor "Streik-Geilheit" bei der DKP und den revolutionären Gruppierungen. Und machte stattdessen Redensarten darüber, den "Blick nicht nur auf den Lohnkampf, sondern auf die allseitigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu lenken". (Arbeiterkampf Nr. 31 vom August 1973) Für dieses Verständnis von "Stärkung des Elements der politischen Bewußtheit" gibt es zahlreiche Beispiele. Zeitweise war dem KB (Nord) jeder Mensch, der optimistische Anschauungen über die aktuellen Klassenkämpfe äußerte, ein "Jubel-Ökonomist". Dieses Verständnis von "politischer Bewußtheit" als vorsichtig-skeptischer Betrachtungsweise teilt der KBW nicht, sondern hält mit Marx daran fest, daß die Kommunisten, die "theoretisch von der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus" haben, deshalb auch "praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder" sein müssen. (Kommunistisches Manifest) Diese Aufgabe kann der KB (Nord) nicht erfüllen, weil er in Hinblick auf alle Ebenen, auf denen der Klassenkampf zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie stattfindet, falsche Auffassungen hat, deren Kern jeweils darin besteht, daß er die Interessen der Gesamtbewegung nicht versteht und sie deshalb auch nicht in allen bestehenden Bewegungen vertreten kann. Bei diesen verschiedenen Ebenen des Klassenkampfes handelt es sich um die folgenden:

1. Die Herstellung der Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes gegen die Kapitalisten und ihre Verbände.
2. Die Herstellung der politischen Einheit der Arbeiterklasse gegenüber der Kapitalistenklasse und dem bürgerlichen Staat.
3. Die Herstellung der Einheit des Volkes im Kampf um Demokratie unter Führung der Arbeiterklasse.

Und schließlich handelt es sich um die Frage, ob "die Kommunisten ihre unterschiedlichen Aufgaben . . . stets im Rahmen der Hauptwidersprüche in der Welt (bestimmen), wie sie in der Ära der proletarischen Weltrevolution hervorgetrieben werden". (Programm des KBW, Seite 21)

Gewerkschaftliche Einheit oder: Die RGO ist zu früh?

"Die zentrale Parole, unter der wir heute den Kampf um die Mitgliedermassen der Gewerkschaften führen, ist: 'Machen wir die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse!' ", so heißt es im "Arbeiterkampf" Nr. 40. Gleichzeitig ist der KB (Nord) der Auffassung: "Die Parole 'Machen wir die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse!' bedeutet nicht die Illusion, dieses Ziel innerhalb der bestehenden DGB-Gewerkschaften zu erreichen. Es ist aber offensichtlich, daß zum jetzigen Zeitpunkt für dieses Ziel vor allem **innerhalb** der bestehenden Gewerkschaften zu kämpfen ist." Und warum ist es nach Auffassung des KB (Nord) eine Illusion, die bestehenden Gewerkschaften zu Kampforganisationen machen zu können? Weil die Gewerkschaftsführer lieber die Gewerkschaften spalten, als sie kommunistischen Mehrheiten überlassen werden: "Selbst wenn die Kommunisten in den Gewerkschaften die Mehrheit der Mitglieder gewonnen haben werden, werden die von der Bourgeoisie gekauften Gewerkschaftsführer lieber die Gewerkschaft spalten, als daß sie den Willen der Mitglieder respektieren." Für den KB (Nord) folgt daraus, "daß sich die Bildung gewerkschaftsoppositioneller Gruppen und Organisationen langfristig zwingend als Aufgabe stellt; unmittelbar heute schon dort, wo Mitglieder ausgeschlossen werden oder wo die Gewerschaftsführung die Gewerkschaften spaltet." Statt der 'engen', sektiererischen RGO-Gründungen von Gruppe Roter Morgen und Gruppe Roter Fahne auf 'revolutionärem' Programm soll die "breite Gewerkschaftsopposition" zusammengefaßt werden, und zwar "wegen des Verrats (der Gewerkschaftsführung) in den Tageskämpfen der Arbeiterklasse". Das ist in aller Dürre die Gewerkschaftslinie des KB (Nord). Es ist eine rundum falsche Antwort auf die bürgerliche und spalterische Linie der SPD-Fraktion in den Gewerkschaften. Es ist eine Antwort, die in sich widersprüchlich ist und praktisch in Niederlagen hineinführt.

Wenn man die Parole aufstellt: "Machen wir die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse!" und gleichzeitig erklärt, es sei eine Illusion, das innerhalb der bestehenden DGB-Gewerkschaften zu erreichen, aber wegen der Kräfteverhältnisse müsse man innerhalb der bestehenden Gewerkschaften dafür kämpfen, wenn man das tut, dann antwortet man auf die sozialdemokratische Linie der Spaltung ebenfalls mit einer Linie der Spaltung, was ein bürgerlicher Fehler ist. Dann sagt man: Es ist illusionär, die DGB-Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse machen zu wollen. Wir müssen uns darauf vorbereiten, zu einem günstigen Zeitpunkt neue Gewerkschaften zu schaffen, die tatsächlich Kampforganisationen sind. Und dieser Zeitpunkt wird eintreten, wenn die Sozialdemokraten wegen unserer wachsenden Stärke die DGB-Gewerkschaften spalten müssen. Man kann völlig sicher sein, daß bei dieser Linie die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nie in die Verlegenheit kommen werden, einer kommunistischen Mehrheit in ihrer Gewerkschaft gegenüberzustehen. Denn diese Linie läuft darauf

hinaus, in den bestehenden Gewerkschaften für die Schaffung neuer Gewerkschaften einzutreten und nicht den Kampf um die bestehenden Gewerkschaften zu führen, weil das ja darauf hinauslaufen würde, "Illusionen" zu verbreiten.

Was bedeutet es, den Kampf **um** die Gewerkschaften zu führen? Es bedeutet vor allem, dafür einzutreten, die bestehenden DGB-Gewerkschaften gegen die Kapitalisten und ihre Verbände zu **stärken**. Es bedeutet, Vorschläge zu unterbreiten, für die man gegen die Kapitalisten eine Einheit bilden kann, bedeutet, Mitglieder zu werben, darauf hinzuwirken, daß der Wille einer Belegschaft bzw. einer Abteilung in den Beschlüssen der gewerkschaftlichen Gremien seinen Niederschlag findet, bedeutet, diese Beschlüsse zu erläutern, für ihre Durchsetzung einzutreten. Ohne daß wir diese gewerkschaftlichen Tätigkeiten entfalten, kann keine Rede vom Kampf um die Gewerkschaften sein, denn Kampf um die Gewerkschaften bedeutet nichts anderes, als alles zu tun, damit die Arbeiter die Gewerkschaften in ihrem Kampf gegen die Kapitalisten nutzen können. Selbstverständlich ist dabei immer wieder der Widerstand der Sozialdemokraten zu überwinden, die sich der Entfaltung des gewerkschaftlichen Lebens und der Orientierung der Politik der Gewerkschaften an den Aufgaben des Klassenkampfes in den Weg stellen. Aber wir werden nur die Kraft haben, diesen Widerstand zu überwinden, wenn immer erneut die Aufgaben des Klassenkampfes gegen die Kapitalisten ins Zentrum gestellt werden und die Polemik gegen die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung dem untergeordnet bleibt.

Der KB (Nord) versteht seine Zentralparole "Machen wir die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse!" in einem anderen Sinn: "Das bedeutet beim jetzigen Stand, Kampf um eine mehr an den Arbeiterinteressen orientierte Politik, Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie, Kampf um die betriebliche Gewerkschaftsorganisation (Vertrauensleute), Kampf gegen die von der Bourgeoisie gekauften Gewerkschaftsführer, Kampf gegen die Ausschlüsse, Organisierung von Ausgeschlossenen, Kampf um die Gewerkschaftseinheit gegen die von der Bourgeoisie gekauften Führer!"

Alle diese Aufgabenbestimmungen laufen hinaus ausschließlich auf die Verschärfung der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Führung der Gewerkschaften. Keine einzige Aufgabe ist genannt, die direkt gegenüber den Kapitalisten durchgesetzt werden muß und deshalb die Gewerkschaft stärken würde. Es ist das nicht das Programm einer politischen Gruppierung, die antritt, um den bürgerlichen Kräften in der Gewerkschaft die Führung des Verbandes im Kampf gegen die Kapitalisten streitig zu machen. Sondern es sind Richtlinien für kleinliche Stänkerer, die sich in den Gewerkschaften einen gewissen Anhang für ihre Polemik gegen die Führung des Verbandes zusammensuchen wollen. Mit einer solchen Orientierung kann man im Kampf gegen die bürgerliche Linie in den Gewerkschaften nie gewinnen.

Die erste Aufgabe, die genannt wird, ist: 'Kampf um eine mehr an den Arbeiterinteressen orientierte Politik.' Die Aufgabe wird von vornherein formuliert als eine Aufgabe nur der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung. Richtig ist es, die Aufgabe zu bestimmen als Kampf für kampfstarke und klassenbewußte Einheitsgewerkschaften. Dann ist klar, daß solche Gewerkschaften zunächst im Kampf gegen die Kapitalisten durchgesetzt werden müssen, und in dem Rahmen erst gegen die SPD-ler in der Gewerkschaftsführung. – Weiter wird als Aufgabe genannt: 'Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie.' Daß diese Idee gleich als nächste kommen muß, ist klar, wenn die Hauptaufgabe des Kampfes gegen die bürgerliche Politik ausschließlich als innergewerkschaftliche Aufgabe beschrieben worden ist. Dann muß sich die Aufmerksamkeit sofort richten auf die inneren Organisationsformen der Gewerkschaften unter dem Gesichtspunkt, ob sie demokratisch sind und der Opposition einigen Bewegungsraum lassen. Man hat dabei zugleich einen entschiedenen Schritt getan weg von Massenfragen, die mit der Politik der Gewerkschaften und dem Kampf gegen die Kapitalisten bestimmt sind, hin zu Fragen, für die normalerweise nur wenig Interesse besteht. Denn vor allem fragen die Arbeiter mit Recht, ob die Gewerkschaften ihnen was bringen und der gewerkschaftliche Zusammenschluß sie stärkt. Und dem bleibt die Frage nach der Demokratie im Verband lange Zeit untergeordnet.

Als dritte Aufgabe erscheint: 'Kampf um die betriebliche Gewerkschaftsorganisation (Vertrauensleute).' Und nicht etwa: 'Stärkung der Vertrauensleutekörper in den Betrieben. Aufbau von Vertrauensleutekörpern in allen Betrieben, wo noch keine existieren und in allen Abteilungen, wo die Vertrauensleute noch schwach sind. Entfaltung des gewerkschaftlichen Lebens durch die Vertrauensleute usw.' – All das erscheint nicht, sondern im Blick hat der KB (Nord) eine Rangelei um Posten, jenseits des Kampfes für die Stärkung der Gewerkschaft.

Als vierte Aufgabe dann: 'Kampf gegen die von der Bourgeoisie gekauften Gewerkschaftsführer', wozu man nur sagen kann, daß der schon gleich verloren ist, wenn er auf der Linie 1–3 angegangen worden ist.

Und als fünfte Aufgabe: 'Kampf gegen die Ausschlüsse', wo es ebenfalls besser ist, alle Hoffnungen fahren zu lassen, wenn er auf der Grundlage der vom KB (Nord) dargelegten Linie geführt werden soll. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß wir überall dort Ausschlußanträge zurückschlagen konnten, wo unsere Genossen auf eine Tätigkeit sich stützen konnten, die die Gewerkschaft gestärkt und vorangebracht hat. Daß aber die Lage überall dort hoffnungslos war, wo sie sich im Kampf gegen die bürgerlichen Gewerkschaftsführer mehr hervorgetan haben, als in der Stärkung der Gewerkschaft gegenüber den Kapitalisten.

Zur Besieglung der Hoffnungslosigkeit nennt der KB (Nord) als 6. Aufgabe: 'Organisierung der Ausgeschlossenen'. eine Aufgabe, die er inzwischen ja auch schon praktisch angepackt hat. Dabei kommen Vereine zustande, die durch nichts anderes bestimmt sind als durch Forderungen an die Gewerkschaft auf Wiederaufnahme. Das hat zwar so wenig Aussicht auf Erfolg, möchte aber noch angehen. Aber diese Vereine machen zugleich den Versuch, gewerkschaftliche Politik im Betrieb zu entfalten, und das müssen sie notwendigerweise tun gegen die Gewerkschaft.

Dabei können sie nur erreichen, daß die 7. genannte Aufgabe: 'Kampf um die Gewerkschaftseinheit gegen die von der Bourgeoisie gekauften Führer!' überhaupt nicht mehr gelöst werden kann. Ein Beispiel hat der KB (Nord) jüngst bei den Betriebsratswahlen bei Texaco geliefert, wo der Spaltungsabsicht der Hamburger IG Chemie-Führung durch eine eigene Liste mit Ausgeschlossenen IG Chemie-Mitglieder an der Spitze in die Hand gearbeitet wurde. Mit

den beiden ausgeschlossenen Betriebsräten hatten weitere 13 IG Chemie-Mitglieder eine Liste gebildet. Diese Liste hat unter den Angestellten 352 Stimmen bekommen und 4 Sitze im Betriebsrat. Die Angestelltenliste der IG Chemie bekam 145 Stimmen und 2 Sitze. Gewonnen hat die Wahl die DAG mit 507 Stimmen und 7 Sitzen. Damit dürfte durch eine falsche Antwort auf die Spaltungspolitik der bürgerlichen IG Chemie-Führung die Gewerkschaft bei Texaco erst mal für Jahre geschlagen und geschwächt sein, während eine Standesverein wie die DAG Zulauf bekam. Die 13 IG Chemie-Mitglieder auf der vom KB (Nord) unterstützten Liste sind ausgeschlossen. Und der KB (Nord) berichtete: "Unter den IG Chemie-Mitgliedern selbst sind die Maßnahmen der IG Chemie-Führer allerdings auf breiten Protest gestoßen. Eine ganze Reihe von Kollegen trat aus der IG Chemie aus, andere forderten die Linken auf, die Fortsetzung der gewerkschaftlichen Arbeit auch organisatorisch durch den Aufbau eines Vereins abzusichern." (Arbeiterkampf 54, Januar 1975) Das Desaster ist also perfekt. Die Gewerkschaft im Betrieb zerstört, die "Linken" herausgeflogen oder hinausgegangen, die DAG triumphiert und der KB (Nord) spekuliert über einen 'Verein' zwecks Fortsetzung der gewerkschaftlichen Arbeit. Dieser 'Verein', der gegen die IG Chemie wird arbeiten müssen, ist dann das Ergebnis des glorreichen "Kampfes um die Gewerkschaftseinheit gegen die von der Bourgeoisie gekauften Führer". Der KB (Nord) ist wahnsinnig genug, dieses unter seiner Anleitung im Kampf gegen die bürgerliche IG Chemie-Führung angerichtete Desaster als Erfolg anzupreisen, weil die Belegschaft einer von Kommunisten geführten Liste soviel Stimmen gegeben habe. "Unter diesen Umständen muß man das Ergebnis der Texaco-Betriebsratswahlen als einen Erfolg linker Politik ansehen, der für die Verhältnisse westdeutscher Gewerkschaftsarbeit hervorsticht." – Hervorsticht, das kann man freilich sagen, hervorsticht durch den üblen Geruch, den dieser "Erfolg" verbreitet.

Zu welchen verqueren und praktisch hilflosen Vorstellungen die vom KB (Nord) angegebenen gegenwärtigen Aufgaben in der Gewerkschaftsarbeit führen, das läßt sich gut an einem Artikel im Heft 40 des "Arbeiterkampfes" ablesen. Unter dem Titel 'Wohin steuert die IG Metall? " werden dort u. a. die 1973 neu erschienenen Richtlinien der IG Metall für Vertrauensleutearbeit kritisiert. Diese Richtlinien werden vom KB (Nord) vor allem unter dem Gesichtspunkt kritisiert, daß sie den Vertrauensleuten im Aufbau der IG Metall keine Rechte einräumen. Zweifellos nun hat der IG Metall-Vorstand die Rechte der Vertrauensleute so gering wie irgend möglich zu halten versucht. Aber er kommt gar nicht umhin, die Aufgaben der Vertrauensleute festzulegen. Denn die Gewerkschaft braucht zweifellos "Mund und Arm im Betrieb". Dazu schreibt nun der KB (Nord): "Tatsächlich ist unter dem Abschnitt 'Rechte und Aufgaben der Vertrauensleute' **kein einziges** Recht enthalten – außer dem, die von den Führern festgelegten Aufgaben zu erfüllen. Danach sind die Vertrauensleute angewiesen: **" ... zu erläutern ..., bekanntzugeben ..., dafür zu sorgen, daß diskutiert ... beachtet und befolgt wird ..., zu verteilen ..., zu prüfen ..., entgegenzuwirken ..., unverzüglich zu melden ..., weiterzuleiten ..., zu unterstützen."** Schöne Rechte sind das! Für 'Mund und Arm der Gewerkschaft' reicht's freilich!"

Was regt den KB (Nord) so auf? Es regt ihn auf, daß alle **Rechte** der Vertrauensleute mit **gewerkschaftlichen Aufgaben** identisch sind. Daß keine Rechte formuliert sind gegenüber dem Vorstand, also keine liberalen Schutzrechte, wie sie der Bürger im Staat und gegenüber der Regierung fordert. Sieht man sich die 'Rechte und Aufgaben der Vertrauensleute' einmal tatsächlich an, so merkt man, daß sie bei allen bekannten bösen Absichten der IG-Metall-Führung für einen kommunistischen Gewerkschafter eine gute Handhabe bieten, die Gewerkschaft im Betrieb gegen den Kapitalisten zu stärken und dabei im Kampf um die Gewerkschaft voranzukommen. Hier die "Rechte und Aufgaben" im Wortlaut:

Die Vertrauensleute sind die Interessenvertreter und Sprecher der IG-Metall-Mitglieder ihres Wirkungsbereiches. Sie vertreten in ihrem Wirkungsbereich die Politik der IG Metall und sind die Verbindung zwischen Organisation und Mitgliedern.

In diesem Rahmen stellen sich den Vertrauensleuten zur Gestaltung und Festigung der Arbeit der IG Metall in den Betrieben u. a. folgende Aufgaben: Sie

geben Beschlüsse und Mitteilungen gewerkschaftlicher Organe bekannt und sorgen dafür, daß diese diskutiert und eingehalten werden;

fördern in ihrem Wirkungsbereich die Meinungs- und Willensbildung der IG-Metall-Mitglieder. Sie tragen Meinungen, Anregungen und Forderungen der IG-Metall-Mitglieder ihres Wirkungsbereiches der Vertrauenskörperleitung, dem Betreibsrat und der Ortsverwaltung vor;

beteiligen sich an gewerkschaftlichen Veranstaltungen und werben IG-Metall-Mitglieder an diesen Veranstaltungen auf örtlicher und betrieblicher Ebene;

beraten die IG-Metall-Mitglieder, erläutern ihnen die Satzung der IG Metall und machen sie mit den sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten bekannt;

machen die IG-Metall-Mitglieder mit ihren Ansprüchen aus Tarifverträgen, Betriebsvereinbarungen, den betriebsverfassungsrechtlichen Vorschriften, dem Gesundheitsschutz, der Arbeitssicherheit sowie der Arbeitsordnung und anderen gesetzlichen Bestimmunge vertraut;

verteilen von der IG Metall und vom DGB herausgegebenes Material;

prüfen die Gewerkschaftszugehörigkeit bei neu im Betrieb eintretenden Arbeitnehmern und werben Unorganisierte für die IG Metall; sie wirken der Absicht des Austritts aus der Gewerkschaft entgegen;

erarbeiten einen gewerkschaftlichen Organisationsplan für den Wirkungsbereich, für den sie zuständig sind und übergeben ihn der Leitung des Vertrauenskörpers;

teilen der Leitung des Vertrauenskörpers bzw. der Ortsverwaltung Versetzungen oder das Ausscheiden von IG-Metall-Mitgliedern aus dem Betrieb mit;

unterstützen die Arbeit der Sicherheitsbeauftragten und der Schwerbeschädigtenvertrauensleute.

Dafür sorgen, daß Beschlüsse usw. diskutiert und eingehalten werden; die Meinungs- und Willensbildung fördern; sich an gewerkschaftlichen Versammlungen beteiligen und für die Teilnahme an solchen werben, was ja auch bedeutet, Veranstaltungen vorzuschlagen und anzuregen; die IG-Metall-Mitglieder beraten; über alle tarifvertraglichen Ansprüche aufklären; Gewerkschaftsmaterial regelmäßig unter die Leute zu bringen; einen gewerkschaftlichen Or-

ganisationsplan ausarbeiten, den man ja in seiner Abteilung beraten kann als eine Art Aktionsprogramm, und einen so beratenen und beschlossenen Plan bei der Vertrauenskörperleitung einbringen, alles das schreiben die Richtlinien vor, und das alles ist ganz ausgezeichnet. Gäbe es diese Richtlinien nicht, der kommunistische Gewerkschafter müßte alles das ohnehin machen. Und wenn er einen müden SPD-ler als Vertrauensmann in der Abteilung vor der Nase hat, dann wird er ihn an eben diesen Aufgaben messen und wegen ihrer Nichterfüllung abzulösen versuchen. Den Kampf **um** die Gewerkschaft kann man also mit Hilfe dieser "Rechte und Aufgaben" gut führen, weil der immer geführt wird um die bestmögliche Erfüllung des Zweckes der Gewerkschaft – Zusammenschluß der Arbeiter gegen die Kapitalisten zu sein. Einen Boden für die als notwendig erachtete Schaffung neuer Gewerkschaften findet man darin freilich nicht. Verfolgt man dieses Ziel, dann wird man zwangsläufig darauf verfallen, das Entscheidende bestehe darin, "demokratische Organisationsprogramme innerhalb der Gewerkschaften zu propagieren und die **"konkrete** Auseinandersetzung mit dem undemokratischen Organisationsaufbau der heutigen Gewerkschaften" zu führen. Während es doch in Wirklichkeit darauf ankommt, als Gewerkschafter bestmöglich alle Aufgaben wahrzunehmen, die dem Zweck der Gewerkschaft entsprechen, wobei der Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie immer nur untergrordnete Bedeutung hat und nie in den Vordergrund geschoben werden darf, wie es der kleinbürgerlichen Vereinsmeierei jedoch entspricht. Jeder, der den "Arbeiterkampf" schon mal zur Hand genommen hat, kennt das seitenlange Gezeter, das als Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie ausgegeben wird. Mit Vorliebe wird dabei über "Schweinkram" sich aufgeregt (vgl. "Gewerkschaftsausschluß mit schweinischen Methoden", Arbeiterkampf 53, Dezember 1974). Mit Sicherheit ist durch diesen "Kampf" bisher kein einziger Ausschluß verhindert worden. Denn ununterbrochen wird die Auseinandersetzung mit bürgerlicher Politik in der Gewerkschaft an einer Front gesucht, wo man mit Sicherheit geschlagen wird. Statt sie – trotz aller sozialdemokratischen Ränke an der Front fortzuführen, wo man sie gewinnen kann: An der Front gegen den Kapitalisten, wo es in jeder einzelnen Frage darum geht, wie die Einheit der Arbeiter gegen den Kapitalisten hergestellt werden kann, um welche Forderungen und mit welcher Tätigkeit.

Welche Fehler gemacht werden, wenn der Kampf nicht geführt wird für kampfstarke und klassenbewußte Einheitsgewerkschaften, wenn der Kampf um die Eroberung der Gewerkschaften für den Kommunismus nicht geführt wird als Kampf um die Stärkung der vorhandenen DGB-Gewerkschaften, das hat der KB (Nord) jüngst in Hamburg in größerem Maßstab mit seiner "Aktionseinheit" vorexerziert. Die vom KB (Nord) geführte "Aktionseinheit gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Hamburger Senats" hatte für den Januar eine Demonstration gegen Jugendarbeitslosigkeit vorgeschlagen. Diese Frage aufzugreifen war zweifellos richtig, was sich dahingehend auswirkte, daß (nach Darstellung des "Arbeiterkampf") der von SDAJ-lern und Jusos besetzte Kreisjugendausschuß des DGB ebenfalls aktiv werden mußte und seinerseits eine Demonstration vorschlug.

Statt diesen Schritt des Kreisjugendausschusses zu begrüßen und alle politischen Organisationen aufzurufen, das Vorgehen des Kreisjugendausschusses zu unterstützen, dabei gleichzeitig innerhalb der gewerkschaftlichen Gremien zu versuchen, für richtige Forderungen einzutreten, stellte sich der KB (Nord) auf die Hinterbeine und verlangte, der Kreisjugendausschuß solle mit ihm bzw. seiner "Aktionseinheit" Aktionseinheitsverhandlungen führen, was bedeutet, die Gewerkschaft und ihre Gremien als eine Organisation neben anderen zu behandeln, nicht aber als umfassende Organisation aller Arbeiter. Auf den Vorschlag der KBW-Ortsgruppe, man solle eine einheitliche Demonstration durchführen, wozu der KJA als gewerkschaftliches Vertretungsorgan aller jungen Hamburger DGB-Mitglieder aufrufe, und der KJA solle überhaupt keine besonderen Aktionseinheitsverhandlungen mit politischen Organisationen führen, entgegnete der KB (Nord): daß "hier eine politisch zumindest in Hamburg unter den Jugendlichen absolut bedeutungslose Gruppe (SDAJ) und ein von den Arbeiterjugendlichen isoliertes, nur von den DGB-Führern ausgehaltenes 'gewerkschaftliches' Gremium (KJA) . . . gegen die Interessen der werktätigen Jugend an einem möglichst breiten, möglichst einheitlichen Kampf" eingespannt werden solle. Der KB (Nord) bezeichnete deshalb die Demonstration, zu welcher der KJA aufgerufen hatte, als "Spalterdemonstration" und rief auf, sich nicht an dieser Demonstration zu beteiligen. Denn: "der KJA ist kein entscheidungsfähiges Gremium der Gewerkschaftsjugend, sondern eine bloße Marionette von Vorstandsgnaden".

Unterstellt einmal, daß die Kennzeichnung zutrifft, daß der Hamburger KJA wirklich das völlig bewußtlose und abhängige Gremium ist, als das der KB (Nord) ihn zeichnet: Was hätte dann näher gelegen, als für die **Stärkung** des KJA einzutreten? Eine große Demonstration unter dem Dach des KJA mußte doch zweifellos über den momentanen Erfolg hinaus das Gewicht der organisierten Arbeiterjugend gegenüber den Kapitalisten stärken, den Gedanken der gewerkschaftlichen Organisierung unter den jungen Arbeitern voranbringen, ihre Aufmerksamkeit erhöhen für die Politik, die der KJA verfolgt und auch den Spielraum des KJA gegenüber dem Vorstand erweitern. Und was den Kampf um die politische Richtung der Demonstration angeht, so hätte der unter dem Dach des KJA sehr wohl geführt werden können, unter den gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen, unter der Arbeiterjugend in den Betrieben, an den Berufsschulen usw.. Wie es dann ja auch praktisch geschehen ist. Eine ernsthafte Gefahr, daß die vom KB (Nord) für richtig gehaltenen Forderungen nicht hätten mitgeführt werden können, gab es keinen Moment, zumal sie – wie wir am Anfang sehen konnten – sich im Wesen von denen der DKP nicht nennenswert unterschieden.

So ist aber der KB (Nord) nicht vorgegangen, sondern er hat direkt gegen die von der Gewerkschaftsjugend veranstaltete Demonstration mobilisiert. Das war direkte Spaltung der Arbeiterbewegung, ohne jede Not betrieben. Und diese Spaltung war deswegen so gefährlich, weil der KB (Nord) im Gegensatz zur Gruppe Rote Fahne und ähnlichen Unternehmen, die diese Politik systematisch betreiben, in Hamburg einen größeren Teil der Bewegung unter den jüngeren Arbeitern an sich gebunden hat. Er führt im Gegensatz zur Gruppe Rote Fahne mit seiner falschen Gewerkschaftslinie viele in die Irre und die von ihm vollzogene Spaltung ist fühlbarer und schädlicher. Trotz aller

Anstrengungen ist es aber dem KB (Nord) nicht gelungen, sich in der Konkurrenz seiner "Aktionseinheit" mit den Gewerkschaften durchzusetzen. Zu der von ihm propagierten Demonstration am 17.1.1975 kamen 2 500 Teilnehmer. Die Demonstration, zu der das "bedeutungslose" gewerkschaftliche 'Gremium' KJA aufgerufen hatte, wurde am 19.1.1975 über 7 000 Teilnehmer stark. Das ist eine deutliche öffentliche Niederlage für den KB (Nord).

Darüber könnte man froh sein. Aber es ist zugleich eine Niederlage, die dem revolutionären Teil der Arbeiterjugend im Kampf um die Gewerkschaften zugefügt wurde. Und wie alle Niederlagen wird auch diese durch eine falsche Gewerkschaftspolitik erlittene Niederlage ihre Opfer kosten.

Die Aufgabe der Kommunisten besteht darin, in jeder besonderen Bewegung die Interessen der Gesamtbewegung zu vertreten. In bezug auf die Gewerkschaften bedeutet das, daß die Kommunisten das allgemeine Interesse der Arbeiterbewegung an kampfstarken und klassenbewußten Gewerkschaften in jedem einzelnen wirtschaftlichen Kampf gegen die Kapitalisten und ihre Verbände vertreten und darin die Grundlage schaffen, um es auch in jeder einzelnen Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Führern der DGB-Gewerkschaften vertreten zu können.

Dieses Interesse der gesamten Arbeiterbewegung vertritt der KB (Nord) in der Gewerkschaftsfrage nicht. Sondern seine Absicht ist es, in den DGB-Gewerkschaften das Ziel von neuen Gewerkschaften, die dann Kampforganisationen der Arbeiterklasse sein sollen, zu vertreten, und gleichzeitig das Ziel der Eroberung dieser Gewerkschaften und der Herstellung der Einheit in ihnen als "Illusion" zu bekämpfen. Das spielt den bürgerlichen Führern der Gewerkschaften in die Hände, weil es – nur von der anderen Seite her – ebenfalls auf Spaltung und Schwächung der gewerkschaftlichen Einheit hinausläuft.

Rebellion ohne Perspektive oder Entwicklung der politischen Arbeiterbewegung?

In der gegenwärtigen Krise wird für eine wachsende Zahl von Arbeitern deutlich, daß die Arbeiterbewegung in Westdeutschland, sich nicht damit begnügen kann, nur eng begrenzte Ziele im Kampf um den Lohn zu verfolgen, wie sie das in den letzten Jahren durchweg getan hat. Eine solche Orientierung reicht in der Krise erkennbar nicht mehr aus und muß entweder in Niederlagen oder in Bewegungsunfähigkeit führen. Eine Belegschaft, deren Fabrik stillgelegt werden soll, wird nicht im Kampf um den Lohn ihre Einheit finden können. Eine Arbeiterklasse, die gespalten ist nach beschäftigten und nicht beschäftigten Arbeitern, kann sich ebensowenig auf den Kampf um den Lohn beschränken. Vielmehr verliert der beschäftigte Teil der Arbeiter immer mehr die Fähigkeit zum Lohnkampf, je mehr der Konkurrenzdruck der industriellen Reservearmee fühlbar wird. Er kann diese Fähigkeit nur erhalten, wenn er gleichzeitig für Forderungen eintritt, die der Spaltung zwischen Beschäftigten und Unbeschäftigten entgegenwirken. Ebenso steht es mit dem Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung, die während der Krise mit großer Schärfe vorgetragen wird und gegen die die einzelne Belegschaft auf Dauer unterliegen muß, wenn nicht die ganze Klasse Forderungen durchsetzt, welche die Arbeiterklasse vor zu schnellem Verschleiß der Arbeitskraft schützen. Alle diese Fragen werden gegenwärtig durch die Verhältnisse selbst aufgeworfen.

Und während dies geschieht, stellt sich gleichzeitig die Unbrauchbarkeit der reformistischen **politischen** Konzepte für die Arbeiterbewegung heraus. Wenn die Krise allgemein wird, schrumpft z.B. der Glaube an die Mitbestimmung im einzelnen Betrieb. Es schwindet insgesamt der Boden für die Politik der Klassenversöhnung.

Es ergibt sich also in der Krise eine Lage, wo unter den Arbeitern die Konkurrenz zunimmt, und wo gleichzeitig der Wunsch nach Einheit stark ist, um gegen die Folgen der Krise sich wehren zu können. Der einzelne Arbeiter weiß, daß er allein aufgeschmissen ist, und das gilt auch für die einzelne Belegschaft, die sich gegen Stillegung und Massenentlassung zur Wehr setzen will. Die Herstellung der Einheit der Klasse wird in dieser Lage dringender noch als zu anderen Zeiten zum Gebot der Stunde. Und es ist klar, daß diese Einheit nicht einfach spontan sich herstellen kann, indem die Arbeiter eines jeden Betriebes jeweils gegen "ihren" Kapitalisten kämpfen.

In welche Schwierigkeiten die einzelne Belegschaft kommt, zeigt der "Arbeiterkampf" am Beispiel von 120 Entlassungen, die bei Auer-Druck, Hamburg inzwischen weitgehend durchgeführt worden sind. (Nr. 56, Februar 1975). Der "Arbeiterkampf" faßt zusammen, wie der Hamburger Vorstand der IG Druck und Papier in der Delegiertenversammlung zur Frage der Entlassungen bei Auer-Druck Stellung genommen hat: "Die 120 Entlassungen seien nicht zu verhindern, dagegen dürfe man keine Kampfmaßnahmen einleiten, die 120 Entlassungen seien notwendig, sie seien sogar im Interesse der Arbeiter (!), denn, wenn nicht 120 ausscheiden, sei die Existenz des Betriebes gefährdet und damit die Existenz aller Arbeitsplätze bei Auer-Druck. Also müsse man auf jegliche Kampfmaßnahmen verzichten, es sei denn, man wolle damit die Arbeitsplätze auch der 300 anderen Kollegen bei Auer-Druck gefährden." Der "Arbeiterkampf" nennt das "arbeiterfeindliche Kapitalistenlogik" – und damit hat er Recht. Und einig sind wir uns auch mit dem "Arbeiterkampf", daß es richtig war, "eine Demonstration aus allen Hamburger Druck-Betrieben gegen die geplanten Massenentlassungen bei Auer-Druck zu fordern und durchzuführen".

Warum aber ist gerade eine Demonstration aus allen Hamburger Druck-Betrieben die richtige Kampfmaßnahme und nicht etwa nur eine Aktion bei Auer-Druck? Weil durch die Massenentlassung bei Auer-Druck der Kampf auch nur schlecht geführt werden konnte und wenig aussichtsreich bleiben mußte. Dadurch, daß die Durckarbeiter den Kampf sofort auf die Ebene der Branche gehoben haben, traten sie zugleich in der einzig richtigen Weise der Kapitalistenlogik ihrer Gewerkschaftsführung entgegen. Hätten sich die Arbeiter bei Auer-Druck einfach als Belegschaft verhalten, so hätten sie tatsächlich der Kapitalistenlogik der IG Druck und Papier-Führung in Hamburg nichts entgegensetzen können. Als Auer-Druck-Belegschaft hätten sie wirklich gemeinsam mit "ihren" Kapitalisten versuchen müssen, über Wasser zu bleiben und Entlassungen hinzunehmen, um andere Firmen niederkonkurrieren zu können. Sie haben sich aber nicht als Auer-Druck-Belegschaft verhalten, sondern als Gewerkschafter, denen es um die Lage der Arbeiter in der Druckindustrie geht und denen darum auch das Schicksal einer einzelnen Belegschaft

nicht gleichgültig sein kann. Sie haben ihre Sache als eine Sache der ganzen Branche behandelt und an alle Druckarbeiter in Hamburg appelliert.
Wie in jedem Kampf, den man führen will, kann man auch in diesem Kampf die Druckarbeiter in Hamburg nur einigen, wenn Klarheit besteht, wofür gekämpft wird und welche Forderungen man durchsetzen will. Hinter welchen Forderungen also haben die Hamburger Drucker demonstriert? Worin bestand ihr gemeinsames Ziel?
Der "Arbeiterkampf" nennt es nicht, bis auf die Forderung: "Lehrstellen her, Arbeitsplätze her, sonst geben wir keine Ruhe mehr", was die Forderung nach dem Recht auf Arbeit ist, und wozu wir uns schon am Anfang geäußert haben. Ansonsten nennt der "Arbeiterkampf" **Parolen**, die gerufen worden sind, aber keine Forderungen: "Das Kapital besiegt man nie mit Mitbestimmungsharmonie!" – "Gegen Konzentration und Rationsalisierung hilft nur Arbeitermobilisierung!" – "Mitbestimmung hat keinen Zweck, das Kapital muß restlos weg!" – "Keine Konzentration auf unserem Rücken – gegen Rationalisierung, Arbeitslosigkeit und Lohnraub!" – "Gegen die Angriffe der Unternehmer hilft nur die Solidarität **aller** Arbeiter!" – "Kampf den politischen Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüssen!" – "Druckerchefs und Pressezaren wolln auf unsere Kosten sparen! Sie reden von sozialer Partnerschaft, baun wir auf unsere eigene Kraft!" – "Auer, Bauer und Konsorten bekämpft man nicht mit schönen Worten!"
Alles das sind richtige Parolen und Erkenntnisse. Nur ist keine einzige **Forderung** darunter, die man durchsetzen will und der durch die Demonstration Gewicht verliehen worden wäre. Man kann getrost davon ausgehen, daß die im "Arbeiterkampf" aufgeführten Parolen vom KB (Nord) entwickelt und in die Demonstration hineingetragen, zumindest aber besonders eifrig unterstützt worden sind. Alle diese Parolen sind schroff und klingen radikal und unnachgiebig. Aber es fällt auf, daß sie zum Teil mehr gegen die SPD-Linie in den Gewerkschaften gerichtet sind, als gegen die Kapitalisten. So ist es schon merkwürdig, wie in der Parole "Mitbestimmung hat keinen Zweck, das Kapital muß restlos weg!" die vom KB (Nord) so hinausgestrichene "antikapitalistische Stoßrichtung" sich aus einer Polemik gegen die Mitbestimmung begründet und nicht aus den Erfahrungen der Arbeitermassen mit dem Kapitalismus.
Wichtiger aber noch ist die Tatsache, daß alle Parolen und Losungen sich nicht beziehen auf eine feste und bestimmte Forderung, die durchgesetzt werden soll gegenüber den Kapitalisten. Solange sie das aber nicht tun, solange sie nicht eine Forderung bekräftigen, für die der Kampf auch nach der Demonstration fortgesetzt werden kann, die in der gewerkschaftlichen Arbeit überall wieder aufgegriffen werden kann, solange bleiben die radikalen Parolen bloße Sprüche. Sie bringen Zorn und Empörung zum Ausdruck, auch Erkenntnis über die Schärfe des Klassengegensatzes, aber sie organisieren keinen Kampf. Jeder, der schon mal einen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer hat reden hören, wird sich leicht daran erinnern können, daß die manchmal noch viel kräftigere Sprüche auf Lager haben, wobei sie freilich die Mitbestimmung schonen. Sie benutzen radikale Sprüche, um den Zorn und die Empörung der Arbeiter, ihre Erkenntnis über die Schärfe des Klassengegensatzes auszusprechen und dann den Dampf abzulassen. Dampf ablassen aber geschieht immer, wo radikale Sprüche nicht dazu dienen, bestimmte nächste Forderungen, um die der Kampf geführt werden muß, vorzutragen und zu verankern. Der KB (Nord) streicht heraus, in der Verbreitung dieser Parolen habe der **politische** Erfolg der Demonstration gelegen und sei ihre "klare **antikapitalistische** Stoßrichtung" zutage getreten. Tatsächlich hat der KB (Nord) dazu beigetragen, eine Demonstration, die von den Druckarbeitern mit hohem politischen Niveau durchgeführt wurde, politisch ins Leere laufen zu lassen, weil er sich nicht überlegt hatte, worauf der Kampf der Druckarbeiter hinauslaufen müsse, was die richtige, alle vereinigende Forderung sei. Auch hier hat es der KB (Nord) nicht verstanden, in der besonderen Bewegung der Drucker die Interessen der gesamten Arbeiterbewegung zu vertreten.
Der "Arbeiterkampf" nennt die Forderungen, die von KBW-Genossen auf der Demonstration mitgetragen wurden, "Parolen", in denen "ökonomistische Beschränktheit" zum Ausdruck kommt. Abgesehen davon, daß der KB (Nord) unfähig ist, eine Parole von einer Forderung zu unterscheiden, was ein klassischer Fehler aller opportunistischen Strömungen in der Arbeiterbewegung ist, weil sie die Festlegung scheuen; abgesehen davon: Was hat es mit dem Vorwurf der "ökonomistischen Beschränktheit" auf sich?
Der KB (Nord) nennt zwei der "sattsam bekannten KBW-Parolen", nämlich die Forderung nach "Zahlung eines Arbeitslosengeldes von mindestens 80 % des Lohns für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit" und die Forderung nach "Beschränkung des Arbeitstages auf 7 Stunden an 5 Wochentagen. Völliges Verbot der Überstundenarbeit" (Programm des KBW,S.29 und 32). Beides sind Forderungen, die sich auf das ökonomische Verhältnis der Lohnabhängigkeit beziehen. Insofern sind sie nur für die Arbeiterklasse und ihr nahestehende Teile der Lohnabhängigen von Bedeutung. Es sind Forderungen nach Arbeiterrechten, während etwa die Forderung nach politischer Organisationsfreiheit auch für Schüler, Studenten und Bauern usw. von Bedeutung ist. Ist es aber nun ökonomistisch, Forderungen nach Arbeiterrechten aufzustellen, also nach Rechten, die in das ökonomische Verhältnis zwischen dem Kapitalisten als Käufer der Arbeitskraft und dem Arbeiter als Verkäufer eingreifen? Der KB (Nord) ist offenbar dieser Auffassung. Das ist freilich eine Auffassung, die mit dem Marxismus-Leninismus nichts zu tun hat. Karl Marx schrieb zu der Forderung nach dem Arbeiterrecht eines gesetzlich geregelten Normalarbeitstages: "An die Stelle des prunkvollen Katalogs der 'unveräußerlichen Menschenrechte' tritt die bescheidene Magna Charta eines gesetzlich beschränkten Arbeitstages, die 'endlich klarmacht, wann die Zeit, die der Arbeiter verkauft, endet und wann die ihm selbst gehörige Zeit beginnt! Quantum mutatus ab illo! (Welch große Veränderung)" (Kapital I, S. 320). Was der KB (Nord) für ökonomistische Beschränktheit hält, hielt Marx für einen Epocheneinschnitt in der Geschichte der modernen Arbeiterbewegung. Bei einem dieser beiden Kontrahenten ist mit Sicherheit eine "Stärkung des bewußten Elements" nötig.
Nicht nur die systematische Überlegung spricht in dieser Frage für Karl Marx und gegen den KB (Nord), sondern auch die Geschichte der Arbeiterbewegung. Den Charakter einer einheitlich politischen Bewegung hat die Arbeiterbewegung gewonnen über den Kampf für den gesetzlich geregelten 8-Stunden-Tag, worin die sozialistisch gesinnten und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Länder sich einig waren. Eine **politische** Bewegung deshalb, weil die Forderung nach einem festen Normalarbeitstag und Verbot der Überstunden nicht mehr bloß tarifvertraglich zwischen Gewerkschaften und Kapitalistenverbände geregelt werden kann. Sondern wenn eine mächtig und umfassen wirkende Schranke gegen die Ausdehnung der Ausbeutung aufgerichtet werden soll, muß eine solche Forderung gerichtet werden an und gegen den bürgerlichen Staat als geschäftsführenden Ausschuß der Kapitalistenklasse. Nur über ein staatliches Gesetz kann ein "übermächtiges gesellschaftliches Hindernis" (Karl Marx) aufgerichtet werden, das die Arbeiter hindert, in Konkurrenz untereinander die Arbeitszeit zu dehnen und das gegenüber allen einzelnen Kapitalisten durchgesetzt werden kann.

All diese politischen Forderungen nach Arbeiterrechten, sind freilich noch keine unmittelbar revolutionären Forderungen. Sie greifen die Ausbeutung selbst noch nicht an, was nur geschehen kann durch die Enteignung der Kapitalisten vermittelst des proletarischen Staates. Anders als um solche politischen Arbeiterforderungen aber, die allesamt darauf abzielen, die Einheit und Selbständigkeit des Proletariats zu erhöhen, kann die politische Klassenbewegung nicht entwickelt werden. Ein guter Teil der Arbeit der Kommunisten wird darin bestehen, solche Forderungen, welche die Arbeitszeit, den Kampf gegen die Schichtarbeit und Akkordlohn, die Rechte der Betriebsräte, die Versicherung der Arbeitslosen betreffen in der Arbeiterbewegung und in den Gewerkschaften zu verankern, und die Arbeiterbewegung im Kampf für die Durchsetzung dieser Forderungen zu führen.
Die Demonstration der Hamburger Drucker ist in dieser Hinsicht – soweit es den KB (Nord) betrifft – eine verpaßte Gelegenheit gewesen. Denn daß der Kampf um Rechte der Arbeiter gegenüber dem bürgerlichen Staat noch nicht weiter entfaltet ist, das liegt zu einem guten Teil an der Verständnislosigkeit vieler sich kommunistisch nennenden Organisationen. Der KB (Nord) hält diese Forderungen für "ausgeklügelt" und künstlich, weil sie sich "nicht auf Forderungen einer realen Bewegung" beziehen (Unser Weg 24, S. 2). Daß das nicht der Fall ist, sondern daß die grundsätzlichen von der Arbeiterbewegung ausgearbeiteten Forderungen unmittelbar aktuell werden, wenn sich die Arbeiterbewegung wieder neu vor die entsprechenden Fragen gestellt sieht, das beweisen die Beschlüsse in gewerkschaftlichen Körperschaften, die unter Mitwirkung unserer Genossen gefaßt worden sind. So konnte in der Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier in Frankfurt z. B. am 15.2.1975 eine Resolution verabschiedet werden, die ganz und gar auf der Linie der "sattsam bekannten KBW-Parolen" ('mindestens 80 % Arbeitslosengeld') liegen. Das liegt nicht daran, daß das besondere KBW-Forderungen wären, sondern es liegt daran, daß der KBW die grundsätzlichen Antworten der Arbeiterbewegung zu all den Fragen, die die Existenz des Lohnarbeiters als Lohnarbeiter betreffen in sein Programm aufgenommen hat. Nur orientiert an solchen Forderungen kann für die Herstellung der politischen Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Staat gekämpft werden. Nur so kann man in jeder besonderen Bewegung die Interessen der gesamten Arbeiterbewegung vertreten und sie daran ausrichten. Das hat der KB (Nord) nicht begriffen, wie schon eingangs die Untersuchung der Lehrlingsforderung gezeigt hat. Er neigt stattdessen zu spontaneistischen und anarcho-syndikalistischen Vorstellungen, die sich mehr um den radikalen Anstrich einer Bewegung kümmern, als um die Aktionseinheit der Klasse, die nur unter richtigen Forderungen hergestellt werden kann. Das Ergebnis ist, daß er die spontan ausbrechenden Rebellionen in ihrer spontanen Form beläßt, bestenfalls noch Geburtshelfer spielt, aber diese Bewegung nicht formt und einfügt in die Entwicklung einer einheitlichen und selbständigen politischen Klassenbewegung, die nur unter klaren Forderungen möglich ist. Wer nicht darum kämpft, die Arbeiterbewegung auf prinzipiell richtige Forderungen zu einigen, auf Forderungen, deren Richtigkeit mit Hilfe des wissenschaftlichen Sozialismus begründbar ist und deren Richtigkeit in der Geschichte der Arbeiterbewegung sich immer wieder herausgestellt hat, und der stattdessen sich damit begnügt, einer Arbeiterdemonstration einen etwas radikalen Anstrich zu geben, der fördert nicht die politische Bewußtheit, der handelt als Spontaneist. Der Vorwurf der ökonomischen Beschränktheit fällt auf ihn selbst zurück: Für die Verankerung keiner einzigen politischen Forderung ist der KB (Nord) auf der Hamburger Drucker-Demonstration eingetreten.

Soll die Arbeiterklasse gegen den bürgerlichen Staat als Vorkämpferin der Demokratie auftreten oder soll sie die bürgerliche Demokratie verteidigen?

Der KB (Nord) ist innerhalb der revolutionären Bewegung in Westdeutschland diejenige Organisation, die sich am häufigsten auf Lenins Schrift "Was tun? " beruft. Sie gehört gleichzeitig zu denjenigen Organisationen, die diese Schrift in ihrem Kern nicht begriffen haben. Begriffen hat der KB (Nord), daß das politische Klassenbewußtsein nicht von selbst entsteht und nicht durch eine Agitation auf dem Boden nur des wirtschaftlichen Kampfes und des Kampfes um Arbeiterrechte entwickelt werden kann. Begriffen hat der KB (Nord), daß die Arbeiterklasse im Sinne "der unversöhnlichen Gegensätzlichkeit ihrer Interessen zum gesamten politischen und sozialen System des Kapitalismus und von daher natürlich (zur) Einsicht in die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution" erzogen werden muß. Und daß politische Enthüllungen über alle Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens dafür notwendig sind. In all diesen Fragen haben wir zum KB (Nord) grundsätzlich keine Differenz, obwohl der KB (Nord) lange Zeit eine gegenstandslose Polemik geführt hat mit der Stoßrichtung, der KBW begreife nicht die Notwendigkeit der politischen Agitation und Propaganda der Kommunisten.
Die Differenz setzt ein, wenn es um den **Zweck** dieser politischen Erziehungsarbeit der Kommunisten geht. Was ist dieser Zweck? Der KB (Nord) sagt: Den "Kampf gegen den gesamten politischen Unterdrückungsapparat der Kapitalistenklasse" zu führen. (Nachdruck aus: KAB-AZ, Teil 2, Seite 8) Auch das bestreiten wir nicht. Der KBW ist aber der Auffassung, daß auch dieser Kampf nur mit positiver Zielsetzung zu führen ist. Der Kampf "gegen den gesamten politischen Unterdrückungsapparat der Kapitalistenklasse" ist über die bloße Entlarvung hinaus nur zu führen, wenn "die Arbeiterklasse als der Vorkämpfer der

Demokratie" auftritt. Nicht umsonst überschreibt Lenin in "Was tun? " mit dieser Aufgabenbestimmung das Unterkapitel, in dem er ausführt, daß das politische Klassenbewußtsein der Arbeiter nur geschöpft werden kann aus dem Wissen über "die Beziehungen **aller** Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung" und aus den "Wechselbeziehungen zwischen sämtlichen Klassen".
Die Differenz zum KB (Nord) liegt nicht in der Frage des Gebiets, aus dem das Wissen für das politische Klassenbewußtsein geschöpft werden muß. Die Differenz hängt an der Frage, welche **Tätigkeit** die Kommunisten bzw. die von den Kommunisten erzogene Arbeiterbewegung als "Vorkämpfer der Demokratie" wahrzunehmen haben. Lenin macht das klar am Beispiel des Volkstribunen: "Man kann nicht genug betonen, . . ., daß das Ideal eines Sozialdemokraten nicht der Sekretär einer Trade-Union, sondern der **Volkstribun** sein muß, der es versteht, auf alle Erscheinungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch auftreten mögen, welche Schicht oder Klasse sie auch betreffen mögen, der es versteht, an allen diesen Erscheinungen das Gesamtbild der Polizeiwillkür und der kapitalistischen Ausbeutung zu zeigen, der es versteht, jede Kleinigkeit zu benutzen, um **vor aller Welt** seine sozialistischen Überzeugungen und seine demokratischen Forderungen darzulegen, um **allen** und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen." (Was tun? Ausgewählte Werke I, Seite 212 f.) Oder an anderer Stelle: ". . . daß wir daher verpflichtet sind, **vor dem ganzen Volke die allgemeinen demokratischen Aufgaben** darzulegen und hervorzuheben, ohne auch nur einen Augenblick unsere sozialistischen Überzeugungen zu verheimlichen." (Ebenda, Seite 215)
"Seine demokratischen Forderungen darzulegen", "vor dem ganzen Volke die allgemeinen demokratischen Aufgaben dazulegen", das sind in Hinblick auf die Differenz zum KB (Nord) die entscheidenden Passagen. Lenin ging davon aus, daß das Proletariat zur Vorkämpferin der Demokratie nicht allein dadurch werden kann, daß alle Erscheinungen von Willkür und Unterdrückung angeprangert werden, sondern daß es zur Vorkämpferin der Demokratie nur werden kann, wenn das alles genutzt wird, um die demokratischen **Forderungen** bzw. die **allgemein-demokratischen Aufgaben** zu propagieren. Und Lenin hält das nicht nur im zaristischen Rußland für nötig, sondern entnimmt seine Beispiel dem bürgerlichen Deutschland bzw. England. Ein solches positives demokratisches Programm mit bestimmten Forderungen, das die Arbeiterklasse vertritt, hält der KB (Nord) nicht für notwendig.
Positiv ist zur Frage des Kampfes um Demokratie folgendes zu erfahren vom KB (Nord): "Die Lage des Proletariats zwingt es, **konsequent demokratisch** zu sein. Die Kommunisten sollen daher nicht nur am demokratischen Kampf **teilnehmen**, sondern sollten sich bemühen, zur **führenden Kraft** des demokratischen Kampfes zu werden. Der Marxismus-Leninismus geht davon aus, daß zwar ebenso bürgerliche Demokratie wie bürgerliche Diktatur **beide** Unterdrückungsinstrumente der Kapitalistenklasse sind; daß es aber der Arbeiterklasse keineswegs gleichgültig sein kann, ob bürgerliche Demokratie oder bürgerliche Diktatur besteht. 'Eine breitere, freiere, offenere **Form** des Klassenkampfes und der Klassenunterdrückung bedeutet für das Proletariat eine riesige Erleichterung im Kampf um die Aufhebung der Klassen überhaupt.' (Lenin: Staat und Revolution, IV. Kapitel) Der demokratische Kampf vermag noch nicht zur **Befreiung** der Arbeiterklasse zu führen, aber er verbessert ihre Ausgangsstellungen im Kampf um die Macht." (Über welche politischen Differenzen muß diskutiert werden? Nachdruck aus: KAB-AZ, Teil 1, Seite 43)
Gegenübergestellt werden bürgerliche Demokratie und bürgerliche Diktatur. Das ist offenbar die Alternative, um die sich der demokratische Kampf des Proletariats drehen soll: Übt die Bourgeoisie ihre Diktatur in der Form der bürgerlichen Demokratie aus, oder übt sie sie aus in offen terroristischer Form. Ein positives Programm des Proletariats ist nicht vorgesehen. Daß der Kampf des Proletariats um Demokratie identisch ist mit dem Kampf um die Macht und mit der Zersetzung und Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats, das wird nicht gesehen. Damit wird das Proletariat darauf festgelegt, im demokratischen Kampf die bürgerliche Demokratie zu verteidigen. In einer Lage wie der jetzigen in Westdeutschland, wo die Bourgeoisie in der Form der parlamentarischen Republik ihre Diktatur ausübt, besteht also die politische Aufgabe des Proletariats als "führende Kraft" im demokratischen Kampf nach dem Verständnis des KB (Nord) ausschließlich in der **Verteidigung** der bürgerlichen Demokratie gegen ihre "schrittweise Faschisierung".

Der KB (Nord) begründet seine Ablehnung eines positiven demokratischen Programms des Proletariats damit, daß sich bei Lenin alle die Forderungen, die auch im Programm des KBW enthalten sind, "auf eine bestimmte 'Staatsform' beziehen". (Unser Weg Nr. 24, Seite 3) Und das ist offenbar erlaubt. Nicht erlaubt ist es nach Auffassung des KB (Nord), diese demokratischen Forderungen des Proletariats gegenüber einem "voll entwickelten imperialistischen Staat" zu erheben. Warum das nicht erlaubt sein soll, dazu gibt es keine Antwort. Es findet sich nur eine Antwort, die unsere Auffassung eher bestätigt als in Frage stellt: "Die falsche Theorie vom 'Programm zur Eroberung der politischen Macht' begünstigt den extremsten Rechtsopportunismus bei der Anwendung des 'Minimalprogramms' des KBW auf die Tagespolitik. Hier zeigt sich klar, daß der KBW seine Programm-Forderung in aller Regel keinesfalls 'revolutionär stellt', sondern reformistisch, d.h. als scheinbar innerhalb des Kapitalismus erfüllbar." (Unser Weg Nr. 24, Seite 4) Nimmt man den letzten Nachsatz weg mit seinem "reformistisch, d.h. innerhalb des Kapitalismus erfüllbar", dann bleibt als schlichte Feststellung: Wenn man die demokratischen Forderungen reformistisch stellt, dann macht man rechtsopportunistische Fehler. Niemand wird das bestreiten, und daß dieser Fehler in einigen Fällen im KBW gemacht worden ist, ist ebenfalls nicht bestritten, sondern öffentlich kritisiert und korrigiert worden. Der Nachsatz "reformistisch, d.h. innerhalb des Kapitalismus erfüllbar" macht allerdings deutlich, daß die Verfasser nach wie vor das Wesentliche nicht begriffen haben, obwohl es jetzt schon viele Male vorgekaut worden ist. Also noch einmal: Demokratische Forderungen beziehen sich auf den **Staat** und seine Gestalt. Es sind **politische** Forderungen. Der Kapitalismus ist eine Produktionsweise, ein ökonomisches Verhältnis der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital. Der Kapitalismus als ökonomische Basis ist prinzipiell mit den verschiedensten

Formen des politischen Überbaus **ökonomisch** vereinbar. Er ist **politisch** nicht vereinbar mit konsequentester Demokratie und Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, denn das würde bedeuten, daß das Proletariat **politisch** herrschende Klasse würde. Und ein Proletariat, das politisch herrscht, wird mit Sicherheit seine **ökonomische** Knechtschaft nicht bestehen lassen, sondern durch Enteignung der Kapitalisten beseitigen. Und wenn es das nicht tut, kann seine politische Herrschaft nicht lange von Bestand sein, sondern die Konterrevolution wird siegen. Also: Prinzipiell **ökonomisch** sind **alle** demokratischen Forderungen in der kapitalistischen Gesellschaft erfüllbar. **Politisch** aber sind sie überhaupt nur gegen die Bourgeoisie durchsetzbar. Jede einzelne dieser Forderungen würde bei ihrer Durchsetzung ein Stück Zersetzung des Staatsapparates bedeuten. Und in ihrer Gesamtheit umreißen sie eine andere Staatsform, die revolutionäre Republik des Proletariats.
Der KB (Nord) polemisiert gegen das KBW-Programm, weil unter die demokratischen Forderungen nicht die Forderung nach "Nationalisierung der Banken, der Syndikate (Trusts) usw." übernommen sei, die Lenin im Programm der KPdSU aufgeführt habe. Auf das Argument: "Als Lenin 1917 die Forderung nach Enteignung der Banken und Trusts aufstellte, existierte der proletarische Staat bereits in der Form von Organen der politischen Doppelherrschaft. Die Forderung nach Enteignung von Banken und Trusts ist von Lenin eben an diese Organe der Doppelherrschaft gestellt worden", wie es im Artikel von J. Schmierer in "Kommunismus und Klassenkampf" Nr. 2/74 vorgetragen worden war, antwortet der KB (Nord): "Nach Meinung von Schmierer richtet sich offenbar nur die Forderung nach Verstaatlichung der Banken und Konzerne an die Organe der 'Doppelherrschaft' bzw. an den proletarischen Staat, und dürfte deshalb noch nicht gestellt werden. Was ist mit den **anderen** Forderungen? Richten sie sich etwa an den **bürgerlichen** Staat. Es ist doch im Gegenteil **so**, daß bürgerliche Staaten durchaus in der Vergangenheit Schritte in Richtung einer 'Nationalisierung' von Banken und Konzernen getan haben, eben weil dies überhaupt noch nicht die 'Einführung des Sozialismus' bedeutet. Es gibt aber kein Beispiel dafür, daß ein bürgerlicher Staat z.B. ein Schulsystem im Interesse des Volkes geschaffen hätte, daß er die Polizei abgeschafft bzw. durch eine 'Volksmiliz' ersetzt hätte usw." (Unser Weg Nr. 24, Seite 3)
Wir können den Verfasser vom KB (Nord) zu seinen Erkenntnissen nur beglückwünschen, denn was er hinsichtlich der Tätigkeit des bürgerlichen Staates schreibt, stimmt buchstäblich: Nationalisierungen nimmt er hin und wieder vor, wenn das dazu beiträgt, die kapitalistische Ökonomie zu stärken. Es tragen solche Maßnahmen niemals zur Zersetzung des bürgerlichen Staates bei, sondern zu seiner Stärkung. Während andererseits noch kein bürgerlicher Staat die Polizei und das stehende Heer abgeschafft und durch Volksmilizen ersetzt hat. Warum nicht? Weil das Zersetzung in seine bewaffneten Kräfte tragen und ihn mit Sicherheit schwächen würde. – So sehr wir nun den Verfasser für seine richtige Erkenntnis beglückwünschen müssen: Es ist unmöglich, ihn für einen Revolutionär zu halten. Sollen die Kommunisten denn etwa solche Forderungen in ihr Programm aufnehmen, die der bürgerliche Staat nach dem Zeugnis des Verfassers dann und wann selbst erfüllt, um sich zu stärken? Und sollen wir solche Forderungen streichen, die auf ihn zersetzend wirken und auf seine Zerschlagung zielen? Hier hat doch offenbar ein staatserhaltender Regierungsrat zur Feder gegriffen! Und dabei hat er übersehen, daß es sich um Forderungen der Arbeiterklasse handelt **gegen** den bürgerlichen Staat, nicht um Forderungen, die unter dem Gesichtspunkt aufgestellt wurden, ob sie für den bürgerlichen Staat verträglich sind.

Der Verfasser fragt entsetzt: "Richten sie (die demokratischen Forderungen) sich etwa an den **bürgerlichen** Staat? " Wir können ihn nicht trösten und müssen sagen: Ja, das tun sie tatsächlich! Sie richten sich an und wegen ihres Charakters zugleich **gegen** den bürgerlichen Staat! Wir treten in der Arbeiterklasse und im Volk dafür ein, daß sie erhoben und im Kampf gegen den bürgerlichen Staat durchgesetzt werden. So richtet sich die Forderung nach Abwählbarkeit aller Volksvertreter von vorneherein gegen den bürgerlichen Staat, und ihre Durchsetzung in der Form der Räte wird identisch sein mit der Zerschlagung des bürgerlichen Staates. Aber wir erheben diese Forderung auch heute schon gegenüber dem bürgerlichen Staat, denn wir wollen die Autorität der bürgerlichen Parlamente erschüttern. Und diese Forderung ist keineswegs weit hergeholt, sondern sie stimmt überein mit der Logik der Massenbewegung selber und setzt ihr ein bewußtes Ziel: Überall, wo die Massen die Entscheidung einer Regierung oder eines Parlaments nicht für das letzte Wort halten und sich ihre gewählten politischen Vertreter vorknöpfen, bewegen sie sich auf der Linie dieser Forderung. – Auch die Forderung nach Wahl der Richter richten wir an und zugleich gegen den bürgerlichen Staat. Denn der bürgerliche Staat ist ein Hindernis, das zerschlagen werden muß, und das höhere Berufsbeamtentum ist das feste Band, das den Staatsapparat zusammenhält. Die Autorität dieses Berufsbeamtentums wollen wir erschüttern und zerstören. Seine Amtsausübung greifen wir als illegitim an, weil nicht vom Volkswillen getragen. Wir greifen es an wegen Amtsausübung für die Bourgeoisie und erklären es für bestochen durch hohe Gehälter. – Die Forderung nach Abschaffung von Polizei und stehendem Heer und Ersetzung durch die allgemeine Volksbewaffnung: Selbstverständlich richten wir sie an und damit gegen den bürgerlichen Staat, denn dessen bewaffnete Kräfte wollen wir zersetzen und zerstören, für die Bourgeoisie unbenutzbar machen.
'Ja, aber das wird doch der bürgerliche Staat nicht machen. Da wird er sich doch weigern und querstellen', wird jetzt unser Verfasser vom KB (Nord) seinen Einwand vortragen. Er hat wieder einmal völlig recht. Nur ist ihm zwischendurch entfallen, daß wir auch nicht vorhaben, die Revolution der Arbeiterklasse **mit** dem bürgerlichen Staat zu machen, sondern **gegen** ihn. Daß wir davon ausgehen, den bürgerlichen Staat zersetzen und zerschlagen zu müssen, damit das Proletariat die politische Macht erobern und den Sozialismus aufbauen kann. Warum sollte man da keine Forderungen an ihn richten dürfen, die, wie der Verfasser selber schreibt, der bürgerliche Staat niemals von sich aus durchführen würde. Für einen Revolutionär ist das ein guter Hinweis auf die Tauglichkeit dieser Forderungen. – Eine Forderung, von der der Verfasser selber schreibt, daß sie der bürgerliche Staat manchmal selber durchführt, um z.B. eine Krise zu überwinden und sich wieder zu

stärken, eine solche Forderung wird ein Revolutionär niemals an den bürgerlichen Staat stellen. Sondern er wird sagen: Wenn wir die Macht haben, dann werden die Kapitalisten enteignet. Und genau das tut das Programm des KBW.

Um noch einmal an Lenins Schrift "Was tun? " zu erinnern. Dort war die Rede von der Darlegung der "sozialistischen **Überzeugungen** und den demokratischen **Forderungen**". Im Gegensatz zum KB (Nord) war Lenin klar, daß man weder an den vorbürgerlichen zaristischen Staat noch an den bürgerlichen Staat "sozialistische Forderungen" stellen kann, sehr wohl aber an beide "demokratische Forderungen". Darum nimmt er an der zitierten Stelle in "Was tun? " beim Beispiel des Volkstribunen, der seine sozialistischen Überzeugungen und demokratischen Forderungen darlegt, auch auf Wilhelm Liebknecht in Deutschland bezug. Der Sozialismus kann nur aufgebaut werden durch das schon als herrschende Klasse organisierte Proletariat und nicht durch den bürgerlichen Staat, das war für Lenin klar.

Es hat sich herausgestellt, daß die Einwände gegen die demokratischen Forderungen im Programm des KBW sich auf nichts anderes stützen als auf das offen bürgerliche und regierungsrätliche Argument, man dürfe keine zersetzenden Forderungen an den bürgerlichen Staat stellen, weil er das nicht mitmache. Es wird damit eine politische Linie verteidigt, für die der demokratische Kampf des Proletariats prinzipiell auf die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie beschränkt ist.

Zur **Verteidigung der bürgerlichen Demokratie** hält es der KB (Nord) auch für erlaubt, Forderungen an den bürgerlichen Staat zu stellen. Im selben Aufsatz in "Unser Weg" Nr. 24, auf Seite 8, hält der Verfasser dem KBW vor, daß er sich gegen die Forderung nach Verbot der NPD wende, das "sei falsch, weil sie an den bürgerlichen Staat gerichtet werde". Dagegen der KB (Nord): "Solange der Staat Instrument der Bourgeoisie ist, richten sich demokratische Forderungen notwendigerweise an diesen." Weswegen man sich auch nicht "wortlos mit der Begünstigung faschistischer Verbrechen durch den Staat zufrieden geben" könne.

Die Polemik gegen den KBW läuft ins Leere. Der KBW wendet sich nicht dagegen, unter Umständen das Verbot einer **bestimmten** faschistischen Organisation vom bürgerlichen Staat zu fordern. Wir sind dagegen aufgetreten, vom bürgerlichen Staat das Verbot faschistischer Organisationen zu fordern, also den bürgerlichen Staat aufzufordern, im Streit der Parteien als Schiedsrichter über faschistisch und nicht-faschistisch tätig zu werden. Wir haben dagegen argumentiert, eine Forderung nach Verbot faschistischer Organisationen **ins Programm** aufzunehmen, wo sie ja nur als generelle Forderung auftauchen kann, was den Staat zum Schiedsrichter macht über Anwendung und Nichtanwendung und ein Recht des Staates, nicht ein Recht der Massen **gegen** den Staat begründen würde. In der Stellungnahme der Programmkommission heißt es im November 1972: "Wir kämpfen für diese Rechte (hier politische Organisationsfreiheit) in ihrer allgemeinen, bürgerlich-formalen Fassung. **Jeder** Versuch, solche Rechte inhaltlich festzulegen, führt unmittelbar zum Opportunismus in Gestalt des Vertrauens auf den bürgerlichen Staat, der sie auslegt. Darum werden wir z.B. – so sehr wir den Kampf gegen die Faschisten führen werden, wo immer diese auftauchen und versuchen werden, Einfluß zu gewinnen – doch nicht die Forderung nach Verbot dieser Organisationen aufstellen. Diese in der demokratischen Bewegung Westdeutschlands verbreitete Forderung zeugt von einem völligen Mißverständnis des demokratischen Kampfes der Arbeiterklasse im bürgerlichen Staat. Die Arbeiterklasse fordert und erkämpft sich Rechte **gegen** diesen Staat, z.B. das Recht auf uneingeschränkte Organisationfreiheit. Sie wendet sich niemals **an** diesen Staat mit der Auffoderung, im Kampf der politischen Parteien als Schiedsrichter tätig zu werden." (NRF-Sondernummer, Seite 32)

Wir fordern also den bürgerlichen Staat nicht auf, **die** faschistischen Organisationen oder **alle** faschistischen Organisationen zu verbieten, weil das die Aufforderung zur Schiedsrichterrolle wäre. Wir haben aber keine **prinzipiellen** Einwände dagegen, das Verbot einer bestimmten faschistischen Organisation zu fordern.

Aber wir haben **aktuelle** politische Einwände dagegen, das im Kampf gegen die NPD gegenwärtig ins Zentrum zu stellen. Hauptaufgabe ist es in dieser Hinsicht gegenwärtig, den Faschisten entgegenzutreten bei ihren Versuchen, Masseneinfluß zu gewinnen. Daß der Faschismus der Todfeind der Arbeiterbewegung ist, das wissen ja diejenigen Menschen nicht, die die Faschisten zu gewinnen versuchen. Also muß man es ihnen erläutern. Und das wird man häufig nur im politischen Streit mit den organisierten faschistischen Politikern , z.B. auf deren Versammlungen, tun können.

Heute etwa eine groß angelegte Kampagne für das Verbot der NPD zu führen, das schlägt nicht mal der KB (Nord) vor. Warum wäre aber eine solche Kampagne gegenwärtig eine politische Verrücktheit? Weil die Bourgeoisie in Westdeutschland gegenwärtig nicht mit Hilfe eines Formwandels ihrer Herrschaft hin zum Faschismus ihre politische Herrschaft zu stabilisieren versucht. Sondern weil sie alles unternimmt, um die mit der Krise zwangsläufig aufbrechenden sozialen Widersprüche politisch an die parlamentarischen Parteien zu binden. Darin liegt gegenwärtig der Kern ihrer politischen Herrschaft. Und dieses Kernstück, den funktionierenden bürgerlichen Parlamentarismus mit seinem Parteiensystem, muß man angreifen.

Wenn die Bourgeoisie offensichtlich alles in ihrer Macht stehende tut, um den bürgerlichen Parlamentarismus zu stützen und zu pflegen, dann kann man politisch nicht weiterkommen durch ein großes Geschrei über die Gefahr der Abschaffung der parlamentarischen bürgerlichen Republik durch offene faschistische Terrorherrschaft. Ein solches Vorgehen ist gegenwärtig das Rezept der Jusos, die mit dem Buhmann Strauß versuchen, enttäuschte linke SPD-Wähler noch mal an die Leine zu bekommen. Der KB (Nord) unterstützt diese Politik. Er kommt dahin, weil er keine selbständige Position der Arbeiterklasse zu Fragen der Demokratie vertritt, um welche die Arbeiterklasse die Volksmassen sammeln und die Einheit des Volkes gegen den bürgerlichen Staat herstellen kann. Weil er im Grundsatz nicht über die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie hinausgeht, darum ist der KB (Nord) gezwungen, als eine Art fortschrittlicher Oppositionspartei zu agieren. Er wird immer wieder darauf gedrängt, sich politisch am Widerspruch zwischen CDU und SPD zu orientieren, wenn er "realistisch" sein will, und in einem völlig halt- und

richtungslosen Schimpfen und "Entlarven" zu versinken, wenn er selbständig auftritt.

Halt- und richtungslose Empörung über den bürgerlichen Staat und die Parteien treibt dann leicht die schlimmsten ideologischen Sumpfblüten hervor. Auf der Hamburger Demonstration gegen den § 218 hat die "Aktionseinheit" unter Führung des KB (Nord) ins Zentrum gestellt: "Hätten sie Strauß abgetrieben, wär' uns viel erspart geblieben". Unter dieser Schlagzeile erschien gleichzeitig ein Artikel über die Demonstration in den "Informationen der Aktionseinheit Nr. 2 vom 6. Februar 1975". Und der "Arbeiterkampf" nimmt diese Parole als Ausdruck "kämpferischer Stimmung". (Nr. 56)

In Wahrheit ist in den letzten Jahren bei politischen Demonstrationen in Westdeutschland noch nie eine Parole gerufen worden, die so nahe dem faschistischen Gedankengut liegt wie diese, die mit Hilfe des KB (Nord) in die Welt gesetzt wurde. Nicht nur, daß damit angespielt wird auf ein unbestimmtes Ausmerzungs- und Vernichtungsprogramm, das sich offenbar richten muß auf die Kinder bayrischer Metzgersfrauen. Es wird die Aufforderung zur Verwirklichung eines solchen Programms auch noch abgeschoben auf "sie", die "uns" viel erspart hätten, wenn sie Strauß abgetrieben hätten. In diesem "sie" liegen ganze Welten von blindwütigem kleinbürgerlichem Denken. Wer kann damit gemeint sein, mit diesem "sie"? Vielleicht die Nazis und ihre Vorläufer, die die Vernichtung "lebensunwerten Lebens" auf ihre Fahne geschrieben hatten? Oder die Polizei? Die Ärzte? Die Richter? – Auf jeden Fall ist in der Parole das "sie" in den Gegensatz zu "uns" gestellt, denen viel erspart geblieben worden wäre, wenn "sie" Strauß vernichtet hätten. Das Ganze ergibt nur einen Sinn, wenn "sie" die andere Seite meint, die feindliche Klasse, die Staatsgewalt, und wenn unter "uns", denen dann viel erspart worden wäre, auf die Arbeiter und das Volk angespielt wird. Wenn die andere Seite, diejenigen, die über die Arbeiter und das Volk herrschen, wenn diese höheren Gewalten oder "sie" den noch ungeborenen Franz Josef Strauß abgetrieben hätten, dann wäre "uns", was nur bedeuten kann: den Arbeitern und kleinen Leuten, viel erspart geblieben. Diese Parole lebt von dem Gedanken, daß irgendwelche Herrschenden, die im Dunklen bleiben, durch Vernichtung lebensunwerten Lebens dem Volk hätten helfen können. Es handelt sich um einen direkt faschistischen Gedankengang, wie er wütenden Kleinbürgern leicht entspringen kann. So wird der Kleinhändler sagen, der von einem Kaufhauskapitalisten jüdischer Abstammung niederkonkurriert wird: "Hätten sie den Juden vergast, wäre uns viel erspart geblieben!"

Es ist eine Parole wütender Ohnmacht, die Unfähigkeit zu eigenem Handeln ausdrückt und von höheren Mächten Brutalität und Gewaltsamkeit gegen die Person des einen oder anderen Feindes erwartet. Die nichts erwartet von dem "wir" oder "uns", von den Arbeitern und den Volksmassen, im Kampf **gegen** staatliche Schikane durch den § 218 und gegen die Herrschaft der bürgerlichen Klasse. Sie vertritt weiter den völlig unsinnigen Gedanken, daß der Arbeiterklasse und den Volksmassen ohne die Existenz der Person von Franz Josef Strauß irgendetwas an Ausbeutung und Unterdrückung erspart geblieben wäre, was bürgerlicher Personen- und Heldenmystik entspringt, aber nicht dem Geist der proletarischen Auffassung. Es ist eine Parole, die wütenden, dumpfen, brutalen und zugleich ängstlichen, ohnmächtigen Kleinbürgerinstinkten entsprungen ist. Hineingetragen wurde sie in eine Demonstration von 2 500, zumeist jungen Leuten, die sie zum Teil gedankenlos mitgerufen haben. Bei einer anderen Gelegenheit hätten die meisten von ihnen mit Sicherheit einen spontanen Widerwillen gegen diese Sorte von Parole entwickelt. Hier aber wurde sie vorgetragen von einer sich kommunistisch nennenden Organisation, in deren politischen Verstand und revolutionäre Gesinnung Vertrauen gesetzt wurde. Man komme uns nicht damit, diese Parole sei witzig gewesen. Es ist das die Sorte schmieriger Oberschülerwitze, über die sich ihre Erfinder meistens selbst schnell schämen, die sie aber niemals in Flugblättern und Zentralorganen als Ausdruck "kämpferischer Gesinnung" verbreiten würden.

Der KB (Nord) ist eine Organisation, die regelmäßig abgleitet in wilde Kleinbürgerwut und Geschimpfe. Insbesondere wo er polemisiert, kommt er selten aus, ohne seine Gegner als "Schweine" zu bezeichnen, die "schweinische Betrugsmanöver" unternehmen, "Schweinkram" betreiben, "Provokationen" starten, "demagogisch" vorgehen. Das ist unvermeidlich, weil diese Organisation keine klare Richtung festgelegt hat für ihre Politik gegen den bürgerlichen Staat. Sie arbeitet nicht entlang bestimmter Forderungen, die ihr eine Orientierung geben, um in die verschiedensten spontanen Massenaktivitäten zielgerichtet eingreifen zu können und für die sie die Massen zu gewinnen versucht, sondern sie kann immer nur Wut und Empörung schüren, ohne einen Weg zu zeigen für die Herstellung der Einheit des Volkes gegen den bürgerlichen Staat.

Seine theoretische Ursache hat dieser Fehler darin, daß der KB (Nord) der Auffassung ist, gegenüber dem bürgerlichen Staat dürfe man nur Forderungen stellen, die darauf hinauslaufen, die bürgerliche Demokratie gegen den Faschismus zu verteidigen. Und daß er hinsichtlich des Kampfes gegen den bürgerlichen Staat insgesamt keinerlei Vorstellungen hat außer der, daß man die Tätigkeiten dieses Staates enthüllen und entlarven müsse. Soweit er überhaupt die Frage des Kampfes um die politische Macht aufwirft, tut der KB (Nord) das in Polemik gegen die Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung. Diese Forderung aufzustellen und sie gegenüber den bewaffneten Formationen des bürgerlichen Staates und in ihnen zu vertreten, erscheint ihm als "Illusionsmacherei". Worauf der KB (Nord) stattdessen hinauswill, kann man nur erahnen, vermutlich, weil es dieser Organisation selber nicht klar ist. In einem Aufsatz in "Unser Weg" Nr. 24 wird J. Schmierer vorgeworfen, er habe "die allgemeine Volksbewaffnung unabhängig von der konkreten Situation propagiert, die Bewaffnung der Parteiorganisation" aber abgelehnt. Der Verfasser führt den Gedanken der "Bewaffnung der Parteiorganisation" nicht weiter aus. Man erinnert sich nur an einen Aufsatz "Kritik der RAF" in der KAB-AZ (Nachdruck, Teil 2, Seite 28 ff.), wo der RAF vorgehalten wird, daß sie die Stadtguerilla außerhalb der Logik des KLassenkampfes und außerhalb des Parteiaufbaus zu entwickeln versuche. Dem wird entgegengehalten das Beispiel der IRA und der Tupamaros, offenbar als gelungenes Beispiel proletarischer Militärpolitik: "Was die Organisation der Tupamaros in Uruguay angeht, so ist ihr Kampf eng verknüpft mit der Gewerkschaftsbewegung des

Landes." Die Frage der proletarischen Militärpolitik wird also nicht gesehen als Frage der Politik gegenüber den bürgerlichen Massenheeren bis hin zu ihrer Zersetzung und Spaltung. Und es wird der RAF nicht vorgehalten, daß sie daran vorbeigeht. Sondern die Frage der proletarischen Militärpolitik wird angegangen als Frage der Stadtguerilla zum richtigen Zeitpunkt, wenn sie von der Arbeiterbewegung unterstützt wird. Mit anderen Worten: Die Frage wird anarchistisch angegangen, unter zeitweiligem Absehen von der Existenz des bürgerlichen Staates, der bisher noch jeder Stadtguerilla Herr werden konnte, solange seine bewaffneten Organe intakt blieben. Der Aufbau einer Armee, die von der kommunistischen Partei geführt wurde und die gegen die bürgerliche Armee kämpfen und siegen kann, ist nur gelungen und kann nur gelingen, wo die bürgerliche Armee gespalten wurde, oder wo befreite Gebiete geschaffen werden können und damit die Keimformen des neuen Staates geographisch **neben** dem alten Staat. Die "Bewaffnung der Parteiorganisationen" oder die Stadtguerilla als Militärpolitik des Proletariats in einem industriell und verkehrsmäßig völlig erschlossenen Land auszugeben, das ist anarchistischer Unsinn. Radikal ist daran nur die Gebärde. Sie resultiert aus dem Nichtbegreifen von Politik, oder besser: aus der Verwechslung von Politik und Aufregung. Politik ist Führung von Menschen in einer nach Klassen gespaltenen Gesellschaft. Die jeweils herrschende Klasse verläßt sich dabei freilich nicht auf die **Anerkennung** ihrer Führung durch die unterworfene Klasse, sondern schafft sich im Staat ein ihren Herrschaftsinteressen angemessenes Instrument zur gewaltsamen Durchsetzung ihres Willens. Proletarische Politik besteht darin, den einheitlichen revolutionären Willen des Proletariats auszubilden gegen die Führung der ganzen Gesellschaft durch die Bourgeoisie, also die Klassenspaltung auch politisch zum Ausdruck zu bringen, indem der Wille der einen Klasse gegen den der anderen gestellt wird. Zur Durchsetzung ihres jeweiligen Willens brauchen beide Klassen die politische Macht. Aber während die Bourgeoisie den Staat besitzt, muß das Proletariat gegen den Staat der Bourgeoisie immer wieder demokratische Forderungen entwickeln, die sich auf den Charakter der Staatsmacht und ihrer einzelnen Organe beziehen. Denn nur so kann das Proletariat unter sich selbst und im Volk die Einheit herstellen gegen den bürgerlichen Staat, der solche Formen verweigert, in denen die arbeitenden Massen ihren Willen durchsetzen könnten. Und nur so kann die Arbeiterklasse dem bürgerlichen Staat immer mehr die von diesem benötigte Unterstützung des Volkes entziehen, ihn unterminieren, zersetzen, um schließlich die Zwingburg stürzen zu können. Jenseits des Kampfes gegen den bürgerlichen Staat, vermittelst dessen heute die Bourgeoisie die Massen führt und beherrscht, eine Stadtguerilla aufbauen bzw. die Parteiorganisationen bewaffnen zu wollen, das heißt, ein sektiererisches Unternehmen zu starten und nicht um die Führung der Massen und ihre Einheit **gegen** den bürgerlichen Staat auch in der Frage der Militärpolitik zu kämpfen.

Um ein Beispiel zu geben: Man stelle sich die heutige Situation in Portugal vor, wo nach dem Sturz der faschistischen Herrschaft die Macht in den Händen einer linksbürgerlichen Offiziersbewegung liegt, die verschiedenste soziale Reformen durchführt, politische Freiheiten gewährt und die Gewerkschaftsbewegung zugelassen hat und die eine politische Propagandakampagne vor allem unter den Bauern durchführt, um sie für ihre Ziele zu gewinnen. Zweifellos liegt die politische Macht in Portugal noch bei der Bourgeoisie als Klasse. Es existieren noch ihre bewaffneten Formationen. Aber ein Teil dieser Bourgeoisie sieht sich wegen notwendiger Reformen gezwungen, an das Volk zu appellieren und es um aktive Unterstützung zu bitten. Die Armee ist Instrument in diesem Versuch und wird durch die vielfältigen politischen Aufgaben im Volk in die Auseinandersetzung hineingezogen und steht nicht mehr jenseits der politischen Strömungen. Soll man jetzt die Parole ausgeben: Aufbau der Stadtguerilla und Bewaffnung der Parteiorganisation?

Offenbar liefe das auf einen sektiererischen Unsinn hinaus. Keineswegs auf sektiererischen Unsinn liefe es hinaus, die allgemeine Volksbewaffnung unter den Massen als eine politische Forderung zu propagieren. Das würde den Massen erlauben, gegenüber der Armee und der Bewegung der Streitkräfte politisch initiativ zu werden und etwa den zur politischen Agitation erscheinenden Soldaten zu antworten: 'Ihr redet von Demokratie und Gleichheit. Das ist gut und wird von uns unterstützt. Aber ihr redet mit uns nicht von gleich zu gleich, denn ihr habt die Waffen und nicht das Volk.' Und es würde in der Armee ermöglichen, eine zuverlässige Spaltungslinie zwischen fortschrittlichen Kräften und reaktionären zu ziehen.

Auch in Hinblick auf die Einigung des Volkes gegen den bürgerlichen Staat zum Ziele seines Sturzes vermag der KB (Nord) nicht die Interessen der Gesamtbewegung in jeder einzelnen Bewegung zu vertreten, weil er keine Vorstellung davon hat, worin diese Interessen der Gesamtbewegung positiv bestehen. Da aber in allen Kämpfen um Demokratie gegen den bürgerlichen Staat die Arbeiterbewegung nicht alleine steht, sondern solche Kämpfe spontan häufig von Volksbewegungen in sehr bunter Zusammensetzung geführt werden, ist hier die Gefahr kleinbürgerlicher Abweichungen besonders groß, wenn man keine klare Orientierung entwickelt. Und der KB (Nord) ist eine der haltlosesten Organisationen gegenüber solchen kleinbürgerlichen Fehlern.

Soll man die Verschärfung aller Widersprüche vorantreiben oder auf ihre Entspannung hoffen?

"Die westdeutschen Kommunisten betrachten sich als eine Abteilung der Weltarmee des Proletariats", mit diesen Worten beginnt der Hauptteil im Programm des KBW. Wenn sie das tun, so müssen sie zugleich danach streben, sich innerhalb dieser internationalen Armee richtig zu bewegen als einer ihrer Truppenteile, um die Weltrevolution maximal mit vorantreiben zu können. Dazu müssen "die Kommunisten ... ihre unterschiedlichen Aufgaben ... stets im Rahmen der Hauptwidersprüche in der Welt (bestimmen), wie sie in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Weltrevolution hervorgetrieben werden, um so den Kampf gegen den unmittelbaren Feind im eigenen Land aufs engste mit der Unterstützung des Proletariats der anderen Länder und der unterdrückten Völker zu verbinden." (Programm des KBW, Seite 21 f.)

Welches sind nun aktuell die Hauptwidersprüche in der Welt. Im politischen Bericht des Zentralen Komitees der

Kommunistischen Partei Chinas an den IX. Parteitag war 1969 aufgeführt worden: "Vorsitzender Mao stellte vor kurzem fest: **'Was die Frage des Weltkriegs betrifft, so gibt es nur zwei Möglichkeiten: Die eine ist, daß der Krieg die Revolution hervorruft, die andere ist, daß die Revolution den Krieg verhindert.'** Dies erklärt sich daraus, weil in der Welt der gegenwärtigen Epoche vier große Widersprüche existieren: der Widerspruch zwischen den unterjochten Nationen einerseits und dem Imperialismus und Sozialimperialismus andererseits; der Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern; der Widerspruch zwischen den imperialistischen Staaten und dem sozialimperialistischen Staat sowie der Widerspruch unter den imperialistischen Staaten; der Widerspruch zwischen den sozialistischen Staaten einerseits und dem Imperialismus und Sozialimperialismus andererseits. Die Existenz und Entwicklung dieser Widersprüche wird unweigerlich zur Revolution führen. Auf Grund der historischen Erfahrungen des ersten und des zweiten imperialistischen Weltkriegs kann man mit Sicherheit sagen, daß die Entwicklung dieser Widersprüche bedeutend beschleunigt und den Völkern der ganzen Welt ein Anstoß gegeben wird, sich zur Revolution zu erheben und alle Imperialisten, Revisionisten und Reaktionäre restlos zu Grabe zu tragen, falls diese den Völkern der Welt einen dritten Weltkrieg aufzwingen sollten." (Dokumente des IX. Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas, Seite 94 f.)

Diese Linie des IX. Parteitages wurde im Bericht an den X. Parteitag 1973 ausdrücklich bestätigt. Der X. Parteitag konkretisierte diese Linie dahingehend, daß er feststellte, daß sich auf der Grundlage der vier großen Widersprüche die Tendenz entwickelt habe: "Staaten wollen die Unabhängigkeit, Nationen wollen die Befreiung, Völker wollen die Revolution." Und daß sich diese "unwiderstehliche Strömung der Geschichte" vor allem gegen die beiden miteinander rivalisierenden Supermächte, den US-Imperialismus und den Sozialimperialismus, richte. Im Bericht heißt es dazu: "Sie befinden sich in einer Lage, die durch die Verszeile illustriert wird: 'Da stehst du machtlos da: Die Blüten fallen nieder.' "

Das ist in Grundzügen die Einschätzung der Weltlage durch die Kommunistische Partei Chinas. Der KB (Nord) findet diese Einschätzung fehlerhaft, "einseitig", "simplifizierend und unwissenschaftlich", "primitiv" und "unbrauchbar". ("Zur Außenpolitik der VR China". In: Unser Weg, Sondernummer, Seite 10 f.) Wer hat nun recht, die Kommunistische Partei Chinas oder der KB (Nord)?

Der KB (Nord) ist der Auffassung, die Einschätzung der Weltlage durch die Kommunistische Partei Chinas und die darauf basierende Außenpolitik der Volksrepublik Chinas führe zur "politisch-moralischen **Aufwertung** der 'mittelgroßen' imperialistischen Mächte", und er führt das zurück darauf, "daß die Rolle der Supermächte einseitig übertrieben wird", bzw. darauf, "daß die in der Welt wirkenden Widersprüche einseitig auf den 'Kampf gegen die Supermächte' reduziert werden". (a.a.O., Seite 10) Das Letzte ist offenbarer Unsinn. Denn weder leugnet die Kommunistische Partei Chinas plötzlich den Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern; noch den zwischen den unterjochten Nationen und dem Imperialismus insgesamt. Sie leugnet nicht den Widerspruch zwischen sozialistischen und imperialistischen Staaten usw. Es handelt sich bei dieser Behauptung also um ein reines Hirngespinst.

Der Bericht an den X. Parteitag legt an internationalen Aufgaben fest: "Deshalb muß unsere Partei international am proletarischen Internationalismus festhalten, auf der konsequenten Politik der Partei beharren, die Einheit mit dem Proletariat, den unterdrückten Völkern und unterjochten Nationen der ganzen Welt festigen, die Solidarität mit all jenen Ländern, die der Aggression, Subversion, Intervention, Kontrolle und Schikane seitens des Imperialismus ausgesetzt sind, verstärken und die breitestmögliche Einheitsfront bilden, um den Imperialismus, den neuen und alten Kolonialismus, insbesondere die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte, der USA und der Sowjetunion, zu bekämpfen. Wir müssen uns mit allen wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen vereinigen und den Kampf gegen den modernen Revisionismus zu Ende führen." (Seite 34)

Von einer "Reduzierung" der in der Welt wirkenden Widersprüche auf den Kampf gegen die Supermächte kann da wohl keine Rede sein. Umgekehrt ist allerdings an den KB (Nord) die Frage zu stellen, ob er überhaupt anerkennt, daß es "Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte" gibt. Hegemoniebestrebungen des US-Imperialismus bestreitet der KB (Nord) nicht. Vielmehr ist er sogar der Auffassung, daß die Kommunistische Partei Chinas sich eine "Fehleinschätzung des internationalen Kräftverhältnisses, speziell die Unterschätzung des US-Imperialismus" zuschulden kommen lasse. (a.a.O., Seite 15) Was er bestreitet, das sind Hegemoniebestrebungen der Sowjetunion. Als "absolut spekulativ" bezeichnet der KB (Nord) zum Beispiel die "These von der angeblich beabsichtigten Aggression des Sowjetrevisionismus gegen Westeuropa". (a.a.O., Seite 15)

Der ganze Hintergrund des Vorwurfs "primitiver" und "einseitiger" Außenpolitik der Volksrepublik China beruht darauf, daß der KB (Nord) die Sowjetunion nicht für eine sozialimperialistische Macht hält. Wird anerkannt, daß die Sowjetunion eine imperialistische Macht ist, und zwar neben den USA die größte, dann kann man überhaupt nicht leugnen, daß es zwischen diesen beiden bedeutendsten imperialistischen Mächten einen Kampf um die Vorherrschaft in der Welt geben muß. Und wenn man die Wirklichkeit untersucht, dann stellt man fest, daß sich dieser Kampf um Hegemonie tatsächlich abspielt, auf allen Weltmeeren und an allen politischen Brennpunkten, ob es sich um die Zypern-Frage, den Nah-Ost-Konflikt, die Entwicklung in Indochina handelt: Kein einziger politischer Widerspruch von einiger Bedeutung, den nicht die beiden Supermächte versuchen, für ihren gegenseitigen Kampf um die Vorherrschaft zu nutzen. Und es ist keineswegs spekulativ, wenn die Kommunistische Partei Chinas erklärt, der stretagische Schwerpunkt des Ringens beider Supermächte liege in Europa. Denn beider "Ziel ist die Weltherrschaft". Und wer dieses Ziel erreichen will, muß den Besitz Europas anstreben mit seinem hochentwickelten Proletariat und seiner Industrie. Und es handelt sich ja auch keineswegs um eine Spekulation, wenn man die Tatsache feststellt daß in keinem anderen Teil der Welt die Konzentration von Truppen und Waffen so hoch ist wie in Europa. Es gehört schon Blindheit aus Prinzip dazu, wenn man es

als "absolut spekulative These" bezeichnet, daß der Sozialimperialismus den Besitz von Europa anstrebt. Der KB (Nord) leistet sich diese Blindheit, weil er es vorzieht, keine klare Position zur Sowjetunion zu beziehen.
Alles, was man hören kann, ist die Auskunft, "daß China ein sozialistisches Land ist, die Sowjetunion jedoch nicht mehr". (a.a.O., Seite 22) Was die Sowjetunion denn nun stattdessen ist, das läßt der KB (Nord) offen. Die einfache Frage beantwortet er nicht: Welche Klasse in der Sowjetunion heute die politische Macht ausübt, wenn es die Arbeiterklasse nicht mehr ist. Ohne politische Macht der Arbeiterklasse aber ist kein Sozialismus möglich, sondern entwickelt sich naturwüchsig wieder der Kapitalismus und Imperialismus.
Weil der KB (Nord) diese Frage nicht klärt, bringt er alles durcheinander und landet immer häufiger dabei, praktisch die Position des Sozialimperialismus zu unterstützen. Er schreibt: "Die absolut spekulative These von der angeblich beabsichtigten Aggression des Sowjetrevisionismus gegen Westeuropa führt die chinesische Außenpolitik mit Notwendigkeit an die Seite der imperialistischen Mächte Westeuropas, die sich bekanntlich schon seit Jahrzehnten wegen der 'russischen Gefahr' sorgen." (a.a.O., Seite 15)
Der KB (Nord) wiederholt hier einfach das häufig geübte Propagandamanöver des Sozialimperialismus, den Hinweis auf die aggressiven Bestrebungen der Sowjetunion damit zu begegnen, daß diese Auffassung von den westeuropäischen Imperialisten schon immer vertreten worden wäre. Niemand hat bestritten, daß die westeuropäischen Länder imperialistische Länder sind und dementsprechend aggressiv. Unmöglich ist es aber, daraus den Beweis zu konstruieren, die Sowjetunion sei kein imperialistisches Land und nicht aggressiv. Strauß und Breschnew, um die Sache an Personen festzumachen, werfen sich beide vor, Imperialisten zu sein. Und darin haben sie offenbar beide recht. Und man kann nicht sagen: Weil Strauß diesen Vorwurf in bekannt böser Absicht erhebt, kann da nichts dran sein. Wenn aber ein bürgerlicher Politiker wie Brandt z.B. sagt, die Sowjetunion sei ein Land, das für den Frieden in Europa eintrete und einen Weg zur Entspannung suche, dann hat er offenbar unrecht.

Weil der KB (Nord) nicht anerkennt, daß die Sowjetunion ein sozialimperialistisches Land ist, das mit den USA um die Weltherrschaft streitet, darum wendet er sich gegen die von der Volksrepublik China vertretene Politik, "die breitestmögliche Einheitsfront zu bilden, um den Imperialismus, den neuen und alten Kolonialismus, insbesondere der beiden Supermächte, der USA und der Sowjetunion, zu bekämpfen". (Bericht an den X. Parteitag, Seite 34)
Der KB (Nord) schreibt dazu:
"Wir halten aber die Politik der internationalen "Einheitsfront" in dieser Weise für einen großen Fehler. Sie ist auch mit der notwendigen Ausnutzung zwischen-imperialistischer Widersprüche nicht zu erklären. Denn eine solche Ausnutzung würde es durchaus nicht erfordern, auf Kritik an den Imperialisten weitgehend zu verzichten, die Widersprüche in der Welt total einseitig darzustellen ("Supermächte" contra Rest der Welt), reaktionäre imperialistische Politiker als "weitsichtige Freunde" zu umschmeicheln (statt den Charakter ihrer Politik deutlich zu machen), Äußerungen des Revanchismus und Militarismus in "Wachsamkeit gegenüber einer Supermacht" umzumünzen u.a.m." (a.a.O., Seite 21)

Um eine reine Erfindung des KB (Nord) handelt es sich bei dem Vorwurf, daß die Kommunistische Partei Chinas "auf Kritik an den Imperialisten weitgehend verzichtet". Jeder, der auch nur flüchtig in die Peking Rundschau geschaut hat, weiß, daß dort regelmäßig die Politik der USA und der Sowjetunion kritisiert werden. Er weiß ferner, daß die Peking Rundschau berichtet über die Entwicklung der Krise in den einzelnen kapitalistischen Ländern und über Streiks und Demonstrationen der Arbeiterbewegung in diesen Ländern. Er weiß zum dritten, daß über die Erfolge der Befreiungsbewegungen regelmäßig berichtet wird. Alles das ist "Kritik am Imperialismus". Aber das meint der KB (Nord) gar nicht. Er meint, daß die Kommunistische Partei Chinas alle bürgerlichen und imperialistischen Regimes gleichzeitig propagandistisch als Feinde angreifen soll. Und es stört ihn, daß dieser Angriff gegenwärtig auf die USA und den Sozialimperialismus konzentriert wird, während etwa die westeuropäischen Staaten nur dort angegriffen werden, wo sie direkt als koloniale Unterdrückermächte tätig werden wie Portugal zum Beispiel in Afrika und Großbritannien in Oman und Dhofar. Die Kommunistische Partei Chinas verfährt dabei nach dem Grundsatz, den Mao Tsetung schon 1940 während des antijapanischen Krieges entwickelt hatte:
"Obwohl die Kommunistische Partei gegen jedweden Imperialismus ist, muß sie zwischen dem japänischen Imperialismus, der eine Aggression gegen China verübt, und den anderen imperialistischen Mächten, die gegenwärtig keine aggressiven Handlungen unternehmen, einen Unterschied machen; und sie muß wiederum differenzieren zwischen den deutschen und italienischen Imperialisten, die mit dem japanischen Imperialismus ein Bündnis eingegangen sind und "Mandschukuo" anerkannt haben, und den anglo-amerikanischen Imperialisten, die im Gegensatz zu Japan stehen; schließlich muß sie unterscheiden zwischen dem Großbritannien und den USA von früher, welche die Politik eines "fernöstlichen München" betrieben und dadurch dem Kampf Chinas gegen die japanische Aggression schadeten, und dem Großbritannien und den USA von heute, die jene Politik fallengelassen haben und den Widerstand Chinas gegen Japan fördern. Unsere taktischen Prinzipien bestehen nach wie vor darin, die Widersprüche auszunutzen, die Mehrheit zu gewinnen, der Minderheit entgegenzutreten und die Feinde einzeln zu schlagen." (Über unsere Politik. In: Werke Band II, Seite 24)
Dieses taktische Prinzip, unter den imperialistischen Feinden zu differenzieren und sie einzeln zu schlagen, verfolgt die Kommunistische Partei Chinas auch heute in der Außenpolitik des von ihr geführten Staates.* Nur sind es gegenwärtig die imperialistischen Supermächte USA und Sowjetunion, denen entgegengetreten werden muß, weil sie gegenüber der ganzen Dritten Welt am aggressivsten sind und im Kampf um die Weltherrschaft rivalisieren. Davon müssen unterschieden werden die mittelgroßen imperialistischen Staaten, die eigenständig den Kampf um die Weltherrschaft gegenwärtig nicht führen können. Und es muß weiter unterschieden werden zwischen diesen mittelgroßen imperialistischen Mächten vor einem oder zwei

*Vgl. dazu: Joscha Schmierer, Die internationale Lage, die Außenpolitik der Volksrepublik China und der Klassenkampf in der Bundesrepublik. In: Kommunistische Volkszeitung Nr. 8/75, Seite 14 f.

Jahrzehnten, wo zum Beispiel die Bundesrepublik noch ganz und gar als europäischer Festlandsdegen der USA aufgetreten ist, Frankreich in Indochina und Algier Krieg führte gegen die Befreiungsbewegungen usw., und diesen Mächten heute, wo sie eine unabhängige Rolle gegenüber den Supermächten zu spielen versuchen und wo sie durchweg von den USA und der Sowjetunion abgelöst worden sind an der Spitze des Kampfes gegen die Befreiungsbewegungen.

Der KB (Nord) hält es für unzulässig, daß die Volksrepublik China mit allen Ländern der Dritten Welt die breitestmögliche Einheitsfront sucht gegen die Supermächte und in einzelnen Fragen auch die mittelgroßen imperialistischen Staaten gegen die Supermächte zu gewinnen versucht, bzw. zumindest anstrebt, daß sie sich neutral verhalten. Was er sich stattdessen unter revolutionärer Außenpolitik vorstellt, dafür gibt er im "Arbeiterkampf" Nr. 38 ein Beispiel, wo er auf der Seite 1 unter der Überschrift "Libyen: Faschismus und Provokation" die libysche Bourgeoisie und die Regierung Ghaddafi als faschistisch angreift. Obwohl es doch in Westdeutschland gerade darauf ankäme, die Erkenntnis zu verbreiten, daß die Regierung Ghaddafi in Libyen gegenüber der Regierung Brandt in Westdeutschland allemal noch fortschrittlicher ist und Unterstützung verdient. Nicht etwa, weil der libysche Offizier menschenfreundlichere Ideen in seinem Kopf bewegte als der Sozialdemokrat Brandt, sondern weil Libyen ein vom Imperialismus ausgebeutetes Land der Dritten Welt ist, in dem auch die Bourgeoisie noch in Widerspruch zum Imperialismus steht. Um nur ein Beispiel zu geben: Die Regierung Ghaddafi hat die riesigen US-Stützpunkte in Libyen geschlossen und die Amerikaner aus dem Land gejagt. Die sozialdemokratische Regierung in Westdeutschland denkt nicht im Traum daran, so gegen die Basen des US-Imperialismus in Westdeutschland vorzugehen. Wer den Widerstand gegen die Hauptmächte des Imperialismus tatsächlich organisieren will, der wird jeden Funken Selbständigkeitsstreben der libyschen Bourgeoisie zu nutzen versuchen, um sie in die Front gegen die Supermächte miteinzubeziehen. Es ist lächerlich, demgegenüber auf den Widerspruch zwischen der Bourgeoisie in Libyen und der Arbeiterklasse und den Volksmassen zu verweisen. Der Kommunistischen Partei Chinas ist es noch nie eingefallen, ihn zu leugnen. Sie kann ihn aber auch nicht lösen, sondern sie baut auf die historische Tendenz, daß Völker die Revolution wollen.
Hat der KB (Nord) schon schwere Einwände gegen die Einbeziehung der bürgerlich regierten Länder der Dritten Welt in die Einheitsfront gegen die Supermächte, so findet er es ganz und gar unmöglich, daß die Kommunistische Partei Chinas auch die mittelgroßen imperialistischen Länder noch so weit wie möglich an diese Einheitsfront heranziehen will. Die Kommunistische Partei Chinas baut bei ihrer Politik auf dem objektiven Gesetz, daß Staaten die Unabhängigkeit wollen. Bürgerliche Staaten aus Gründen der Konkurrenz. Proletarische Staaten, weil sie den Grundsatz befolgen, sich auf die eigene Kraft zu stützen. Und auf dieses Gesetz kann die Volksrepublik China auch bauen gegenüber kleinen und mittelgroßen imperialistischen Ländern. Der KB (Nord) hält es für schrecklich und läßt es deshalb fett drucken, daß "China . . . der Meinung ist, daß die westeuropäischen Staaten **das Recht haben sollen, eigene Verteidigungsmittel zu besitzen, um ihre Unabhängigkeit zu sichern**". (a.a.O., Seite 15) Anderer Meinung als die Volksrepublik China ist in dieser Frage aber tatsächlich nur der Sozialimperialismus, der den westeuropäischen Ländern nur zu gerne dieses Recht generell absprechen würde, was nichts anderes bedeuten würde, als den westeuropäischen Ländern die staatliche Souveränität abzusprechen. Der KB (Nord) spielt hier wiederum direkt dem Sozialimperialismus in die Hände und tut so, als könne es der Arbeiterklasse darum gehen, in einem waffenlosen Land zu leben. Während es doch für sie darauf ankommt, die Waffen selbst in die Hand zu bekommen. Das können allerdings nicht die Chinesen für die Arbeiterklasse in den westeuropäischen Ländern bewerkstelligen.
Der KB (Nord) hat das Gesetz, daß Staaten Unabhängigkeit wollen, nicht begriffen. Er greift das folgende Zitat von Tschou En-lai auf aus einem Gespräch mit einem französischen Journalisten, das in der Peking Rundschau abgedruckt war: "Obwohl China und Frankreich unterschiedliche Gesellschaftssysteme besitzen, ist beiden die Unabhängigkeit teuer, und wir bekämpfen Kontrolle und Intervention von seiten der Großmächte. Heute gibt es auf der Welt ein oder zwei Supermächte, die stets versuchen, mit Gewalt andere zu überwältigen, die Kleinen und Schwachen zu tyrannisieren und miteinander um die Weltherrschaft zu ringen." Dazu der KB (Nord): "Tschou En-lai macht hier bereits den später gegenüber 'mittelgroßen' imperialistischen Ländern allgemein praktizierten Fehler, den gewöhnlichen Konkurrenzkampf einer imperialistischen Bourgeoisie **gleich** zu setzen mit dem Streben nach nationaler Unabhängigkeit der Völker. Eine imperialistische Bourgeoisie, die selbst an der Kontrolle und Unterdrückung anderer Völker (speziell in Afrika) teilhat, wird zum Kämpfer gegen die 'Kontrolle der Großmächte' erklärt." (a.a.O., Seite 10)
Die einfachsten Sachen werden durcheinandergebracht. Das Interesse an staatlicher Unabhängigkeit, das Tschou En-lai Frankreich zubilligt, ist keineswegs identisch mit dem Streben nach nationaler Befreiung, wofür die vom Imperialismus unterjochten Nationen kämpfen. Tschou En-lai begrüßt auch keineswegs, daß Frankreich in Afrika andere Nationen als Kolonialmacht unterdrückt. Er begrüßt es aber, daß Frankreich seine staatliche Unabhängigkeit teuer ist und daß es diese gegen Kontrolle und Interventtion der Supermächte verteidigt.
Warum ist das begrüßenswert? Weil die auf imperialistische Konkurrenz zurückgehende Verteidigung der staatlichen Unabhängigkeit ebenfalls die "große Unordnung" auf der Welt fördert, die "etwas Gutes, keineswegs schlecht für die Völker" ist. "Sie bringt die Feinde in Verwirrung und differenziert sie, erweckt und stählt die Völker" (Bericht an den X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, Seite 25). Denn "der Widerspruch unter den imperialistischen Staaten" gehört ebenfalls zu den vier großen Widersprüchen, deren "Existenz und Entwicklung . . : unweigerlich zur Revolution führen (wird)". (Dokumente des IX. Parteitags, Seite 95)
Das wird vom KB (Nord) bestritten. Er schreibt: "Daß . . . die 'Unabhängigkeitsbestrebungen' der westeuropäischen Imperialisten den Imperialismus insgesamt schwächen . . . ist so nicht richtig. Wenn die westeuropäischen Imperialisten eine mehr 'selbständige' Politik treiben wollen, so

erfordert das verstärkte Anstrengungen auf verschiedenen Gebieten der Wirtschaft und Politik, die aus den werktätigen Massen herausgepreßt werden. Soweit dies gelingt, **stärkt** es objektiv den Imperialismus **insgesamt.**

Dies wird besonders deutlich in der Frage der militärischen Rüstung, die unter Vorwänden wie "Gefahr aus dem Osten", "mehr Unabhängigkeit von unseren amerikanischen Verbündeten" u.ä. vorangetrieben wird, und wodurch das militärische Potential der NATO insgesamt natürlich nicht abgeschwächt, sondern gestärkt wird. Dies ist dem US-Imperialismus nicht einmal besonders unangenehm.

Verstärkt werden unter dem Vorwand der "Unabhängigkeit Europas" etc. auch der Kapitalexport, der kapitalistische Konzentrationsprozeß, Bemühungen um neue, "unabhängige" Energie-Quellen u.a.

Schließlich erlaubt eine stärkere "Selbständigkeit" der westeuropäischen Imperialisten dem Imperialismus **insgesamt** eine gesteigerte und verfeinerte Arbeitsteilung beim Eindringen in die Länder der "Dritten Welt" – d.h. die westeuropäischen Imperialisten könnten Aufgaben wahrnehmen, die den US-Imperialisten versperrt sind, z.B. die Politik des französischen Imperialismus gegenüber Libyen und anderen arabischen Staaten.

Die Verschärfung der zwischenimperialistischen Widersprüche und das Auftreten bzw. die Entwicklung einer neuen imperialistischen "Supermacht" – die EG – "zwingt" zunächst einmal **alle** Imperialisten dazu, ihre Anstrengungen zu verstärken, und in diesem Maß wird auch der Imperialismus insgesamt gestärkt." (a.a.O., Seite 29)

Durch die imperialistische Konkurrenz, die bis zum Kriege führt, wird der Imperialismus nicht geschwächt, sondern gestärkt – das ist die neue, dem Marxismus-Leninismus unbekannte und in der Wirklichkeit nicht bestätigte These des KB (Nord). Der Erste und Zweite Weltkrieg müssen nach dieser Theorie den "Imperialismus insgesamt gestärkt" haben, denn in allen imperialistischen Ländern ist dabei natürlich das militärische Potential ungeheuer vermehrt worden. In den einzelnen Ländern wurde auch die Zentralisation der Kapitale stark beschleunigt. Dennoch war der Imperialismus nach jedem dieser Kriege insgesamt nicht stärker, sondern schwächer geworden. 1917 wurde die Sowjetunion aus der Reihe der imperialistischen Mächte herausgebrochen. Nach dem Zweiten Weltkrieg die osteuropäischen Staaten, die Volksrepublik China usw. Gleichzeitig begann der Zusammenbruch des Kolonialsystems. – Erst recht nie geklappt hat es mit der "verfeinerten Arbeitsteilung" im "Imperialismus insgesamt". Sondern um die Länder der Dritten Welt haben die Imperialisten sich immer wieder gestritten und Kriege geführt.

Mit der Theorie von der "verfeinerten Arbeitsteilung" des "Imperialismus insgesamt" sind deshalb schon andere Leute gescheitert. So zum Beispiel Kautsky, der 1915 schrieb: "... ob es nicht möglich sei, daß die jetzige imperialistische Politik durch eine neue, ultraimperialistische verdrängt werde, die an Stelle des Kampfes der nationalen Finanzkapitale untereinander die gemeinsame Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Finanzkapital setzte". (Zitiert nach: Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Werke Band 22, Seite 299) Zwei Weltkriege, eine Unzahl kleinerer Kriege und Verwicklungen haben vor aller Welt handgreiflich bewiesen, daß es nicht "möglich sei". Nur der KB (Nord) hält diese Frage für ungeklärt und unterstützt auch hier – willentlich oder unwillentlich – die Lumpereien des Sozialimperialismus, die ja schon seit Jahr und Tag herumposaunt, Entspannung und Abrüstung sei das Gebot der Stunde, und dabei gleichzeitig selbst in wachsendem Tempo aufrüstet. Die revisionistischen Parteien in den westeuropäischen Ländern treten überall auf mit dem Argument, Entspannung und Abrüstung schaffe auch dem sozialen Fortschritt im Innern der imperialistischen Länder freie Bahn.

Es gilt nach wie vor, was Lenin gegenüber Kautskys Thesen des "Ultraimperialismus" vorbrachte: "Der objektive, d.h. wirkliche soziale Sinn seiner 'Theorie' ist einzig und allein der: eine höchst reaktionäre Vertröstung der Massen auf die Möglichkeit eines dauernden Friedens im Kapitalismus." (Lenin, Werke Band 22, Seite 299)

Im Gegensatz dazu sind die Kommunistische Partei Chinas und mit ihr alle Revolutionäre der Auffassung, daß "man vorwärts gehen solle zur weiteren Verschärfung und Vertiefung der durch ihn (den Imperialismus) erzeugten Widersprüche" und nicht "rückwärts zu deren Abstumpfung". (Lenin, Werke Band 22, Seite 292) Und das gilt auch für die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten, welche die Volksrepublik China nicht nur auszunutzen versucht, sondern zu deren Verschärfung und Vertiefung sie beiträgt, indem sie das Unabhängigkeitsstreben auch mittelgroßer imperialistische Länder unterstützt. Denn es ist gut für die Völker, wenn ihre Feinde Widersprüche untereinander haben und sich gegenseitig schwächen. Das bedeutet nicht, daß die Kommunisten für Kriege zwischen den imperialistischen Mächten sind, sondern sie sind für die Revolution. Sie sagen aber, daß die innerimperialistischen Widersprüche zwangsläufig zum Krieg führen, wenn nicht die Revolution dem zuvorkommt. Und sie sagen weiter, daß wenn es zum Krieg kommt, dieser unvermeidlich Revolutionen hervorbringt. Die Feindschaft zwischen den Imperialisten erhöht die Sicherheit der sozialistischen Länder, gibt den nationalen Befreiungsbewegungen und den jungen nationalen Regimes in den Ländern der Dritten Welt einigen Spielraum, verschärft die Widersprüche in den imperialistischen Ländern selber und erweckt und stählt auch dort die Völker. Darum war auch schon Lenin der Auffassung, die in der chinesischen Außenpolitik befolgt wird: "Die praktische Aufgabe der kommunistischen Politik besteht darin, diese Feindschaft der Kapitalisten auszunutzen und sie aufeinander zu hetzen." (Lenin, Werke Band 31, Seite 439)

Die Außenpolitik der Volksrepublik China ist revolutionär. Sie behandelt richtig die heute in der Welt bestehenden vier großen Widersprüche. Sie baut zugleich darauf, daß die Arbeiterklasse und die Revolutionäre nicht mit ihrer jeweiligen Bourgeoisie gehen bei deren Streben nach Stärkung gegenüber den imperialistischen Konkurrenten. Sondern daß sie die Widersprüche, die innerhalb der imperialistischen Länder durch Verschärfung der innerimperialistischen Konkurrenz aufgerissen werden, dazu nutzen, um die Revolution voranzutreiben. Und eben hier liegt beim KB (Nord) der Hund begraben. Auf das selbständige Vorantreiben der Revolution durch die Arbeiterklasse und die Völker in aller Welt gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker baut er nicht. In penetranter Weise fordert er von der Volksrepublik China, nicht "auf die Kritik

am japanischen Imperialismus (zu) verzichten" (Seite 13), die "Verbesserung der Beziehungen" nicht "gleichzusetzen mit Verzicht auf Kritik an bestimmten imperialistischen und reaktionären Staaten" (Seite 18), weiterhin "gute und eingehende Analysen ... über die zwischenimperialistischen Widersprüche zu liefern" (Seite 18), damit aufzuhören, die "internationale Politik der Kommunistischen Partei Chinas von der kommunistischen Bühne weg auf die diplomatische Bühne" zu verlagern (Seite 19), endlich einmal "mit einer allseitigen Beleuchtung des Ostpakistan-Konflikts und einer klaren Stellungnahme vom kommunistischen Standpunkt aus aufzutreten" (Seite 22), nicht länger zu verschweigen, "daß die arabische Bourgeoisie den antiimperialistischen Kampf und die nationale Befreiungsbewegung nicht zum Erfolg führen kann" (Seite 25). Diese politischen Spießer in ihrer grauenhaften Geschwätzigkeit sind mit der Außenpolitik der Volksrepublik China nur dann zufrieden, wenn sie ausdrückliche Bekenntnisse zur Revolution ablegt; nicht etwa zur Fortführung der Revolution in China selbst, sondern zur Perspektive der Revolution in jedem einzelnen Land. Wirklich zufrieden wären sie nur, wenn Mao Tsetung bei einem Besuch von Strauß in China eine Erklärung abgeben würde: Er empfange jetzt zwar mit Widerwillen diesen Erzreaktionär, warne aber zugleich dringend vor ihm. Und seine Sympathien gälten weiterhin in Westdeutschland den Kommunisten. Auf ihre eigene revolutionäre Überzeugung nicht vertrauend, ist die Haupttriebkraft ihrer Kritik an der Politik der Kommunistischen Partei Chinas das ständige Mißtrauen in deren revolutionären Charakter.

Der KB (Nord) – so kann man zusammenfassend sagen – bestimmt seine Aufgaben nicht innerhalb der aktuellen Hauptwidersprüche, die der Imperialismus hervorgetrieben hat: Zur Sowjetunion nimmt er eine undeutliche Haltung ein, hält sie aber offenbar nicht für eine sozialimperialistische Macht, sondern auf jeden Fall für fortschrittlicher als den US-Imperialismus. Den Kampf der Supermächte um die Weltherrschaft hält er für "absolut spekulativ" und unbewiesen. Die innerimperialistischen Widersprüche führen seiner Auffassung nach zur Stärkung des Imperialismus insgesamt und sie sind seiner Auffassung nach schlichtbar zugunsten "verfeinerter Arbeitsteilung". Darum ist es seiner Auffassung nach falsch, die innerimperialistischen Widersprüche durch Ermunterung der einzelnen imperialistischen Staaten zur Wahrung der staatlichen Unabhängigkeit zu verschärfen. Und von der These, daß die Völker die Revolution wollen, hält der KB (Nord) ebenfalls nichts, sondern verlangt von der Kommunistischen Partei Chinas, sie müsse da erst mal antiimperialistische Aufklärungsarbeit leisten und den Oberlehrer spielen. Und da die Volksrepublik China das nicht in der vom KB (Nord) erwünschten Weise tut, kann er auch nicht mehr auf den "Widerspruch zwischen dem Imperialismus und Sozialismus andererseits" tatsächlich vertrauen.

Von allen guten Geistern verlassen, sitzen die Politspießer vom KB (Nord) da und sehen in der schlechten Welt nur noch wenig Licht. Und das leuchtet dem KB (Nord) trotz allem aus der Sowjetunion: "Während der US-Imperialismus überall mit Reaktion, Konterrevolution und Imperialismus zusammengeht, unterstützt der Sowjetrevisionismus gezwungenermaßen in gewissem Grad zahlreiche antiimperialistische Staaten und Befreiungsbewegungen." (a.a.O., Seite 10) Daß das zum Beispiel in Kambodscha keineswegs der Fall ist, wo er lange die Lon-Nol-Clique als Regierung anerkannte, stört dabei den KB (Nord) ebensowenig wie die Tatsache, daß die Sowjetunion in Afghanistan mit der finstersten Reaktion zusammengeht, in Japan mit dem rechten Flügel der liberaldemokratischen Partei Verbindung sucht, die indische Aggression gegen Pakistan und gegen die Himalaja-Staaten unterstützt usw.

Denn die vom KB (Nord) erfundene Konstruktion hat für ihn den unschätzbaren Vorteil, daß sie auf die Bundesrepublik rückverlängerbar ist nach dem Motto: Die Politik der Volksrepublik ist den Imperialisten, Reaktionären, Antikommunisten "maßgeschneidert" (Seite 11), die der KB (Nord) bei der CDU/CSU sieht. Die Sowjetunion stützt sich "gezwungenermaßen" eher auf die SPD, also auf "genau entgegengesetzte Kräfte". Die Leugnung der vier großen Widersprüche in der Welt hängt beim KB (Nord) damit zusammen, daß er die Weltpolitik nicht unter dem Gesichtspunkt der schrittweisen Entfaltung der Weltrevolution betrachtet, sondern aus der westdeutschen Spießerperspektive des Parteienstreits zwischen CDU und SPD. Auf die Differenzen zwischen bürgerlichem Konservativismus und bürgerlicher Arbeiterpolitik völlig fixiert, kann er auch zur Weltpolitik keine selbständige Haltung einnehmen und sitzt dem gröbsten bürgerlichen Unsinn auf.

Der KB (Nord) ist eine Organisation ohne politischen Halt. In keiner einzigen Frage geht sie von den grundsätzlichen Positionen des Marxismus-Leninismus aus. In keiner einzigen Frage vertritt sie den selbständigen Standpunkt und selbständige Forderungen der Arbeiterklasse. Weil der KB (Nord) nicht daran festhält, den grundlegenden Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital zum Ausgangspunkt der Politik zu machen, geht ihm aus Ärger über die bürgerliche Arbeiterpolitik in den Gewerkschaften immer wieder verloren, daß die Gewerkschaften die elementaren, ganz und gar unverzichtbaren Organisationen der Arbeiterklasse sind. Das führt zu einer falschen Gewerkschaftslinie. – Weil er den bürgerlichen Staat nicht begriffen hat als geschäftsführenden Ausschuß der Kapitalistenklasse, der den einzelnen Kapitalisten gegenüber die Gesamtinteressen ihrer Klasse durchsetzt, und weil er nicht begriffen hat, daß die Arbeiterbewegung ihre politische Einheit nur finden kann, wenn sie Forderungen gegenüber dem bürgerlichen Staat erhebt, findet sich in den Anschauungen des KB (Nord) ein stark syndikalistischer Zug. – Weil er nicht begriffen hat, daß der bürgerliche Staat nur gestürzt werden kann im Kampf um Demokratie, findet sich beim KB (Nord) Nachbarschaft zu anarchistischen Anschauungen. So wirft der KB (Nord) der RAF z.B. nicht vor, daß sie keine Klarheit über den bürgerlichen Staat hat, sondern kritisiert sie nur nach der Seite hin, daß sie sich nicht genügend um die Massen und ihre Führung kümmert.

Es nimmt nicht wunder, daß eine Organisation, die weder vom Kapitalismus noch vom Staat einen Begriff hat, völlig ins Schwimmen gerät, wenn sie sich zu den internationalen Beziehungen äußert. Hier laufen die Vorstellungen des KB (Nord) darauf hinaus, revolutionäre Gesinnungsäußerungen anstelle von Politik gegen den Imperialismus zu fordern.

Der KB (Nord) ist eine Organisation, welche die Arbeiterbewegung in Westdeutschland nicht weiterbringt, sondern

ihr schadet. Trotz des immer wieder vorgebrachten Geredes ist das bewußte Element in dieser Organisation ganz und gar unentwickelt, während sie überschwemmt wird von kleinbürgerlichen Anschauungen, die in ausufernder Breite vorgetragen werden. Es ist eine Organisation, von der deshalb auch keine Impulse ausgehen für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei, die nur auf festen Grundlagen errichtet werden kann. In den schriftlichen Äußerungen des KB (Nord) mischt sich ständig die radikale Phrase mit breiter Schwatzhaftigkeit. Der Radikalismus in Sprache und Auftreten richtet sich unterschiedslos gegen alles, was dem KB (Nord) nicht paßt. Ob es um Kapitalisten und Regierungsvertreter geht oder um einen Gewerkschaftssekretär, einen Betriebsrat oder eine konkurrierende politische Organisation: Überall "Provokation", "Demagogie", "Schweinkram", "typisch faschistische Manier". Das ist die aufgeregte Seite am KB (Nord). – Diese Aufgeregtheit aber ist eingehüllt in form- und gedankenlose Geschwätzigkeit, die sich in Form eines zweiunddreißigseitigen "Arbeiterkampf" alle drei Wochen über die Mitglieder und Sympathisanten ergießt. Das ist die andere Seite des KB (Nord), die Seite der Gemütlichkeit. Beide Seiten ergänzen sich zur Weltsicht des empörten und schimpfenden Kleinbürgers. Und in diese Weltsicht ist der KB (Nord) Stück für Stück hineingeraten. Seit über drei Jahren hat diese Organisation in grundsätzlichen Fragen keinen theoretischen Fortschritt mehr gemacht, sondern verteidigt nur noch mit wachsender Aggressivität ihre alten Vorurteile.

Vor drei Jahren haben die Vorläuferorganisationen des KBW einige dieser Vorurteile geteilt. Durch die Erarbeitung des Programms und der grundlegenden politischen Linie konnten der KBW bzw. seine Vorläuferorganisationen bestehende falsche und unfertige Vorstellungen überwinden. Der KB (Nord) ist aller grundsätzlichen Festlegung aus dem Weg gegangen, hat keine Fortschritte gemacht, sondern sich eingerichtet in seinen Vorurteilen. Heute ist er zu sektiererischen Formen der Auseinandersetzung gezwungen, um sie zu verteidigen. Wenn der KB (Nord) mit dieser Entwicklung nicht Schluß macht, wird es mit ihm kein gutes Ende nehmen. Er wird für den Aufbau der Kommunistischen Partei in Westdeutschland verloren sein.

Willfried Maier

REVOLUTIONÄRE BÜCHEREI

Hundert Bücher zum Studium des wissenschaftlichen Sozialismus, der Arbeiterbewegung und des Kampfes der unterdrückten Völker

Vertrieb revolutionärer Literatur
BUCHVERTRIEB
Hager GmbH
MANNHEIM

Frühjahr 75

Katalog neu erschienen

Buchvertrieb Mannheim,
68 Mannheim, Sandhofer Str. 29
Postfach 5129

Bebildeter und ausführlich kommentierter Buchkatalog revolutionärer Literatur (Schutzpreis -,20 DM).
Die in ihm aufgeführten Bücher sind bei allen Verkaufsstellen der Kommunistischen Volkszeitung sowie in den Ortsbüros des KBW erhältlich. Hier besteht die Möglichkeit der Einsicht und Beratung über die Literatur. Ist dies nicht möglich, kann direkt per Post gegen Rechnung zuzüglich Porto und Verpackung bezogen werden.

Fortschreitende Krise oder 'relative Stabilisierung'?

Zur Kritik der Broschüre "Wirtschaftsentwicklung und Klassenkampf", ("Revolutionärer Weg", Organ des KABD, Heft 13 und 14/74)

1. Die Ausgangsfrage: Wirtschaftskrise oder nicht?

Unter dem Titel "Wirtschaftsentwicklung und Klassenkampf" hat der Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands (KABD) eine zweiteilige Broschüre herausgebracht (1), um "der Offensive der Monopole die richtige Taktik entgegensetzen zu können" (I, S.9), wozu eine "Einschätzung der augenblocklichen wirtschaftlichen Lage' (I, S.8) notwendig erscheint.

Konkret lautet die Aufgabe, die sich der KABD gestellt hat, der "Krisenpropaganda" der Kapitalisten "entschieden entgegenzutreten" (I, S.6) sowie der "falschen Einschätzung" von KBW und Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (München). Für eine falsche Einschätzung halten sie, daß der KBW die "Krisenpropaganda" für bare Münze nimmt und davon ausgeht, daß gegenwärtig in Westdeutschland eine wirtschaftliche Krise herrscht. Damit unterstützt der KBW aber nach Meinung des KABD das Ziel der Kapitalisten, die mit ihrer Krisenpropaganda "die Arbeiter vom selbständigen Kampf abhalten und sie zurück in die Arme der rechten Gewerkschaftsführung, des Reformismus" treiben wollen. (I, S.8)

Die Ausgangsfrage, die zu beantworten der KABD sich also anschickt, ist die: "Befindet sich das kapitalistische System der BRD zur Zeit in einer Wirtschaftskrise oder in einer Phase der relativen Stabilisierung? " (I, S.5) Da der KABD die Frage auf die nach der **Wirtschaftskrise** zuspitzt, wird man unter dem Begriff der relativen Stabilisierung wohl eine Phase verstehen müssen, in der eine relativ ungehinderte Ausdehnung der kapitalistischen Profitproduktion möglich ist, mit den Worten des KABD, eine "Hochkonjunktur" herrscht.

2. Welche Bedeutung haben die Bedingungen an der wirtschaftlichen Front?

Der KBW vertritt in der Tat die Ansicht, daß in Westdeutschland gegenwärtig eine Wirtschaftskrise herrscht, und daß diese Krise an Schärfe zunehmen wird. Doch bevor man sich darüber streitet, wird es notwendig sein, zu fragen, welche Bedeutung diese Frage, ob Krise oder nicht, hat.

Die Untersuchung der ökonomischen Situation und Entwicklung ist wichtig, weil damit ein Teil der Bedingungen untersucht wird, unter denen sich der Kampf um den Preis der Ware Arbeitskraft und überhaupt der Klassenkampf entfaltet. "Der wirtschaftliche Kampf insgesamt ist nicht offensiv, aber seine Entwicklung ist entscheidend für die Bedingungen von Offensive und Defensive. Solange es keinerlei wirtschaftliche Streikbewegung gibt, solange herrscht offensichtlich relativer Klassenfrieden." (2)

Die wirtschaftlichen Entwicklungen entscheiden also nicht darüber, wie und mit welchem Erfolg der Klassenkampf geführt wird, sehr wohl sind sie aber ein Teil des Terrains, auf dem dieser Kampf geführt wird. Deswegen müssen sie untersucht werden. Um welche Bedingungen handelt es sich dabei? In "Lohn, Preis und Profit" sagt Marx: "Die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktion geht dahin, den durchschnittlichen Lohnstandard nicht zu heben, sondern zu senken." (Marx-Engels-Werke (MEW), Bd.16, S.152) Die Kapitalisten versuchen also immer und zu allen Zeiten, die Löhne der Arbeiterklasse zu drücken, entweder indem sie bei gleichem Lohn die Ausbeutung jedes einzelnen Arbeiters erhöhen, oder indem sie den Reallohn direkt oder über ständige Preissteigerungen senken. Auf der anderen Seite muß die Arbeiterklasse ständig ihr Lebensniveau verteidigen, und sie kann dies, wie auch jede Verbesserung ihres Lebensniveaus innerhalb der kapitalistischen Verhältnisse, nur im Kampf erreichen.

Obwohl dies im Kapitalismus ganz unabhängig von der Wirtschaftslage ständig so ist, verändern sich die Bedingungen des Kampfes mit der Veränderung der Wirtschaftslage. Das liegt auch auf der Hand: In einer Zeit, in der sich die kapitalistische Wirtschaft ungehemmt entwickeln kann, in der es keine Absatzsorgen gibt, in der die Kapitalisten also genug Profite machen können, weil sie genug Mehrwert im Verhältnis zum eingesetzten Kapital aus den Arbeitern auspressen können, in einer solchen Situation führen die Kapitalisten den Angriff auf den Reallohn nicht mit der Schärfe wie in der Krise.

In der Krise dagegen, wenn die Produktion schrumpft, stagniert oder kaum mehr wächst, die Waren nicht mehr alle abgesetzt werden können, müssen die Kapitalisten ver-

(1) Wirtschaftsentwicklung und Klassenkampf, in: Revolutionärer Weg, Probleme des Marxismus-Leninismus, Theoretisches Organ des KABD Nr. 13 und 14, 1974; Teil I: Monopoloffensive und die Folgen; Teil II: Wirtschaftskrise und Klassenkampf. Die folgenden Seitenangaben beziehen sich immer, wenn nicht anders genannt, auf diese beiden Broschüren.

(2) Joscha Schmierer, Die gegenwärtige Klassenkampfsituation und die Aufgaben der Kommunisten, in: Kommunismus und Klassenkampf Nr. 1/73, S. 17

suchen, über verschärfte Ausbeutung, Rationalisierung, über verschärften Druck auf den Reallohn aus der Krise herauszukommen. Einerseits gibt es hier für die Kapitalisten keinen anderen Ausweg und andererseits nützen sie die Krisensituation auch bewußt aus, um den Lebensstandard der Arbeiter zu senken, und wenn es geht, um gleichzeitig auch noch ihren Willen zu brechen. Das grundlegendste Mittel in diesem Kampf für die Kapitalisten ist dabei die Teilung der Arbeiterklasse in jene, die Arbeit haben, und die, die keine finden. Denn wo die Arbeiterklasse nicht kämpft, wird der Lohn nicht durch die bestimmt, die Arbeit haben, sondern durch die, die keine haben, durch das Heer der Arbeitslosen, das als ständiger Lohndrücker wirken soll. Jene aber, die Arbeit haben, werden nicht nur stärkeren Angriffen auf ihren Lohn ausgesetzt sein, sondern gleichzeitig für zwei arbeiten müssen. Je tiefer diese Spaltung der Arbeiterklasse geht, um so besser für die Kapitalisten.
Man sieht also, welcher Mechanismus in der Krise dafür sorgen soll, daß die Kapitalisten daraus wieder herausfinden. Besteht die Krise darin, daß die Kapitalisten ihre Produktion einschränken müssen und Arbeiter entlassen, so schwillt dadurch die industrielle Reservearmee stark an.
Mit dem Anschwellen der industriellen Reservearmee schaffen die Kapitalisten aber gleichzeitig wieder eine der Voraussetzungen, um aus der Krise zu kommen, denn jetzt können sie den Druck auf den Reallohn und die Ausbeutung verschärfen, um so ihre Profite wieder zu erhöhen.

Für die Arbeiterklasse bedeutet die Krise also, daß die Kapitalisten mit aller Macht versuchen werden, sie an der wirtschaftlichen Front zurückzudrängen, ihr in all ihren Regungen als Klasse eine Niederlage beizubringen. In dieser Lage verschärfen sich notwendig die Klassenauseinandersetzungen, nimmt die Unruhe zu, geraten die Klassenfronten in Bewegung. Wenn man also dem Angriff der Kapitalisten auf die Lebenslage der Arbeiterklasse die richtige Taktik entgegensetzen, die Unruhe für den Zweck der proletarischen Revolution nutzen will, dann wird man die wirtschaftlichen Bedingungen untersuchen müssen, die für den Kampf um den Preis der Arbeitskraft wichtig sind, für die Entfaltung des wirtschaftlichen Kampfes als Teil des Klassenkampfes.

3. Zu welchem Ergebnis kommt die Broschüre des KABD?

Die Kernthese der KABD-Autoren lautet, daß sich der westdeutsche Kapitalismus noch in der Phase der relativen Stabilisierung befindet, daß aber die Krise kommen wird. Sie schreiben: "Wir erleben seit über 20 Jahren eine relative Hochkonjunktur in der BRD, die nur durch geringe Krisenerscheinungen unterbrochen wurde. Selbst der Produktionsrückgang 1966/67 kann nicht als Krise, sondern muß als Rezession bezeichnet werden, d. h. das Bruttosozialprodukt hatte noch einen Zuwachs von etwa 1 Prozent zu verzeichnen." (II, S.20)
Wenn der KABD die Krise 1966/67 als eine Rezession bezeichnet, dann muß er schon einen sehr exklusiven Krisenbegriff haben. Was ist eine Rezession, was unterscheidet sie von der Krise?
Die Antwort des KABD ist, das Bruttosozialprodukt sinkt nicht, sondern es wächst immer noch, wenn auch nur noch gering und langsamer als in den Vorjahren.
Richtig ist, daß es ein untrügliches Zeichen für eine Krise der kapitalistischen Wirtschaft ist, wenn die industrielle Produktion abnimmt. Völlig falsch ist es aber daraus zu schließen, daß keine Krise herrscht, wenn die Produktion nur noch langsam wächst. Betrachten wir das vom Standpunkt des Kapitalisten: Er will, daß sein Kapital von Jahr zu Jahr größer wird, von Jahr zu Jahr eine größere Masse Profit, bzw. Mehrwert abwirft. Dazu muß er aber von Jahr zu Jahr die Produktion ausweiten, jedes Jahr eine größere Masse Profit wieder investieren. Wenn also die Ausweitung der Produktion sich verlangsamt, dann hat dies im allgemeinen eben seinen Grund darin, daß die Akkumulation (und ein Teil davon sind die Investitionen) abnimmt, daß der Kapitalist nicht mehr genug Profit für seine Zwecke macht und weniger akkumulieren kann. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß die Profitmacherei ins Stocken gerät und darin besteht für den Kapitalisten eben die Krise. Betrachten wir, wie es für die Arbeiterklasse liegt: Wenn die Ausdehnung der Produktion abnimmt, wenn sie nur noch wenig oder nicht mehr wächst, während gleichzeitig die Rationalisierung verschärft wird, so bedeutet dies, daß ein größerer Teil der Arbeiterklasse ohne Arbeit ist und den elenden Folgen der Arbeitslosigkeit ausgesetzt ist. Es bedeutet, daß der Teil der Klasse, der noch Arbeit hat, noch mehr und schneller für weniger Lohn arbeiten muß, wo dies nicht durch den Lohnkampf verhindert werden kann. An diesen Folgen für die Lage der Arbeiterklasse zeigt sich doch nichts anderes, als daß eben eine Krise herrscht.
Und eben deswegen herrschte auch 1966/67 eine Krise, was man am sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 3,19 % in dieser Zeit sehen kann.
Der Streit kann offensichtlich gar nicht darum gehen, was eine Rezession, was eine Krise ist, sondern bloß darum, wie tief die Krise geht, welches Ausmaß und welchen Umfang sie hat. Denn freilich sind nicht alle Krisen von gleicher Wucht und von gleichem Umfang. Man sieht daran auch, was die feine Differenzierung zwischen Krise und Rezession, wie sie der KABD vornimmt, soll.
Indem zwischen Krise und Rezession unterschieden wird, sind allerdings nur noch die schärfsten und tiefsten Krisen auch wirklich solche und alles andere ist eben Krisenpropaganda. Damit spart man sich dann natürlich auch die Mühe, zu untersuchen, welches Ausmaß die gegenwärtige Krise hat. Kurz, die konkrete Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftslage, die die Verfasser untersuchen wollen, ist damit schon erledigt, denn jeder sieht doch, daß eben keine "Krise" herrscht.
Im übrigen sollten die Genossen des KABD einmal darüber nachdenken, daß gerade die Bourgeoisie den Begriff der "Rezession" geprägt hat, um von Krisen nicht mehr reden zu müssen. Und wo die Krise nicht mehr übersehbar ist, spricht sie dann auch lieber von einer Depression. Es nützt uns aber überhaupt nichts, uns mit Begriffen um die gegenwärtige Wirtschaftslage herumlavieren zu wollen. Dazu gibt es auch keinen Grund, denn die Krise war noch nie ein Argument für, sondern stets schon ein schlagendes Argument gegen dieses Wirtschaftssystem und ein sehr handfester Beweis für seine Überlebtheit und die Notwendigkeit der proletarischen Revolution. Allein, obwohl die gegenwärtige Lage doch in vielem dem entspricht, was der KABD unter einer Rezession versteht, in beiden Teilen seiner Broschüre gelangt er dennoch noch nicht einmal zu diesem Schluß.

4. Die Krise erfaßt die ganze Gesellschaft

Wie schafft es der KABD in seiner "konkreten Untersuchung" der gegenwärtigen Situation selbst noch um das Eingeständnis einer Rezession in Westdeutschland herumzukommen, so daß stattdessen von einer "Hochkonjunktur" (II, S.21), von der Phase der "relativen Stabilisierung" geredet wird?
Gegen die Behauptung des KBW, daß gegenwärtig in Westdeutschland eine Krise herrsche, haben die Genossen des KABD in der 'Roten Fahne' bislang den Beweis stets so angetreten, daß sie Beispiele für Monopole bringen, die doch noch einen guten Gewinn 1974 machten, wenn nicht gar einen besseren als 1973. Gegen das 'Krisengejammer' der Automobilindustrie führen sie ins Feld: "Dividenden von 9 % bei VW und 18 % bei Daimler und Steigerung der Inlandsverkäufe bei VW im April um 9 %, bei Opel Steigerung der Automobilproduktion in der ganzen Welt um 27 % und Steigerung der Investitionen machen das Krisengerede unglaubwürdig." (I, S.6) Kurz: In der Automobilindustrie herrscht keine Krise, sondern da geht es flott voran. Ohne daß man auf diese Zahlen im einzelnen eingehen muß, werden die Genossen doch nicht ernsthaft bestreiten wollen, daß die Automobilindustrie 1974 einen deutlichen Absatzschwund hatte, wobei sie freilich ihre Gewinne durch ständige Preiserhöhungen, wie eben gerade jetzt, noch halten kann. "Im vergangenen Jahr ist die Pkw-Produktion um 22 % gesunken." (Süddeutsche Zeitung, 8./9.2.75) Gern hat der KABD in der 'Roten Fahne' die Gewinnsteigerungen einzelner Konzerne ins Feld geführt, um zu zeigen, daß keine Krise herrscht. Wer aber so argumentiert, muß ernsthaft meinen, daß eine Krise erst dann herrscht, wenn jedes Einzelkapital, ob Monopol oder nicht, in der Krise steckt, weniger Profite macht, seine Produktion einschränkt.
Dies ist falsch. Denn natürlich trifft eine Krise nicht alle Kapitalisten gleichmäßig, die Monopole weniger als die nicht monopolistischen, die Monopole, die ihre Exportmärkte noch mehr ausdehnen können, die auch auf dem Weltmarkt eine führende Kraft sind wie die westdeutschen Chemiekonzerne, weniger als die, die keine Exportmöglichkeiten haben, wie z. B. die westdeutsche Bauindustrie. Dies ist gegenwärtig so und das war auch in bestimmten Phasen der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren wie auch in der Krise 1966/67 der Fall. Im September und Oktober 1974 z. B. sank das reale Sozialprodukt nach Berechnungen der 'Süddeutschen Zeitung' (8./9.2.1975) gegenüber dem Vorjahr um 3,8 %, im November und Dezember im Jahresvergleich bereits um 5,5 %. Andererseits war um diese Zeit die Stahl- und Chemieindustrie sicher noch in einer besseren Lage. Einerseits müßte der KABD also sagen, daß eine Krise herrscht, weil das Sozialprodukt sinkt, andererseits sagt er, es herrscht keine Krise, was man daran sieht, daß es z. B. den BASF-Kapitalisten noch so gut geht. Warum gerät der KABD in diesen Widerspruch? Er macht den Fehler, daß er die Krise nur betriebswirtschaftlich, nur vom einzelnen Kapitalisten her versteht, und nicht als eine gesellschaftliche, von der die Kapitalisten als Klasse und die Arbeiterklasse ergriffen werden, ohne daß sie sich für jedes Mitglied der Klasse gleich auswirken muß. Während die Krise Unruhe schafft, die Klassenfronten in Bewegung setzt, wird der KABD offensichtlich so lange noch nicht von Krise reden, wie er noch einen Monopolkapitalisten findet, der noch nicht in die Krise hineingerissen wurde.

All diese falschen Vorstellungen des KABD hängen damit zusammen, daß er das Wesen des Imperialismus, des monopolistischen Kapitalismus, falsch sieht. Denn der monopolistische Kapitalismus ist für den KABD nicht nur durch die Existenz der Monopole, die ständige Tendenz zur Monopolbildung und die Tendenz zur Unterwerfung der nichtmonopolistischen Kapitalisten unter die Monopole (z. B. Abhängigkeit der Zulieferindustrie) in mehr oder weniger vielen Branchen gekennzeichnet, sowie durch die neuen Widersprüche, die für das Kapital selbst durch die Monopolbildung hervorgerufen werden, sondern dadurch, daß das Monopol das Kapital ablöst, und daß nur noch das Monopol die Entwicklung bestimmt. (3)

Zu recht zeigt der KABD, daß es den Monopolen gelingt, sich im Verhältnis zu den nichtmonopolistischen Kapitalisten relativ höhere Profite auf ihr eingesetzes Kapital zu sichern. Das liegt einmal daran, daß sie auf Grund ihrer größeren Kapitalmasse produktiver und daher kostengünstiger produzieren können als die nichtmonopolistischen Kapitalisten. Zum anderen, daß sie auf Grund ihrer Marktposition leichter Preiserhöhungen durchsetzen können. Insofern kann man von einem Extraprofit der Monopole sprechen. Dazu schreibt er dann: "Das zeigt, daß der hohe Monopolprofit nicht nur auf Kosten der Werktätigen, sondern auch auf Kosten der nichtmonopolistischen Bourgeoisie und der kleinbürgerlichen Schichten entsteht . . ." (II. Seite 17)

Aber dies ist nicht nur ein Schönheitsfehler, daß in diesem Zitat die Monopolkapitalisten auf der einen, die Werktätigen und die nichtmonopolistische Bourgeoisie auf der anderen Seite angeordnet werden. Wenn man so anordnet, verdrehen sich in der Tat auch die Fronten. Denn daß der Monopolprofit auf Kosten der Werktätigen geht, ist etwas ganz anderes, als daß er auf Kosten der nichtmonopolistischen Bourgeoisie geht. Auf Kosten der Werktätigen heißt, daß sie verschärft ausgebeutet werden, auf Kosten der nichtmonopolistischen Bourgeoisie heißt, daß diese weniger Profit machen kann. Das eine betrifft das Verhältnis der Monopole und damit der Kapitalisten zur Arbeiterklasse, und was ihre Existenz für die Arbeiterklasse bedeutet; das andere betrifft ihr Verhältnis, in dem sie sich zu den anderen Teilen der Kapitalistenklasse, deren vorherrschender Teil sie selbst sind, befinden. In einem Fall ändern sich durch die Existenz des Monopols die ökonomischen Bedingungen, unter denen sich der Klassenkampf entwickelt, im anderen Fall die Widersprüche innerhalb der Kapitalistenklasse selbst.
Die Front läuft allemal, auch im Imperialismus, noch zwischen Kapitalisten und Arbeiterklasse und nicht zwischen Monopol und der Arbeiterklasse samt dem Rest der Kapitalistenklasse.

(3) vgl. dazu: Willfried Maier, KABD-Grundsatzerklärung – kein vorwärtstreibender Vorschlag, in: Neues Rotes Forum Nr. 6/72, Heidelberg, Dezember 1972, S. 3-9

Bedeutet das Monopol für die Arbeiterklasse, daß ihre Ausbeutung und ihre Ausplünderung auf dem Markt verschärft wird, so für die Kapitalistenklasse, daß sich die Ungleichzeitigkeit innerhalb der Kapitalistenklasse und darum eben gerade durch das Monopol die Konkurrenz verschärft. Die Verfasser der Wirtschaftsbroschüre des KABD gehen nur noch von den Monopolen, nicht mehr vom Kapital aus. Sie können darum nicht mehr konkret untersuchen, inwiefern sich die gegenwärtige Wirtschaftskrise auch gerade darin zeigt, daß die Monopole ihre Profite teilweise nur noch halten können, indem sie die nichtmonopolistischen Kapitalisten wie 1974 zu tausenden in den Konkurs treiben, wodurch eben Kapital vernichtet wird und Arbeiter auf die Straße geworfen werden. Denn gerade auch die massenhafte Vernichtung kleinerer Kapitalisten, die Tatsache, daß gegenwärtig 22 % der Industriekapazitäten nicht genutzt werden, bedeutet, daß eine Krise herrscht.

Daß diese falschen Vorstellungen, daß man vom Monopol, nicht mehr vom Kapital ausgehen müsse, beim KABD zur Linie erhoben wurden, zeigt sich in ihrem praktischen Ratschlag: "Die Arbeitslosigkeit kann nur auf Kosten der Monopolprofite bekämpft werden." (II, S.47) Als ob es vor dem Monopolkapitalismus nicht auch schon Arbeitslosigkeit gegeben hätte, und als ob die Arbeitslosigkeit durch besondere Gesetze des Monopols und nicht durch die des Kapitals, die auch für das Monopol gelten, verursacht würde. Damit sind wir auch am Kern der falschen Vorstellungen über den Kapitalismus und die Krise, von denen die Verfasser dieser Broschüre beherrscht werden.

5. Die Arbeitslosigkeit ist eine ständige Erscheinung im Kapitalismus

Als Hauptkennzeichen aller Krisen, wie auch der gegenwärtigen Krise in Westdeutschland, wurde das Anschwellen der industriellen Reservearmee herausgestellt. 1974 entwickelte sich die Arbeitslosigkeit auch kontinuierlich und erreichte im Dezember mit über 4 % knapp das Doppelte der entsprechenden Zahl im Vorjahr. Noch stärker nahm im Verlauf des Jahres die Zahl der Kurzarbeiter zu, die Zahl der nicht als Arbeitslose anerkannten Jugendlichen, die Zahl der Frauen, die aus dem Produktionsprozeß ausschieden und in den Haushalt zurückgeworfen wurden, ohne als Arbeitslose zu zählen. Kurz, die industrielle Reservearmee hat sich im Verlauf des Jahres 1974 mindestens verzweieinhalbfacht, und sie wird bis jetzt bei ca. 1,2 Millionen statistisch ausgewiesener Arbeitsloser und knapp einer Million Kurzarbeiter um das Dreifache zugenommen haben. Dieses rasche Anwachsen der industriellen Reservearmee mit all ihren Folgen auf jene, die noch in der Produktion stehen, ist das deutlichste Kennzeichen der gegenwärtigen Krise.

Was macht der KABD damit, um weiterhin von der "Hochkonjunktur", der "relativen Stabilisierung" reden zu können? Er schreibt: "Das Problem der Arbeitslosigkeit als Dauererscheinung und im Sinne einer industriellen Reservearmee beginnt bei einer Arbeitslosenquote von etwa 5 % . . ." (II, S.34) Offensichtlich gibt es also für den KABD bisher keine industrielle Reserverarmee, die Arbeitslosigkeit als Dauererscheinung nicht. Sehen wir einmal davon ab, daß der KABD jetzt erlöst ist, nachdem die Bundesanstalt für Arbeit die Arbeitslosenzahl für Ende Januar 1975 mit 5,1 % angegeben hat. Das grotesk Falsche an der Ansicht dieser Genossen ist, daß sie die industrielle Reservearmee als ständige Erscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise leugnen, daß sie sie für ein Phänomen halten, das sich erst entwickeln wird. Dazu schreiben sie noch: "Die Entwicklung zur Entstehung einer industriellen Reservearmee wird nicht so schnell vor sich gehen, wie manche es sich vorstellen." (II, S.35) Aber immerhin: "Massenentlassungen und ständiges Überangebot von Arbeitskräften *wird* eine industrielle Reservearmee entstehen lassen." (ebenda) Diesem "wird" begegnet man überhaupt noch öfters und schon hier hat es die Funktion, auf die man noch später stoßen wird: Es gibt keine Arbeitslosigkeit, aber es wird sie geben, es gibt keine Krise, aber es wird sie geben.

Auf den ersten Blick bleibt unverständlich, wie die Verfasser der KABD-Broschüre einfach leugnen könne, daß auch die "Vollbeschäftigung" der letzten Jahre, soweit es diese gab, durch Arbeitslosigkeit gekennzeichnet war. Daß es niemals in der Geschichte Westdeutschlands wie wohl überhaupt irgendeines kapitalistischen Landes keine Arbeitslosen gab, sondern daß auch die"Vollbeschäftigung" durch eine Arbeitslosenquote von 0,5 bis 1,5 % gekennzeichnet war und daß gerade dieser Zustand von der Bourgeoisie als "Vollbeschäftigung" ausgegeben wird.

Warum wohl nennt die Bourgeoisie einen Zustand "Vollbeschäftigung", der gleichzeitig eine Arbeitslosenquote von rund 1 % beinhaltet? Doch wohl, weil sie auf die dauernde Existenz von Arbeitslosen nicht verzichten kann, und weil die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise ihr dies auch garantieren. Für den KABD entsteht eine industrielle Reservearmee durch "Massenentlassungen und ständiges Überangebot von Arbeitskräften". Aber wie entsteht das ständige Überangebot? Der KABD sagt durch die Krise, eben durch die Massenentlassungen, und anders kann er dies auch nicht meinen, weil er die industrielle Reservearmee ja für etwas hält, was erst kommen wird. Im ersten Band des "Kapital " schreibt Marx: "Die kapitalistische Akkumulation produziert vielmehr, und zwar im Verhältnis zu ihrer Energie und ihrem Umfang, beständig eine relative, d. h. für die mittleren Verwertungsbedürfnisse des Kapitals überschüssige, daher überflüssige oder Zuschuß-Arbeiterbevölkerung." (MEW, Bd.23, S.658) Ein paar Seiten weiter heißt es dort: "Wenn aber eine Surplusarbeiterpopulation notwendiges Produkt der Akkumulation oder der Entwicklung des Reichtums auf kapitalistischer Grundlage ist, wird diese Überbevölkerung umgekehrt zum Hebel der kapitalistischen Akkumulation, ja zu einer Existenzbedingung der kapitalistischen Produktionsweise." (ebenda, S.661)

Man sieht, Marx vertritt hier eine ganz andere Meinung als die Verfasser der KABD-Broschüre, denn hier ist nicht von der Krise oder dem Monopol die Rede, sondern davon, daß die industrielle Reservearmee eine "Existenzbedingung der kapitalistischen Produktionsweise" ist. Dies, weil "der kapitalistischen Produktionsweise keineswegs das Quantum disponibler Arbeitskraft, welches der natürliche Zuwachs der Bevölkerung liefert" genügt. "Sie bedarf zu ihrem freien Spiel einer von dieser Naturschranke unabhängigen industriellen Reservearmee." (S.664)

Einerseits also schafft sich die kapitalistische Produktionsweise eine industrielle Reservearmee, um ständig genug Lohnarbeiter für die Ausdehnung der Produktion vorzufinden und andererseits, um durch dieses ständige "Überangebot" an Arbeit den Reallohn drücken zu können. Diese industrielle Reservearmee schafft sich das Kapital ständig, indem es stets neue Schichten der Arbeiterklasse und der Gesellschaft einsaugt (wie in der Geschichte Westdeutschlands die Frauen und die ausländischen Arbeiter, die Landbevölkerung), und indem es durch Rationalisierung ständig Arbeitskräfte freisetzt. Betrachten wir die entsprechenden Zahlen. Von 1955 bis 1960 wurden die Produktionskapazitäten um 5 % erhöht, die Zahl der Arbeitsplätze erhöhte sich dabei um 10 %. Von 1960 bis 1965 erhöhten sich die Produktionskapazitäten der westdeutschen Kapitalisten um 25 %, die Zahl der Arbeitsplätze ging um 100 000 im warenproduzierenden Gewerbe zurück. Von 1970 bis Ende 1975 wird sich die Produktionskapazität um 20 % erhöht haben, während gleichzeitig eine halbe Million Arbeitsplätze verschwunden sind. ('Die Zeit' vom 7.2.1975)

Aus diesen Zahlen sieht man, daß in der kapitalistischen Produktionsweise durch Rationalisierung ständig Arbeiter freigesetzt werden, um Kosten zu sparen, aber **gleichzeitig** auch, um die Zufuhr an Arbeitskräften für die Ausweitung der Produktion zu erhöhen.

So bestand auch in der Geschichte Westdeutschlands ständig eine industrielle Reservearmee, die aber – weil angeschwollen – jetzt deutlicher sichtbar ist als je zuvor. Marx sagt dazu: "Im großen und ganzen sind die allgemeinen Bewegungen des Arbeitslohnes ausschließlich reguliert durch die Expansion und Kontraktion der industriellen Reservearmee, welche dem Periodenwechsel des industriellen Zyklus entsprechen", (S.666)

Wie bei seiner Unterscheidung von Krise und Rezession verfährt der KABD also auch bei der Einschätzung der industriellen Reservearmee: Er untersucht nicht das Anschwellen der industriellen Reservearmee in der Krise, sondern er negiert die Arbeitslosigkeit gleich als ständige Erscheinung der kapitalistischen Produktionsweise, wo sie noch nicht 5 % beträgt.

Die Folgen, die es mit sich bringt, wenn man die Arbeitslosigkeit eines Teils der Klasse nicht mehr als Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Produktionsweise, sondern nur noch als Krisenereignis betrachtet, liegen auf der Hand. Die industrielle Reservearmee wird nicht mehr als notwendige Begleiterscheinung des Kapitalismus verstanden. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit braucht sich nicht der Hauptrichtung nach auf deren Folgen konzentrieren, sondern kann sich gleich auf die Abschaffung der Arbeitslosigkeit innerhalb des Kapitalismus ausrichten. Dies geschieht beim KABD unter der Parole "Kampf für die 35 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich" (II, S. 47), die er folgendermaßen begründet: "Die Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit um nur eine Stunde würde beim jetzigen Stand von 22,5 Millionen Beschäftigten ein Minus von 520 000 ausmachen, das durch Arbeitslose wieder ergänzt werden könnte. Das bedeutet, daß bei einer schrittweisen Arbeitszeitverkürzung auf wöchentlich 35 Stunden die Arbeitslosigkeit beseitigt werden könnte . . ." (ebenda)

Ja freilich, sie könnte beseitigt werden, wenn sie sich eben nicht der Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Produktion verdankte, und wenn diese Gesetzmäßigkeit sich nicht auch bei der 35-Stundenwoche ihre industrielle Reservearmee schaffen könnte. So wohlgemeint dieser Vorschlag also auch ist, so idealistisch bleibt er doch innerhalb des Rahmens des Kapitalismus. Es ist noch anzumerken, daß der KABD diese Forderung bereits zum 1. Mai aufstellte, wo es doch seiner Meinung nach Arbeitslosigkeit als Dauererscheinung noch gar nicht gab. Verstehe das, wer will.

Festzuhalten ist: auch die indirekte Begründung des KABD, es gebe noch keine Krise, weil keine industrielle Reservearmee vorhanden ist, taugt nichts und zeigt nur, daß der KABD hier nicht von den Gesetzen des Kapitalismus ausgeht.

6. Es genügt nicht, zu sagen, daß die Krise kommen "wird".

Zum Schluß ist noch einmal zu fragen: was wird in dieser zweiteiligen Broschüre konkret über die gegenwärtige Wirtschaftslage gesagt?

Im ersten Teil der Broschüre legen die Genossen richtig dar, durch welche Tendenzen die Entwicklung des Kapitalismus und des Imperialismus in Westdeutschland gekennzeichnet sind. Durch die Tendenz zur Konzentration und Zentralisation des Kapitals (S. 9-38), durch die kapitalistische Rationalisierung (S. 39-62) und durch den Kapitalexport (S. 63-101). Dies wird an vielen Beispielen gezeigt und im großen und ganzen als Entwicklungstendenzen, die die ganze Geschichte des westdeutschen Kapitalismus und Imperialismus beherrschen, dargestellt. Aber natürlich wird, indem man die allgemeinen Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung für Westdeutschland zeigt, nichts über die konkrete Wirtschaftslage ausgesagt.

Dies versuchen die Verfasser im zweiten Teil ihrer Broschüre. Ausgehend von den im ersten Teil der Broschüre dargestellten Entwicklungstendenzen schließen sie, ohne sich letztlich auf eine konkrete Untersuchung der gegenwärtigen Situation zu beziehen: "Wir haben noch nicht das Ende der relativen Stabilisierung des Kapitalismus erreicht, noch ist Hochkonjunktur in der BRD vorherrschend, aber die Maßnahmen des Monopolkapitalismus schaffen mit Sicherheit die Voraussetzungen des Ausbrechens von Wirtschaftskrisen." (II, S. 31)

Entsprechende Formulierungen finden sich an vielen Stellen. So heißt es z. B. in Teil II auf S.36: "Die Verfügung über diese industrielle Reservearmee (die kommen "wird", e.r.) wird der Bourgeoisie Veranlassung geben, die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Betrieben zu verschlechtern, das Arbeitstempo zu beschleunigen und die Ausbeutung weiter zu verschärfen." Auf Seite 46 heißt es: ". . . das Ausbrechen von Wirtschaftskrisen ist unvermeidbar", und auf Seite 35 steht: Die Entstehung einer industriellen Reservearmee "hängt in entscheidendem Maße von dem Tempo der Entwicklung der wirtschaftlichen Lage ab, die in eine Wirtschaftskrise ausmünden wird".

Richtig ist allemal, daß Wirtschaftskrisen unvermeidbar sind, dazu braucht man keine Untersuchung der gegenwärtigen Wirtschaftslage zu machen. Recht haben die Verfasser auch darin, daß die Arbeitslosigkeit als Dauererscheinung künftig sich auf einem höheren Niveau bewegen wird, wenn sie auch dadurch nicht erst zur Dauererscheinung wird. Unrecht aber haben sie, wo sie die Krise in die Zukunft verlagern, indem sie die Kennzeichen der gegenwärtigen Krise, anschwellende Arbeitslosigkeit und verschärfte Rationalisierung, nicht konkret untersuchen, son-

dern entweder wie die Rationalisierung zur allgemeinen Tendenz machen oder wie die Arbeitslosigkeit nicht mehr als Gesetzmäßigkeit behandeln. So sieht man, daß sie einen doppelten Fehler machen. Wo sie konkret werden, am Beispiel des Monopols, der Arbeitslosigkeit, betrachten sie nur noch die Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft und versuchen nicht, sie durch die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise zu erklären. Und nur, weil sie so verfahren, können sie behaupten, daß es noch gar keine Krise gebe. Andererseits, wo sie begründen wollen, daß es eine Krise geben wird, gehen sie nur noch von den Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise aus, nicht aber, um die Erscheinungen zu erklären, sondern um daraus die Notwendigkeit der kommenden Krise abzuleiten. Denn im wesentlichen ist ihr Argument für die kommende Krise, daß sich durch die Tendenzen der Konzentration, Rationalisierung und des Kapitalexports der Binnenmarkt verlagern würde, wodurch die Krise ausgelöst wird. Daß die Lage in den anderen kapitalistischen Ländern ähnlich, wodurch der Export eingedämmt werde und die Krise internationalen Charakter erhalte. Das sind zwar, ihrer Allgemeinheit nach, richtige Aussagen, aber eben nur **Folgerungen** aus den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktion. illustriert mit Daten aus der Wirtschaftsentwicklung Westdeutschlands in den letzten 10 Jahren und nicht Ergebnis einer Untersuchung der konkreten Situation.

So tragen sie als Ergebnis ihrer Broschüre folgendes vor: "Wir können heute sagen, wie in etwa die wirtschaftliche Entwicklung verläuft, wie sich die Maßnahmen der Monopole entsprechend den Gesetzen des Kapitalismus in den nächsten Jahren auswirken, daß sie in Wirtschaftskrisen ausmünden und durch die Verflochtenheit des Weltmarktes internationale Wirkung haben werden. Die Lage der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten wird sich rapide verschlechtern." (II, S.76)

Während sie eigentlich etwas zur gegenwärtigen Lage aussagen wollten, um der Krisenpropaganda, auf die der KBW hereingefallen sei, entgegenzutreten, haben sie sich so auf die Kunst der Prognose verlegt und sind der konkreten Untersuchung der gegenwärtigen Lage ausgewichen. Denn eigentlich wollten sie nicht darüber streiten, was werden wird, sondern über das, was ist. So wenig gelingt es, die Krise herauszuhalten, wenn doch einmal von der gegenwärtigen Lage die Rede ist. Da steht auf Seite 36 im Teil II: "Schon macht sich infolge der Akkumulation des Kapitals ein Wachsen der Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter bemerkbar, wenn auch durch Schwankungen unterbrochen." Hier hätten die Genossen beim Schreiben einhalten sollen, um diesen Punkt genauer zu untersuchen. Aber schon, indem sie das Wachsen der Zahl der Arbeitslosen einfach als Folge "der Akkumulation des Kapitals" – und Kapital akkumuliert halt immer – darstellen und nicht als Folge der konkreten Akkumulationssituation, die es zu untersuchen gilt, nehmen sie sich die Möglichkeit, die gegenwärtige Wirtschaftslage zu untersuchen. So leben die Verfasser in der "Hochkonjunktur", in der Phase der "relativen Stabilisierung", rechnen mit einer Krise, die kommen wird, tun alles andere als Krisenpropaganda ab, und wo sie selbst immerhin noch Sturmvögel der aufziehenden Krise sehen, schließen sie die Augen, denn selbst die Sturmvögel würden ihnen zeigen, daß nicht alles Krisenpropaganda ist.

Es bleibt zu fragen, warum die Genossen des KABD den Marxismus-Leninismus so zerrupfen müssen, bis sie sich einen Krisenbegriff gebastelt haben, der es ihnen ermöglicht, die gegenwärtige Krise zu übersehen. Kann dies einen anderen Grund haben, als daß sie vor den Aufgaben der Kommunisten zurückschrecken?

Was soll man davon halten, daß sie die Behauptung der Reformisten, man könne in der Krise den wirtschaftlichen Kampf nicht führen, so widerlegen: "In einer Wirtschaftskrise befinden sich nicht nur die Arbeiter in einer Notlage durch drohende Arbeitslosigkeit, viele Unternehmer geraten in eine Kapitalnotlage und stehen unter dem Druck der Gläubiger. Ein Streik verschärft diese Zwangslage und macht die Unternehmer zu Zugeständnissen bereit." (II, S.50)

Das mag zwar für den einen oder anderen Unternehmer gelten, für die Kapitalistenklasse gilt dies aber ganz bestimmt nicht. Zu schnell finden sich in der Krise wieder Arbeiter im Heer der Arbeitslosen, und diesen Ausweg kann ihr nur die Einheit der Arbeiterklasse in den Gewerkschaften auf dem Boden des Klassenkampfes versperren, eine Einheit unter Forderungen, die die Arbeiterklasse vor den Folgen der Arbeitslosigkeit schützt und so ihrer Spaltung entgegentritt, damit sie als Klasse den Kampf führen kann.

Wo die Verfasser der Broschüre aber ihre betriebswirtschaftliche Sicht der "Zwangslage" einzelner Kapitalisten aufgeben und sagen, daß "es unter den Bedingungen einer Wirtschaftskrise erst recht" heißen muß "Arbeiteroffensive gegen Unternehmensoffensive (II, S.51), da macht sich wieder ihr Subjektivismus breit, der nicht von den Gesetzen des Kapitalismus und des Klassenkampfes ausgeht. Denn was soll das heißen "erst recht", und welcher Art soll diese Offensive sein? Im wirtschaftlichen Kampf wird es in der gegenwärtigen Krise darum gehen, daß die Arbeiterklasse ihr Lebensniveau verteidigt, zu welchem Zweck sie ihrer Spaltung entgegentreten muß. Dies muß sie tun, nicht weil sie trotzig sagt 'jetzt erst recht', sondern weil die Kapitalistenklasse in der Krise den Druck auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse entschieden verschärft. Hier muß also die Verteidigung unter den richtigen Forderungen organisiert werden. Im politischen Kampf aber gibt es keine Unternehmeroffensive. Zwar wollen die Kapitalisten, wie die Metalltarifrunde zeigte, die Krise auch nutzen, um die politisch selbständigen Regungen der Arbeiterklasse und ihren Willen zu brechen. Und auch der Staat, in welchem die Kapitalisten ihre politische Macht organisiert haben, versucht gegenwärtig, jede selbständige Regung in der Arbeiterklasse und im Volk zu unterdrücken. Aber trotzdem kann von einer "Unternehmeroffensive" nicht die Rede sein, denn im wesentlichen geht es in den politischen Auseinandersetzungen für die Kapitalisten darum, ihre Herrschaft und die Instrumente, die sie sich dazu geschaffen haben, zu verteidigen. Dem dient auch, daß sie allen Tätigkeiten, die die Arbeiterklasse gegenwärtig aufnimmt, um sich für den Angriff auf die politische Herrschaft der Bourgeoisie vorzubereiten, mit offener und mehr oder weniger versteckter Gewalt und mit einem Trommelfeuer von Propaganda entgegentritt. Auch hier genügt es nicht, einer vermeintlichen "Unternehmeroffensive" einfach die "Arbeiteroffensive" entgegenzusetzen, sondern gegenwärtig geht es darum, zu sagen, wie die gegenwärtige Krisensituation genutzt werden kann, um die Sammlung der Kräfte der proletarischen Revolution voranzubringen. Aber dieses geschieht nicht "erst recht", sondern weil es darum geht, die wirtschaftlichen Bedingungen für den Klassenkampf und das Ziel der proletarischen Revolution zu nutzen.

Wer dies nicht sieht, sondern ängstlich vermeidet, von der Krise zu reden, schreckt, ob gewollt oder nicht, vor den Aufgaben des Klassenkampfes zurück.

—e.r.—

Die Politik der Kommunisten gegenüber den verschiedenen Klassen und Schichten der Landbevölkerung

Zu dem Artikel "Die Stellung der Kommunisten zur Bauernfrage" in Kommunismus und Klassenkampf 3/74. *

Die Arbeit der Kommunisten auf dem Lande ist im wesentlichen bestimmt durch das Ziel, welches sie mit dieser Arbeit erreichen wollen. Das Ziel kommunistischer Politik kann man kurz folgendermaßen charakterisieren: Es soll der Klassenkampf auf dem Lande entwickelt werden. Diese Aufgabe kann nur gelöst werden, wenn man von einer genauen Analyse der auf dem Land vorherrschenden Produktionsverhältnisse ausgeht und von der sich daraus ergebenden Struktur der Klassen und Schichten der auf dem Land lebenden Werktätigen. Ausgehend von einer solchen Analyse wird man genau entscheiden können, welche Teile der Landbevölkerung man für die Revolution gewinnen kann und welche letztendlich auf der Seite der Konterrevolution stehen werden.

Der Artikel von E.N. geht von einer solchen Analyse aus und stellt dann die Stellung der Kommunisten zu den Kleinbauern in das Zentrum seiner Ausführungen. In den Kleinbauern sieht er die Schicht der Landbevölkerung, auf die es primär die Arbeit auszurichten gilt. Die Kleinbauern sind für uns zweifellos von großer Bedeutung, jedoch müssen wir bei unserer Arbeit davon ausgehen, daß wir unsere Politik vor allem auf die Gruppe ausrichten, die durch die soziale Revolution vom Joch der Ausbeutung befreit wird, auf die Landarbeiter. Sie sind die Klassenbrüder des Industrieproletariats, nur sie werden aufgrund der gleichen Klassenlage die Stützpfeiler der Revolution auf dem Lande sein. "Organisationen dieser Klasse zu schaffen, intensive Propaganda und Agitation in ihr zu treiben, sie für die Sowjetmacht und die Diktatur des Proletariats zu gewinnen – das ist die **grundlegende** Aufgabe der kommunistischen Parteien aller Länder." (1) E.N. **spricht** in seinem Artikel von der Bedeutung der Landarbeiter, der eigentliche Bezug ist für ihn aber die Schicht der Kleinbauern, was letztlich in einem Herunterspielen der Bedeutung der Landarbeiter seinen Ausdruck findet.

Ähnlich verfährt E.N. mit der Schicht der Arbeiterbauern (Halbproletarier). Auch sie werden erst unter "anderen Schichten der Landbevölkerung" genannt, obwohl ihre Stellung im Klassenkampf objektiv klarer und eindeutiger bestimmt ist als die der Kleinbauern. Die Arbeiterbauern können nicht mehr von dem leben, was sie auf ihrem Stück Land erwirtschaften, sie sind gezwungen ihre Arbeitskraft ganz oder teilweise zu verkaufen. Aber der Halbproletarier ist im Besitz von Land (und eventuell auch von Produktionsmitteln), was ihn vom Proletarier unterscheidet und ein uneingeschränktes Einsetzen für die proletarische Revolution verhindert. Doch er unterliegt der Ausbeutung durch die Kapitalisten, wenn er auch nicht unbedingt "der Ausbeutung, Arbeitshetze und Unterdrückung im Betrieb meist noch stärker (unterliegt) wie seine Kollegen", wie E.N. schreibt.

Im Betrieb arbeiten sie unter gleichen Bedingungen wie ihre Kollegen, werden auch gleich wie diese ausgebeutet. Was ihre Lage erschwert ist, daß sie ihr Land behalten wollen, deshalb oft lange Anfahrtswege haben, sie ihren Ausbeuter nicht "frei" wählen können, sie oft keine oder nur eine schlechte Ausbildung haben – alle Faktoren, die letztlich den Wert der Ware Arbeitskraft beeinträchtigen, nicht aber den Ausbeutungsgrad dieser Arbeiter erhöht. Im Kampf um die Gewinnung dieser Schicht der Landbevölkerung werden die Kommunisten anknüpfen an den Fragen, die sich aus den Ausbeutungsverhältnissen ergeben, in denen diese Menschen stehen. Es gilt sie als **Proletarier** zu gewinnen, nicht als Bauern, denn den Übergang ins Proletariat haben sie weitgehend vollzogen, die Unmöglichkeit als Bauern zu bestehen, ist ihnen bewußt.

Es ist unbedingt notwendig, daß wir uns Klarheit über die Bedeutung dieser Schichten der Landbevölkerung schaffen, bevor wir uns über die Stellung zu den Kleinbauern klar werden. Die Kleinbauern können nicht Stützpfeiler des Klassenkampfes auf dem Lande sein wie die Landar-

(1) Lenin, Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage, Lenin Werke 31, Seite 141

* vgl. Kommunismus und Klassenkampf 3/74, S. 210-226, von E.N., GUV Göttingen, Sektion Landwirtschaft.

beiter und – eingeschränkt – die Arbeiterbauern, denn sie sind Besitzer von Produktionsmitteln, Warenproduzenten und -verkäufer, sind durch Eigentümergewohnheiten und Bodenspekulation z. T. korrumpiert. Daher sehen sie zum Teil im Kapitalismus eine Perspektive, glauben an die Möglichkeit zum Mittelbauern aufzusteigen, eventuell zum Ausbeuter von Lohnarbeit zu werden. Aus all diesen Gründen läßt sich ihre Stellung zum Sozialismus nicht eindeutig festlegen.

Das alles ändert jedoch nichts an der grundsätzlichen Bedeutung dieser Schicht der Landbevölkerung für die Kommunisten. Im Artikel von E.N. wird die derzeitige Situation dieser Schicht richtig dargestellt. Das Gleiche gilt für den Abschnitt über die "Politik gegenüber den Bauern unter der Diktatur des Proletariats", nur wird der unterschiedliche Charakter der Genossenschaften im Kapitalismus und unter der Diktatur des Proletariats nicht ausreichend herausgearbeitet. (2)

Hier soll noch einmal darauf eingegangen werden, welche Bedeutung die drei bis jetzt genannten Gruppen für die Arbeiterklasse haben. Sie bilden ohne Zweifel die Mehrheit der auf dem Land lebenden und arbeitenden Menschen. (3) Dies sichert, wenn die Politik der Kommunisten ihnen gegenüber richtig ausgerichtet ist, die proletarische Revolution auch auf dem Lande. Denn diese drei Gruppen sind wirtschaftlich, sozial und kulturell am Sieg des Sozialismus interessiert. Einen korrekten Standpunkt gegenüber den Landarbeitern zu finden, wird nicht schwer sein, das Programm des KBW gibt die Richtung an. Gleich bei den Arbeiterbauern. Für die Kleinbauern gilt, daß diese Schicht ". . . das revolutionäre Proletariat erst **nach** dessen Eroberung der politischen Macht entschlossen zu unterstützen vermag, erst nach dessen entschiedener Abrechnung mit den Großgrundbesitzern und Kapitalisten, erst nachdem diese niedergehaltenen Menschen **in der Praxis** gesehen haben werden, daß sie einen organisierten Führer und Beschützer haben, der genügend Stärke und Festigkeit besitzt, ihnen zu helfen, sie zu leiten und ihnen den richtigen Weg zu zeigen." (4)
Was die Stellung der Kommunisten zu den anderen Gruppen der Bauernschaft zu den Mittel- und Großbauern betrifft, so gehen wir einher mit dem, was E.N. in seinem Artikel angibt.

Die "Bauernschutzforderungen"

E.N. stellt in dem Artikel eine Reihe von "Bauernschutzforderungen" auf, unter denen die Kleinbauern gegen die Verelendung kämpfen sollen. Diese Forderungen sind ein gar seltsames Gemisch: Teilweise lehnen sie sich direkt an die Arbeiterschutzforderungen des KBW an, teilweise wird vom bürgerlichen Staat schon Gewährtes gefordert, teilweise sind es (spezifizierte) demokratische Forderungen, teilweise wird gerade das gefordert, was man vorher als unmöglich erkannt hat.

Es ist zweifellos richtig, daß man zur Anleitung der Kämpfe der Bauern Forderungen aufstellt, die ihre Lage im kapitalistischen System berücksichtigen und darauf ausgerichtet sind, diese Lage auch im Kapitalismus kurzfristig zu verbessern und erträglicher zu machen. Darüberhinaus wird man die Forderungen, die die Bauern selbst aufstellen, immer konkret untersuchen müssen, sich Klarheit über deren Charakter verschaffen und überlegen, ob wir sie vom Standpunkt des Proletariats aus unterstützen können. Aber sind die hier aufgestellten Forderungen ein Schritt vorwärts? Bringen sie uns voran in der Aufgabe, den Klassenkampf auf das Land hinauszutragen? Helfen sie uns, die Zahl der Bauern, denen wir den Absturz ins Proletariat ersparen, zu erhöhen und sie schon als Bauern für uns zu gewinnen? Und auch das ist wichtig: Gaukeln diese Forderungen den Bauern nicht vor, daß er – entgegen der Realität – doch im Kapitalismus langfristig Bauer bleiben kann?
Untersuchen wir die Forderungen im einzelnen.

"Für Einkommensbeihilfen vom Staat in besonderen Notlagen wie Überschwemmungen, Dürreperioden usw.!"
Das wird man getrost fordern können, denn selbst der kapitalistische Staat gewährt diese Hilfen den Bauern in entsprechenden Notsituationen. Die Frage wird sich für uns im konkreten Fall stellen, ob die jeweils gewährte Hilfe ausreicht. Aber prinzipiell wird uns eine solche Forderung nicht vorwärts bringen im Sinne der obengenannten Aufgaben. Deshalb können wir auf sie verzichten.

"Schluß mit der berufsständischen Versicherung, getrennt in Berufsgenossenschaft, Alterskasse, Landwirtschaftliche Krankenkasse! Für eine verbesserte Sozialversicherung, einheitlich für alle Lohnabhängigen und Kleinbauern: – Vollständiger Schutz für alle Arten des Verlustes oder der Minderung der Arbeitsfähigkeit durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, Mutterschaft und für den Fall der Arbeitslosigkiet. Unentgeltliche Bereitstellung von Betriebshelfern für die Kleinbauern! – Herabsetzung des Rentenalters auf 50 Jahre bei Frauen, 55 Jahre bei Männern! – Erhöhung der Renten auf mindestens 75 % eines Facharbeiterlohnes; regelmäßige und gleichzeitige Erhöhung der Renten mit den Löhnen! – Zahlung eines Arbeitslosengeldes von mindestens 80 % des Lohns für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit. Zahlung eines Facharbeiterlohnes für den Fall einer Umschulung. – Unentgeltliche ärztliche Hilfe und Versorgung mit allen Arzneimitteln. Übertragung des Gesundheitswesens an eine sich selbst verwaltende Krankenkasse, deren Leitung von den Versicherten gewählt wird. – Bestreitung aller Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten; sofern es sich um Lohnabhängige in staatlichen Betrieben oder Einrichtungen handelt oder um Kleinbauern, durch den Staat. – Vollständige Selbstverwaltung der Versicherten in allen Versicherungsinstitutionen."
Es ist sehr problematisch, Arbeiterschutzforderungen einfach zu übertragen auf die Kleinbauern. Die Arbeiterschutzforderungen sind aufgestellt, um "die Arbeiterklasse und die übrigen Lohnabhängigen vor körperlicher und geistiger Degradation zu bewahren und um sie besser zu befähigen, den Kampf um die sozialistische Revolution zu führen" (Programm des KBW). Für die Kleinbauern aufgestellt, sollen sie ihnen helfen, gegen die Verelendung zu kämpfen. Das kann aber bei Durchsetzung dieser Forderung nicht erreicht werden, denn sie treffen ja nicht den Kern der Verelendung der Kleinbauern, der eben im Kleinbesitz selbst liegt, sie versuchen so nur, krasse Auswirkungen der aus dem Kleinbesitz resultierenden ökonomischen Schwäche zu lindern. Zudem sind die Forderungen, scheint es, rein willkürlich aufgestellt. Dazu zwei Beispiele:
1. Es wird die Zahlung eines Arbeitslosengeldes für die Zeit der Arbeitslosigkeit in Höhe von 80 % des Facharbeiterlohnes gefordert. Wann aber ist der Bauer arbeitslos? Im Winter, wenn er keine Feldarbeiten durchführt? Die etwa daraus resultierenden Risiken können ihm nicht abgenommen werden. Ist aber die Situation gemeint, daß ein Bauer seinen Hof aufgeben muß, dann ist er Proletarier, nicht Bauer. Dann wird man für ihn die gleichen Forderungen aufstellen wie für die Arbeiterklasse insgesamt.
2. Eine andere Teilforderung ist die Bestreitung der Kosten der Sozialversicherung für Kleinbauern durch den Staat. Stellt die Arbeiterklasse die Forderung nach Finanzierung dieser Kosten durch den Kapitalisten aus, so ist das richtig, denn der Erfolg dieses Kampfes wird die Arbeiterklasse stärken und die Kapitalisten schwächen. Der Kleinbauer wird aber vom Staat nicht ausgebeutet (wie z. B. die Angestellten des Staates), die den Worten nach gleiche Forderung bekommt einen ganz anderen Charakter (siehe dazu auch den folgenden Abschnitt).

"Für staatlich finanzierte Versicherungen gegen Unwetter-, Seuchen-, Brand- und Unfallschäden im landwirtschaftlichen Betrieb für alle Kleinbauern unter ihrer Kontrolle!"
Diese Forderung aufzustellen, ist falsch. Der falsche Punkt dabei ist die Finanzierung durch den Staat (denn die Versicherungen an sich gibt es schon). Der Kleinbauer ist im Besitz von Boden, aus dem er eine Rente ziehen kann. Er ist im Besitz von Produktionsmitteln, er ist Warenproduzent. Wenn wir versuchen, seine Lage zu verbessern, indem wir ihm staatlich finanzierte Versicherungen gegen die Risiken eines Einkommenerwerbs versprechen, dann begehen wir genau **den** Weg, der ihm wirtschaftliche Absicherung seines Parzelleneigentum verspricht. Das ist aber unmöglich, wollen wir ihn nicht heute gewinnen und morgen verlieren.
Diese Forderung verlangt vom kapitalistischen Staat, daß er die Risiken, die aus dem Eigentum an Boden und Produktionsmitteln entstehen, trägt. Das würde bedeuten, die individuelle Aneignung von Gewinnen zu erhalten, eventuell auftretende Verluste aber gesellschaftlich zu tragen. Das kann nie unser Interesse sein, wäre es das, könnten wir auch eine staatlich finanzierte Versicherung der Chemiekonzerne gegen Ölpreiserhöhungen oder eine staatlich finanzierte Versicherung der Börsenspekulanten gegen Kursverluste fordern. Daß wir das nicht tun, hat gute Gründe. Es ist nicht einsichtig, warum wir in bezug auf die Kleinbauern davon abweichen sollten.

"Abschaffung aller indirekten Steuern und Bestreitung der öffentlichen Ausgaben – soweit diese durch Steuern gedeckt werden – ausschließlich durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen (einschließlich Grundbesitz) und Erbschaft. Freibeträge für die Kleinbauern: 1 500 Mark steuerfrei!"
Die Kommunisten werden bei der Arbeit auf dem Lande alle demokratischen Forderungen in die Kämpfe der dort lebenden Menschen hereintragen, denn der demokratische Kampf wird von **allen** Schichten des Volkes geführt. Hier nur **eine** der demokratischen Forderungen des Programms des KBW herauszugreifen, wäre auf der einen Seite eine unzulässige Einschränkung, auf der anderen Seite ist es absolut nicht notwendig, denn E.N. streicht die Bedeutung des demokratischen Kampfes selbst deutlich heraus. Und weshalb die genaue Festlegung des Freibetrags für die Bauern? Wenn die Frage des Freibetrages diskutiert wird, dann allgemein, einzig auf die Bauern bezogen ist es unsinnig.

"Weg mit dem Ertl-Plan als Mittel zur zusätzlichen Spaltung und Verdrängung der Kleinbauern!"
Die Politik der Kommunisten wird sich gegen die staatliche Agrarpolitik richten, die die Konzentration in der Landwirtschaft auf Kosten der Kleinbauern zu Gunsten der Großbauern fördert. Dabei werden die Kommunisten Stellung beziehen gegen bestimmte Formen dieser Politik, wie z. B. dem Ertl-Plan. Ein solches Aufgreifen bestimmter tagespolitischer Forderungen berührt jedoch nicht die prinzipielle Linie der Politik der Kommunisten auf dem Lande. Im Rahmen der Diskussion um die grundsätzliche Ausrichtung der Politik ist eine solche Forderung deshalb ohne jede Bedeutung.

"Austritt aus der EWG, die die Interessen der Kleinbauern den Interessen der westdeutschen Kapitalisten opfert!"
Auf die grundsätzliche Stellung der Kommunisten zur EWG wollen wir in diesem Zusammenhang nicht eingehen. Entscheidend ist hier nur, daß die Stellung vom Standpunkt der Kleinbauern aus entwickelt wird, die Interessen der Kleinbauern als Begründung für die Ablehnung der EWG angegeben wird. Die Kommunisten werden jedoch auch in dieser Frage vom Standpunkt des Proletariats ausgehen und versuchen, den Kleinbauern diesen Standpunkt aufzuzeigen.

Insgesamt ist der Charakter dieser Forderungen eindeutig ein bewahrender, Kämpfe unter diesen Forderungen erfüllen nur eingeschränkt das Ziel, die Lage der Bauern zeitweise zu verbessern. Sie gehen nicht über den Anspruch der gegenwärtigen Agrarpolitik hinaus, erwecken eher wie diese den Eindruck, daß der Bestand der Kleinbetriebe im Kapitalismus gesichert werden kann. Das widerspricht aber der Erkenntnis, daß der Kleinbetrieb dem Großbetrieb ökonomisch unterlegen und dem Untergang geweiht ist. Deshalb ist es auch falsch, Forderungen aufzustellen, die den Kleinbetrieb als Kleinbetrieb schützen wollen, den Kleinbauern als Kleinbauern erhalten.

Stellen wir Forderungen zur Verbesserung der Lage der Kleinbauern auf, so müssen wir dabei immer im Auge behalten:
– daß wir "nun und nimmermehr den Parzellenbauern die Erhaltung des Einzeleigentums und des Einzelbe-

(2) Zudem ist es falsch, hier von **den Bauern** zu sprechen, denn, wie später richtig dargelegt, ist die Politik gegenüber den Mittel- und Großbauern eine andere.
(3) Die Landarbeiter machen heute ca. 7 % der auf dem Land lebenden Bevölkerung aus. 18 % aller landwirtschaftlichen Betriebe sind Zuerwerbsbetriebe, 39 % Nebenerwerbsbetriebe. Alle Zahlen aus: Agrarbericht 1974. Die Angaben sind jedoch nur als Anhaltspunkt zu verstehen, gerade auf diesem Gebiet ist noch umfangreiche Untersuchungsarbeit zu leisten.
(4) Lenin, Ursprünglicher . . ., Lenin Werke 31, S. 144

triebes gegen die Übermacht der kapitalistischen Produktion versprechen (können)" (5);
- daß, "je größer die Zahl der Bauern ist, denen wir den wirklichen Abstürz ins Proletariat ersparen, die wir als Bauern für uns gewinnen können, desto rascher und leichter vollzieht sich die gesellschaftliche Umgestaltung". (6)

E.N. nennt diese Bedingungen auch, er zieht aber mit den aufgestellten Forderungen nicht die notwendigen Konsequenzen daraus.
Wie aber können wir dies erreichen, dem Bauer nicht die Erhaltung des Einzelbetriebes versprechen, aber den Übergang ins Proletariat erleichtern?

Was die Bauern dem Untergang zutreibt, ist letztendlich die durch Einzelbesitz bedingte Einzelwirtschaft. Verhindert werden kann dieser Untergang nur durch die Aufhebung der Einzelwirtschaft, das aber ist umfassend nur unter der Diktatur des Proletariats, also nach der sozialen Revolution, möglich. Eingeschränkt kann dieses Ziel jedoch auch unter kapitalistischen Bedingungen erreicht werden, denn auch unter kapitalistischen Bedingungen ist der Zusammenschluß mehrerer kleinbäuerlicher Einzelwirtschaften zu Kooperationen möglich. Eine solche Kooperation ist allen Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise unterworfen. Es ist daher ohne Zweifel falsch, unter den Kleinbauern eine Politik zu betreiben, die das Ziel hat, möglichst viele Kooperationen einzurichten. **Hauptpunkt der Agitation und somit der Politik der Kommunisten auf dem Lande ist die Propagierung der sozialen Revolution!** Aber man wird auch eingehen auf die aktuelle Situation der Kleinbauern, man wird versuchen, akutes Elend zu lindern. Und da ist die Kooperation der nächstmögliche Ausweg für eine Reihe von Kleinbauern, kein Ausweg, der ihnen die dauernde Existenz als Bauer sichert. Aber die Kooperation gibt die Möglichkeit, einen großen Teil der Vorteile des Großbetriebes zu nutzen, dazu denen, die auch dann aus der Landwirtschaft ausscheiden müssen, Erleichterungen zu bieten. Mit der Propagierung der Kooperation zu warten, bis das Proletariat die Macht im Staat übernommen hat und den Bauern alle Vorzüge der Kollektivierung gewähren kann, wäre falsch, denn: "Es kann uns nicht dienen, wenn wir mit dieser Umgestaltung warten müßten, bis die kapitalistische Produktion sich überall bis auf ihre letzte Konsequenz entwickelt hat, bis auch der letzte Kleinhandwerker und der letzte Kleinbauer dem kapitalistischen Großbetrieb zum Opfer gefallen sind." (7)

Wie und mit welchen Forderungen im einzelnen wir dabei vorgehen werden, kann in diesem Rahmen und zu diesem Zeitpunkt der Diskussion noch nicht bestimmt werden. Wichtig ist die grundsätzliche Richtung der Politik, was den Kampf gegen die Verelendung der Kleinbauern betrifft. Und da sind wir entschieden anderer Ansicht als E.N..
In diesem Zusammenhang noch eine kurze Bemerkung zu den Preisforderungen, die die Bauern aufstellen. An den Preisen für landwirtschaftliche Produkte entzündet sich im Moment der Hauptteil der Kämpfe der Bauern. Die Kommunisten werden auf jeden Fall gezwungen sein, zu den Preisforderungen Stellung zu beziehen. E.N. lehnt eine Unterstützung der Preisforderungen ab, da diese den Großbauern immer mehr nutzen werden wie den Kleinbauern. Das letztere ist zweifellos richtig, aber muß man daraus den Schluß ziehen, daß man, um den Gewinn der Großen nicht zu steigern, man nichts tun kann, damit sich die Lage der Kleinen jedenfalls aktuell verbessert? Preisforderungen haben immer den Charakter von Tagesforderungen, Art und Höhe richten sich nach den aktuellen Bedingungen. Für den Kleinbauern ist die Durchsetzung von Preiserhöhungen oft eine Frage der Existenz, nämlich dann, wenn bei den alten Preisen die Kosten der Reproduktion seiner Arbeitskraft nicht mehr gedeckt sind. Eine Erhöhung der Erzeugerpreise wird ihm deshalb auch nützen, sie wird nur nicht das Geringste an seiner Lage ändern. Das gilt es deutlich zu machen, mit dieser Argumentation kann man Preisforderungen auch unterstützen. Engels hat zu der Aufgabe der Kommunisten auf dem Lande gesagt: "Es ist die Pflicht unserer Partei, den Bauern immer und immer wieder die absolute Rettungslosigkeit ihrer Lage, solange der Kapitalismus herrscht, klarzumachen, die absolute Unmöglichkeit, ihnen ihr Parzelleneigentum als solches zu erhalten, die absolute Gewißheit, daß die kapitalistische Großproduktion über ihren machtlosen veralteten Kleinbetrieb hinweggehen wird wie ein Eisenbahnzug über eine Schubkarre. Tun wir das, so handeln wir im Sinne der unvermeidlichen ökonomischen Entwicklung, und dies wird den Kleinbauern schon offne Köpfe machen für unsre Worte." (8)
Tun wir das wirklich konsequent, werden wir ruhigen Gewissens Preisforderungen unterstützen können.

Zur Frage der Organisierung der Bauern

Das Ziel der Arbeit der Kommunisten auf dem Land ist die Entwicklung des Klassenkampfes. E.N. schlägt in seinem Artikel zur Erreichung dieses Ziels die Bildung von "Kampfkomitees" vor, in denen die Bauern gegen die Verelendung kämpfen sollen. Eine Organisierung der Kleinbauern im Deutschen Bauernverband (DBV) lehnt er ab, da dieser rein ständische Forderungen vertritt, von den Großbauern beherrscht und für deren Politik mißbraucht wird.
Ein inhaltlicher Unterschied zwischen den Kampfkomitees und dem DBV ist gar nicht vorhanden, geht man von dem aus, was die Kampfkomitee laut E.N. erreichen sollen. Sie stellen – wie der DBV – ständische Forderungen auf. Ein Unterschied könnte nur in der zu organisierenden Schicht liegen. E.N. schwebt eine rein bäuerliche Interessenvertretung vor. Aber warum sollte man die schaffen? Was den Kleinbauern grundsätzlich vom Großbauern unterscheidet ist, daß der eine fremde Arbeitskraft ausbeutet und der andere nicht. Alles andere sind quantitative Unterschiede; alle Schichten der Bauernschaft sind Eigentümer von Boden, Produktionsmitteln. Sie haben als solche durchaus gemeinsame Interessen, wenn auf der anderen Seite auch stark gegensätzliche, wie z. B. wenn sich die Großbauern

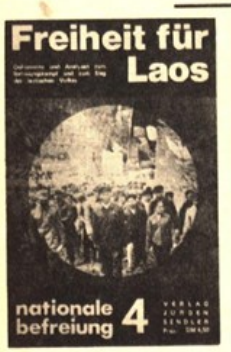
(5) Engels, Bauernfrage in Frankreich und Deutschland, Marx/Engels Ausgewählte Schriften, Band II, S. 402
(6) ebenda S. 401
(7) ebenda S. 402
(8) ebenda S. 403
(9) Lenin, Ursprünglicher . . ., Lenin Werke 31, S. 140

auf Kosten der Kleinbauern ausdehnen wollen. Die Kleinbauern **als Schicht** sind dem Untergang geweiht – da hilft ihnen auch keine eigene Organisation.

Stellen sie Forderungen auf, die über rein ständische Ziele hinausgehen, dann wird eine ständische Organisation keine Bedeutung erlangen. Kämpfe, die sich an Widersprüchen entzünden, die mehrere Schichten der Bevölkerung betreffen, werden auch von denen gemeinsam geführt werden. Aktionen gegen bestimmte Auswirkungen der regionalen Raumplanung z. B. betreffen in der Regel nicht nur die Bauern, man wird auf gemeinsame Aktionen aller Betreffenden hinarbeiten.

Die Kommunisten werden also auf der einen Seite versuchen, die Kämpfe der Bauern aus der ständischen Beschränktheit herauszutragen und sie einzugliedern in den Kampf des Volkes für den Sozialismus. Auf der anderen Seite werden sie ständische Forderungen unterstützen, sofern sie den Klassenkampf auf dem Lande vorantreiben. Diejenigen Bauern, die erkannt haben, daß es "für die werktätigen Massen des Dorfes keine andere Rettung (gibt), als ein Bündnis mit dem kommunistischen Proletariat einzugehen und dessen revolutionären Kampf zur Abschüttelung des Jochs der Gutsherren (Großgrundbesitzer) und der Bourgeoisie rückhaltlos zu unterstützen" (9), gilt es in der kommunistischen Partei zu organisieren.
Sie müssen auf jeden Fall unter den bäuerlichen Massen arbeiten, was heute auch heißt, im Deutschen Bauernverband arbeiten zu müssen.

–B.M.–



nationale befreiung 4
Freiheit für Laos
Dokumente und Analysen zum Befreiungskampf des laotischen Volkes

ca. 80 Seiten *ca DM 4,–*



nationale befreiung 5
Freiheit für Zimbabwe
Dokumente der ZANU (Akfrikanische Nationalunion von Zimbabwe) zum Befreiungskampf gegen das Siedlerregime von Rhodesien.

Hrsg.' Komitee Südliches Afrika, Heidelberg
98 Seiten *DM 4,50*



nationale befreiung 3
Dokumente zur Geschichte der indonesischen Arbeiterbewegung
Programm der Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI), Selbstkritik der PKI, eine Einleitung über die Geschichte der indonesischen Arbeiterbewegung

95 Seiten *DM 3,–*



Politisches Handbuch der PAIGC
Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau und Capverde

Herausgegeben vom Komitee Südliches Afrika – Heidelberg im Einvernehmen mit der PAIGC
72 Seiten *DM 2,80*

Verlag Jürgen Sendler
6831 Plankstadt
Am Ochsenhorn 6

Bestellungen an:
Buchvertrieb Mannheim
68 Mannheim, Postfach 5129

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

27. Februar 1975 Jg. 3 Nr. 8 50 Pfennig

Buchvertrieb Mannheim
Hager GmbH,
68 Mannheim, Sandhofer-str. 29.
Das Jahresabonnement der Zeitung kostet 36.- DM (incl. Porto)

Der Revisionismus führt zur Machtübernahme der Bourgeoisie - Das Beispiel Ungarn*

Die Entwicklung Ungarns nach dem zweiten Weltkrieg 1945–1956

Vor dem Ausbruch des II. Weltkrieges war Ungarn ein halbfeudales Land: die größte Klasse war das Bauerntum, (heute noch lebt über die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung auf dem Lande) (1) 58 % des Nationaleinkommens stammt aus der landwirtschaftlichen Produktion (2)

Obwohl Ungarn nach dem I. Weltkrieg unabhängig wurde, blieb es weiterhin ein Einflußgebiet ausländischen, vor allem westeuropäischen Kapitals.

Am II. Weltkrieg nahm Ungarn an der Seite des faschistischen Deutschland teil, wurde dann 1944 selbst von deutschen Truppen besetzt (wegen eines mißlungenen Ausscherversuchs). Im Lande selbst existierte eine verhältnismäßig starke faschistische Bewegung. Ungarn wurde am 4.4.1945 von der Roten Armee befreit.

Es gab zwar eine nationale Befreiungsbewegung, vor allem in der Form von Partisanenverbänden, ihre Kraft reichte jedoch zur Befreiung nicht aus.

Nach der Befreiung war die wirtschaftliche Lage katastrophal, die Massenstimmung jedoch ausgezeichnet.

40 % des Nationalvermögens wurden im Krieg vernichtet oder verschleppt, die Städte waren schwer beschädigt oder völlig zerstört.

Der Ruf der Reaktion und der Kapitalisten war außerordentlich schlecht, denn sie brachten nur Krisen und Kriege und damit Elend und Verderben über das Land.

Die Aktivität der Massen war groß: Tausende beteiligten sich am Wiederaufbau, an politischen Großkundgebungen, so z. B. am 1. Mai. Kaum einen Monat nach der Befreiung feierten 500.000 Menschen den ersten freien 1. Mai. (Das bei einer Bevölkerung von 10 Millionen!)

Eine Kommunistische Partei, die UKP, gab es seit 1918, sie hatte 1945 auch eine gewisse Massenbasis: Bei den ersten Wahlen 1945 erhielt sie 17,4 % der Stimmen. Die Wahlen charakterisieren die Kräfteverhältnisse, aber auch die Illusionen, die sich die Volksmassen machten, gut: 17 % erhalten die Sozialdemokraten und 57 %, also die absolute Mehrheit die "Partei der Unabhängigen Kleinwirte", eine ungarische Spezialität, die Partei der Kleinproduzenten auf dem Lande und in der Stadt. (3)

Insgesamt gingen also 74 % der Stimmen an die kleinbürgerlichen, reformistischen Parteien, d. h. die Mehrheit der Wähler wollte zwar grundlegende Reformen im Interesse der Bauernschaft und der Arbeiterklasse, sah aber die Notwendigkeit einer revolutionären Umgestaltung nicht. Woher rühren die Illusionen der Massen? Wegen der allgemein "linken" Massenstimmung und der Anwesenheit der Roten Armee wagte die Bourgeoisie und die Feudalherren nirgendwo, offen hervorzutreten. Von der bestehenden Regierung (eine Koalitionsregierung) werden Reformen, wie Bodenreform, Verstaatlichung von Großbetrieben und Banken angepackt. Der Klassenkampf scheint zur Entmachtung der alten herrschenden Klasse kaum notwendig zu sein.

In Wirklichkeit ist aber die Lage die: die alte Bourgeoisie und die Grundbesitzer können nicht in der alten Weise weiterherrschen, aber nicht wegen der inneren Krise, sondern wegen der allgemeinen Krise des Kapitalismus nach der Niederlage des deutschen Faschismus. Der Staats- und Machtapparat dieser herrschenden Klassen ist zerschlagen, aber nicht von der ungarischen Arbeiterklasse, sondern von der Roten Armee.

Die ersten nach der Befreiung gegründeten Staatsorgane haben bürgerlichen Charakter. Sie sind nicht dem Volke verantwortlich. Wer drin sitzt, wird meistens durch Absprachen zwischen den Parteien bestimmt. Die Kommunisten tragen diese Organe mit und denken nicht daran, wirkliche Machtorgane der Arbeiterklasse aufzubauen. Sie führen mit den bürgerlichen Kräften einen Kleinkrieg um Positionen, so z. B. innerhalb der Polizei, statt die allgemeine Volksbewaffnung voranzutreiben. (4)

Dies war jedoch kein vereinzelter Fehler in der Politik der UKP gewesen. Das ganze Herangehen der ungarischen Kommunisten an die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse sah dementsprechend aus. Sie setzten die Machtergreifung der Arbeiterklasse mit der Eroberung der Macht im Parlament und mit der Besitzergreifung des Staates über die Produktionsmittel gleich, ohne nach dem Charakter des bürgerlichen Parlaments und dem Klassencharakter des Staates zu fragen.

Auf ihrem III. Parteitag im Herbst 1946 tritt die KP das erste Mal offen mit der Parole des Kampfes für den Sozialismus auf, stellt aber gleich fest, daß die Volksdemokratie einen Übergang zum Sozialismus ohne Bürgerkrieg ermöglicht, sie fordert weiter Verstaatlichung, und im Rahmen der Verwaltungsreform die Aufstellung einer "demokratischen Polizei", und die "Auffrischung" der Verwaltung und des Beamtentums aus den Reihen der Arbeiterklasse und des Bauerntums. (5)

(1) Nepszabadsag, Zentralorgan der USAP, 15. Januar 1975
(2) Timar Matyas: Gazdasagpolitika Magyarorszagon 1967–73, Budapest 1973, Seite 12
(3) A Magyar Forradalmi Munkasmozgalom Törtenete, Budapest 1970 (Geschichte der ungarischen Arbeiterbewegung), Seite 92–93
(4) Blaskovits Janos, Kiss György: Gondolatok az elsö negyedszazadrol, Budapest 1970, Seite 114

* Bei dem Artikel handelt es sich um das gringfügig geänderte Redemanuskript eines Vortrages, der im Oktober 1974 auf einer Veranstaltung zum 25. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China in Frankfurt gehalten wurde.

Ein recht merkwürdiges Parteiprogramm in einem Lande, in dem die Machtfrage noch lange nicht entschieden ist, in der Tat! Statt klar festzustellen, daß die Arbeiterklasse die Macht noch nicht inne hat, daß sie diese notfalls mit Waffengewalt erobern muß, wird aus dem bestenfalls **möglichen** Gang der Machteroberung eine programmatische Linie gemacht. Die UKP teilt selbst die Illusion der Massen: da der Staatsapparat dazu gezwungen werden kann (auch durch die Mitarbeit der Kommunisten), Reformen im Interesse des Volkes auszuführen, denken sie, das **sei** bereits der Staat der Arbeiterklasse. Statt das Volk zu Wachsamkeit und zum Klassenkampf aufzurufen, wird es durch dieses Programm eingeschläfert und von der Hauptfrage abgelenkt. Gut sichtbar ist das an der Frage der Polizei. Was an einer Polizei die außer- und überhalb des Volkes existiert demokratisch sein soll, ist schleierhaft, das Attribut "demokratisch" verdiente sie wohl deswegen, weil sie gegen die Reaktion, gegen die Feinde des Volkes eingesetzt werden sollte. Das Volk selber gegen ihre Feinde in den Kampf zu führen, daran dachten die ungarischen Kommunisten nicht.

Dafür ist ein weiteres gutes Beispiel, wie sie gegen die Reaktionäre und Konterrevolutionäre in den Reihen der Unabhängigen Kleinwirte vorgingen: mit den Sozialdemokraten zusammen zwangen sie die Kleinwirte, einige ihnen unliebsame Politiker aus der Partei und somit aus ihren Parlamentarischen und Verwaltungsämtern zu entlassen. (6)

1947 erfolgt im Verhältnis zu den Wahlen von 1949 eine scharfe Polarisierung der Klassenstandpunkte, die Fronten klären sich, der kleinbürgerliche Reformismus der Sozialdemokraten und Kleinwirte kann für die Massen keine Lösungen mehr anbieten. Die Kommunisten erhalten 22 % (also eine geringe Steigerung ihres Stammanteils!), die Sozialdemokraten 14,6 % und die Kleinwirte 15,1 % (vor einem Jahr noch 57 %). Wer enorm an Stimmen gewinnt, sind die Parteien **außerhalb** der Unabhängigen Nationalen Front (die Koalition der antifaschistischen Parteien), Parteien, die mit offen kapitalistischem, sogar reaktionärem Programm auftraten. (So z. B. die "Katholische Frauenpartei") (7)

Durch den Vorstoß der fortschrittlichen Kräfte und der Kommunisten hat also eine Polarisierung der Kräfte stattgefunden: auf der einen Seite rotten sich die Kapitalisten und ihre Freunde zusammen, auf der anderen – jedoch in auffallend geringerem Maße – schließen sich die Massen um die Kommunisten zusammen.

In einem neuen Schub der Verstaatlichung (begleitet von Massendemonstrationen – die jedoch in der heutigen Parteigeschichte nur noch als Bildmaterial vermerkt sind –) werden die Banken und ihre Betriebe vom Staat übernommen.

Die offizielle Parteigeschichte stellt dazu fest: Damit sei die Diktatur des Proletariats erreicht, und die Übermacht der Arbeiterklasse in der Gesellschaft der Kapitalistenklasse gegenüber gesichert. (8) Die Frage der politischen Macht wird direkt aus der Verstaatlichung der Industrie abgeleitet, und dabei werden die Millionen von Kleinproduzenten auf dem Lande nicht berücksichtigt, die man nicht einfach verstaatlichen kann und die von ihrer Produktionsweise her tagtäglich und millionenfach bürgerliche Verhältnisse produzieren und reproduzieren. Nicht berücksichtigt wurde, wessen Staat dieser Staat wirklich ist, der die Verstaatlichungen vornimmt. Der Staat der Arbeiterklasse sicherlich nicht: in dem bürgerlichen Parlament sitzen bürgerliche, kapitalistische Parteien, der Staat entzieht sich vollkommen der Kontrolle durch die Arbeiterklasse und das Volk.

"Aber die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen." (9), sagt K. Marx, und Lenin dazu: "Der Marx'sche Gedanke besteht darin, daß die Arbeiterklasse die 'fertige Staatsmaschine' **zerschlagen, zerbrechen** muß und sich nicht einfach auf ihre Besitzergreifung beschränken darf." (10)

Genau das haben aber die ungarischen Kommunisten versucht. Sie führten die Massen nicht in den Kampf gegen bürgerliche Produktion und Ideen, sie initiierten keine Organe des Massenkampfes und der Massenkritik (Räte, Revolutionskomitees etc.) und sonstige Zusammenschlüsse des Volkes. Die Räte, die nach 1945 spontan entstanden, wurden alsbald in Organe der lokalen Verwaltung umgewandelt. Sie wurden zwar gewählt, aber wird etwa der Frankfurter Magistrat nicht gewählt? Statt das Volk gegen seine Feinde in den Kampf zu führen, verhinderten die Kommunisten durch bürokratische Maßnahmen den Klassenkampf, schalteten unliebsame Leute oder ganze Parteien von Oben aus (und nicht mit dem Volk, sondern in erster Linie mit der Roten Armee im Rücken!) und versuchten, wie eine Gruppe von Glücksbringern durch von Oben vollzogene Reformen die Arbeiterklasse glücklich zu machen. Kurzum, sie behandelten die Arbeiterklasse wie eine bedürftige und nicht wie eine revolutionäre Klasse.

"Wenn man sich mit den Massen verbinden will, muß man den Bedürfnissen und Wünschen der Massen entsprechend handeln. Bei jeder Arbeit, die für die Massen geleistet wird, muß man von den Bedürfnissen der Massen ausgehen und nicht von irgendwelchen persönlichen Wünschen, und seien diese noch so wohlmeinend. Es kommt sehr oft vor, daß die Massen zwar objektiv bestimmter Reformen bedürfen, subjektiv aber sich dessen noch nicht bewußt sind, sich noch nicht entschlossen haben oder noch nicht den Wunsch hegen, die Reformen vorzunehmen; dann müssen wir geduldig abwarten. Erst dann, wenn durch unsere Arbeit den Massen in ihrer Mehrheit das betreffende Bedürfnis zum Bewußtsein gekommen ist, wenn sie ihren Entschluß gefaßt haben und selbst den Wunsch hegen, die Reform durchzuführen, können wir an diese Arbeit schreiten; sonst könnten wir uns von den Massen loslösen. **Jede Tätigkeit, bei der die Teilnahme der Massen erforderlich ist, wird zu einer bloßen Formsache werden und Schiffbruch erleiden, wenn das Bewußtsein und der Wille der Massen fehlen . . .**" (11) (Hervorhebung von mir, G.S.) Die

(5) A Magyar Forradalmi Munkasmozgalom Törtenete, Seite 118
(6) Ebenda, Seite 88
(7) Blaskovits, Seite 113
(8) A Magyar Forradalmi Munkasmozgalom Törtenete, Seite 115–157
(9) Marx/Engels-Werke, Dietz-Verlag, Berlin 1970, Band 17, Seite 136
(10) Lenin: Staat und Revolution, Dietz-Verlag, Berlin 1967
(11) Mao Tsetung: Ausgewählte Werke, Band III, Peking 1969, Seite 216–217

ungarischen Kommunisten mißachteten jedoch diese Gesetzmäßigkeiten der proletarischen Revolution. Sie meinten, um ihre Wohltätigkeit der Arbeiterklasse zukommen lassen zu können, die Mehrheit im Parlament erobern zu müssen, und dies würde schon zur Revolution ausreichen.

Unter anderem aus diesem Grunde erfolgte der Zusammenschluß mit den Sozialdemokraten. Der andere Grund war die Notwendigkeit "die durch die rechte Sozialdemokratie (in der Ungarischen Arbeiterbewegung, d.V.) herbeigeführte Spaltung aufzuheben." (12) Die Kommunistische Partei wurde von einer Klassenpartei in eine Massenpartei umgewandelt. Der Schritt der Vereinigung ist schärfstens zu kritisieren: Nicht nur, daß die Kommunisten in völlig unzulässiger Weise ihre organisatorische Selbständigkeit aufgaben, nicht nur, daß sie massenhaft in ihren Reihen Menschen aufnahmen, die mit der sozialistischen Revolution nichts im Sinne hatten (241.000 SPD-Mitglieder, während die KP 753 000 Mitglieder hatte, darunter auch Sozialdemokraten, die schon früher übergetreten waren.) (13) Die Kommunisten hatten mit diesem Schritt keineswegs den scharfen ideologischen Kampf gegen den Reformismus verbunden, sondern "säuberten" nach dem Zusammenschluß die neugegründete ""Partei der Ungarischen Werktätigen" (PdUW) von "abweichlerischen Elementen". (14) Statt falscher Ansichten sind Personen liquidiert worden. Der Erfolg zeigte sich 1956, als alle Schattierungen des Reformismus und der Sozialdemokratie erneut ihre Blüten trieben.

Anfang 1949 entsteht auf Bestreben der PdUW eine neue Volksfront, die sich in ihrem Programm "zur Sicherung der friedlichen (!), gesetzlichen (!) Gangs des sozialistischen Aufbaus" (15) bekennt. Diesem Programm schließen sich dann auch fast alle noch verbliebenen Parteien, auch zwei bürgerliche, an. Es ist zu vermuten, daß ihnen kaum etwas anderes übrig bliebm wenn sie nicht verboten oder sonstwie liquidiert werden wollten.

Bei den dritten Wahlen nach der Befreiung bekam die Volksfrontliste dann auch 95 % der abgegebenen Stimmen, obwohl in manchen ländlichen Gegenden sonstige Parteien außerhalb der Volksfront 28 bis 29 Prozent der Stimmen erhielten (wie auf diese Weise die 95 % für die Volksfront zustandekamen, ist mindestens problematisch). Innerhalb der Volksfront erhielt die PdUW 71 % der Stimmen. Daß hier vieles nicht mit rechten Dingen zuging, zeigen die Rätewahlen im Oktober 1950: Nur ein **Drittel** (!) der gewählten Rätemitglieder sind Mitglieder der PdUW. (16)

In kurzer Zeit wurden dann alle Parteien außer der PdUW aufgelöst, mit der Begründung bei der Diktatur des Proletariats könne es nur eine Partei geben. Es ist vollkommen richtig, die Vertretungsorgane der Bourgeoisie zu verbieten. Nur waren gerade die Erfolge dieser bürgerlichen Parteien bei den Wahlen das Zeichen dafür, daß die Einheit der Arbeiterklasse und des Volkes unter Führung der Kommunisten noch lange nicht hergestellt war. Die ungarischen Kommunisten meinten jedoch, mit dem Verbot sei der Einfluß der Ideen und Ziele, die diese Parteien vertraten, auch gebrochen, was aber offensichtlich falsch war. In einer solchen Lage war das Verbot eine bürokratische Maßnahme, "eine reine Formsache", wie Mao Tsetung sagt, sonst gar nichts.

Die hier dargestellte Politik der PdUW war eindeutig bürgerliche Politik. Dies fand dann auch eine Entsprechung bei den wirtschaftlichen Maßnahmen der Partei. Was jedoch festgehalten werden muß: **Die sozialen Maßnahmen waren eindeutig im Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes.** Ihre Bedeutung bekommen sie gerade im Vergleich mit den heutigen Zuständen.

Der erste Dreijahresplan (1947 bis 1949) sah im Verhältnis zu 1946 Lohnerhöhungen von 80 % vor. Ende 1949 war das allgemeine Lohnniveau bereits um einige Prozent höher als 1938. Insbesondere stiegen die Löhne der vor dem Krieg am schlechtesten bezahlten Arbeiterschichten, die Löhne der Intelligenz erreichten jedoch nicht das Niveau von 1938.

Die Landwirtschaft wurde durch den Zusammenschluß und die Planwirtschaft fördernde Maßnahmen unterstützt: Ende 1949 gab es 220 staatliche Maschinenstationen mit 6 000 Traktoren. Da nur 40 % des Landes elektrifiziert waren, war die Einführung des elektrischen Lichtes in den Dörfern vorrangige Aufgabe. Allein in dieser Periode sind 400 Dörfer an das Stromnetz angeschlossen worden.

Das Gesundheitswesen wurde entwickelt: Die Zahl der Krankenhausbetten stieg auf über das Doppelte im Verhältnis zu 1938: von 34.000 auf 69.000.

Die obligatorische Schulbildung wurde auf die 8 Klassen der Volksschule ausgedehnt, Kampagnen gegen Analphabetismus wurden geführt, 40 % aller Studenten waren Arbeiter und Bauernkinder (heute dürfte das schätzungsweise im besten Fall bei 10 % liegen!!)

Im nächsten Fünfjahresplan stieg die Industrieproduktion um 130 % (zwischen 1950 und 1954). Dies waren die Jahre der forcierten Industrialisierung gewesen. Ich will hier nicht ausführlich auf diese Frage eingehen, ich meine, das dieses Problem richtig behandelt worden ist im 'Neuen Roten Forum 3/73' im Artikel von G.R. "Kritik am Artikel 'Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion' ".

An dieser Stelle nur soviel zu dieser Frage: Die forcierte Industrialisierung, die auch in Ungarn im Gegensatz zu den unmittelbaren Interessen der Masssen durchgeführt wurde, war nur ein Ausdruck dafür, daß der Plan nicht "der selbstbewußten Durchführung der gesellschaftlichen Produktion" diente. (17)

Dieser Plan, wie alle anderen Maßnahmen der PdWU, wurde damit begründet, daß die Produktion gesteigert und die Lage der Massen verbessert werden müßte, hatte aber nicht zum Ziel, das Wesen des Kapitalismus, die Naturwüchsigkeit der Produktion, die Warenproduktion aufzuheben. Die Reformen, die durchgeführt wurden, bezogen sich entweder nur auf die Ebene der Verteilung der Produkte, oder es handelte sich um einmalige, beschränkte Verbesserungen des Klassenverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse (wie z. B. im Bildungswesen). Sie dienten aber nirgendwo dem Zweck, die Arbeiterklasse in der Produktion, im Bildungs- und Gesundheitswesen, kurz: in allen gesellschaftlichen Bereichen zum bewußten Handeln und zum Kampf im eigenen Interesse zu befähigen.

(12) A Magyar Forradalmi Munkasmozgalom Törtenete, Seite 163
(13) Ebenda, Seite 165
(14) Blaskovits, Seite 122
(15) A Magyar Forradalmi Munkasmozgalom Törtenete, Seite 194
(16) Ebenda, Seite 196
(17) Neues Rotes Forum Nr. 3/1973, Seite 57

"Aus den Bedingungen der ökonomischen Herrschaft des Kapitals folgt . . ., daß die bewußte Durchführung der gesellschaftlichen Produktion nur das Werk der Massen, der unmittelbaren Produzenten selbst sein kann. Das ist auch gemeint, wenn Engels das Wertgesetz als ein 'Naturgesetz das auf der Bewußtlosigkeit der Beteiligten ruht' bezeichnet. Die Beteiligten selbst müssen sich von der Bestimmtheit ihrer Interessen durch das Kapitalverhältnis befreien und sich bewußt zum Herren der gesellschaftlichen Produktion machen. Diesen Weg können die Massen nur selbst gehen; er kann nicht stellvertretend beschritten werden." (18)

Den Kampf gegen die Kapitalistenklasse führen, bewußt die Produktion beherrschen und steigern – das sind identische Prozesse. Denn nur bewußte Produzenten sind wirklich Feinde der Kapitalistenklasse, weil sie Feinde aller kapitalistischen Verhältnisse sind, in denen die Menschen nicht die Herren der Produktion sind, und können so die Fesseln sprengen, die die kapitalistische Produktionsweise den Produktivkräften auferlegt.

Dadurch, daß die Pläne und die Politik der PdUW die Grundlage der kapitalistischen Produktion und auch der bürgerlichen Politik unberührt ließen, verwandelten sie ihre eigenen Reformen im Interesse der Arbeiterklasse tatsächlich in "bloße Formsachen", deren Durchsetzung auch dann erzwungen werden mußte, wenn das Ergebnis den Massen irgendwo angenehm war.

Schiffbruch erleidet eine solche Politik spätestens dann, wenn die Massen die Arbeit für Ziele verweigern, die ihnen nicht einsichtig sind, die so, von ihrer Initiative getrennt, möglicherweise auch gar nicht mehr ihren Interessen dienen. So war es in Ungarn im Falle der forcierten Industrialisierung, die sehr bald zu einem Sinken des Lebensniveaus führte, zum Mangel an grundlegenden Verbrauchsgütern und Nahrungsmitteln, und somit genau in das Gegenteil des anvisierten Zieles umschlug.

Trotz der für die weitere Geschichte des ungarischen Volkes verheerenden Fehler, die die Führer der PdWU begangen haben, muß festgehalten werden: **1945–1956 handelte es sich in Ungarn um einen Versuch, den Sozialismus aufzubauen.** Die ungarischen Kommunisten ließen sich von der Lage nach 1945 täuschen. Die Bourgeoisie konnte ihre Diktatur nicht errichten, dazu genügte die einfache Anwesenheit der Roten Armee. Die Kommunisten sind halb an die Macht gespült worden, halb mogelten sie sich dahin. Sie taten das, weil sie meinten, es genüge die Mehrheit im Parlament, die staatliche Leistungsposition zu erobern, und von dort aus könnten sie Gutes für die Arbeiterklasse tun, statt die Verhältnisse grundlegend zu ändern. Genau dieser Widerspruch brachte den Versuch des Aufbaus des Sozialismus zum Scheitern. Einen zugespitzt politischen Ausdruck fand dieses Scheitern im Aufstand von 1956.

Der Aufstand von 1956

Nach dieser Entwicklung bis 1956 kann der Ausbruch des Aufstandes wirklich nicht mehr wundern. Ein Volk, das unter der Diktatur seiner eigenen kommunistischen Partei zu leiden hat, das immer mehr sein Vertrauen in die Kommunisten verliert und folglich seine Unterdrücker in ihnen sieht; eine Bourgeoisie (alte und neue, wie sie jeden Tag aus der Kleinproduktion, aus den noch existenten bürgerlichen Verhältnissen entsteht), eine Bourgeoisie also, die nie wirklich bekämpft wurde und daher in allen Poren und Ritzen, die die administrative Unterdrückung übrig läßt, munter den Kopf reckt; eine internationale Lage, in der der Imperialismus und der Sozialismus sich schärfer denn je gegenüberstehen: das sind die Bedingungen, unter denen 1956 in Ungarn ein Aufstand ausbricht.

Was 1956 in Ungarn passiert ist, will ich hier nur kurz zusammenfassen.

Der Charakter des Aufstandes war in der Hauptsache konterrevolutionär

Wer stand sich in diesem Aufstand gegenüber? Auf der einen Seite stand das mit den Verhältnissen äußerst unzufriedene Volk: nicht nur, daß es keinerlei demokratische Rechte besaß, seine wirtschaftliche Lage war ebenfalls äußerst schlecht. Die Kommunisten, stark geschwächt, da ein Teil der Partei bereits durch die Entfernung vom Volk zu einem Bestandteil der alten und neuen herrschenden Klasse geworden ist, hatten nun die Wahl: würden sie ihre Fehler erkennen, sich so an die Spitze der unzufriedenen Massen stellen, sie in den Kampf gegen die Fehler der Kommunisten führen und sich ganz besonders in Kritik und Selbstkritik hervortun? Oder würden sie den Aufstand der Massen fürchten und sich mit ihrer Selbstkritik, wenn überhaupt, ins stille Kämmerchen zurückziehen?

Die ungarischen Kommunisten blieben ihrer falschen Linie treu und wählten die zweite Möglichkeit. Da die unzufriedenen Massen so ohne Führung blieben, fiel es den alten und neuen Konterrevolutionären ganz besonders leicht, sich an die Spitze dieser Volksbewegung zu setzen und das spontan empörte Volk **gegen** den Kommunismus zu führen.

Diese Linie widerspiegeln die damals verfaßten Petitionen und sonstige Schriftstücke nach **bürgerlicher** Demokratie, nach Wiederherstellung des Mehrparteiensystems, nach größeren Machtbefugnissen für Spezialisten, nach Wiederzulassung von kleinerer Privatindustrie und Privathandel (so z. B. die Proklamation des ungarischen Schriftstellerverbandes oder der Aufruf des Revolutionskomitees der ungarischen Intellektuellen). (19)

Aber ausnahmslos alle Petitionen enthielten auch die elementarsten Forderungen der Arbeiterklasse: nach Abschaffung der Normen, der Akkordarbeit, nach Wiederzulassung von Gewerkschaften als echten Arbeiterorganisationen. (20)

Der richtige Weg der Lösung der aufgestauten Widersprüche wäre gewesen, die Arbeiterklasse durch eine Kampagne der Massenkritik an den Fehlern der Kommunisten in den Kampf (und auch in den bewaffneten Kampf) gegen die Bourgeoisie zu führen, die jetzt endlich offen hervortrat.

(18) Ebenda, Seite 55–56
(19) Was in Ungarn geschah – Untersuchungsbericht der Vereinten Nationen, Freiburg 1957, Seite 107–108
(20) Ebenda

Statt dessen taten sich die Kommunisten lieber mit den Parteibürokraten zusammen und riefen die Sowjetunion zur Hilfe, und ließen damit nicht nur die offenen Reaktionäre, sondern auch das Volk niederschlagen.
Daß die ungarischen Kommunisten die sowjetischen Truppen zu Hilfe gerufen haben, war ein Fehler. Das zeigte, daß sie
1) falsche Ansichten über den Klassenkampf hatten, indem sie annahmen, Klassenauseinandersetzungen in einem Land könnten durch die Intervention einer fremden Macht zugunsten der Arbeiterklasse entschieden werden. Wird eine Arbeiterklasse mit seinem inneren Klassenfeind nicht selber fertig, so kann ihm auch keine noch so wohlwollende Macht helfen.
2) Der Hilferuf der PdUW zeigte auch, daß die Partei über keinerlei Programm zur Führung der Klassenkämpfe verfügte und weiterhin nur den Wunsch nach ihrer Unterdrückung hegte. In diesem Punkt waren ihre Interessen identisch mit denen der Bourgeoisie, und so entstand die unheilige Allianz fast aller Feinde der Arbeiterklasse (außer den Vertretern der alten Bourgeoisie waren alle ihre Gegner und Feinde darin vertreten), im Bündnis mit dem verbliebenen Rest von Kommunisten.
1956 war ein im wahrsten Sinne des Wortes tragisches Ereignis in der Geschichte des ungarischen Volkes. Die Besten der ungarischen Kommunisten lieferten sich blutige Gefechte mit der spontanen Arbeiterbewegung, und zum Schluß lachten sich die Feinde der Arbeiterklasse und des Kommunismus ins Fäustchen. Anschließend verlor das ungarische Volk auch noch seine nationale Unabhängigkeit. Die "hilfreiche" Sowjetunion, inzwischen selber auf dem Weg des Revisionismus geraten, nutzte die Lage und dachte gar nicht mehr daran, ihre Truppen aus Ungarn zurückzuziehen – sie stehen heute noch dort.
Von dem Standpunkt der heutigen Entwicklung aus betrachtet war der Einmarsch der sowjetischen Truppen falsch, sogar ein Verbrechen der ungarischen Arbeiterklasse gegenüber. Unter den damaligen Umständen jedoch bedeutete der Einmarsch nochmals eine Chance für die ungarischen Kommunisten, ihre Fehler zu korrigieren – selbst die KPdSU war zu der Zeit erst revisionistisch ausgehöhlt, hatte ihre Farbe jedoch noch nicht endgültig von "rot auf braun gewechselt". Hätte in Ungarn die offene Reaktion gesiegt, so hätte das den Wechsel in das Lager des US-Imperialismus bedeutet, und damit wäre es mit der Herrschaft der Arbeiterklasse für die nächste Zeit auf jeden Fall endgültig aus gewesen. Durch die Besetzung durch die sowjetischen Truppen blieb die Richtung der Entwicklung wenigstens offen. Die chinesischen Genossen haben damals auch mit Recht diesen Einmarsch unterstützt (siehe "Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk')' Unverständlich ist mir allerdings, daß in der "Polemik über die Generallinie" weiter dieser Standpunkt vertreten wird.

Die Wende nach der Konterrevolution von 1956

Nach der Niederschlagung der Konterrevolution erfolgte eine Selbstkritik der Partei. Die Stoßrichtung der Kritik an Nagy Imre, dem sozialdemokratischen Führer der Konterrevolution, ist folgende: Es wird zugestanden, daß seine Kritik an dem bürokratischen Charakter der Rakosi-Regierung richtig war, sein grundlegender Fehler soll jedoch darin gelegen haben, daß er "die Kritik – in falscher Weise – außerhalb der Partei, auf die Straße getragen hatte, in die sich dann auch reaktionäre Elemente einschalteten. In dieser Form wurde die Kritik verzerrt und bedrohte so nicht die Position der Rakosi-Gerö-Clique, sondern das noch vorhandene Ansehen der Partei, griff die Positionen und Grundlagen der volksdemokratischen Grundordnung Ungarns an." (21)
Diese Selbstkritik geht nicht von den Interessen der Arbeiterklasse aus. Sie geht davon aus, daß nicht das Volk, sondern irgendwelche über ihm stehenden Organe den Klassenkampf zu führen hätten – kurzum zu herrschen hat die Partei und nicht die Arbeiterklasse. (Daran hält sie sich auch seitdem.) Statt die Fehler zu korrigieren, wird einfach eine neue Partei gegründet, die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (USAP), die dann nicht nur die alten Fehler fortsetzt, sondern sich endgültig vom Standpunkt der Arbeiterklasse entfernt.
Programmatisch wird den 1956 gegründeten Arbeiterräten als "Mittel der Reaktion" der Kampf angesagt, die Einführung "materieller Anreizsysteme" wird angekündigt, die Unterstützung des privaten Sektors in der Produktion wird zugesagt. Der Markt wird wieder hergestellt und in der Literatur und Kunst wird die "Freiheit für alle fortschrittlichen Richtungen und Künstler proklamiert". (22)
Dieses Programm unterscheidet sich in keinem wesentlichen Zug von den Vorstellungen, die die Freunde der sogenannten Liberalismus, die Technokraten der Wirtschaft 1956 während der Konterrevolution vertreten haben. Wieso macht die USAP diese Prinzipien sich zu eigen, obwohl während der Konterrevolution die Technokraten und die Parteibürokraten einander gegenüberstanden?
Den USA blieb gar nichts anderes übrig, als auf die Pläne der "Reformer" einzugehen. Denn war nicht das gesellschaftliche Interesse der Antrieb zur Produktion, so brauchte man neue Antreibskräfte: materielle Anreizsysteme, für die Arbeiter in Form des Akkords, für die herrschende Klasse in Form der Selbständigkeit der Unternehmen. Wurde das Ziel, die bewußte Herrschaft über die Produktion zu erringen, aufgegeben, übernahm sofort der Markt und die Ware die regulierende Funktion der Wirtschaft.
(Das heißt übrigens nicht, daß die Interessenidentität der Arbeiterklasse gegenüber diese zwei Gruppen der heutigen herrschenden Klasse in Ungarn fest zusammengeschmiedet hätte. Der Kampf um die Herrschaft im Staatsapparat und auch bei jeder konkreten Entscheidung besteht weiter, da die zwei Gruppen tatsächlich stellenweise kontroverse Interessen haben, siehe Zentralisierung kontra betriebliche Selbständigkeit.)
Hinter den scheinbar mehr "Freiheit" versprechenden Maßnahmen der USAP verbergen sich Maßnahmen zur Ausplünderung des arbeitenden Volkes, Maßnahmen im Interesse der neuen herrschenden Klasse und im Interesse einer schmarotzenden Besatzungsmacht.
Als Beispiel dafür soll hier die meines Erachtens entscheidendste Maßnahme der Regierung nach 1956, nämlich die

(21) Beschluß des provisorischen Zentralkomitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, Dezember 1956. Zitiert nach: Blaskovits, Seite 192–207
(22) Beschluß des provisorischen Zentralkomitees . . . Zitiert nach: Blaskovit , Seite 204–207

sogenannte "sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft" behandelt werden.

Die sogenannte sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft

Die sogenannte sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft umfaßte zwei Maßnahmen:
1) 1957–1958 wurde das bis dahin in der Landwirtschaft bestehende Abgabesystem durch das staatliche Aufkaufsystem abgelöst. Beim Abgabesystem mußten die Bauern einen zentral festgesetzten Prozentsatz ihrer Erträge zu einem staatlich festgesetzten Preis an den Staat abgeben. Die so vom Staat aufgekauften Grundnahrungsmittel wurden in den Städten billig (unter einem möglichen Marktpreis) der arbeitenden Bevölkerung verkauft.
Zwar hat es sehr oft schlimme Versorgungsschwierigkeiten gegeben (denn ohne politischen Kampf für die Bauern blieb dieses System oft nur einfach Requirierung, was die Bauern nicht zur Steigerung der Produktion anspornte); zwar gab es stellenweise verbrecherische Übergriffe den Bauern gegenüber (die aus dem bürokratischen Charakter der Festlegung der Abgabesätze resultierten) – trotzdem, das System war in seiner Intention auf jeden Fall richtig gewesen: Es versuchte, die landwirtschaftlichte Produktion nach den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung zu richten, und auf diesem Sektor die Auswirkungen des Marktes zu bekämpfen. Die niedrigen Lebensmittelpreise in den Städten waren gleichzeitig garantierte Teile des Arbeitslohns der Arbeiterklasse.
Dieses System wurde abgelöst durch die Schaffung eines Marktes: Der Staat bestimmte zwar weiterhin die Aufkaufpreise, glich sie aber stufenweise den Erzeugerpreisen an, strich dafür **zentrale** Unterstützungsmaßnahmen wie z. B. die Maschinenstationen, deren Maschinenpark an die LPG's verkauft wurde. Anfangs gab es noch staatliche Subventionen zu den Landwirtschaftsprodukten, die wurden aber langsam abgebaut: seitdem steigen die Lebensmittelpreise fast ununterbrochen (1972 z. B. die Preise der Milch und Milchprodukte um durchschnittlich 30 %). (23)
2) Auf dieser Grundlage der Wiederherstellung des Marktes wurde die Kollektivierung der Landwirtschaft vorangetrieben.
Um die Kollektivwirtschaft "attraktiv" zu machen, sind vom Staat ungeheure Summen in diese Wirtschaften gepumpt worden: allein im Jahre 1958 1,8 Milliarden, davon 1/3 unmittelbare staatliche Investitionen, der verbleibende Rest sind Einkommenssteuererleichterungen. (24) Infolgedessen lag schon 1957 das Einkommen der LPG-Mitglieder um 21,1 % höher als das der Einzelbauern. (25)
Auch das staatliche Preissystem wurde genutzt, um durch den Markt die Einzelwirtschaft zu ruinieren und die Großproduktion auf dem Agrarmarkt aufzubauen: die Agrarschere (d. h. das Verhältnis von Industrie- und Landwirtschaftspreisen) wurde weit geöffnet: 1958 waren die Industriepreise um 12,4 %, 1959 sogar um 16 % höher als die Landwirtschaftspreise. (26)
Diese Maßnahmen zielten insgesamt darauf, die kollektiven Wirtschaften auf dem Agrarmarkt unbesiegbar zu machen: Nicht nur die ungeheuren staatlichen Gelder, die zusätzlich diese Wirtschaften stützten, sondern vor allem die letzte Maßnahme wirkte in diese Richtung: wer in großem Maßstab produziert, kann durch die produzierte Menge die niedrigen Preise einigermaßen ausgleichen. Er kann sich auch bei hohen Industriepreise mindestens einen Traktor oder eine gewisse Menge Kunstdünger leisten, der auf der kleinen Parzelle Produzierende nicht. Gelten nun die gleichen Aufkaufpreise für beide, so ist das Ergebnis klar: den so ruinierten Einzelbauern bleibt nichts anderes übrig, als ihre eigene Produktion aufzugeben und das ein zige, was ihnen noch übrig geblieben ist, ihre Arbeitskraft, zu verkaufen. Ihre verlassenen Güter wurden vom Staat oder den LPG's aufgekauft, auf ihnen wurden Staatsgüter oder LPG's errichtet, viele Arbeitskräfte verschlang auch die sich entfaltende Industrie.
Die Kadar-Regierung prahlt heute noch damit: Diese sozialistische Umgestaltung sei friedlich vonstatten gegangen, nicht mit Zwang, wie unter den "Stalinisten". Sicherlich, sie brauchten keine Waffen (ob der gelegentliche Waffengebrauch der "Stalinisten" auf dem Lande berechtigt oder unberechtigt war, sei dahingestellt) außer der "normalen" Gewalt eines bürgerlichen Staates; es war vor allem das eiserne Gesetz des Marktes, der Zehntausende von Bauern ruinierte. Diese Maßnahmen sind in ihrer Brutalität nur mit der klassischen ursprünglichen Akkumulation vergleichbar, und auch in ihrer Auswirkung sind sie ihr nicht unähnlich: Sie "befreiten" die Bauern von ihrem Grund und Boden, und verwandelten sie in besitzlose Lohnarbeiter, und durch die "Befreiung" des Bodens von den Bauern sind die ersten Schritte in der kapialistischen Akkumulation auf dem Lande getan worden.
Der Widerstand der so zugrunde gerichteten Bauern blieb auch nicht aus:
- 1959 nahmen nur 83,6 % der Mitglieder der kollektiven Wirtschaften überhaupt an der Arbeit teil (1957 bis 58 waren es noch 99 % gewesen);
- an manchen Orten blieben die Bauern massenhaft von ihren Arbeitsplätzen fern und forderten die Einführung des Achtstundentages. (Diese Bauern hatten wirklich eine unschlagbare Logik: Wenn sie schon zu Lohnarbeitern wurden, stellten sie auch sofort die grundlegendste Forderung der Arbeiterklasse auf!)
- Es finden nicht nur massenhafte Wiederaustritte statt, sondern auch Demonstrationen zur Unterstützung derselben (allein im zweiten Viertel von 1961 treten 12 000 Mitglieder wieder aus!).
- Die in die LPG's eintretenden Bauern verkaufen lieber das Saatgut und das Vieh an andere LPG's, massenhaft schlachten sie das Vieh, nur um das eigene Kollektiv zu schädigen.
- In 45 Orten kommt es zu Handgreiflichkeiten, in 15 Fällen zu Brandstiftungen. (27)

Die hier dargestellte Maßnahme ist nur eine unter den vielen "Reformen" der Kadar-Regierung. Ich denke aber, sie charakterisiert die Politik der neuen Bourgeoisie in Ungarn gut: Politik gegen die arbeitende Bevölkerung unter sozialistischen Parolen.

G.S.
Frankfurt am Main

(23) Orban Sandor, Budapest / Ket Agrarforradalom Magyarorszagon, Budapest 1972, Seite 184
(24) Orban, Seite 198
(25) Orban Seite 203
(26) Orban Seite 224
(27) Orban Seite 226 f.

Die proletarische Literatur und Kunst sind ein Teil der gesamten revolutionären Sache des Proletariats oder, wie Lenin sagte, "Rädchen und Schräubchen" des Gesamtmechanismus der Revolution.

Mao Tse-tung

Zur Debatte über unsere Aufgaben in der Kulturarbeit

Anfang Dezember letzten Jahres fand in Mannheim das "Treffen zur Beratung unserer Aufgaben in der Kulturarbeit" statt. Zu diesem Treffen hatte die Redaktion der Kommunistischen Volkszeitung im Auftrag des Zentralen Komitees des KBW Vertreter der Ortsgruppen, der kommunistischen Massenorganisationen und befreundete Künstlergruppen und Künstler eingeladen. Dieses Treffen diente einer ersten Zusammenfassung der bisher an den einzelnen Orten gemachten Erfahrungen und dazu, die Grundlagen für eine breite Diskussion im KBW und seinen Massenorganisationen und mit den bestehenden revolutionären Kulturgruppen und Künstlern, die mit uns zusammenarbeiten wollen, zu legen. Diesem Zweck soll auch der folgende Artikel dienen, der anstelle eines Berichts über das Treffen auf die wichtigsten Auseinandersetzungen dieses Treffens eingeht, und das darauf folgend abgedruckte Referat von M.W., das die Auseinandersetzungen auf dem Treffen einleitete.

Die Arbeiterklasse eignet sich kulturelle Fähigkeiten an, um den Klassenkampf und die Revolution führen zu können.

Das ist zunächst eine einfache geschichtliche Tatsache. Noch bevor die Bourgeoisie auf Grund der Entwicklung der Produktivkräfte das Recht auf elementare Ausbildung in Lesen, Schreiben und Rechnen als allgemeine Schulpflicht festlegen mußte, hat die Arbeiterbewegung nicht nur den Kampf um dieses Recht geführt, sondern schon längst begonnen, die Aneignung dieser Fähigkeiten zu organisieren. Die herrschende Kultur ist die Kultur der herrschenden Klasse. Und dies bedeutete für das Proletariat zunächst, daß es von jeglicher Kultur und den elementarsten kulturellen Fähigkeiten abgeschnitten wurde. Die Arbeitervereine, in denen sich das Proletariat diese Fähigkeiten aneignete, waren zugleich oft die ersten Klassenorganisationen des Proletariats, mit denen sich die Arbeiterklasse zur revolutionären Klasse bildete, die bewußt den revolutionären Klassenkampf führen kann.

Bevor wir uns mit den besonderen Aufgaben in unserer Kulturarbeit befassen, ist es notwendig, sich klarzumachen, daß die Entwicklung der proletarischen Kultur, der Kultur der führenden Klasse, unlösbar mit dem Klassenkampf verbunden ist, alle selbständigen Lebensäußerungen der Arbeiterklasse betrifft und in jeder politischen Äußerung, in jedem Kampf vorangebracht wird, ohne daß sie überhaupt als besondere Frage angegangen werden müßte. Nehmen wir zum Beispiel ein politisches Flugblatt. Es ist selbst schon ein Kunstwerk, das die Fähigkeiten des sprachlichen Ausdrucks, des inhaltlichen Aufbaus, der Anordnung und Gliederung auf dem Papier bis hin zu den verschiedenen Formen der Verbreitung unter den Massen zusammenfaßt und auf ein bestimmtes politisches Ziel hin organisiert. Die Revolution selbst ist die höchste Kunst, hat Lenin gesagt, und sicher nicht deshalb, um nur einen interessanten Spruch zu machen. In der Aneignung kultureller Fähigkeiten, um die Lebensbedürfnisse der Klasse auszudrücken, um den Klassenkampf zu führen und schließlich die alte Gesellschaft umzuwälzen, entwickelt die Arbeiterklasse die Elemente einer selbständigen proletarischen Kultur und macht zugleich der Bourgeoisie das Feld der Kultur streitig, das diese noch beherrscht.

Wie und in welchen Formen dies geschieht, dazu ein Beispiel. Das Proletariat verfügt als Klasse, die aus der Entwurzelung und Beraubung selbständig produzierender Klassen entstanden ist, der Bauern und kleinen Handwerker, nicht über eine eigene sozusagen bodenständige Kultur, sondern eignet sich seine eigene Kultur in der Auseinandersetzung, im Kampf mit der herrschenden kapitalistischen Ausbeuterklasse und ihrer Kultur an. Unser Beispiel ist aus den Anfängen der amerikanischen Arbeiterbewegung und dargestellt in einem Film über den amerikanischen Arbeiterführer Joe Hill. Den Arbeitervereinen war das öffentliche Auftreten verboten. Während die Arbeiterführer auf öffentlichen Plätzen schon nach wenigen Sätzen einer Rede festgenommen wurden, trat unbehelligt die Heilsarmee mit Chor und Blaskapelle auf und versprach das Glück im Jenseits. Bis die amerikanischen Genossen auf die Idee kamen, auf die Musik der Heilsarmee ein revolutionäres Lied zu singen, dem Heilsarmeechor die Sätze im Mund zu verdrehen und ihn aus hundert Arbeiterkehlen zu übertönen, wozu die Trommeln und Trompeten der Heilsarmee eine treffliche Begleitung abgaben. Die Polizei konnte nur noch dumm gucken.

Oder ein aktuelles Beispiel. Gegen die Schließung ihres Werkes protestierte die Belegschaft des Salamander-Werkes in Speyer mit einem Lied auf die Schlagermelodie von "Theo, wir fahr'n nach Lodz". Bei vielen Streiks und sonstigen Kämpfen entstehen solche Lieder, die nicht nur einfach die gängige und bekannte Schlagermelodie verwenden, sondern an den banalen Schlagertexten ironisch anknüpfen und diese zum Kampflied umkrempeln, das zugleich ein Schlag ins Gesicht gegenüber dem verwendeten Schlager und gegen die bürgerliche Massenkultur ist.

An diesem Beispiel sieht man das einfache Muster, wie die Arbeiterklasse ihre selbständigen kulturellen Äußerungen entwickelt. Sie nimmt die von der bürgerlichen Kultur entwickelten Fähigkeiten und Formen, eignet sie sich an und verändert sie für ihre eigenen revolutionären Zwecke, für die Verbreitung der proletarischen Ideologie.

Dabei kann sich die proletarische Kultur als Kultur der führenden revolutionären Klasse entfalten, während die bürgerliche Kultur wie die bürgerliche Klasse im Zustand der Fäulnis und des Niedergangs sich befindet.

Immer wieder entstehen kulturelle Bewegungen im Volk, die gegen die kapitalistischen Verhältnisse gerichtet sind. Nur die Arbeiterklasse kann ihnen Raum schaffen und die selbständige Entwicklung der kulturellen Tätigkeiten des Volkes voranbringen.

Obwohl die bürgerliche Kultur immer mehr verfault, übt sie einen starken Einfluß auf die Massen aus. Die Bourgeoisie hat die wesentlichen Mittel der kulturellen Produktion und Verbreitung in der Hand, hat differenzierte Märkte des gehobenen Kulturangebots und der Massenkultur hervorgebracht und ist darüber in der Lage, kulturelle Tätigkeiten und Bewegungen, die im Volk entstehen, sich nutzbar zu machen, so geschehen zuletzt mit der Beatmusik, die als Protest und künstlerischer Ausdruck des jugendlichen Proletariats von Liverpool entstanden ist und eine weltweite Verbreitung gefunden hat, weil sie dem Lebensgefühl und den Bedürfnissen vor allem der werktätigen Jugend entspricht und Ausdruck verleiht. Es ist der bürgerliche Kulturmarkt und die Kontrolle der Medien, mit welchen die Bourgeoisie die selbständigen Kulturäußerungen des Volks für sich raubt, entschärft und verplattet und versilbert wieder in die Massen zurückrieseln läßt. Dagegen kann überhaupt nur eine entfaltete revolutionäre Arbeiterbewegung Raum schaffen für die selbständige Kulturtätigkeit des Volkes, materiell und ideologisch, denn nur die Ideologie des Proletariats als Inhalt dieser Kulturtätigkeit kann sich gegenüber der Bourgeoisie selbständig behaupten, und nur der Klassenkampf schafft ihr die Möglichkeit, sich zu verbreiten. Der Klassenkampf und die revolutionären Volkskämpfe, in denen das Proletariat die Führung gewinnt, treiben mit Notwendigkeit auch die selbständigen kulturellen Tätigkeiten des Volkes hervor. Auf diese kann sich das Proletariat stützen und muß sich in der Entfaltung seiner eigenen kulturellen Tätigkeiten beziehen. Es ist die Aufgabe der revolutionären Partei des Proletariats, bewußt die revolutionäre Kulturtätigkeit zu fördern und zu betreiben, sie als Kampfinstrument auszubilden und den ideologischen Kampf gegen die Kulturäußerungen der Bourgeoisie zu führen sowie für die proletarische Ideologie in den Kulturtätigkeiten des Volkes und die Ausrichtung seiner eigenen kulturellen Tätigkeiten. Insofern kann man von besonderen Aufgaben in der Kulturarbeit sprechen, die mit den gleichen politischen Anforderungen wie jede politische Tätigkeit der Kommunisten angegangen werden müssen.

Nicht Kunstverstand, sondern die richtige politische Linie entscheidet – auch über Aneignung und Beurteilung von Kunstfertigkeiten

Es mag klar geworden sein, daß unsere Aufgaben in der Kulturarbeit keine von den politischen Aufgaben abgesonderten sind, sondern Bestandteil unserer politischen Tätigkeiten, der von vorneherein nicht Spezialisten oder der besonderen Neigung überlassen werden sollte. Mißtrauen gegenüber den kulturellen Tätigkeiten, Scheu, darüber Urteile abzugeben, oder bestenfalls nur Stolz über gelungene Einlagen bei Veranstaltungen sind auch unter den Genossen noch verbreitete Haltungen. Keinesfalls aber ist die revolutionäre Kulturtätigkeit bloßes Ornament bei politischen Veranstaltungen. Die falsche Haltung diesen Tätigkeiten gegenüber beruht auf der falschen Auffassung, davon verstehe man nichts. Aber nicht Kunstverstand, sondern die richtige politische Linie entscheidet auch in diesen Fragen. Es gibt überhaupt keinen prinzipiellen Grund, ein Lied nicht genauso wie ein Flugblatt oder einen politischen Artikel zu diskutieren. Auch beim Flugblatt darf man sich durch eine schöne Formulierung nicht über einen falschen politischen Inhalt täuschen lassen, genausowenig wie es genügt, die richtige politische Linie schlecht auszudrücken und zu vermitteln. Und es ist auch so, daß ein Ausdruck, der einem als mißlungen aufstößt, meist die Spur einer politischen Unklarheit, eines politischen Fehlers ist. Mit dem Problem der Einheit von Form und Inhalt werden die Genossen fertig, wenn sie ein Flugblatt entwerfen, und es gibt keinen Grund, das nicht zu lernen in der Beurteilung der besonderen künstlerischen Ausdrucksformen. Auf der anderen Seite müssen sich die Künstler gefallen lassen, daß eine solche Kritik an der Form subjektiv sein kann wie zum Beispiel "Ich empfinde diese Musik zu süßlich für den Text des Liedes", und sie können einen solchen Einwand nicht mit ihrem Kunstverstand abwehren. Meist aber wird es eher so sein, daß Kritik nicht aufkommt, wenn's einigermaßen gut klingt oder gut aussieht. Das, was die Kunst ausmacht, daß sie Gefühle anspricht, die vorhanden sind, schirmt sie auch oft vor der kritischen Frage ab, sind es die richtigen Gefühle, die angesprochen werden, entsprechen sie der Ideologie, die verbreitet werden soll.

Alle vorhandenen Barrieren, sich gegenüber kulturellen Äußerungen politisch zu verhalten, haben ihren Ursprung in der Absonderung der bürgerlichen Kultur von den Lebensäußerungen des Volkes, in dem heiligen Podest, von dem herunter sie in die Massen hereinwirkt. Dies kann sich auch noch im Verhältnis zwischen den Künstlern, die ihre Arbeit in den Dienst der Massen stellen wollen, und den Massen selbst auswirken, in falscher Ehrfurcht auf der einen Seite und Verteidigung des bürgerlichen Individualismus auf der Seite der Künstler, die in ihrer Ausbildung in

bürgerlichen Kulturinstitutionen geradezu auf den Individualismus hingetrimmt werden.
Das kann sich in vielfältigen Formen ausdrücken, von denen diejenige, die sich auf den mangelnden Kunstverstand der "Politischen" beruft, die seltenere sein wird. Der Schrei nach Anleitung der künstlerischen Tätigkeiten durch die politische Organisation kann dasselbe ausdrücken, wenn zugleich die politischen Schriften nicht studiert werden und die Anleitung nicht als politische begriffen wird. Es gibt auch schließlich die Haltung, die ich als die Haltung der Linienfestigkeit bezeichnen möchte, die darin besteht, die "richtige politische Linie zu verkünden", nicht aber anzuwenden. Die Kritik am Ergebnis der künstlerischen Tätigkeit wird dann damit abgewehrt, daß man sagt, das entspricht der politischen Linie, so daß man sagen möchte, es ist zwar nicht schön – und das ist Sache der Künstler – die Linie aber stimmt.
Solche Tendenzen werden immer wieder auftreten, weil dem Proletariat gerade auf dem Gebiet der Kulturtätigkeiten häufig Bildungselemente aus dem Kleinbürgertum und der Bourgeoisie zuströmen, aber sie werden auch leicht zu überwinden sein, wenn gegenüber den kulturellen Tätigkeiten politische Aufmerksamkeit und damit auch wachsendes Verständnis angewandt wird. Das allerdings ist erforderlich, denn die kulturellen Äußerungen üben einen großen Einfluß auf die Massen aus.

Kritik des "falschen Lagerbewußtseins", Kritik an einer sektiererischen Linie in der Kulturarbeit

Die wichtigste politische Auseinandersetzung auf dem Mannheimer Treffen entwickelte sich an der "Kritik des falschen Lagerbewußtseins", die in dem Referat von M.W. ausgeführt ist. Der in dem Referat ausgeführten Kritik wurde entgegengehalten, daß es sehr wohl darauf ankäme, ein proletarisches Lagerbewußtsein zu schaffen, daß dies gerade die Aufgabe der proletarischen Kulturtätigkeit sei und daß es demgemäß darauf ankäme, der bürgerlichen Kultur die proletarische entgegenzusetzen. Es käme darauf an, vor allem die proletarische Jugend vom Konsum der bürgerlichen Kultur abzuwerben durch die Schaffung eines eigenständigen "Angebots" proletarischer Kultur. Die wichtigsten Quellen, aus denen die proletarische Kultur schöpfen könne, seien die Ergebnisse proletarischer Kultur aus Zeiten des hochentwickelten Klassenkampfes, insbesondere vor dem Zweiten Weltkrieg, und der Ergebnisse des Kulturkampfes der sozialistischen Länder.
Doch genau diese Auffassungen sollten mit dem Begriff des "falschen Lagerbewußtseins" kritisiert werden. Falsch ist diese Auffassung, weil sie von einem falschen Verständnis der bürgerlichen Kultur ausgeht, insbesondere der bürgerlichen Massenkultur, die sie als ein zentral gesteuertes Instrument der Bourgeoisie zur Irreführung der Massen begreift und nicht angeben kann, warum die bürgerliche Massenkultur, zum Beispiel die Popmusik, so große Teile des Volkes, insbesondere der Arbeiterjugend, fesselt, indem sie sie anspricht. Falsch ist diese Auffassung, weil sie nicht dazu führt, sich mit der bürgerlichen Kultur auseinanderzusetzen, ihre Formen zu untersuchen und die Gründe, warum sie Einfluß auf die Massen gewinnt, sondern einzig dazu, die bürgerliche Kultur zu verdammen und die Massen für dumm zu erklären, wenn sie dieser Verdammung nicht gleich folgen.
Falsch sind dementsprechend auch die Mittel und Formen, die daraus für die proletarische Kulturtätigkeit vorgeschlagen werden, nämlich ein revolutionäres Kulturangebot der bürgerlichen Kultur entgegenzustellen und den Massen anzubieten, wobei dies proletarische Gegenangebot aus den Quellen der proletarischen Kultur vergangener Zeiten und der sozialistischen Länder gewonnen werden soll. Nicht daß dies nicht wichtige Quellen wären, wichtiger aber als sie zu kopieren ist es, die proletarischen Kulturerzeugnisse als Beispiel für die eigene Vorgehensweise zu benutzen. Und diese sind entstanden in bestimmten konkreten Kämpfen und in Auseinandersetzung mit den herrschenden bürgerlichen Kulturäußerungen, die zu ihrer Zeit Einfluß auf die Massen hatten. Man wird heute keine erfolgreiche proletarische Kulturarbeit entwickeln können, indem man an die Arbeiterjugendlichen herantritt und sagt: Hört auf, die bürgerliche, manipulierende Popmusik zu hören, und kommt besser zu uns, alte Arbeiterlieder zu hören, die euch nicht im Interesse der Bourgeoisie verderben. Das wäre ein Konzept, um ein paar Arbeiterjugendliche aus den Massen herauszuziehen in einen isolierten Arbeiterkulturzirkel. Ein solches Vorgehen wäre sektiererisch, das "revolutionäre Lager", was daraus hervorginge, sehr klein.
Diese sektiererische Linie ist keineswegs eine, die den Initiativen für eine proletarische Kulturarbeit eigentümlich ist. Sie kann sich dort aber unter dem Kleid der schönen Künste länger halten und verbreiten. Die Linie des "Lagerbewußtseins" ist nichts anderes als eine falsche Linie im Klassenkampf. Es handelt sich darum, wie der politische Kampf zu führen ist, wie gegenüber den Massen einerseits und dem Klassenfeind andererseits aufzutreten ist; daß der ideologische Kampf mit allen bürgerlichen Auffassungen ausgetragen werden muß, um den Klassenfeind stellen zu können; daß die revolutionäre Propaganda bezogen sein muß auf die auftretenden Widersprüche und tatsächlichen Kämpfe. Wie sollte das anders sein für die revolutionäre Kulturarbeit. Sie kann sich überhaupt nur entfalten im Zusammenhang des revolutionären Klassenkampfes, der die ganze Gesellschaft und damit auch die herrschende Kultur umwälzt. Das kann nicht gelingen, wenn man die Berührung mit der herrschenden Kultur vermeidet.
Der revolutionäre Klassenkampf muß den Weg gehen, die Volksmassen unter Führung des Proletariats zu einem revolutionären Lager gegenüber dem feindlichen Lager der Bourgeoisie zusammenzufassen, um die politische Herrschaft der Bourgeoisie zu zerschlagen und die soziale Revolution durchzuführen. Das geschieht jedoch nicht auf der Grundlage eines Lagerbewußtseins, sondern auf der Grundlage des Klassenbewußtseins, der Ideologie des Proletariats, die auf die Umwälzung der gesamten Gesellschaft gerichtet ist. Nichts anderes bestimmt den Inhalt der proletarischen Kulturtätigkeiten.

Am Beispiel der Popmusik

Um diesen Unterschied für unsere Aufgaben in der Kulturarbeit zu verdeutlichen, ist es zweckmäßig, den weiteren Verlauf der Debatte auf dem Mannheimer Treffen wiederzugeben. Diese entwickelte sich an der Frage: Kann Popmusik, oder können Bestandteile der Popmusik für unsere politischen Lieder verwendet werden? Von mehreren Genossen wurde vertreten, die Verwendung der Popmusik für

die politischen Lieder des Klassenkampfes sei nicht möglich, allenfalls sei die Verwendung von Popelementen möglich, um die bürgerliche Ideologie darzustellen und zu karikieren. Sie hätten versucht, politische Lieder mit Popmusik zu machen, das sei aber nicht möglich gewesen.
Zunächst mußte festgestellt werden, daß diejenigen, die diese Auffassung vertraten, nicht richtig an die Frage herangegangen waren. Grob gesagt, hatten sie für sich festgestellt, daß Popmusik ein Mittel der Bourgeoisie sei, die Jugend vom Klassenkampf abzuhalten. Nicht untersucht aber hatten sie, warum Millionen von Jugendlichen gerne viele Stunden am Tag Popmusik hören. Ein Genosse meinte sogar schlicht, daß er von Popmusik nichts verstünde; andere sagten, sie würden bei Popmusik immer das Radio abstellen. Dabei handelte es sich zum Teil um Intellektuelle, die in Agit-Prop- oder Kulturgruppen tätig sind und dort ihre besonderen Fähigkeiten, Ausbildung usw. für die proletarische Kulturarbeit einbringen sollen. Grundlage der Beliebtheit der Popmusik ist, daß sie gerechte Gefühle der Massen zum Ausdruck bringt, gerechte Vorstellungen von Dingen, die ihnen in der kapitalistischen Gesellschaft abgehen, Vorstellungen eines menschenwürdigen Lebens, Protest oder auch nur Klagen gegen diesen Mangel. Entstanden ist die Popmusik außerdem nicht als Erfindung des Kapitalisten, der die Jugend vom Klassenkampf abhalten will, sondern im Volk selbst. Diese einfache Untersuchung und Feststellung aber muß getroffen werden, soll nicht die Ablehnung dieser Musik einhergehen mit Unverständnis und Verachtung gegenüber den Massen. Mit Kritik an der bürgerlichen Kultur hat diese Ablehnung der Popmusik natürlich nichts zu tun. Und die Unfähigkeit, aus der Kritik dieser Musik auf der Grundlage der Untersuchung der Tatsachen, warum sie bei den Massen so beliebt ist, selber die Elemente zu gewinnen, die für eine proletarische Kulturtätigkeit brauchbar sind, resultiert aus dieser grundsätzlich falschen Haltung. Demgegenüber beruht gerade auf der Kritik der bürgerlichen Massenkultur und der respektlosen Verwendung aller ihrer Elemente das künstlerische Material für die Herausbildung eigenständiger proletarischer Kulturtätigkeiten, die die Ideologie des Klassenkampfes verbreiten und mit den gerechten Gefühlen der Massen verbinden, während sie in bezug auf die bürgerliche Kultur und ihren Einfluß auf die Massen zersetzend wirken. So sind natürlich auch die proletarischen Lieder usw. der zwanziger und dreißiger Jahre entstanden. Nicht kommt es darauf an, sie einfach zu kopieren, sondern ihre Methode, die künstlerischen Elemente aus der Kritik der bürgerlichen Kultur zu gewinnen, zum Vorbild zu nehmen. Das heißt, ein proletarisches Kampflied, das heute gemacht wird, steht in einem Verhältnis von Kampf und Kritik zur gegenwärtigen Massenkultur, was nicht durch Kopie der Vorbilder zu erreichen ist. Vielmehr bedeutet die Kopie der Vorbilder fernab von der Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Massenkultur nichts anderes als Sektierertum, "in-group-Bewußtsein der Linken".

Die proletarische Kulturtätigkeit

Wir haben bewußt der bürgerlichen Kultur den Begriff der proletarischen Kulturtätigkeit entgegengesetzt. Dies, um deutlich zu machen, daß im Gegensatz zur Kultur der Bourgeoisie die proletarische Kultur nicht eine Sache besonderer Kulturspezialisten, Berufskünstler usw. ist, sondern eine Sache der Tätigkeit der Arbeiterklasse und der mit ihr verbundenen Volksmassen. Die proletarische Kultur kann sich nur im Zusammenhang des politischen Kampfes der Arbeiterklasse entwickeln, und es ist überhaupt kein Zufall, daß die Zeugnisse proletarischer Kultur großteils entstanden sind in Zeiten des entwickelten Klassenkampfes, in Zeiten, wo das Proletariat eine Führung hat, wo die Kommunistische Partei das Proletariat führt. Selbst wenn ein Großteil der proletarischen Kulturtätigkeiten nicht unmittelbar von der Kommunistischen Partei initiiert und angeleitet werden, so ist doch die Existenz der Kommunistischen Partei ideologische und materielle Bedingung einer breiten Kulturtätigkeit der Arbeiterklasse und der Volksmassen auf der Grundlage der revolutionären Ziele der Arbeiterklasse. Denn der politische revolutionäre Kampf der Arbeiterklasse schafft erst den Raum und die Mittel für die proletarischen Kulturtätigkeiten.
Es gilt jedoch auch, einigen dogmatischen Schlußfolgerungen aus dem Begriff der proletarischen Kulturtätigkeit zu widersprechen. Eine häufige Auseinandersetzung in den Liedergruppen geht um die Frage: Ist das Lied auch so einfach, daß man es sofort massenhaft mitsingen kann, oder sind unsere Sachen so, daß jeder ohne Vorbildung gleich mitmachen kann. Richtig an der Fragestellung ist, daß wir solche populären Kampflieder brauchen, falsch ist es, wenn das Argument zu einer Verengung des Umfangs und der Qualität der möglichen Äußerungsformen führt. Und es kann dazu führen, überhaupt die Fähigkeiten des Proletariats als sehr beschränkt anzusehen, sowohl was das Machen als auch was das Aufnehmen betrifft. Dies wird durch die Wirklichkeit widerlegt. Man muß sich nur einmal die Lieder von bestehenden Arbeiterchören anhören, die vielleicht oft nicht sehr revolutionär sind, aber, was den Schwierigkeitsgrad betrifft, große Leistungen auf die Bühne bringen. Richtig ist, daß unsere Kulturtätigkeiten auf revolutionäre Tätigkeiten der Massen gerichtet sein müssen. Das aber ist im wesentlichen eine inhaltliche, eine politische Frage, nicht aber die Frage, ob alles nur gemeinsam und nur zum Mitsingen gemacht wird.

Die Grundlage für die Erarbeitung proletarischer Kunstwerke höheren Niveaus ist die Verbreitung der proletarischen Kulturtätigkeit in den Massen. Dies Verhältnis hat Mao Tsetung ausführlich dargestellt in seinen Reden über Kunst und Literatur in Yenan unter den Begriffen Popularisierung und Niveauanhebung. Die Popularisierung der proletarischen Kultur muß in den Einheiten der kommunistischen Organisationen selbst beginnen. Daß diese Aufgaben der bestehenden politischen Arbeit den Kommunisten keineswegs fremd sind, kann man am Beispiel der Betriebszeitungen sehen, wo allgemein große Fortschritte gemacht worden sind, sie sorgfältig und ansprechend zu gestalten. So ein schlampiges Flugblatt nämlich, wie sie früher oft und heute noch von Sponti-Gruppen gemacht werden, ist keineswegs geeignet, das Bewußtsein der Arbeiter, daß sie die führende revolutionäre Klasse in der Gesellschaft sind, zu stärken. Ein schlampiges Flugblatt entspricht einer ganz und gar bürgerlichen Linie, die nur das Vorurteil bestärkt, welches die Bourgeoisie verbreitet, daß die Arbeiterklasse selbständig nichts zustande bringt als Ausschuß.
Dagegen muß jede Betriebszeitung auch schon äußerlich zum Ausdruck bringen, daß die Arbeiterklasse die führen-

de Kraft ist, die ihre Kultur entwickelt gemäß ihren revolutionären Zielen für die ganze Gesellschaft. Ganz selbstverständlich erfüllen die Zellen diese Aufgabe, wenn sie ihre Betriebszeitungen herstellen, und das gilt für alle Mittel von Agitation und Propaganda. Diese einfachen Tatsachen gilt es ins Bewußtsein zu bringen, damit klar ist, daß diejenigen, die mit besonderen politischen Aufgaben der Kulturarbeit betraut sind, keineswegs die alleinigen Keimzellen der proletarischen Kultur sind, die das proletarische "Kulturgut" gepachtet haben, und daß die proletarische Kulturtätigkeit sich tatsächlich im Zusammenhang der politischen Tätigkeiten der Arbeiterklasse entfaltet. Zugleich aber ist festzuhalten, daß die Organisierung selbständiger proletarischer Kulturtätigkeiten auch ein besonderes Instrument der politischen Propaganda ist, das als besondere Aufgabe organisiert werden muß. Erfahrungen haben wir insbesondere mit Sing- und Theatergruppen gemacht, die einerseits direkt die politischen Tätigkeiten des KBW unterstützen, andererseits sich selbständige Aufgaben stellen. Sie haben große Möglichkeiten, die proletarische Kultur zu entwickeln, das Niveau der Kulturtätigkeit zu erhöhen und die proletarische Kultur und damit die proletarische Ideologie unter den Massen zu verbreiten. Diese Gruppen sind geeignet, fortschrittliche Menschen über die künstlerische Tätigkeit im Dienste des Volkes und des proletarischen Klassenkampfes an die politische Arbeit heranzuführen. Und sie sind geeignet, fortschrittliche Künstler für die politische Arbeit im Dienste des Proletariats zu gewinnen und ihre besonderen Fähigkeiten für die proletarische Revolution zu benutzen und durch die Kritik der Massen zu fördern.

Für den Aufbau solcher Kulturgruppen haben wir die Erfahrung gemacht, daß dazu ein Kern von Genossen aus dem KBW und den kommunistischen Massenorganisationen nötig ist, die die Linie des KBW vertreten können und Fähigkeiten haben, sie in der Kulturtätigkeit umzusetzen. Und daß diese Gruppen offen sein sollen für alle, die an einer bestimmten Aufgabe mitwirken wollen. Dabei gilt es die Aufgaben auf der Linie des Programms der Kommunisten zu bestimmen durch politische Überzeugungsarbeit. Nicht geeignet ist es, Programm und Statut des KBW zur Voraussetzung der Arbeit in diesen Gruppen zu machen, wohl aber ist es notwendig, daß jede Aufgabe, für die fortschrittliche Menschen zu gewinnen sind, auf der Linie des Programms des KBW bestimmt wird. Politische Überzeugungsarbeit ist die Grundlage für die Tätigkeiten in der Kulturarbeit, und sie wird erfolgreich sein, weil sie der Zweck dieser Tätigkeiten ist.

–bb.–

Zu einigen Problemen bei der Organisierung einer kommunistischen Linie in der Kulturarbeit*

Inhalt

Einleitung
Teil I: Die revolutionäre Kulturfront ist ein wichtiger Bestandteil der allgemeinen ideologischen Front gegen das Kapital.
a) Die "Massenkultur" im Kapitalismus
b) Die "höhere" bürgerliche Kultur
c) Das Verständnis von Kunst und das Interesse an Kunst.
d) Die revolutionäre Kunst und Kultur wendet sich an die Massen der Arbeiterklasse und des Volkes und wird von ihnen getragen.

Teil II: Agitation und Propaganda
a) Die agitatorische und propagandistische Macht des Bildes.

Teil III: Einiges zur Zielrichtung sozialistischer Kunstproduktion – Antizipation als sozialistisch-realistische Methode.

Teil IV: Verhältnis von Popularisierung und Niveauhebung.

Teil V: Die Parteilichkeit des Künstlers und das Primat der Politik.

Teil VI: Zur Kritik einiger Kritiker der Pop-Kultur.

*In diesem Referat wird noch **nicht** Stellung bezogen: zur Arbeit in den Berufsverbänden der Kulturproduzenten; zur "Gewerkschaftsdiskussion" unter den Kulturfachleuten; zur sogenannten "Reproduktionsfrage" kommunistischer Künstler; zur Entwicklung von Kunst und Kultur in sozialistischen und ehemals sozialistischen Staaten. Praktische organisatorische Konsequenzen werden **positiv** noch nicht gezogen. Eine Kritik von DKP-Kulturpositionen wird nicht ausführlich geleistet. Sie müßte aus den hier positiv entwickelten Programmpunkten abgeleitet werden.

Nach meinen bisherigen Erfahrungen gibt es nicht wenige, die der Ansicht sind, daß die Entwicklung einer revolutionären Kulturfront ein an sich überflüssiger Pudding zu den gewichtigeren Gängen des großen Klassenkampfmahles sei. Den man eben wegläßt, wenn es "ernst" wird. Der Klassenkampf ist aber keine Hauerei, sondern eine vielgestaltige und komplizierte Auseinandersetzung zwischen den Klassen. "Wenn es nicht einmal eine Literatur und Kunst im weitesten, allgemeinsten Sinne des Wortes gibt, dann kann die revolutionäre Bewegung nicht vorwärtsschreiten, kann sie nicht siegen." (Mao, Ausgewählte Werke Bd.III, S.96)

Die Funktion von "Kultur überhaupt" ist, daß sie einen nicht unwesentlichen Teil der ideologischen Front, entweder für die herrschende oder die unterdrückte Klasse darstellt. In der klassengespaltenen Gesellschaft trägt **jede** Erscheinungsform der Kultur (1) Klassencharakter.

Und wenn der Kampf gegen die bürgerliche Kultur, gegen ihre rückschrittlichen, zersetzenden und das Proletariat hemmenden Elemente nicht begonnen wird, wird sie ein ständiges Einfallstor bürgerlicher Ideen in das Proletariat sein. Mit Folgen für die politische Handlungsfähigkeit der Arbeiterklasse. Ohne Zweifel sind ein revolutionärer Film, ein revolutionäres Bild, Theaterstück, Gedicht, Lied usw. nicht erforderlich beim **Akt** der politischen Machteroberung des Proletariats. Um aber diesen Vorgang herbeizuführen, den politischen Willen der Arbeiterklasse und des Volkes dahin zu entwickeln, ist es erforderlich, den Kampf an der ideologischen Front wirklich "umfassend und offensiv" zu führen, nicht nur in Resolutionen.

In der kapitalistischen Gesellschaft existiert die revolutionäre Kultur in Form von "Elementen" (2), deren Grad der Entwicklung ganz davon abhängt, wieweit die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse und des Volkes diesen Prozeß vorantreiben und programmatische Klarheit in diesen Fragen gewinnen. Auch hier entscheidet die subjektive Seite der Bewegung, der Stand der politischen Bewußtsein der Volksmassen darüber, ob die Bourgeoisie ihre Vormachtstellung an der kulturellen Front behauptet oder nicht.

I. Die revolutionäre Kulturfront ist ein wichtiger Bestandteil der allgemeinen ideologischen Front gegen das Kapital.

Obwohl das **qualitative** Niveau der Entwicklung der ideologischen Offensive an der "kulturellen Front" in gewisser Hinsicht davon abhängt, daß Kräfte aus der "künstlerischen Intelligenz" gewonnen werden, leitet sich ihre **Notwendigkeit** jedoch nicht davon ab, ob bereits "Massen von Kulturproduzenten" zu organisieren sind. Deshalb ist es auch meines Erachtens falsch zu sagen, "eines Tages, wenn die GUV's (3) weit genug entwickelt sind, wird es sicher auch Sektionen geben, die sich dieser Arbeit annehmen". Diese mir schon öfter zu Ohren gekommene Auffassung, schiebt nicht nur ein zu lösendes Problem bequemlichkeitshalber auf die lange Bank, hier wird auch die weitere Entwicklung der ideologischen Offensive der Kommunisten von einer organisationsbornierten Frage abhängig gemacht. Der Stand der organisatorischen Möglichkeiten hängt jedoch umgekehrt davon ab, wie die Entwicklung der Kulturfront, als Bestandteil der allgemeinen ideologischen Front, vorangeht.

Die erste Auffassung ist gleichbedeutend mit der Vorstellung, die Kommunisten könnten erst dann gegenüber der Bourgeoisie ideologisch in der Offensive sein, wenn wirklich bereits "genügend" Arbeiter organisiert seien. An diesem Beispiel wird sichtbar, wie falsch die Meinungen sind, die das Problem auf ein organisatorisches reduzieren wollen. Tatsache ist, daß die Kommunisten bereits an der allgemeinen ideologischen Front in der Offensive sind:

"An der ideologischen Front, im Kampf um die öffentliche Meinung hat der Klassenkampf schon die Form der offenen Auseinandersetzung angenommen. Die Kräfte der Arbeiterklasse, die diesen Kampf schon aktiv führen, sind zahlenmäßig noch gering. Im Gegensatz zu den Kräften der Bourgeoisie werden die Kräfte der Revolution an dieser Front jedoch stärker, sie entwickeln sich von klein zu groß. (. . .) Es besteht kein Zweifel: An der ideologischen Front sind die Marxisten-Leninisten schon in der Offensive und werden diese Offensive erfolgreich fortsetzen können." (J.Schmierer, Kommunismus und Klassenkampf Nr.1/73, S.16)

Natürlich ist ohne organisatorische Grundlage eine kommunistische Kulturarbeit, die die öffentliche Meinung für den Sturz der Bourgeoisherrschaft erweitert und festigt, auf Dauer undenkbar. Das wird nicht bestritten. Bestritten wird, daß

1. sich die **Notwendigkeit** einer kommunistischen Kulturarbeit aus dem Vorhandensein zu organisierender Kulturproduzenten ableitet, und
2. dadurch ihre **Durchführung** als ein rein organisatorisch-technisches Problem gesehen wird.

Gesagt wird dagegen, daß es sich bei der Entwicklung einer kommunistischen Kulturarbeit um ein **politisches** Problem handelt, dessen Klärung von der Klärung der **Bedingungen** und der **Aufgaben** dieser Kulturarbeit abhängt. Das organisatorische Problem ist **insofern** von untergeordneter Bedeutung. (Dies darf nicht dahingehend mißverstanden werden, daß ich hier eine **Gegensätzlichkeit** beider Seiten behaupte.)

Über organisatorische "Vielfalt", die dann eigentlich die politische Verwirrung ausdrückte, die unter den kommunistischen Kulturproduzenten herrschte, hatte man in den

(1) Hier ist in erster Linie von den **offensivhandhabbaren** "Instrumenten" der Kultur, wie z. B. Film, Fernsehen, Rundfunk, Fotografie, Bildende Kunst, Literatur, Theater, Musik usw. die Rede. Der Begriff 'Kultur' umfaß eigentlich die **Gesamtheit** des Standes der menschlichen Lebensäußerungen in den verschiedenen Gesellschaftsformationen. Deshalb ist es auch streng genommen falsch, von revolutionärer "Kulturarbeit" zu reden. Das ist etwas, was natürlich erst im Sozialismus möglich ist, denn es setzt die **direkte** Beeinflussungsmöglichkeit sämtlicher Gesellschaftsbereiche voraus. Da jedoch zur Zeit kein Begriff zur Verfügung steht, der allgemein "eingeführter" oder verständlicher wäre und davon nicht die politische Linie in dieser Frage abhängt, wird er vorerst weiter benutzt.

(2) Vgl. dazu auch Lenins Theorie von den zwei Kulturen in jeder nationalen Kultur. Lenin Werke, Band 20, Seite 8

(3) GUV = Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe. Massenorganisation des KBW

20er Jahren versucht, die Probleme revolutionärer Kulturarbeit zu lösen. Vor Gründung des **"Bundes revolutionärer bildender Künstler Deutschlands"** (BRBKD) im Jahre 1928, also eines "revolutionären **Fachverbandes**", gründeten sich praktisch für jede Kunstsparte eigene Verbände: "Kurz bevor der Bund gegründet wurde, entstanden in Deutschland auch andere Kulturorganisationen anderer Kunstgattungen: der revolutionären Schriftsteller, Musiker, Theaterleute usw. (. . .) Trotz der Verschiedenheit der Kunstgattung hatten alle künstlerischen Kulturorganisationen einen gemeinsamen Punkt, nämlich: nicht eine dieser Organisationen besaß ein schöpferisches Kulturprogramm. In bezug auf die Kunst herrschte ein theoretisches Durcheinander und ein Aneinandervorbeireden." (Alex Keil, Fünf Jahre Kampf um die revolutionäre bildende Kunst in Deutschland, Isskustow, Moskau 1933; A.Keil, ungarischer Künstler und Mitgebründer der ASSO)

Wir müssen uns also über Bedingungen und Aufgaben revolutionärer Kulturarbeit klarwerden und können **dann** hieraus Konsequenzen in organisatorischer Hinsicht ziehen.
Um den logischen Zusammenhang meiner weiteren Ausführungen herzustellen, muß ich hier noch einmal auf Erscheinungsformen, Wirkungsmechanismen und Wesen bürgerlicher Kultur eingehen, obgleich viele der hier Anwesenden sich da auskennen werden:

a) Die "Massenkultur" im Kapitalismus

Die geknechteten und ausgebeuteten Individuen in der Klassengesellschaft werden durch die kapitalistische Profitproduktion in ihrer **Bedürfnisstruktur** fremdbestimmt. Sie sind nicht Herr über ihren täglichen Lebens- und Arbeitsprozeß, indem sie ihn nicht kontrollieren und bewußt gestalten können. Insofern sind sie von ihren "ökonomischen Potenzen" (Marx), d. h. ihren schöpferischen Fähigkeiten **entfremdet.** Das führt dazu, daß sie in ihrer freien Zeit außerhalb des Arbeitsprozesses, nach Zerstreuung und Unterhaltung, d. h. in Wirklichkeit nach Ablenkung und **passiver** "Beschäftigung" suchen. Weil sonst, wie viele Arbeiter sagen, die "tägliche Klapsmühle in der Fabrik" nicht ertragen wird. Die Zerstreuung und Erholung in der freien Zeit dient in der Regel also weniger der allseitigen Entwicklung der schöpferischen Kräfte des Einzelnen, sondern dient einem "Vergessen" der Unterdrückung und Ausbeutung während der Arbeitszeit. Diesen "naturwüchsig" aus der kapitalistischen Profitproduktion entstehenden Bedürfnissen kommt die bürgerliche Kulturindustrie mit ihren Produkten ebenso "spontan" und "naturwüchsig" entgegen. Es wird das auf den Markt geworfen, was eben die Leute kaufen, was ihre Bedürfnisse oberflächlich befriedigt und was gleichzeitig den Kapitalisten neue Profitchancen eröffnet. Hier wird genausowenig oder soviel "geplant" wie in der übrigen kapitalistischen Wirtschaft auch. Damit will ich sagen, daß bürgerliche Kultur nicht in einer lebendigen Wechselbeziehung zum gesellschaftlichen Prozeß herausgebildet wird (oder gar verändernd in ihn eingreift), sondern als eine Ware unter anderen produziert wird. In diesem Punkt folge ich der Analyse von Gabriele Ricke, die in ihrer Untersuchung über die 'ARBEITER-ILLUSTRIERTE-ZEITUNG' der 20er Jahre schreibt:

"Daher wird bürgerliche Kultur auch nicht *primär* nach dem Gebrauchswert beurteilt, den sie für die einzelnen Individuen haben könnte, sondern einerseits nach ihrem *Tauschwert auf dem Markt*, dem Profit, den sie einbringt, andererseits (und zwar an zweiter Stelle, der Verf.) nach ihrer *Verwertbarkeit als Mittel*, die bürgerliche Klassenherrschaft zu legitimieren und sie in den Köpfen der Individuen als natürliche Ordnung erscheinen zu lassen." (4)
Das heißt, wir haben es mit zwei wesentlichen Komponenten bei der Beurteilung bürgerlicher Kulturprodukte zu tun, von denen die hauptsächliche, vom **Standpunkt der Kapitalisten** gesehen, die Verwertbarkeit ihrer Produkte in Richtung Profit ist. Das ändert natürlich nichts daran, daß die zweite Komponente, das ideologisch stabilisierende Moment, in diesen Produkten tatsächlich vorhanden ist.

Wieland Herzfelde hat diesen Zusammenhang in seinem Aufsatz "Gesellschaft, Künstler und Kommunismus" bereits am Beispiel der Schundliteratur richtig erklärt:
"Die Schund- und Konjunktur-Schreiber verfügen, gerade weil es ihnen meist auf nichts anderes ankommt, *als gekauft zu werden*, über eine erstaunliche psychologische Anpassungs- und Einfühlungsfähigkeit und vor allem über die sehr bejahenswerte Kraft, ihre Privatpersonen und ihre subjektiven Weltprobleme aus dem Spiel zu lassen. Das ist reinste Fabrikarbeit, vielleicht darum gegenwärtig die einzige Kunst für die Massen. Dennoch ist diese Produktion unproletarisch, ja auch ausgesprochen *proletarierfeindlich.* (. . .) Diese inoffizielle Volkskunst lebt vom Bedürfnis der Arbeitenden nach des Lebens Buntheit und Mannigfaltigkeit. Solange dies Bedürfnis real unbefriedigt bleibt, wird diese 'Schundliteratur' unausrottbar sein . . ." (5)

Die Massenprodukte des bürgerlichen Kulturbetriebes unterliegen der industriellen Produktionsweise wie andere Massenprodukte auch. Sie werden nicht vor ihrer Herstellung danach sortiert, ob sie auch nun ideologisch im Sinne des Kapitals sind. Sie werden danach sortiert, ob sie im Sinne des materiellen Profits für das Kapital sind. Der **ideologische** Profit tritt hinter den Erwägungen des **materiellen** Profits zurück. So kann es kommen, daß sich im bürgerlichen Kulturbetrieb der sogenannten "Massenkultur" höchst widersprüchliche, ja einander direkt entgegengesetzte, zum Teil sogar revolutionäre Elemente breit machen. Profitmaximierung ist das oberste aller Gesetze kapitalistischer Produktion, das über die Erhaltung eines Kapitalisten als Kapitalisten entscheidet. Das ist auch der Grund, warum bürgerliche Verlage marxistische Schriften publizieren, der Suhrkamp Verlag versucht beispielsweise aus den Brecht-Ausgaben Riesenprofite zu ziehen (das jüngste Beispiel ist das "Brecht-Arbeitsjournal"), und eine Firma wie CBS bringt Platten von Biermann auf den Markt. Lenin zog aus diesen Verhältnissen die Erkenntnis, daß der Kapitalist noch "den Strick verkauft, an dem er aufgehängt wird". Wenn wir in der gegenwärtigen ökonomischen und politischen Phase des Kapitalismus in Westdeutschland behaupten, es gäbe eine Art **zentraler Leitstelle** für kapitalistische Agitation und Propaganda im Kulturbereich, die in alle Bereiche der Kultur lenkend und initiierend eingriffe, verbauen wir uns die Erkenntnis der

(4) Gabriele Ricke, Die Arbeiter-Illustrierte-Zeitung, Hannover 1974, Seite 39/40. Im folgenden zitiert: Ricke, Die AIZ
(5) Wieland Herzfelde, Gesellschaft, Künstler und Kommunismus. Abgedruckt in "Facit", Reihe 4, Köln 1970, Seite 94/95. Im folgenden zitiert: Herzfelde, Gesellschaft, Künstler . . .

wahren Zusammenhänge. Wir würden damit auch nicht in der Lage sein, die Erfolge und die Massenbasis verschiedener Erscheinungen kapitalistischer Massenkultur zu erklären und damit richtig zu bekämpfen.

Im Gegenteil, die Bourgeoisie brüstet sich zur Zeit noch viel und gern mit der "Vielseitigkeit" im Kulturbetrieb. Geplant wird hier vom ideologischen Gesichtspunkt her lediglich in den Rundfunk- und Fernsehstationen des "öffentlichen Rechts", den Kulturredaktionen der Zeitungen und den Kulturämtern der Städte und Gemeinden, die Einfluß nehmen auf Theater-, Konzert- und Kunsthallenprogramme. In diesen Bereichen spielt der Einfluß der politischen Parteien und die ideologisch eintrainierte Selbstzensur der Bediensteten eine Rolle (selbst hier existieren aber noch widersprüchliche Tendenzen). Wir dürfen nicht den Fehler begehen, anzunehmen, daß **jede** Erscheinung auf dem kapitalistischen Kulturmarkt, entsprechend der wirtschaftlichen und politischen Lage von den Kapitalisten initiiert, produziert und gesteuert würde. Eine solche zentrale Lenkung gab es bisher nur im Faschismus. Durch das Reichspropagandaministerium wurde auch noch das scheinbar oberflächlichste Unterhaltungsprodukt bewußt kontrolliert und eingesetzt. Ich meine, wir dürfen uns bei der Einschätzung von Erscheinungen kapitalistischer Massenkultur nicht zu Fehlern hinreißen lassen, nur weil man vielleicht enttäuscht darüber ist, daß sie bei den Massen noch entschieden besser ankommen, als die Ideen des Kommunismus. (6)

b) Die "höhere" bürgerliche Kultur

Nicht den gleichen Voraussetzungen und Entstehungsbedingungen unterliegen die sogenannten "höheren Produkte und Werte" bürgerlicher Kultur.
Hier handelt es sich in der Regel um Produkte, die in handwerklichen Produktionsweisen durch Einzelne entstehen. Sie unterliegen nicht den Marktbedingungen der industriellen Massenprodukte. Sie dienen nicht dem "seichten Konsum der Massen", sondern der Selbstbeweihräucherung einer selbsternannten "Elite", und sollen dem bürgerlichen Bewußtsein gewisse "Ewigkeitswerte" abringen. Deshalb steht auch bei diesen Produkten die **Ideologie** des bürgerlichen Kulturbetriebes an oberster Stelle. Deshalb hat auch diese Sparte des herrschenden Kulturbetriebes ihre hauptamtlichen Chefideologen, die Kunstkritiker, die sorgsam darüber wachen, daß nur der Künstler protegiert wird, der ihren ästhetischen Normen und Kategorien entspricht. Nur ein solchermaßen hochgelobter Künstler hat die Chance, unter die Fittiche der Galeristen genommen zu werden und an das "große Geld" zu kommen. Zwar hat auch der Bereich der Massenkultur ihre speziellen Propagandisten in den Pop-Zeitschriften, Radio- und Fernsehstationen, doch der Prozeß verläuft hier umgekehrt: Diese Leute sind nur "Besprecher" und Propagandisten dessen, was schon auf dem Markt als Produkt **eingeführt** ist. Die Maxime "Hauptsache Profit" macht sie zu Kommentatoren, während die Kunstkritiker der Feuilletonspalten Wächtern gleichen, die giftig darüber wachen, daß auch gar keine schwarzen Schafe in das Walhalla bürgerlichen Geniekults eindringen.

Natürlich dürfen die oppositionellen Künstler schon gelegentlich ausstellen. Das ist man dem ständig propagierten "Pluralismus der gesellschaftlichen Kräfte" schuldig. Jüngstes Beispiel ist die Ausstellung "Aspekte der engagierten Kunst". Hier wirft sich der bürgerliche Kulturbetrieb in Gestalt von Gottfried Sello, Kunstkritiker der "Zeit" (7), in die Pose des gnädigen "Demokraten": "Kunst verhunzt" heißt zwar sein Fazit der Ausstellung und "Politik aber keine Kunst", aber man ist ja schließlich nicht so diktatorisch wie in der "kommunistischen" DDR und verbietet alles. Gelegentlich findet man sogar einiges Positive an einem kommunistischen Künstler, wenn man beispielsweise wie bei Brecht feststellt, daß Brecht **trotz** seines kommunistischen Standpunktes ein Literat mit guten "formalen Qualitäten" sei, wenn von einigen "parteidogmatischen Verfehlungen" abgesehen wird.
Künstler wie Beuys, Wunderlich, Warhol, Mack usw. werden aufgrund ihrer Ideologie, ihrer Masche, vom Kunstmarkt anerkannt, finanziert und verkauft. Dabei werden die Preise ihrer Werke in schwindelerregende Höhen getrieben. Selbst der Preis erfüllt hier noch eine ideologische Funktion, nach dem Motto: Nur teure Kunst ist gute Kunst oder je teurer desto repräsentativer.

Der hohe Preis und die Tatsache, daß nur einige "Auserwählte" von Kunstkritikern und Galerien auf den Markt gelassen werden, bürgt gleichzeitig dafür, daß "hohe Kunst" auch rare Kunst bleibt. Denn nichts ist mehr für seine Käufer ein Stück der Repräsentation, was als billige Massenware dem "Pöbel" zugänglich ist. Das Zeitalter der "technischen Reproduzierbarkeit der Kunstwerke" (8) hat daran bisher nichts geändert. Es hat nur dazu geführt, daß der bürgerliche Kulturbetrieb in **zwei** Märkte aufgesplittert ist, der eine liefert die "Spreu" fürs Volk, der andere den "Weizen" für die Bourgeoisie.
Der einzelne Künstler ist dabei derart von dem Wohlwollen der Kritiker und der Galeristen abhängig, daß praktisch ein Fingerzeig dieser Kunstverwalter genügt, um ihn in totales materielles Elend fallen zu lassen. Falls er aus diesem überhaupt herausgekommen ist, denn nur ca. 3 % aller Künstler erhalten die an lauter Zufälle gebundene Chance, zur erlauchten Kulturcreme aufzusteigen.
Weitere 5 % sind in der Lage, von ihrer Kunst halbwegs gut zu existieren. Der Rest von 92 % kann sich kaum ein halbes Brot vom Erlös seiner Kunstwerke kaufen und ist vom Unterhalt anderer oder Zweitberufen abhängig.

c) Das Verständnis von Kunst und das Interesse an Kunst

Die Spaltung der bürgerlichen Kultur in zwei nebeneinander herlaufende Bereiche im Laufe der Entwicklung der

(6) Zur Bedeutung dieser Darstellung für die kulturtheoretischen Äußerungen der Kommunisten am Beispiel der Einschätzung der Pop-Kultur vgl. Abschnitt VI "Zur Kritik einiger Kritiker der Pop-Kultur".
(7) Vgl. Gottfried Sello, Kunst verhunzt. In: "Die Zeit" vom 27. September 1974, Seite 22
(8) Vgl. zu dieser Problematik:
Walter Benjamin, Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit. Frankfurt 1963.
Benjamin neigt dazu, den neuen technischen Mitteln wie Filme usw. **als solchen** emanzipatorische Qualität zuzusprechen, ohne klar herauszuarbeiten, daß die Entfaltung der in den technischen Mitteln steckenden Möglichkeiten von der **Art** ihrer Verwendung abhängt.

bürgerlichen Gesellschaft hat es mit sich gebracht, daß auch das Verständnis von kulturellen, künstlerischen Produktionen gespalten ist. Während der mit dem Bildungsgut der Bourgeoisie befrachtete Intellektuelle in der Regel naserümpfend und abfällig grinsend auf die Produkte der sogenannten "Massenkultur" herabschaut, schüttelt der Konsument eben dieser Produkte über die "Spinnereien der höheren Kultur" (9) den Kopf.

Die "höhere bürgerliche Kultur" ist seit mehr als 50 Jahren (mit dem völligen Verenden des historisch fortschrittlichen bürgerlichen Naturalismus) nicht mehr in der Lage, noch irgendwelche plausiblen und in allgemein verständlicher Form vorgetragenen Erkenntnisse über die gesellschaftlichen Verhältnisse zu vermitteln. Die Folge davon ist erstmal das fast völlige Erlöschen von Interesse an dieser Kunst bei den Massen. Das heißt aber nicht, daß das Interesse an Kunst überhaupt erloschen wäre. So etwas ähnliches behaupten die Verteidiger gehobener Kulturbereiche, wenn sie feststellen: "Das Volk ist eben noch zu dumm dafür!" Die Massen finden Befriedigung ihrer Bedürfnisse an Kultur in der Hinwendung zu Produkten, die in oberflächlicher Manier an Kunstformen anknüpfen, die teilweise bis in die Renaissance zurückreichen. Auf andere Kunstformen als das Bild trifft das jeweils in anderer Weise zu, prinzipiell besteht da aber kein Unterschied. Als Beispiele für das Bild seien hier Produkte der Kaufhauskunst, des Comic-strips (10), Poster usw. genannt.

Dies ist das Ergebnis eines Prozesses, der sich im Laufe der Entwicklung des Kapitalismus auf der Basis der Teilung der Arbeit in geistige und körperliche, naturwüchsig durchgesetzt hat. Die Kunst war zur Zeit der Renaissance beispielsweise noch nicht in eine für die Massen und in eine andere für die Elite aufgespalten. Die Kunst war Repräsentationsobjekt **gegenüber** den Massen und gleichzeitig Vergnügen für die Herrschenden. Heute ist sie in erster Linie Repräsentation gegenüber den "gebildeten" Mittelschichten. Die Bourgeoisie findet Repräsentation, Selbstdarstellung und Machtanspruch gegenüber den Massen in wirksameren Medien wie Fernsehen und Funk. Aber auch innerhalb dieser Medien setzt sich die Spaltung des bürgerlichen Kulturbetriebes ebenso durch. Es gibt Sendungen für die Massen und schwerer verständliche für die "Gebildeten". Ein Konsens des Begreifens von Kulturproduktion durch alle gesellschaftlichen Schichten hindurch, ist in der bürgerlichen Kultur unserer Tage restlos zerstört und kann auch von ihr nicht wieder hergestellt werden. Der gehobene bürgerliche Kulturbetrieb ist "wie ein Elektrizitätswerk, das sich nur selber Strom liefert" (M.Walser).

d) Die revolutionäre Kunst und Kultur wendet sich an die Massen der Arbeiterklasse und des Volkes und wird von ihnen getragen. Sie ist Bestandteil der ideologischen Front gegen das Kapital.

Die Errichtung einer revolutionären Kulturfront zielt darauf, den ideologisch stabilisierenden Faktor bürgerlicher Kultur weitgehend zu neutralisieren und die Elemente fortschrittlicher und sozialistischer Kultur zu entwickeln. Die revolutionäre Kultur ist keine wie auch immer geartete "Beigabe" des Klassenkampfes und der Politik der Kommunisten. Sie ist notwendiger Bestandteil der Offensive der Marxisten-Leninisten an der ideologischen Front. Andernfalls bleibt die Forderung, "den ideologischen Kampf offensiv auf allen Ebenen zu führen", eine abstrakte Phrase.

"Die revolutionäre Kultur ist für die breiten Volksmassen eine machtvolle Waffe der Revolution. Vor der Revolution ist sie eine ideologische Vorbereitung für die Revolution; während der Revolution ist sie ein notwendiger und wichtiger Frontabschnitt innerhalb der allgemeinen revolutionären Front." So charakterisiert Mao Tse-tung in "Über die Neue Demokratie" (11) die Bedeutung revolutionärer Kultur.

Die Massen der Arbeiterklasse sind, wie ich schon gezeigt habe, tagtäglich einer Flut von Produkten kapitalistischer Kulturindustrie und damit einer Flut bürgerlicher Ideologie ausgesetzt. Die Arbeiterklasse hat eine über hunderjährige Tradition von Siegen und Niederlagen, wobei die Erinnerung an die Niederlagen die an die Siege überlagert oder fast völlig verdrängt hat. Sie hat außerdem heute kein klares Bild davon, was der Kommunismus ist. Diese Tatsachen machen es besonders schwer, die Ideen des Kommunismus zu verbreiten und in den Massen zu verankern.

"Die Kommunisten zeigen der gesamten übrigen werktätigen und ausgebeuteten Masse die Hoffnungslosigkeit ihrer Lage in der kapitalistischen Gesellschaft und die Notwendigkeit der sozialen Revolution für ihre eigene Befreiung vom Joch des Kapitals." (Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW), S.18/19) Ausgehend von dieser strategischen Leitlinie müssen wir die Aufgaben revolutionärer Kultur bestimmen. Die Erkenntnis der wahren Zusammenhänge in unserer Gesellschaft weckt zweifellos an allererster Stelle die Fähigkeit zu politisch mobilisierender Arbeit. Eine Hauptstoßrichtung revolutionärer Kunst muß deshalb darin liegen, diese Zusammenhänge bloßzustellen. Den Weg zur Veränderung dieser Zustände zu zeigen, ist ein leicht daraus folgendes Produkt. ". . . es ist unendlich viel schwerer und geschieht daher viel seltener, die Bourgeoisie und ihr System so nackt, so eindeutig, zwingend und unwiderlegbar, so deutlich, jedem verständlich und wahrnehmbar zu demaskieren, daß ein jeder sie erkennt als das, was sie ist." (12)

(9) Der Verfall der bürgerlichen Kunst aus einer ehemals historisch fortschrittlichen, revolutionären in eine sich überwiegend auf formale Probleme, auf "Formenrevolutionen" zurückziehende Kunst ist vergleichbar mit dem Niedergang der klassischen bürgerlichen Nationalökonomie, die sich bereits vor dem Niedergang der Kunst aus einer fortschrittlichen, kritisch-revolutionären Wissenschaft in eine formalisierende, rein apologetische Wissenschaft verwandelt hat. Wenn hier von "Spinnereien der höheren Kultur" die Rede ist, so ist damit gemeint, daß ihre Produkte, sofern die Arbeiter überhaupt mit ihnen in Berührung kommen, bei ihnen zu Recht großenteils völliges Unverständnis hervorrufen. Das Chaotische in der modernen bürgerlichen Kunst ist ein ideologischer Reflex auf die chaotischen bürgerlichen Produktionsverhältnisse.

(10) Der Comic-Strip ist nur als industriell ausgenutztes **Massenprodukt** eine "typisch" kapitalistische Erscheinung; als Mittel der Vermittlung von Information durch die Kombination von Text und Bild existierten Comic-Strip-ähnliche Formen schon lange vorher. Die um 1300 entstandene "Biblia Pauperum" (= Armenbibel) ist vollständig auf die lebendige Kombination von Text und Bild in Comic-ähnlicher Form aufgebaut. Eine 1414 im Kloster Metten entstandene Handschrift hat sogar schon eine klare Aufteilung in Bildfelder, wie sie heute in Comics üblich ist. Man sollte sich also bei der "Einschätzung" von Erscheinungsformen kapitalistischer Massenkultur davor hüten, allzu leichtfertig in Bausch und Bogen ein bequemes Verdammungsurteil auszusprechen.

(11) Mao Tsetung, Über die Neue Demokratie, Werke Band II, Seite 446

(12) Herzfelde, Gesellschaft, Künstler . . . Seite 107

Die zwei Bereiche **bürgerlicher** Kultur wirken wie zwei feindliche Brüder und täuschen so die Massen. Sie sind in einem entscheidenden Punkt immer einig: in ihrer Gegnerschaft zu den Interessen des Proletariats. Eine revolutionäre Kultur kann den breiten Massen nur dienen, wenn sie die Zweigeteiltheit des herrschenden Kulturbetriebes durchbricht. In den historischen Zielen des Proletariats sind die Interessen aller Teile des Volkes aufgehoben. Das Proletariat ist damit auch der einzige Garant des kulturellen Fortschritts. Die Aufhebung der Zweigeteiltheit des bürgerlichen Kulturbetriebes in der revolutionären Kultur vom Standpunkt des Proletariats aus, ist ihr eigentlich sprengendes Element.

Die Spaltung des bürgerlichen Kulturbetriebes macht die kapitalistische Wirklichkeit undurchsichtiger als sie ist und vermittelt denen, die ihre "höheren Bereiche" berechtigterweise nicht verstehen, ein Gefühl der Minderwertigkeit. Gleichzeitig dienen die "höheren Bereiche" dieser Kultur nicht nur den Repräsentationswünschen der Bourgeoisie, sondern binden auch die "gebildeten" Mittelschichten ideologisch an. Sie vermitteln ihnen ein Gefühl von "Erhabenheit" und "überlegenen Wissens" gegenüber den Massen.

Seit Mitte der 60er Jahre verliert die Bourgeoisie in bisher nicht gekannten Ausmaßen immer mehr ihrer "Ideologen", die auf die Seite der Arbeiterklasse überwechseln. Diese kommen aus genannten Mittelschichten. (13) Der totale Zerfall der bürgerlichen Kultur, ihrer Wertordnung und die immer offensichtlicher werdende Unbrauchbarkeit des bürgerlichen Staates haben diesen Prozeß derartig beschleunigt.

Seit Jahren gärt es unter den Kunststudenten und Kulturproduzenten aller Bereiche. Es hat sich eine breite demokratische Bewegung im Kulturbereich entwickelt, die versucht, dem Zerfallsprozeß der bürgerlichen Kultur die richtigen Alternativen entgegenzusetzen. (14)

Gleichzeitig läßt sich beobachten, daß kaum noch Entwicklungen im Bereich der Massenkultur aufgrund einer aktiven Massenbasis existieren oder sich entwickeln, wie das zweifellos bei der Beat-Musik der frühen 60er Jahre der Fall war. Insgesamt sind im Bereich der Massenkultur entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung Defaitismus und Pessimismus zum Geschäft geworden. Die Filmproduktionen der letzten Jahren übertreffen sich im Verbreiten süßlichen Verfalls- und Verwesungsgestanks, verpackt in "schöne" bunte Bilder. Ebenso wie die "gehobene" Kultur wird auch die Massenkultur, im Maße, wie die Klassengegensätze sich verschärfen, wirklichkeitsfremder und -feindlicher.

In der Arbeiterbewegung entwickeln sich dagegen immer mehr Gruppen, die sich mit einer selbsttätigen, bewußten Organisierung ihrer kulturellen Interessen befassen, wenn diese Gruppen auch zahlenmäßig insgesamt gesehen noch gering sind. (15)

Diese beiden Tendenzen, im Bereich der "gehobenen" Kultur und unter den Intellektuellen, sowie im Bereich der Massenkultur und unter den Arbeitern und Lehrlingen, schaffen außerordentlich günstige Bedingungen zur Entwicklung einer revolutionären Kulturfront.

Die demokratische und sozialistische Kunst und Kultur wächst nicht aus der Parteinahme fortschrittlicher Intellektueller allein. Sie entwickelt sich vielmehr in einer dialektischen, politischen und organisatorischen Beziehung zu den sich in der Arbeiterklasse entwickelnden Elementen einer fortschrittlichen Kultur. Ohne diese Verbindung der Künstler, Literaten, Filmer usw. zu den Massen, wird einer revolutionären Kultur sehr schnell das Licht ausgeblasen werden.

"Daher müssen alle fortschrittlichen Kulturschaffenden (. . .) ihre eigenen Kulturtruppen besitzen, und diese sind eben die breiten Massen des Volkes. Revolutionäre Kulturschaffende, die keine Fühlung mit den Volksmassen haben, gleichen 'Kommandeuren ohne Armee', und ihre Feuerkraft ist nicht imstande, den Feind niederzuwerfen." (Mao Tse-tung, Werke Bd. II, S.446)

Die revolutionäre Kultur muß die Massen der Arbeiterklasse und des Volkes dazu befähigen, sich aus der Ideologie des kapitalistischen Kulturbetriebes zu befreien, so daß sie ihr nicht unterliegen und sich ihnen die Perspektive politischen Handelns verstellt. Der Fremdbestimmung in der Produktion, in der bürgerlichen Politik und Kultur, setzt die revolutionäre Politik und Kultur, die politische und kulturelle Selbsttätigkeit der Massen gegenüber. Für den Bereich Pop-Kultur, Fernsehen usw. wird dabei die **Kritik** der Erscheinungen in diesen Bereichen, in **richtiger** Form, eine entscheidende Rolle spielen. Wir müssen dabei aufpassen, daß wir nicht eine Art "Lagerbewußtsein" schüren. "Hie proletarische Welt, da bürgerliche Welt." "Die Welt besteht dann aus zwei Welten, die voneinander entfernt, nicht ineinander sind." (16) Das würde zweifellos gefährliche Sektiererneigungen und eine Isolation von den Massen fördern (vgl. dazu den Abschnitt über die Pop-Kultur).

Anders verhält es sich mit der Entwicklung kultureller Selbsttätigkeit, die mit der aktiven Propagierung der revolutionären Interessen des Proletariats verknüpft ist. Sie ist kein reines Kommentatorentum mehr. Auf dieser Basis können sich echte Keimzellen einer neuen sozialistischen Kultur bilden, die zu einer wichtigen aktiven ideologischen Waffe im Klassenkampf werden. Formen revolutionärer kultureller Selbsttätigkeit können entwickelt werden in Gruppen, in denen Künstler und Arbeiter zusammen an der Aneignung und Produktion revolutionärer Kunst arbeiten. Dabei müssen die Künstler den Arbeitern sowohl Kenntnisse vermitteln, als auch von ihnen lernen.

(13) Der materielle Hintergrund dafür bei den Künstlern ist die katastrophale wirtschaftliche Lage der großen Mehrheit der Künstler.

(14) Das erste Auftreten bewußter Parteinahme für die Arbeiterklasse durch fortschrittliche Künstler fällt mit dem Moment zusammen, in dem das bewußte Auftreten des Proletariats die historische Überlebtheit der Bourgeoisie offenkundig machte.

(15) Eine der bekanntesten Entwicklungen dieser Art ist der "Werkkreis Literatur der Arbeitswelt", der auch von der Führung der IG Druck und Papier unterstützt wird. (Werkstätten in 29 Orten der Bundesrepublik, Graphik-Werkstätten in vier Orten)
Vgl. dazu die Broschüre: Realistisch Schreiben, Werkkreis Eigendruck 1972. Der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, schreibt im Vorwort dieser Broschüre: "Er (der Arbeiter, Anm. d. Verf.) muß seine Teilnahme an der (!) Kultur wiedererringen." Teilnahme an welcher Kultur, an der bürgerlichen? Dies ist die "Konzertierte Aktion" im Kulturbereich. Solange solche Initiativen von sozialreformerischen und revisionistischen Tendenzen beherrscht werden, wie das heute noch größtenteils der Fall ist, werden sie ein Mittel der ideologischen Bindung der Arbeiter an die Bourgeoisie sein.

(16) Bertolt Brecht, Der Dreigroschenprozeß. In: Schriften zur Literatur und Kunst 1, 1967, Seite 203

II. Agitation und Propaganda
(Die Bedeutung der revolutionären Kulturproduktion für die tagespolitischen Aufgaben einerseits und die allgemeine Propaganda des Sozialismus andererseits.)

Unter den kommunistischen Künstlern wird man kaum auf Widerspruch stoßen, wenn man die Forderung erhebt, daß revolutionäre Kunst und Kultur Agitation und Propaganda für den Sozialismus sein müssen. "Alle Literatur, die der proletarische Schriftsteller schreibt, ist Agitation und Propaganda der revolutionären Bewegung." So formulierte bereits Otto Biha im Auftrage des "Bundes proletarisch revolutionärer Schriftsteller" auf der Charkower Konferenz 1931. (17) Daran hat sich nichts geändert. Doch wie dies im einzelnen und konkret verstanden wird, darüber hat es schon immer heftige Auseinandersetzungen gegeben und gibt es auch heute. Dies zu klären, ist aber entscheidend für den Weg und Erfolg revolutionärer Kultur. Ich gehe im folgenden wieder von visuellen (= bildhaften) Medien aus; festgehalten werden muß aber, daß kein **prinzipieller** Unterschied darin zwischen den verschiedenen Medien existiert.

Der Meinungsstreit, der heute um die Aufgaben revolutionärer Kunst im Klassenkampf geführt wird, gleicht vielfach dem Bilderstreit in der byzantinischen Kirche, der im 8. und 9.Jahrhundert zwischen den Ikonoklasten und den Ikonodulen geführt wurde. Die Ikonoklasten (die Bilderstürmer) waren große Gegner der Bilder und traten für ihre Zerstörung und Abschaffung ein. Die Ikonodulen (die Bilderverehrer) brachten den Bildern eine kultische Verehrung entgegen, deren Inhalte zumeist "höhere Wesen" aus der Religion waren. Während etliche unter den kommunistischen Künstlern heute noch zur Tendenz der Bilderstürmer neigen, stehen die Kulturoberen der DKP um Richard Hiepe fest auf dem Standpunkt der Bilderverehrer (18), und die "höheren Wesen" (19) ihrer Bilderverehrung sind die Arbeiter. Beide extremen Positionen sind aus der Sicht des Marxismus falsch. die kommunistischen Künstler sind "größere Gegner" der Bilder als die Bilderstürmer, sie sind nicht für ihre Abschaffung, weil es bürgerliche Bilder gibt, sondern sie sind für **andere**, d. h. für sozialistische Bilder. Die kommunistischen Künstler sind aber auch gegen die Beibehaltung der bürgerlichen Trennung zwischen "wirklicher Kunst" und "gewöhnlicher Agitation und Propaganda", wie sie die Revisionisten betreiben. Einer der häufigsten Sprüche, die politischen Künstlern von der bürgerlichen Kunstkritik entgegengeschleudert werden, heißt, "das sei ja keine Kunst, sondern Agitation und Propaganda". So erging es mehrfach der Projektgruppe "Kunst & Politik". Jüngstes Beispiel lieferte die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" mit ihrer Besprechung der Ausstellung "Aspekte der engagierten Kunst" in Hamburg, in der es heißt: "Die heftigste politische Agitation betreibt die Bielefelder Projektgruppe Kunst & Politik mit ihrem Chile-Bild." (20) Die der DKP nahestehende "Deutsche Volkszeitung" fiel ebenso prompt auf den formalen Rahmen der Ausstellung herein, die ihr die bürgerlichen Veranstalter vom Kunstverein gaben und schrieb: "Erstens 'Bildende Kunst', zweitens 'Agitationsgrafik'." (DVZ, 10.10.74) Einer der beliebtesten Vorwürfe aus DKP-"Kulturkreisen" ist, daß die "Maoisten die Kunst auf Agitation und Propaganda herunterbrächten". So z. B. der 'Spartakus'—Autor Jürgen Reusch, wenn er in einem Artikel "Über Kultur und Kunst bei Mao Tse-tung" gegen "Maos primitive vulgärmaterialistische Agitationsparolen" (21) wettert.

Beide Positionen, die der neuen "Bilderstürmer" sowie die der neuen "Bilderverehrer", die das "Wahre, Gute und Schöne" (vgl. zur "Theorie des sozialistischen Realismus", Berlin DDR, 1974) in der "richtigen Kunst" hochhalten, tragen nichts zur Klärung der Aufgaben sozialistisch-realistischer Kunst im Klassenkampf bei, weil es **formalistische** Positionen sind. Weil sie nicht in der Lage sind, diese Aufgaben **politisch** zu erklären. Es geht nicht um ein abstraktes "sittlich-ästhetisches Ideal" (Lifschitz), mit dem man dem Proletariat nur eine bürgerliche Gipsbüstenweltanschauung näher bringt.
Um die beiden taktischen Hauptaufgaben revolutionärer Kunst festzulegen, müssen wir zunächst exakt definieren, was man unter Agitation und Propaganda versteht:
" ... der Propagandist (muß) zum Beispiel bei der Behandlung der Frage der Arbeitslosigkeit die kapitalistische Natur der Krisen erklären, die Ursache ihrer Unvermeidlichkeit in der modernen Gesellschaft aufzeigen, die Notwendigkeit der Umwandlung dieser Gesellschaft in eine sozialistische darlegen ... usw.. Mit einem Wort, er muß "viele Ideen" vermitteln, so viele, daß sich nur (verhältnismäßig) wenige Personen alle diese Ideen in ihrer Gesamtheit sofort zu eigen machen werden. Der Agitator hingegen, der über die gleiche Frage spricht, wird das allen seinen Hörern bekannteste und krasseste Beispiel herausgreifen ... und wird alle seine Bemühungen darauf richten, auf Grund dieser allen bekannten Tatsache der "Masse" **eine Idee** zu vermitteln: die Idee von der Sinnlosigkeit des Widerspruchs zwischen der Zunahme des Reichtums und der Zunahme des Elends, er wird bemüht sein, in der Masse Unzufriedenheit und Empörung über diese schreiende Ungerechtigkeit zu **wecken**, während er die restlose Erklärung des Ursprungs dieses Widerspruchs dem Propagandisten überlassen wird." (22)

Auf die revolutionäre Kunstproduktion angewendet heißt das, es gibt zum Einen die Notwendigkeit für den kommunistischen Künstler, sich unmitelbar mit seinen besonderen Qualifikationen in den tagespolitischen Aufgaben des Proletariats in einer konkreten politischen Aktion zu engagieren. Das heißt, mit künstlerischen Mitteln die Agitation in

(17) Vgl. Otto Biha, die proletarische Literatur in Deutschland. In: Literatur der Weltrevolution Nr. 3, Moskau 1931. Abgedruckt in "Kunst und Gesellschaft" Nr. 11/12, 1972, Seite 73.
(18) Eine eingehende Kritik dieser Positionen muß geleistet werden, kann jedoch in diesem Text nicht Gegenstand der Untersuchung sein.
(19) Siehe dazu auch: Kurt Hager, Fragen der Kulturpolitik der SED, Berlin (DDR) 1972, Seite 38/39: "Das Ringen um die Gestaltung von Arbeitern (!) ist und bleibt ein geistiges und ästhetisches Kernstück (!) des weiteren künstlerischen Fortschritts."
Hier ist nicht mehr das Kernstück des sozialistischen Realismus die typische Gestaltung von gesellschaftlichen Verhältnissen und der in ihnen kämpfenden Klassen, sondern die madonnenhafte "Emporhebung" des Arbeiters. Ein "typisches Individuum", losgelöst vom Klassenkampf, als konfliktfreie Symbolfigur.
(20) Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 17. September 1974, "Wenn Maler nur noch rot sehen"
(21) "Facit" Nr. 26/1972, Seite 47 (herausgegeben vom MSB Spartakus)
(22) W.I. Lenin, Was tun? In: Ausgewählte Werke, Band 1, Seite 200

einer solchen Aktion zu **unterstützen**, oder sie **selbständig** zu betreiben, wenn die Möglichkeiten oder Notwendigkeiten da sind oder die Bedingungen für künstlerische Mittel besonders günstige Erfolge erwarten lassen. Zweitens besteht die Notwendigkeit, daß Arbeiten revolutionärer Kunst entstehen, die über den tagespolitischen Rahmen hinaus von allgemeiner Bedeutung für die Arbeiterklasse sind. Die sich die "revolutionäre Beleuchtung der gesamten gegenwärtigen Ordnung oder ihrer Teilerscheinungen" zum Ziel setzen. Die die historischen Erfahrungen der Arbeiterklasse aufgreifen und sie als produktive Impulse für die gegenwärtigen Kämpfe und politischen Aufgaben ins Bewußtsein heben. Die den Marxismus als revolutionäre Theorie des Proletariats popularisieren und verbreiten helfen. Arbeiten von solchem "allgemeinen propagandistischen Charakter" sind auch die, die aktuelle Kämpfe und Erfahrungen aufgreifen und die bleibenden Lehren für die Arbeiterklasse herausarbeiten und vermitteln.

Es ist natürlich nicht zu vermeiden, daß sich diese zwei Seiten sozialistischer Kunst vielfach überlagern. Etliche Genossen geraten darüber zur Zeit noch derart in Verwirrung, daß sie entweder die eine oder die andere Seite der Sache eliminieren oder unzweckmäßig hervorheben. In den meisten Fällen läuft das darauf hinaus, nur die agitatorische, auf die tagespolitische Aktion bezogene Kunst gelten zu lassen. Eine einseitige Ausrichtung der kommunistischen Künstler auf eine "Hilfstruppentätigkeit" in der Agitation und Propaganda der tagespolitischen Aufgaben der kommunistischen Organisation, **verhindert** aber gerade die Errichtung einer allgemeinen kulturellen Front, als Bestandteil der ideologischen Front gegen das Kapital. Die Folge wäre wirklich, daß es nicht auch darum ginge, den ideologischen Einfluß der Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse über den kulturellen Sektor zu brechen, sondern daß sich revolutionäre Kultur auf ein Machen von "netteren" sowieso schon vorhandenen Propagandainstrumenten beschränkt. In diesem Falle wäre es wirklich angebracht, sich zu überlegen, ob nicht das ganze Problem revolutionärer Kunst ein von "spinnenden Künstlern" ausgehecktes, an sich überflüssiges Unikum wäre.

Entscheidend ist, daß wir den Arbeitsbereich revolutionärer Kultur, der der Unterstützung unmittelbarer Tagesaufgaben der Organisation dient, auseinanderhalten von dem Arbeitsbereich, der der allgemeinen Propaganda der Sache des Proletariats dient und der als Bestandteil der Kulturfront einen relativ eigenständigen Charakter hat, der von den Kulturgruppen auch selbständig gehandhabt werden kann.
Die Art des Einsatzes von künstlerischen Mitteln (ob agitatorisch, propagandistisch oder beides ineinandergreifend) darf nicht von den Formen her **entschieden** werden. Sie kann nur von den anstehenden Aufgaben und Zielen her entschieden werden. (Es gibt keine Unterscheidung zwischen "höherer" und "niedriger" proletarischer Kunst, es gibt nur die Unterscheidung ihrer Aufgaben.) Deshalb kann man auch nicht sagen, die eine Form ist Propaganda, die andere Form ist Agitation, wie Kalinin das versucht hat:
"Wenn ein solcher Vergleich statthaft ist, würde ich sagen, daß ein Gemälde Propaganda, ein Plakat aber Agitation ist." (Kalinin, Über die Kunst des Plakats) (23) Ähnlich von den Formproblemen her, argumentierte Otto Biha in dem schon zitierten Vortrag von 1930: "... die verschiedenen *Kategorien* haben verschiedene Aufgaben in diesem unmittelbaren Kampf. Die *kleinen Formen* (!) der Agitations- und Propagandaliteratur sind jene Teile unserer Literatur, die am raschesten und unmittelbarsten auf die Kampflosungen des revolutionären Proletariats *reagieren* (!). (...) Es ist ganz klar, daß für die größeren und schwerfälligeren Formen dieselben politischen Grundlinien gelten, entsprechend aber der *inneren* Gesetzmäßigkeit (!) dieser Produktion sind ihre Aufgaben taktisch andere." (Hervorhebungen, der Verf.) (24)
In der Auffassung von Biha werden zwar taktisch verschiedene Aufgaben für die sozialistische Kunst gesehen, doch werden sie nicht aus den politischen Aufgaben der kulturellen Front entwickelt, sondern aus "größeren" und "kleinen Formen" von Kunst.
Es ist erstens unrichtig, daß Malerei immer Propaganda und ein Plakat immer Agitation sei, es kann genauso gut umgekehrt oder beides in beidem enthalten sein. Ein Gemälde kann sehr wohl in einer konkreten politischen Aktion eingesetzt werden, und ein Plakat kann ebenso einen über den tagespolitischen Aktionsrahmen hinausgehenden, propagandistischen Wert haben. Heartfields Fotomontagen sind das beste Beispiel dafür, ihnen wird besonders gern unterschoben, daß sie ausschließlich unmittelbar den konkreten Kämpfen gedient hätten: Die meisten seiner Arbeiten sind in der "Arbeiter-Illustrierten-Zeitung" erschienen. Dort heißt es in Nr.6, 1930: "Viele AIZ-Leser haben bei der Beantwortung der Fragebogen mitgeteilt, daß ihnen die von John Heartfield erschienen Blätter besonders gut gefallen haben. (...) Von jetzt ab wird in jedem Monat eine Seite von John Heartfield erscheinen." (25) (Eine Publikation in der AIZ kann ohne weiteres mit dem Medium Plakat verglichen werden.) Das Zitat zeigt, daß diese Arbeiten ein selbständiger propagandistischer Wert in der AIZ zukam, daß sie als "Einzelblätter" abgedruckt wurden. Wohin es führt, wenn wir den Einsatz künstlerischer Mittel als Formsache behandeln, zeigt uns der Genosse T.S. in der letzten Ausgabe der "Kulturfront", wo er die Brauchbarkeit politischer Bilder im Klassenkampf nicht nach den Inhalten bestimmt, sondern nach der Formatgröße! (Kulturfront 2/74, S.11) Er formuliert dann weiter: "... in den konkreten Kämpfen werden gebraucht: Flugblattgestaltung, Zeitschriftenausstattung, Plakate, Transparente, Straßenmalerei, Agitationsfilme und -theater usw. (?) ..." Dies ist nicht nur, wie ich schon versucht habe zu zeigen, eine einzige Kastration der politischen Möglichkeiten einer revolutionären Kulturfront; danach wäre auch eines der ersten parteilichen, realistischen Kunstwerke in Deutschland ein überflüssiges "Genre"-Bild gewesen. Es handelt sich um das Bild von C.W.Hübner, "Die Schlesischen Weber", über das Friedrich Engels in "Rascher Fortschritt des Kommunismus in Deutschland 1844" schrieb: "Lassen sie mich bei dieser Gelegenheit ein Bild von Hübner, einem der besten deutschen Maler, erwähnen, das wirksamer für den Sozialismus agitiert hat als hundert Flugschriften (!) ... Dieses Gemäl-

(23) M.I. Kalinin, Über die Kunst des Plakats. In: Reden, Schriften, Artikel; Dietz-Verlag, Berlin (DDR)
(24) Biha, Die proletarische Literatur ... Seite 74/75
(25) AIZ, Jahrgang IX, 1930, Nr. 6, Seite 115. Zitiert in: Ricke, Die AIZ, Seite 98

de ist in mehreren Städten Deutschlands ausgestellt worden und hat verständlicherweise so manches Gemüt für soziale Ideen empfänglich gemacht." (26)

Die agitatorische und propagandistische Macht des Bildes

Eine propagandistische Funktion wird dem Bild in der Regel zugestanden und ist auch leicht beweisbar. (27) Wenn man jedoch von einer agitatorischen Funktion des Bildes spricht, fängt das große Zweifeln bei vielen an. Weil das weniger für möglich gehalten wird, wird es auch weniger versucht. Agitation im strengen Sinn soll nach Lenins Definition nicht nur Erkenntnisse vermitteln, sondern auch Handlungsanweisungen geben oder bestimmte Handlungen ermöglichen. Wie ein Bild eine bestimmte Handlung in Gang setzen kann, läßt sich gut mit Hilfe einer kurzen Geschichte aus der griechischen Sagenwelt illustrieren:
Die Medusa ist ein Ungeheuer aus der griechischen Sagenwelt, deren Haupt für seine Betrachter derartig furchterregend anzuschauen war, daß bei seinem Anblick Mensch und Tier zu Stein erstarrten. Athene erteilte nun Perseus den Auftrag, dieses Ungeheuer zu erschlagen. Um nicht beim Anblick des Ungetiers zu Stein zu erstarren, gab Athene Perseus einen blanken Schild und den Rat, sich das Gesicht der Medusa nur im Spiegelbild des Schildes anzusehen. Diesen Rat befolgend, ist Perseus in der Lage, das Ungeheuer zu enthaupten. Bewirkt hat dies nicht die Wirklichkeit selber, sondern sein Abbild, das ihm die Angst vor ihr nahm. (28)

Wir müssen Bilder der Wirklichkeit für die Massen schaffen, die es ihnen ermöglichen, den Kapitalismus, das Ungeheuer unserer Tage, zu enthaupten. Die Kunst ist zwar nicht "... ein Hammer, mit dem man die Wirklichkeit gestaltet" (29), wie die russischen Konstruktivisten meinten. Sie trägt aber erstens dazu bei, daß erkannt wird, daß der Hammer geschwungen werden muß, und zweitens nimmt sie Einfluß darauf, wie der Hammer geschwungen werden muß. Ein hervorragendes Beispiel dafür ist das Projekt der Bielefelder Gruppe "Eisenheim":
Diese Gruppe, die sich aus Künstlern zusammensetzt, hat es geschafft, in einem umfangreichen kombinierten Medieneinsatz von Film, Bildtafeln und Flugblatt, dem Kampf der Eisenheimer Werktätigen um die Erhaltung ihrer Wohnsiedlung die richtige Formulierungshilfe und die entsprechenden Impulse zu verleihen, diesen Kampf mit Erfolg zu führen.
Eisenheim ist die älteste Arbeitersiedlung Deutschlands und bietet seinen Bewohnern nicht nur billigen Wohnraum, sondern auch eine Fülle sozialer, nachbarschaftlich-solidarischer Beziehungen, die in den Wohnblocks "moderner" Trabantenstädte, der neuen Slums des Kapitalismus, längst zerstört sind. Genau in diese Wohnblocks sollten die Bewohner Eisenheims verfrachtet werden. Dagegen erhob sich spontaner Widerstand in der Bevölkerung Eisenheims, die zu 99 % der Arbeiterklasse angehört. In diese spontane Bewegung griff das Eisenheim-Projekt durch seine Arbeit mit Film und Fotografie mobilisierend und richtungsgebend ein. Dieses organisierte Eingreifen, in dessen Verlauf der Film in ständiger Diskussion mit der Bevölkerung entstand, verhinderte die Pläne der Kapitalisten und verhalf der Bevölkerung zu einem Teilerfolg im Kampf um Wohnraum. Indem der Film die Forderungen der Bewohner zuspitzend formulierte und ihnen einen einheitlichen Willen gab, der sie befähigte, ihren Kampf und ihre Entschlossenheit durchzuhalten.
Dieses Projekt ist ein gutes Beispiel dafür, wie sich sozialistische Künstler eng mit den Massen verbinden und ihre Kämpfe unterstützen können. (30) Es ist ein Beispiel dafür, daß der revolutionären Kunst nicht nur allgemein propagandistischer Wert zukommen kann, sondern daß sie auch befähigt ist, agitierend im Sinne der Lenin'schen Definition zu wirken.

Alle Theorien, die der revolutionären Kultur nur eine passive Widerspiegelungsfunktion zuschreiben wollen, sind falsch. Eine revolutionäre Kultur, die nur das wiedergibt, was sich schon getan hat in der Gesellschaft, ist für das Proletariat unnütz.
Eine revolutionäre Kunst und Kultur hat die Aufgabe, Impulse zu geben für das, was sich noch nicht getan hat oder sich gerade tut. Das muß sie auch in ihren "historischen Werken", d. h. in Werken, die sich mit der Geschichte des Klassenkampfes und der Geschichte der Arbeiterbewegung beschäftigen. Sie tut dies nur, um dem Proletariat die allgemeinen Lehren aus dieser Geschichte für die heutigen Kämpfe zu vermitteln. Die "allgemeinen" Werke machen da keinen Unterschied zu den "tagespolitischen".
Die revolutionäre Kunst ist kein "Nachäffen" der bereits vollzogenen praktischen Bewegung. Wo immer sich derartige Ideen in die Arbeiterbewegung eingeschlichen haben (revolutionäre Sozialdemokraten vor 1914, auch die KPD war davon nicht frei), sind sie falsch, es sind bürgerliche und unbrauchbare Ideen.

III. Einiges zur Zielsetzung sozialistischer Kunstproduktion – Antizipation als sozialistisch-realistische Methode.

Antizipation ist der entscheidende Bestandteil der sozialistisch-realistischen Methode in der revolutionären Kunst,

(26) Engels, MEW 2, Seite 510/511
(27) Was selbst ein in einer Kunsthalle an der Wand hängendes Stück bemalter Leinwand bewirken kann, zeigte uns die jüngst zu Ende gegangene Caspar David Friedrich Ausstellung in Hamburg. C.D. Friedrich ist ein romantischer bürgerlicher Landschaftsmaler, der um 1800 seine Bilder malte und sich einer an Gegenstände gebundene Formensprache bedient, die Allgemeinverständlichkeit suggeriert. An diesen Bildern defilierten in 51 Tagen nicht weniger als 220 000 Menschen vorbei, das sind etwa 8 000 Menschen pro Tag. In den letzten Tagen der Ausstellung bildete sich vor der Halle eine Menschenschlange von etwa 200 Metern. Ein Fernsehreporter, der in der Schlange danach fragte, was die Menschen dazu brächte, im Regen die lange Wartezeit in Kauf zu nehmen, erhielt die bemerkenswerte Antwort: "Weil wir Hunger haben!" Diese Antwort ist deshalb so bemerkenswert, weil sie in drastischer Weise zeigt, wie mächtig das Denken der Menschen auch durch Bilder und durch Kunstprodukte überhaupt beeinfluß sein kann. Besonders dann, wenn sie den Massen verständlich erscheinen.
(28) Nach einer Darstellung von S. Kracauer. In: "Zur Theorie des Films", München 1971, Seite 107/108
(29) Vgl. deutschsprachiges Beiheft zum Katalog der Ausstellung "Verändert die Welt! Poesie muß von allen gemacht werden!", Seite 5. Herausgeber: Städtische Kunsthalle Düsseldorf, 1970
(30) Eine eingehende Darstellung der Methoden der Eisenheim-Gruppe und eine kritische Sichtung des Projektes in Inhalt und Ergebnissen wird diesem Artikel folgen.

der sie auch am elementarsten von der Kunst der bürgerlichen Klasse unterscheidet. Einheit von Form und Inhalt, Realismus und Parteilichkeit, sind Elemente zur Verwirklichung der Antizipation. Die oft gebrauchte Formel vom sogenannten "revolutionären Optimismus" (worunter gewöhnlich lediglich lachende, "optimistisch" blickende Arbeiter verstanden werden) ist völlig unzureichend, um das Wesen revolutionärer sozialistischer Kunst zu charakterisieren.
Was ist unter Antizipation zu verstehen und warum gerade dieser Begriff?
Die sozialistisch-realistische Methode in der Kunst ist immer eine **Montagetechnik**, weil sie niemals Erscheinungen nur **abbildet.** Sie erfaßt auch immer deren Hintergründe oder setzt Erscheinungen so in Wechselbeziehung, daß deren Hintergründe im Kopf des Betrachters, Zuhörers oder Lesers Gestalt annehmen. "Und alle Wissenschaft wäre überflüssig, wenn die Erscheinungsform und das Wesen der Dinge unmittelbar zusammenfielen." (Karl Marx) (31) Das muß in gewisser Hinsicht auch bei der Kunstproduktion berücksichtigt werden. Ich meine jetzt nicht den **mechanischen,** handwerklichen Vorgang der Montage, wie er etwa bei der Fotomontage oder einer Bild-Collage eine Rolle spielt, sondern den wesentlichen Grundgedanken sozialistischer Kunst, der zum Ziel hat, produktive Erkenntnisprozesse einzuleiten. Dieser Grundgedanke ist im Begriff Antizipation zusammengefaßt. (32) Er ist kein ästhetisches, sondern ein politisches Prinzip, zu dessen Verwirklichung eine möglichst gute künstlerische Form das notwendige Mittel ist. Antizipation heißt **wörtlich** nach dem Lexikon:
"Aufgrund gemachter Erfahrungen, erkannter Gesetzmäßigkeiten, die Vorwegnahme des Handlungsziels in der Phantasie, wonach sich dann das Verhalten ausrichtet. So ist etwa der motorische Ablauf beim Schreibvorgang planend vorweggenommen. Denkabläufe werden durch Zielvorstellungen bestimmt, die Antizipation lenkt den Denkablauf und bewirkt durch Besinnung auf die schon bekannten Zusammenhänge eine Annäherung an die Lösung."
"In die Zukunft zu schauen und zu planen heißt ganz einfach: *analysieren.* Der Ist-Zustand ist zu ermitteln und der Soll-Zustand auf das präziseste aufzuzeichnen."
In der sozialistisch-realistischen Methode der Kunstproduktion bedeutet das: Aus der Erkenntnis der Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft und der Anforderungen des gegenwärtigen Klassenkampfes, sowie den Lehren aus den historischen Erfahrungen der Arbeiterklasse, bildlich, sprachlich oder musikalisch vermittelt, die Individuen ideologisch zum Handeln in der Augenblicksituation zu befähigen oder auf zukünftige Situationen vorzubereiten.
Die Erkenntnis der wahren gesellschaftlichen Zusammenhänge, ihnen den Schleier vom Gesicht zu reißen, ist dabei die Grundvoraussetzung. Genau wie der Marxismus aus der Analyse der kapitalistischen Verhältnisse den Entwicklungsgang dieser Gesellschaft herleitet und daraus den Sozialismus als historisch notwendig, gedanklich antizipiert, geht die Antizipation im sozialistischen Realismus aus der Analyse hervor. Sie ist somit **realistisch** und kein von der Wirklichkeit abgehobenes, verdrehendes Gedankengebäude, wie die Philosophie Hegels. Die begriffliche Bestimmung der Antizipation ist keine willkürliche Konstruktion, ihre Verwendung leitet sich aus der Realität, dem Gang der gesellschaftlichen Entwicklung, der Existenz des Klassenkampfes ab. Das Bemühen sozialistischer Künstler in der Vergangenheit, gesellschaftliche Entwicklungen den Menschen realitätsnah und anschaulich verallgemeinernd zu vermitteln, hat diese Methode ans Licht gebracht. (33)

Ihr Hauptziel ist zunächst die Zerstörung des **Scheins** der kapitalistischen Gesellschaft. Die Zerstörung des Scheins der sozialen Gerechtigkeit, der Klassengleichheit, des Selbstbestimmungs- und Selbstverwirklichungsrechts der Menschen, des Scheins der Demokratie und der Ehrlichkeit der bürgerlichen Politiker. Dieser Schein wird in den Medien der kapitalistischen Kultur noch einmal abgebildet und sozusagen "zurückgespiegelt", ohne daß irgendwelche Zusammenhänge erläutert würden. Es verhält sich wie mit dem Sonnenlicht, das man in einem Hohlspiegel zurückwirft und dadurch hochgradig gebündelt wird, so daß es die Konzentration erreicht, die ausreicht, Sachen in Brand zu setzen. Geblendet und verbrannt wird das Bewußtsein der Menschen. Diesen Prozeß zu durchbrechen und Fähigkeiten aufzubauen, die Wirklichkeit zu verändern, ist der Sinn von Antizipation. Um Erkenntnisprozesse einzuleiten, muß die Kunst den naturwüchsigen Zusammenhang der gesellschaftlichen Wirklichkeit an Hand ihrer Erscheinungen zerreißen und den Weg gesellschaftlicher Veränderungen zeigen. Sie malt keine schönen Phantasiegemälde vom Sozialismus, sie sagt aber, wie das kommunistische Programm etwas über den **Weg** dahin. Lenin hat dazu eine aufschlußreiche Erklärung gegeben:
"Sagen können wir, daß die Ära der sozialen Revolution begonnen hat, daß wir das und das getan haben, das und das tun wollen (...) Aber jetzt wissen zu wollen, wie der vollendete Sozialismus aussehen wird – nein, das wissen wir nicht. (...) Prätendieren wir aber im geringsten auf Dinge, die wir nicht geben können, so wird das die Kraft unseres Programms schwächen. Man wird argwöhnen, daß unser Programm nur eine Phantasie sei. Das Programm ist eine Charakteristik dessen, was wir zu tun begonnen haben, und gibt die nächsten Schritte an, die wir tun wollen." (34)
Ich möchte diese etwas abstrakten Ausführungen am Beispiel der "Arbeiter-Illustrierten-Zeitung" konkreter erläu-

(31) Karl Marx, Das Kapital, Band 3, MEW 25, Seite 825
(32) Die an dieser Stelle im ursprünglichen Referattext verwendete Formulierung "Diesen Grundgedanken möchte ich Antizipation nennen" erweckt unbeabsichtigt den Eindruck, als handele es sich um einen von mir **eingeführten** Begriff. Tatsächlich ist der Begriff aber schon länger in der Diskussion. Das sei hiermit richtiggestellt. Zum Begriff "Antizipation" und seiner Anwendung in der Kunst vgl. den Aufsatz von Arwed D. Gorella "Realismus und Antizipation in der Lithografie 'Liberte de la Presse' " von Honore Daumier. In: Kunst der bürgerlichen Revolution 1948/49. Herausgeber: Neue Gesellschaft für Bildende Kunst, Berlin 1972, Seite 135.
Eine idealistische Interpretation des Begriffes "Antizipation" findet sich schon in der Kunsttheorie Goethes und Kants. Bereits der griechische Philosoph Aristoteles bemüht sich, die Kunst gegen die Geschichtsschreibung abzugrenzen. Sie berichte nicht nur das Geschehene, sondern beschreibe das, was möglich ist nach den objektiven Gesetzen (vgl. Philosophisches Wörterbuch, Band 2, Leipzig 1964, Seite 632). Der Marxismus-Leninismus liquidiert nicht das schöpferische Element in der Kunst, sondern stellt es auf eine realistische, materialistische Grundlage.
(33) Entfällt
(34) Lenin, Gegen den Abänderungsantrag Bucharins. In: Lenin Werke, Band 27, Seite

tern, deren einzelne Seiten (von der Methode her) durchaus auch mit Einzelbildern vergleichbar sind, während das ganze Heft auch die sprachliche und bildliche Konzeption für einen Film darstellen könnte:
In den bürgerlichen Illustrierten, die täglich den Markt überschwemmen, wird die bestehende Realität nur verdoppelt. Das heißt, die Fixierung der gesellschaftlichen Realität, ohne Analyse der Zusammenhänge, das oberflächliche Abkopieren machte die Fotografie zur Reklame für die bestehenden Verhältnisse: "In den Illustrierten sieht das Publikum die Welt, an deren Wahrnehmung es die Illustrierten hindern. (. . .) Noch niemals hat eine Zeit so wenig über sich Bescheid gewußt. Die Einrichtung der Illustrierten ist in der Hand der herrschenden Gesellschaft eines der mächtigsten Streikmittel gegen die Erkenntnis. Der erfolgreichen Durchführung des Streiks dient nicht zuletzt das bunte Arrangement der Bilder." (S.Kracauer, Die Photographie, in: Das Ornament der Masse, S.34)
"Die angepaßte Form der Fotografie nimmt die Erscheinungen der kapitalistischen Warenwelt als naturnotwendige Voraussetzung menschlicher Existenz auf und spiegelt sie ungebrochen wider. (. . .) die undurchschaute Realität wird im fotografischen Abbild nicht transparent, d. h. nicht *durchschaubar* gemacht. (. . .) Die ungeordnete Fülle von Fakten und Daten in den Zeitschriften überschwemmte das Bewußtsein der Individuen und vermehrte ihre Orientierungslosigkeit und Ohnmacht dem System gegenüber (. . .).
Die ARBEITER-ILLUSTRIERTE-ZEITUNG unternahm den Versuch, durch ihre Fotografien und Berichte den Schleier zu zerreißen, den das 'Schneegestöber der Bilder' in den bürgerlichen Illustrierten über die gesellschaftliche Wirklichkeit bereitete. (. . .) Alle Lebensbereiche, die die bürgerliche Massenpresse aussparte oder allenfalls in ästhetisch verfeinderter Form zuließ, wurden zum wichtigsten Gegenstand der AIZ." (35)

Um diesen Versuch erfolgreich durchführen zu können, wurde ein wechselseitiges Konzept angewandt, in dem einerseits Arbeiterfotografen-Korrespondenten und andererseits das in der kapitalistischen Presse vorgefundene Bildmaterial eine zentrale Rolle spielten. Das Material aus der herrschenden Presse wurde so umgemodelt, montiert und collagiert und mit den richtigen Texten versehen, daß aus der oberflächlichen Wiedergabe der kapitalistischen Fassade ein erkennbarer Zusammenhang der wirklichen Verhältnisse dieser Gesellschaft wurde. Mit den Bildern der Arbeiterfotografen wurde die zweite Seite dieses Konzepts verwirklicht. Durch sie brachte man ". . . den unterdrückten und totgeschwiegenen Teil der bürgerlichen Gesellschaft an die Öffentlichkeit: die verfallenen Mietskasernen hinter den stattlichen Fassaden der Bürgerhäuser, die Obdachlosenasyle, die hungernden und kranken Arbeiterkinder, die Schlangen der Arbeitslosen vor den Stempelstellen – aber auch: streikende Arbeiter, (. . .) Arbeiter in der Fabrik, Straßenkämpfe in Berlin von 1918.
In diesen Fotografien konnte das Proletariat sich selbst als unterdrückt, ausgebeutet und leidend erkennen; zugleich aber wurde seine Rolle als Produzent des gesellschaftlichen Reichtums und seine Fähigkeit, um solidarischen Kampf sich zu begreifen, sichtbar gemacht." (36)
Diese Wirkung wurde aber nicht durch die ins Bild gerückte Welt der Arbeiter allein erreicht. Man mußte eben neue Darstellungsweisen verwenden, die die Zusammenhänge herstellten:
"Eine Photographie der Kruppwerke oder der AEG ergibt beinahe nichts über diese Institute. Die eigentliche Realität ist in die Funktionale (d. h. das Funktionieren der Fabrik) gerutscht. Die Verdinglichung der menschlichen Beziehungen (d. h. die Beziehungen sind an Gegenstände geknüpft), also etwa die Fabrik, läßt die Art der Beziehungen nicht mehr erkennen. Es ist also tatsächlich 'etwas aufzubauen' (in den Bildern), etwas 'Künstliches', 'Gestelltes'. Es ist also ebenso tatsächlich Kunst nötig." (37)
"Der Grundgedanke der Montage ging davon aus, daß auch die gewöhnlichsten Alltagsgegenstände Erkenntnisse über politische und ökonomische Prozesse vermitteln konnten, wenn man sie aus ihrem natur-notwendig erscheinenden Zusammenhang herauslöste und als "neue" Gegenstände dem Betrachter präsentierte. Das Selbstverständliche und Bekannte, das sonst nur mechanisch wahrgenommen, aber nicht wirklich geprüft und begriffen wurde, konnte Aufmerksamkeit und Interesse auf sich ziehen. (. . .) Das subjektiv und willkürlich anmutende Konstruktionsprinzip der Montage entlarvte die Willkür des in der Realität herrschenden Ordnungsprinzips." (38)

IV. Das Verhältnis von Popularisierung und Niveauhebung, Einheit von Form und Inhalt und die "Sprachform" revolutionärer Kunst, Qualitätsfrage!

Ich hatte gesagt, die revolutionäre Kunst und Kultur durchbricht die Spaltung des bürgerlichen Kulturbetriebes in "höhere Kultur" und "Massenkultur". Sie wendet sich vom Standpunkt des revolutionären Proletariats an die breiten Massen der Arbeiterklasse und des Volkes. Sie durchbricht damit auch die bürgerliche Spaltung des Interesses an Kunst.
Die Popularisierung der Politik ist die Lokomotive, die die Niveauhebung in Richtung politischer Klarheit bei den Massen vorwärtszieht. Ohne diese Popularisierung werden die Kommunisten keine Niveauhebung in der politischen Bewußtheit der Massen erreichen und damit keinen Masseneinfluß gewinnen können.
Die revolutionäre Kultur ist ein Mittel der Popularisierung der politischen Interessen des Proletariats und der Enthüllung der wirklichen Zusammenhänge in der Gesellschaft. Die Niveauhebung in Sachen Kunst ist davon kein abgehobenes, "besonderes" Ziel, sondern muß eine Folge daraus sein. Da die sozialistische Kunst die Interessen des Proletariats formuliert, spricht sie auch eine andere "Sprache" als bürgerliche Kunst:
"Wenn man zum Volk sprechen will, muß man vom Volk verstanden werden. Aber das ist (. . .) keine bloße Formsache. Das Volk versteht nicht nur die alten Formen. Marx, Engels und Lenin haben, um dem Volk die soziale Kausalität (= Zusammenhänge) aufzudecken, zu sehr neuen Formen gegriffen. Lenin sprach nicht nur anderes als Bismarck, sondern er sprach (d. h. formulierte) auch anders.

(35) Ricke, Die AIZ, Seite 81/83–84
(36) Ricke, Die AIZ, Seite 86
(37) Bertolt Brecht, Der Dreigroschenprozeß. In: Schriften . . . Band 1, Seite 171/172
(38) Ricke, Die AIZ, Seite 87/88

Er wünschte weder in der alten Form zu sprechen noch in einer neuen. Er sprach in einer *geeigneten* Form." (39)

Diese Sprachform kann man nicht generell gültig definieren, das wäre Schematismus und liefe dem sozialistischen Realismus zuwider. Eine solche "allgemeingültige" Definition gibt es nicht und kann es nicht geben. **Welche** Sprachform, **wie** gewählt wird, bleibt der konkreten Situation, den konkret zu vermittelnden Inhalten und den subjektiven Möglichkeiten des "Sprechenden" überlassen. Man kann nur eine allgemeine Richtschnur geben. Dabei darf man nicht auf die Fragestellung bürgerlicher Intellektueller hereinfallen, die immer zuerst wissen, ob das Volk noch "zu dumm" für eine bestimmte Sache ist. Das Volk ist aber nicht "zu dumm". Die "Sprache des Volkes sprechen" heißt nicht, das nachzureden, was das Volk spricht, sondern einen bestimmten Sachverhalt gut verständlich zu machen.
"Heartfields Fotomontagen waren Kunstwerke, die aufklärend und agitatorisch wirkten, die 'volkstümlich' waren, nicht 'von oben herab' – als vereinfachte und etwas schlichte Darstellungsweise, als politischer Nachhilfeunterricht für die zurückgebliebenen Massen (. . .)" (G.Ricke, Die AIZ, S.101)
"Man braucht nie Angst zu haben, mit kühnen, ungewohnten Dingen vor das Proletariat zu treten, wenn sie nur mit seiner Wirklichkeit zu tun haben. Es wird immer Leute mit Bildung, Kunstkenner, geben, die sich dazwischendrängen mit einem 'Das versteht das Volk nicht'. Aber das Volk schiebt ungeduldig diese Leute beiseite und verständigt sich direkt mit den Künstlern." (40)
Je besser, wirklicher und näher ein Inhalt vermittelt wird, **desto** höher ist das Niveau der Kunst, denn Klarheit ist ein Zeichen großer Kunst und je mehr Menschen werden den Inhalt verstehen.

V. Die Parteilichkeit des Künstlers, das Primat der Politik und das Problem der sogenannten 'Anleitung'.

Die Künstler gehören ohne Zweifel zu den Menschengruppen, die einen besonderen Weg zum Kommunismus gehen. "Auf Grund seiner sozialen Stellung in der Gesellschaft und der Eigenheiten seines Berufes kann sich der Künstler nicht darauf beschränken, kommunistisch organisiert zu sein . . ." (W.Herzfelde) "Was von den Intellektuellen gilt, trifft auch auf den Künstler zu: er muß sich das Recht, mit Proletariern Schulter an Schulter zu kämpfen, erst erwirken!" (W.Herzfelde) (41) Nehmen wir das Beispiel Picasso. Picasso ist 1944 der KP Frankreichs beigetreten, also in einer Zeit, als man diese Partei noch als kommunistisch bezeichnen konnte. Diese Mitgliedschaft hat aber nie **ernsthafte** Auswirkungen auf das Schaffen Picassos gehabt. Das viel zitierte Bild "Guernica" oder die "Friedenstaube" für einen kommunistischen Weltkongreß sind da keine Ausnahmen. In "Guernica", das den ersten faschistischen Bombenangriff im spanischen Bürgerkrieg darstellt, ist die bürgerliche Kunstauffassung, in deren Tradition auch alle anderen Bilder Picassos stehen, durch nichts beiseite gedrängt. Picasso ist zwar **formal** per Parteibuch an die Seite des Volkes getreten, doch ein wirklicher Künstler **des** Volkes ist er nie geworden. Man geht nicht zu weit, wenn man Picasso als bürgerlichen Künstler bezeichnet. Bertolt Brecht hat deshalb die richtige Forderung an die kommunistischen Maler gerichtet: "Wenn ihr gefragt werdet, ob ihr Kommunisten seid, so ist es besser, wenn ihr zum Beweis eure Bilder als eure Parteibücher vorzeigen könnt." (Brecht, Über Politik und Kunst, S.108)
An dieser Stelle müssen einige Widersprüche ausgeräumt werden, die vielfach noch zwischen kommunistischen Intellektuellen und kommunistischen Künstlern existieren. So ließ sich beispielsweise ein ehemals leitender KBW-ZK-Genosse in Bielefeld zu der Bemerkung hinreißen: "Man, (d.h. die Ortsaufbaugruppe Bielefeld) müsse aufpassen, daß die kommunistische Politik in Bielefeld nicht im "Bohemienismus" (!) versinke." Es ging dabei um eine bereits vollzogene gemeinsame Mietung von Räumen durch die Ortsaufbaugruppe mit der Projektgruppe Kunst & Politik, von der der Vorschlag dazu ausgegangen war. Ich zitiere dies deshalb hier, weil es sich um ein typisches Vorurteil handelt. Dazu muß man noch wissen, daß "Bohemien" eine Bezeichnung für einen haltlosen, versoffenen bürgerlichen Künstler ist, die aus dem 19.Jahrhundert stammt. Diese kleine Geschichte wäre nicht erwähnenswert, wenn es unter den kommunistischen Künstlern nicht selber Auffassungen gäbe, die sich als Angehörige einer besonderen "niedrigen Kaste" sehen. Der auch dann, wenn er Kommunist geworden ist, noch einen bösen Fluch mit sich herumschleppt, der ihn auf ewige Zeiten unbefähigt läßt, selbständig in der richtigen Weise politisch zu denken und aktiv zu werden. Ein Künstler, der radikal den Standpunkt des Proletariats einnimmt, d. h. den Standpunkt des Kleinbürgertums verläßt und zum Kommunisten wird, ist aber mit einem bürgerlichen Künstler genausowenig identisch, wie ein kommunistischer Intellektueller mit einem bürgerlichen. Vorrang der Politik heißt nicht Vorrang der Politiker. "Primat der Politik" in Kunst und Kultur **reduziert** sich im Hirn etlicher kommunistischer Künstler auf die sogenannte "Anleitung" der Künstler durch die kommunistische Organisation. Dabei wird eigentlich nie klar gesagt, wie eigentlich diese Anleitung ausgesehen hat, in der Vergangenheit, oder wie sie aussehen soll und wer anleitet. Ein Beispiel aus der letzten "Kulturfront": Die Redaktion wehrt die falsche Auffassung eines Genossen, der meint, daß ein Künstler, der nicht der Arbeiterklasse angehört, auch keine Kunst im Dienste der Arbeiterklasse machen könne, mit folgenden Worten ab: "Es gibt eine Reihe revolutionärer und kommunistischer Künstler, die aus bürgerlichen Kreisen stammen und durchaus Kunstwerke im Interesse des Proletariats geschaffen haben. Es seien John Heartfield, George Grosz und Heinrich Vogeler genannt. Sie hatten eines gemeinsam: die Anleitung durch (. . .) die KPD." (Kulturfront 2/74, S.13)
Wie sah denn nun diese Anleitung aus?
Bleiben wir beim Beispiel John Heartfield: Sah die Anleitung so aus, daß das Zentrale Komitee der KPD regelmäßig seine Arbeiten "abnahm" und prüfte? Sah die Anleitung so aus, daß es Direktiven gab, wie der Pinsel zu schwingen oder die Montageschere zu führen sei? Nichts von alledem! Die Anleitung "sah überhaupt nicht aus",

(39) Bertolt Brecht, Über Realismus, Frankfurt 1971, Seite 39
(40) Bertolt Brecht, Volkstümlichkeit und Realismus. In: Schriften zur Literatur und Kunst, Band 2, Seite 147/148
(41) Herzfelde, Gesellschaft, Künstler, . . . Seite 104/105

d. h. es gab sie in dieser **mechanischen** Vorstellung gar nicht. Der Bruder John Heartfields, Wieland Herzfelde, schreibt dazu:
"In Heartfield waren politische Klarheit und agitatorischer Wille mit bildnerischer Gabe und revolutionärem Temperament nahtlos verschmolzen." (Heartfield, Leben und Werk, S.51, Dresden 1962)
Heartfield war seit ihrer Gründung Mitglied der KPD, nahm teil an Kundgebungen, Veranstaltungen, Kampagnen usw. und trat als Agitationsredner auf. Das heißt, Heartfield hatte seine politische Klarheit aus seiner politischen Praxis und der Vertrautheit mit der politischen Linie der KPD, dies schlug sich in der großen politischen Klarheit seiner Arbeiten als Künstler nieder. Das ist die ganze "Anleitung", die Heartfield hatte und mehr "Anleitung" kann der kommunistische Künstler von einer Organisation auch nicht bekommen. Primat der Politik in der Kunst kann **nicht** einfach in der **mechanischen Übertragung** der Parole "Die Partei kommandiert die Gewehre!" zur Losung "Die Partei kommandiert die Pinsel!" bestehen. Ähnliche Versuche in der Geschichte der Arbeiterbewegung sind aus guten Gründen immer in die Hose gegangen.
Die inhaltliche, politische Klarheit revolutionärer Kunst wächst mit der politischen Klarheit in den Köpfen der Künstler, die sie herstellen. Und die Brauchbarkeit politischer Kunstwerke für das Proletariat wächst mit der Fähigkeit der Künstler, die politische Klarheit mit großer künstlerischer Aussagekraft zu verschmelzen.

Wer den Standpunkt Lenins in dieser Frage ermitteln möchte, sollte sich nicht auf das Studium von 'Parteiorganisation und Parteiliteratur' beschränken, sondern auch folgenden Satz gut überdenken, den er an Maxim Gorki schrieb:
"Schließlich bin ich völlig und unbedingt damit einverstanden, daß in Fragen des künstlerischen Schaffens Ihnen das entscheidende Wort gehört ..." (Lenin, An A.M.-Gorki, 1908, Über Literatur und Kunst, S.482)
Ich meine, es liegt in dieser Hinsicht eine begriffliche Verwirrung vor, wenn das 'Rote Signal' in seiner Chile-Broschüre schreibt:
"Was dabei allerdings immer noch fehlte, war eine direkte Anleitung einer führenden Organisation, die es uns ermöglichte, unsere Arbeit nach den Interessen des Proletariats zu bestimmen. So hatten wir große Schwierigkeiten in unseren Liedern, die richtige Verbindung von Form und Inhalt herzustellen und historische Lieder in der jetzigen Zeit richtig einzusetzen." (Agitprop-Theater, S.58)
Es ist zwar richtig, daß man durch das Vorhandensein einer "führenden Organisation" am Ort die **Strategie**, unter der revolutionären Kultur eingesetzt wird, besser und richtiger bestimmen kann, doch mit der Einheit von Form und Inhalt **in** der revolutionären Kunst, hat das nichts zu tun. Die wird auch nicht besser, wenn eine führende Organisation am Ort ist, und es den Künstlern gelingt, diese Einheit herzustellen. Dies hängt davon ab, inwieweit schon gerlernt wurde, einen inhaltlich bestimmten Stoff in eine geeignete Form zu bringen.

VI. Zur Kritik einiger Kritiker der Pop-Kultur (Am Beispiel der Sichtung einiger KVZ-Artikel) (42)

Es gibt wohl keine Frage, die von den Kommunisten bisher oberflächlicher, schematischer und mit größerer Geringschätzung behandelt wird, als die der Pop-Kultur und ihrer Ursachen.
Eine beachtliche Geringschätzung, wenn man bedenkt, daß eine der Hauptbeschäftigungen eines jugendlichen Werktätigen neben dem Geldverdienen darin besteht, Produkte dieser Kultur zu konsumieren.
Was bedeutet es, wenn er ihnen **unterliegt**, d. h., sie nicht mit Distanz konsumieren kann, daß er kaum Energiebeiträge zur Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse aufbringen wird. Ziel einer Kritik der Pop-Kultur muß sein, nicht den Massen **die** Unterhaltung madig zu machen, sondern sie in kritische Distanz zu Sachen zu bringen, die bürgerliche Ideologie transportieren. Jemand, der gegen eine Krankheit geimpft ist, kann sich nicht mehr anstecken, jemand, der gegen die Pop-Kultur "geimpft" ist, kann sich von ihr unterhalten lassen, ohne ihr "Opfer" zu werden.
Dies können wir nur erreichen, wenn wir den Massen **richtige** Einsichten in die Zusammenhänge vermitteln. Das wird aber nicht gelingen, wenn wir ihnen nur einen "politischen Nachhilfeunterricht von oben herab" geben wollen. Sie wie ein Kleinkind von etwas "Verbotenem" wegzerren wollen. (Bekanntlich sind "verbotene" Sachen besonders gefragt.) Den Massen Kenntnisse in die Hand zu geben, ihre eigene Situation zu verstehen, setzt aber voraus, daß **wir** diese Situation richtig verstanden haben.
Wie sieht es damit aus?
In der KVZ Nr.11 vom 29.Mai hieß es dazu: "... die Schlager- und Popmusik (hat) großen Einfluß auf alle Teile der Jugend gewonnen." Nachdem dann festgestellt wird, daß sie aus einer "spontanten antiautoritären Bewegung in der Jugend" entstanden sei, heißt es ein paar Sätze weiter: "... sind alle diese Strömungen ... so ziemlich auf dem **gleichen Mist** entstanden (!) und nach Westdeutschland importiert (!) worden". Das ist ehrlich gesagt ein ziemlich starker Arschtritt für alle Jugendlichen. Es wird nichts wirklich erklärt, nur ungehobelt geschimpft. Das rief zu Recht großen Unwillen und Ärger bei vielen Leser hervor, der sich dann in einigen Leserbriefen in Nr.13 vom 26.Juni Luft machte. Dort heißt es unter anderem: "Damit wird überhaupt nicht die Frage beantwortet, **warum** die Pop-Musik so großen Einfluß gewonnen hat."
Seitdem ist **ein** weiterer Artikel zur Pop-Musik erschienen und eine mufflige Kurz-Stellungnahme zu "Diskotheken". In dem genannten Artikel wird die Pop-Kultur als ein "... Trick (der Bourgeoisie), unsere Unzufriedenheit gegen uns selbst zu wenden" entlarvt und werden einige unzeitgemäße (weil veraltete) Einschätzungen über Bob Dylan gegeben. Jedermann (jedenfalls der an Pop-Platten interes-

(42) Der Abschnitt über die Pop-Musik hat **ein** Ziel: über die ansatzweise Aufdeckung der Hintergründe und Grundlagen der Entwicklung der Pop-Musik die Arroganz, Ignoranz und mißachtende Überheblichkeit, die diesen Erscheinungen bisher von vielen Kommunisten entgegengebracht wird, einer Kritik zu unterziehen, **mehr nicht.** Zur Frage der Übernahme von Teilelementen und Formen dieser Musik in die Praxis der revolutionären Agit-Prop- und Musikgruppen wird nichts ausgesagt. Es geht hier nur darum, nachzuweisen, daß eine Analyse und Kritik dieser Erscheinungen **nur** vom Standpunkt der Massen aus geleistet werden kann und nicht in der Selbstbeweihräucherung des eigenen politischen Bewußtseins bestehen darf, das den Bedürfnissen der Massen abstrakt und schulmeisterlich entgegengehalten wird.
(43) Herzfelde, Gesellschaft, Künstler ... Seite 94

sierte Jugendliche) weiß, daß Bob Dylan als Protestsänger seit einigen Jahren aus dem Geschäft ist. Sein "Blowin in the wind", das im Artikel zitiert wird, stammt immerhin **aus der ersten** Hälfte der 60er Jahre! (Mit Hannes Wader, ebenfalls zitiert, verhält es sich nicht anders.)

Wenn wir bei derartigen Einschätzungen stehen bleiben, werden wir eher auf Gelächter als auf aufmerksames Interesse stoßen.
Man kann nicht immer nur die Frage stellen, wem dient die oder die Art der Pop-Musik, wenn man ihre **Ursachen**, und ihre Erscheinungsformen nicht **schlüssig** erklären kann. Wenn man das nicht kann, wird man sehr schnell zu dem Schluß kommen, daß sie der Bourgeoisie dient und hat doch niemanden überzeugt. Wenn man den Kapitalismus nur beschimpfen, aber nicht erklären könnte, könnte man auch keine Perspektive seiner Überwindung zeigen und würde keinen Menschen überzeugen.
Ich meine, es ist falsch, an die Kritik der Pop-Kultur immer mit Sätzen wie "die Bourgeoisie bezweckt das und das damit" heranzugehen. Das führt dann zu solchen Schimpfkanonaden über die Pop-Kultur. Dabei wird dann vergessen, daß man mit dieser Art der Kritik nicht in erster Linie die Bourgeoisie trifft, sondern die Bedürfnisse der Massen. Denn: "Jegliche Kunstproduktion ist das Spiegelbild ihres Publikums, oder umgekehrt!" (W.Herzfelde) (43) Man sollte der "schlechten Musik", wie Hanns Eisler sie genannt hat, eine gewisse Achtung entgegenbringen. "Die Achtung (ich sage nicht die Liebe) für üble Musik ..., ist vielmehr das Wissen um die soziale Rolle der Musik. Die Völker haben immer dieselben Briefträger und Trauerträger ... es sind die schlechten Musiker." (Marcel Proust, zit. in: Hanns Eisler, Zur Dialektik der Musik, S.269)
Eisler führt dann weiter aus:
"Können wir die schlechte Musik liquidieren und wann? Wenn die Völker ... (sie) nicht mehr brauchen werden. Also im blühenden Sozialismus und Kommunismus, in dem auch die eigentliche Grundlage der schlechten Musik aufgehoben wird, nämlich der Musik-Analphabetismus, der von den gesellschaftlichen Verhältnissen produziert wird." (ebenda)

Zweitens meine ich, daß es vom marxistischen Standpunkt aus unernst ist, so zu tun, als könnte die Bourgeoisie gerade in Sachen Pop-Musik die Fäden beliebig wie ein Puppenspieler ziehen. Man sieht doch tagtäglich, daß sie nur sehr beschränkt in der Lage ist, die Fäden der kapitalistischen Wirtschaft zu ziehen. Wenn wir aber das herrschende Bewußtsein über diese "freie Marktwirtschaft" als **Schein**bewußtsein charakterisieren, das die wirklichen Verhältnisse auf den Kopf gedreht widergibt, wie können wir dann in der Frage der Pop-Kultur zur der Einschätzung gelangen, daß die Bourgeoisie bewußt alle Fäden ziehe? Die Bourgeoisie ist zwar kein 100 % geistig behindertes Kind ihrer, von ihrem Bewußtsein unabhängig durchgesetzten Verhältnisse. Sie ist aber auch keine Beherrscherin ihrer Welt. Wenn das so wäre, hätten wir nicht die Spur eine Chance, diese Klasse in den nächsten 1 000 Jahren zu entmachten.
Wenn es stimmte, daß die Pop-Musik in allen ihren Varianten ein von den Kapitalisten bewußt in die Welt gesetztes Mittel zur Verdummung der Massen wäre, und die Massen jedesmal bereitwillig darauf eingingen, wie kommt es dann, daß so viele Versuche von Werbe-Promotern der Plattenfirmen künstlich eine "Masche" zu erzeugen, kläglich Schiffbruch erleiden? Das ist doch gerade das "Desaster" der gegenwärtigen "Pop-Szene", daß ihr eine tragende Idee fehlt. Diese tragenden Ideen sind in der Vergangenheit niemals aus den Werbestuben der Plattenfirmen gekommen oder sonst irgendeiner kapitalistischen Zentrale. Solche tragenden Ideen, wie sie beispielsweise im Blues, Jazz, Rock 'n Roll und Beat existieren, hatten einen aktiven Rückhalt im Volk, existierten, **bevor** die Plattenindustrie sie aufgespürt, hochgepeitscht und ökonomisch ausgeschlachtet hat. Das heißt, wir müssen unterscheiden zwischen den Versuchen, solche Sachen zwecks Ausnutzung zu erzeugen und denen, die ausgenutzt werden, die aber als eine Art moderne **Musik im Volk**, entstanden sind. Künstlich erfundene Maschen kommen nur dann an, wenn sie durch Zufall Gefühle oder Meinungen im Volk aufspüren und sie schüren. Typisches Beispiel ist der "Exorzist". Der "große Durchbruch" wird durch Werbung allein nie erreicht. Die Beat-Musik der frühen 60er Jahre war eine originäre, wenn auch unbewußte, Schöpfung des Liverpooler Jungproletariats und zog allein aus dieser Tatsache ihre Dynamik, die sie später entwickelt hat. Sie existierte lange bevor die Plattenbosse kamen. Sie war entstanden in einer Art unbewußter Reaktion auf die Verhältnisse in der Fabrik. Sie verschaffte den jungen Arbeitern in ihrer "Freizeit" genau das, was sie brauchten, um sich für die dumpfen Ausbeutungsverhältnisse in der Fabrik zu erholen. Lautstärke, Unterhaltung, Optimismus. Und sie verschaffte ihnen sogar eine, wenn auch in bürgerlichen Schranken befangene, Form der kulturellen Selbständigkeit. Diese Bewegung sprang dann, als sie einmal veröffentlicht war, wie ein Funke über, sie wurde nicht einfach "exportiert" oder "importiert". Sie konnte sich für eine gewisse Zeit auch in anderen Ländern einen aktiven Rückhalt in den Massen verschaffen. Wer einige bewußte Erinnerungen an diese Zeit hat, wird wissen, daß es in Westdeutschland auf jedem Dorf eine "Amateur-Gruppe" gab und in fast jeder Dorf-Kneipe eine Band spielte. Das konnte nur so sein, weil sich die Lebensbedingungen des westdeutschen Proletariats und des der anderen Länder nicht wesentlich von denen des englischen unterscheiden. Als dann durch die totale Kommerzialisierung die zu "großen Stars" aufgebauten Bands sich immer mehr von den Massen abhoben und mit ihnen die Musik, war auch der Beat-Rausch bald verendet. Was sich danach noch auf der "internationalen Pop-Szene" abspielte, war nichts als der Ausguß dieser Bewegung, die im Grunde schon tot war. Sie hatte nur ihre Dynamik erreicht, weil sie einmal im Volk gewurzelt hatte. Die Pop-Kultur, die wir heute vor uns haben, hat zur Zeit nicht diese Verankerung. Sie bleibt aber bestehen, weil die Lebensbedingungen im Kapitalismus nach solchen Formen der Unterhaltung verlangen.

Die Kapitalisten sind nicht so "begabt" (im Sinne ihrer historisch beschränkten Stellung und Einsicht), daß sie eine solche "tragende Idee" wie die Beat-Musik der frühen 60er Jahre, die in Wirklichkeit in ihrem Interesse funktioniert, hervorbringen und den Massen aufschwatzen könnten.

M.W., Bielefeld, Nov./Okt. 1974

Einige Erfahrungen aus dem Landtagswahlkampf in Hessen

Die Auswertung der Stellungnahmen und Berichte der Leitungen der Ortsgruppen und Ortsaufbaugruppen des KBW sowie von befreundeten Organisationen ergibt:
Von allen wird ausdrücklich bestätigt, daß der Beschluß des Zentralen Komitees vom 8. Juni, sich an diesen Wahlen mit der Aufstellung eigener Kandidaten zu beteiligen, richtig war und diese Wahlbeteiligung ein politischer Gewinn gewesen ist. Als Beispiel dafür die Stellungnahme der Frankfurter Ortsleitung: "Der Wahlkampf hat uns insgesamt vorangebracht, das drückt sich auch im Wahlergebnis aus. Es wird heute auch keine Stimme in der Organisation geben, die sagt, die Wahlbeteiligung war falsch. Auch in den Massenorganisationen sind solche Stimmen nicht laut geworden. Das ist durchaus recht bemerkenswert, denn als im Mai von einer Beteiligung an den Landtagswahlen geredet wurde, hat das zunächst nur ungläubiges Staunen hervorgerufen. Die Wahlbeteiligung hat also Türen aufgestoßen, sie war ein Schlag gegen die damals noch überwiegende Sektenmentalität in der Organisation."
Bereits auf dem dritten hessischen Sekretärstreffen ist die Stellungnahme des Ständigen Ausschusses des Zentralen Komitees (1) von den anwesenden Sekretären gebilligt worden. In den Stellungnahmen der Leitungen wird die genauere Auswertung der Wahlen in der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 23/74 (2) durch den Sekretär des Zentralen Komitees ebenfalls begrüßt.
Differenzen zum Beschluß des Zentralen Komitees vom 8. Juni gab es mit den Sympathisantengruppen in Rüsselsheim und Marburg (3). Diese wurden während der Vorbereitung des Wahlkampfes ausgeräumt. Heute kann man also zusammenfassend sagen: Der Beschluß des Zentralen Komitees vom 8. Juni und diese Wahlbeteiligung wird von allen Ortsorganisationen als richtig anerkannt und bestätigt.
Im folgenden werden einige Erfahrungen und Fehler zusammengefaßt. Als Grundlage dienen die Stellungnahmen in der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 22 und 23.

Politik und Wahlkampfführung der bürgerlichen Parteien

SPD: Die SPD hat sich in diesem Wahlkampf verteidigen müssen und war der CDU gegenüber in der letzten Wahlkampfphase hilflos. Sie hat die Lage beschönigt, die CDU nicht. Die CDU hat die SPD-Führung durch eine gezielte und gut plazierte Enthüllungspolitik stark in Verlegenheit gebracht, die Unzufriedenheit der Massen damit zu bestärken versucht und die Mitgliedschaft der SPD weiter von ihrer Führung entfernt. Zumindest hat sie in die Reihen der SPD-Mitglieder Verwirrung und Bestürzung tragen können. Am deutlichsten für diese Politik der CDU steht die Affäre um die Hessische Landesbank.

Daß die SPD sich in diesem Wahlkampf verteidigen muß, das war keineswegs ihr Konzept und ihre Absicht. Zu Beginn des Wahlkampfes hatte sie vor: erstens ihre Leistungen in der Regierung herauszustellen ("Die Hessen können Flagge zeigen – zuversichtlich und selbstbewußt") und zweitens die Krise zu leugnen ("Die Krise aber, von der viele reden, findet nicht statt"). (4) Das war noch Anfang Juni, im Juni und Juli wurde und mußte die Krise anerkannt werden, wurden aber ihre Folgen für die Arbeiter beschönigt (vgl. Kommunistische Volkszeitung Nr. 16/74 "Wie die hessische Landesregierung die Arbeitslosigkeit bekämpft"). Auf dem hessischen Landesparteitag am 16. August bezog sich die SPD direkt auf eine entscheidende Frage der Arbeiter – Osswald sprach von der "Geißel der Arbeitslosigkeit" – und reagierte mit einer positiven Antwort: dem "Recht auf Arbeit" und einer "staatlichen Arbeitsplatzgarantie" (vgl. Kommunistische Volkszeitung Nr. 17/74 "Im Kapitalismus gibt es kein Recht auf Arbeit"). Diese Proklamation war von seiten der SPD der Versuch, sich auf die Lage der Arbeiter zu beziehen und auf ihre Probleme Antworten und Lösungen anzubieten. Dieser Versuch scheiterte: Die Arbeitslosenzahlen stiegen beständig, in nahezu jeder wichtigen Region wurden Betriebe stillgelegt, und von diesem Wahlversprechen allein konnten die Arbeitslosen nicht leben. Zugleich wurde es von der bürgerlichen Presse rasch und heftig kritisiert. In der Folgezeit bis zum Oktober kam die SPD kaum mehr auf diesen Vorschlag zurück. Osswald kam selber so herunter, daß er auf einer Mörfeldener Wahlveranstaltung sagte, daß Arbeitslosigkeit eben der Preis der Freiheit sei. Bis August kann man also sagen, daß die SPD-Führung tatsächlich versucht hat, diesen Wahlkampf nach vorn zu führen gegen die CDU unter Bezugnahme auf ihre Leistungen in der Regierung und versucht hat, sich direkt auf die Arbeiterklasse zu beziehen als Arbeiterpartei. In der Folgezeit gelang ihr dies nicht mehr. Sie wurde sowohl durch die wirklichen Verhältnisse widerlegt wie auch politisch durch die Enthüllungstaktik der CDU in die Verteidigungsstellung gedrängt. Der CDU gelang es, für die entscheidenden Monate – September und Oktober – die Korruption und Vetternwirtschaft im Staatsapparat (Hessische Landesbank) und den Einsatz der

(1) "Die Ergebnisse der Wahlen in Hessen und Bayern". In: Kommunistische Volkszeitung Nr. 22 vom 30. Oktober 1974, Seite 1/2
(2) "Nochmals zu den Landtagswahlen: Was zeigt die Untersuchung der Wahlergebnisse? ". In: Kommunistische Volkszeitung Nr. 23 vom 7. November 1974, Seite 8/9
(3) Vgl. Kommunistische Volkszeitung Nr. 13/74: "Die Beteiligung des KBW an den Landtagswahlen in Hessen ist richtig!" (Seite 8)
(4) "Hessen 74" (Juni 1974)

staatlichen Bürokratie gegen das Volk (zum Beispiel über die Rahmenrichtlinien) zum beherrschenden Thema des Wahlkampfes zu machen. Dem hatte die SPD nichts mehr entgegenzusetzen. Sie versuchte einmal, auf dieser Ebene zurückzuschlagen, indem sie Enthüllungen über Bereicherungen von Dregger veröffentlichen ließ. Das machte sie aber sehr halbherzig, vor allem konnte das deshalb kein Ausweg sein, weil sie ja tatsächlich über mehr als zwanzig Jahre hinweg in Hessen mit der Regierung verfilzt ist, die Oppositionspartei in dieser Weise aber nicht.
Mit einer völlig verwirrten Führung, ohne positive Antworten auf die wirklichen Fragen der Massen und durch die Enthüllungen der CDU heruntergemacht, konnte es der SPD nicht gelingen, ihre Mitgliedschaft und Wählerinitiativen zu mobilisieren. Wählerinitiativen hat es nur dem Namen nach gegeben, es waren Hülsen mit prominenten Namen. Bei den letzten Bundestagswahlen war es der SPD noch gelungen, tatsächlich fortschrittliche Kräfte um sich zu sammeln. Die Mitgliedschaft der SPD hat sich passiv verhalten; zugespitzt läßt sich das bei der Osswald-Veranstaltung in Rüsselsheim zeigen. Rüsselsheim ist eine Arbeiterstadt (Opel). Dort hat die SPD 1 500 Mitglieder. Auf der Osswald-Veranstaltung (also der Veranstaltung des eigenen Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten) waren genau 90 Besucher anwesend. Geführt worden ist der Wahlkampf durch einen Apparat, der finanziell aufwendige Broschüren, Ansichtskarten, Plakate herstellen und verteilen ließ. Geführt worden ist er durch die der SPD nahestehenden Zeitungen (lokal und überregional). Die kleineren Veranstaltungen waren durch die Bank weg schlecht besucht, auch wenn sie sich direkt mit den Themen auf die Lage der Arbeiter bezogen. Außerden hat sie Rummelveranstaltungen gemacht: "Zweitägige Rummelveranstaltung mit Musik, Buden, Informationsständen, Beatabend. Alles ohne Diskussionen, praktisch ohne Politik. Minimaler Besuch für den Aufwand. Hauptinteresse am Rummel. Vor allem Kinder, kaum Erwachsene" (Stadteilzelle Frankfurt-Sachsenhausen / Wahlkreis 34).
Eine teilweise Mobilisierung der Mitgliedschaft und der Massen ist nur auf Großveranstaltungen gelungen. Bezeichnend hierfür ist, daß diese kein umrissenes **Thema** hatten, sondern von den **Personen** (Brandt usw.) lebten. Die Frankfurter Großkundgebung mit Schmidt und Brandt in der Messehalle vor 8 000 bis 10 000 ist insofern interessant, als ursprünglich die SPD diese Kundgebung ebenfalls auf dem Römerberg abhalten wollte. Nachdem die CDU-Kundgebung 15 000 Menschen angezogen hatte, hat die SPD ihre Kundgebung kurzfristig in die Messehalle verlegt, um einem direkten Vergleich auszuweichen.
Die Jungsozialisten waren kaum aktiv, die Frankfurter noch am ehesten. Sie haben Erfolge aber ausschließlich durch ihre "Dregger-Show" erzielt, die immer wieder Hunderte anziehen konnte. Sobald sie eigenständige politische Veranstaltungen machten, war nicht viel los: In Gießen hat die Bundesvorsitzende Wieczorek-Zeul vor 40 Teilnehmern gesprochen, in Bensheim Karsten Voigt vor 35 (dieser hat sich ausdrücklich mit dem KBW auseinandergesetzt und aus dem Programm zitiert, das er bei sich trug).
Sofern wir im Wahlkampf mit SPD-Mitgliedern zusammengetroffen oder zusammengestoßen sind, haben wir folgende Erfahrungen gemacht: Erstens verteidigen sie die Politik der SPD nicht, sondern sind von ihr enttäuscht; zweitens ist ihr einziges Argument für die Wahl der SPD gewesen, daß man den Regierungsantritt Dreggers verhindern müsse; drittens haben sie auf unsere Kritik aggressiv und gereizt reagiert, sobald aber diese Reaktionen überwunden waren, haben gute politische Auseinandersetzungen stattgefunden. In Frankfurt steht fest, daß sie teilweise unsere Broschüren und die Kommunistische Volkszeitung kauften.

Verdeckte Parteiveranstaltungen für die SPD durch die Gewerkschaften sind ebenfalls durchgeführt worden. Sie haben – soweit wir davon Kenntnis haben – keine Anziehungskraft gehabt. Ihre Funktion wird eher darin gelegen haben, daß sie sozialdemokratische Vertrauensleute und Betriebsräte zusammengehalten und ausgerichtet haben.

CDU: Die CDU hat diesen Wahlkampf sehr intensiv geführt. Sie hat sich im Gegensatz zu früher nicht nur auf den Apparat stützen können, sondern auch auf Mitgliederaktivitäten. Das ist zunächst dadurch zu erklären, daß diese sich erstens einen Sieg versprachen und zweitens nach dem Sieg einige Vorteile bei Posten- oder Auftragsvergaben. Aber nicht nur damit. Wir haben jetzt eine Lage, wo sich auch die Bürgerlichen direkt auf die Straße begeben und unter den Massen auftreten.
Die CDU hat diesen Wahlkampf als Ankläger gegen die Regierungspartei, Korruption und Vetternwirtschaft geführt. Als Beispiel die Themen ihrer Wiesbadener Veranstaltungen: "Veranstaltung mit G. Stoltenberg. Behandelt wurden: Parteibuchwirtschaft, Politisierung der Verwaltung, Ideologisierung des Verwaltungshandelns und unvernünftige Planstellenausweitung in bestimmten Bereichen. 400 Besucher. Veranstaltung mit Carstens: Hat zwei Stunden über den Kommunismus geredet. 2 000 Leute. Veranstaltung mit Dregger: Hat Enthüllungen über die SPD in ihrer Tätigkeit im Staat gemacht. HeLaBa-Affäre, 2 000 Leute. Veranstaltung mit Kohl: Thema waren Rahmenrichtlinien, Parteibuchwirtschaft. Anwesend 1 500" (Bericht aus Wisebaden). Anzumerken ist hier, daß es der CDU offensichtlich über diese Themen mehrmals gelang, Tausende von Menschen während einer relativ kurzen Zeitspanne zusammenzufassen. Dies gelang der SPD nicht, sie hat meist nur eine Großkundgebung pro Stadt gemacht. Diese Tatsache drückt ebenfalls den Grad der Unzufriedenheit mit der Regierungspartei aus.
Im Gegensatz zu früher und zur SPD hat die CDU diesmal Wählerinitiativen gehabt, also Nicht-Parteimitglieder mobilisieren können. Die wichtigste parteilose Vereinigung ist der "Hessische Elternverein", dem es gelungen ist, Eltern (natürlich fast ausschließlich bürgerliche Eltern) zu mobilisieren.

Die CDU hat an fast jedem Ort, der uns bekannt ist, Großveranstaltungen durchgeführt, die für sie zahlenmäßig gesehen erfolgreich waren. Zugnummern waren Strauß, Dregger und Löwenthal. Aber auch Carstens, Stoltenberg und Kohl hatten gut besuchte Veranstaltungen. Politisch gesehen ist es so, daß sich auf diesen Kundgebungen viel unzufriedene Menschen sammelten und unsere Genossen diese Veranstaltungen immer benutzen konnten, um die Debatte zu führen und die Kommunistische Volkszeitung zu verkaufen. Diese Großkundgebungen waren Hauptmittel der CDU. In Frankfurt hat sie zusätzlich noch gezielte

Veranstaltungen für bestimmte "Schichten" gemacht: für die Bourgeois in feinen Räumen zur Ausrichtung und finanziellen Unterstützung der Partei; für die Jugend (Carstens); für die Arbeiter (Katzer hat in Nied bei Höchst vor mehreren hundert Teilnehmern gesprochen). Im Stadtteil und bei kleineren Veranstaltungen hat sie Schiffbruch erlitten ebenso wie die SPD. In Kassel waren bei diesen Veranstaltungen etwa 30 Leute, fast nur Mitglieder.
An dieser Stelle können wir schon auf zwei Fehler in unserem Eingriff in den Wahlkampf hinweisen, die in Zukunft überwunden werden müssen: Erstens ist die schriftliche und mündliche Propaganda stark bestimmt worden durch Enthüllungen. Mit diesen Enthüllungen über die Verhältnisse, die Regierungspartei und die Regierung bezieht man sich auf den noch unbestimmten und ungeformten Widerwillen der Massen gegen die Verhältnisse. Trägt man sie vor, so bekommt man Beifall. Beschränken wir uns aber darauf, so können wir diesen Widerwillen weder konzentrieren noch formen. Zweitens: Wir haben die Enthüllungen der CDU über die HeLaBa-Äffäre usw., die diesen Wahlkampf von seiten der bürgerlichen Parteien weitgehend bestimmten, nahezu ausschließlich unter dem Gesichtspunkt behandelt, daß im Kampf um die Pfründe die bürgerlichen Partei sich schmutzige Wäsche um die Ohren schlagen und uns einen Teil der Enthüllungsarbeit abnehmen. Daß diese Enthüllungen, vor allem durch die Oppositionspartei, aber nicht zwecklos sind, sondern versuchen, demokratische Bestrebungen der Massen aufzugreifen und für sich zu nutzen, haben wir nicht erkannt. Dementsprechend hat in unserer Agitation und Propaganda die HeLaBa-Affäre keinen Platz gehabt, ist der CDU das Feld überlassen worden, weil wir keine Propaganda für einen demokratischen Staat entwickelt haben.

FDP: Sie ist nicht sehr stark in Erscheinung getreten. Zentrale Kundgebungen hat sie keine durchgeführt. Genscher hat in mehreren Städten Straßenkundgebungen durchgeführt und in der Regel 200 bis 300 (vorübergehend) um sich sammeln können. In Gießen hat Mischnick vor 40 Leuten sprechen müssen. Die Wahlkampfpropaganda der FDP war stark davon bestimmt, daß sie als Korrektiv zu den beiden großen bürgerlichen Parteien nötig ist ("Trennt die Spreu vom Weizen").

In bezug auf die **DKP** ist die Einschätzung auf dem zweiten hessischen Sekretärstreffen bestätigt worden. (5) Sie ist kaum hervorgetreten. Gegen die Stimmung "lieber die SPD als den Dregger" ist sie in ihrer Mitgliedschaft angegangen. Ich glaube, daß man sagen kann: Die DKP hat ihren Einfluß auf die Jugend zu halten versucht. Dies vor allem über Feste, "Polit-Feten" und Süverkrüp-Abende, die an vielen Orten gemacht wurden. Ob bewußt oder unbewußt, sie hat sich in diesem Wahlkampf auf Mörfelden und Marburg konzentriert. Das sind ihre beiden Bastionen in Hessen. In beiden Städten ist sie im Gemeindeparlament. In Mörfelden hat sie im Gegensatz zum sonstigen Stimmenverlust dazugewonnen: 1970 5,2 %, 1974 6,6 %; in Marburg 1970 1,2 %, 1974 2,9 %; bei den gleichzeitigen Kommunalwahlen 1970 5,3 %, 1974 9,1 % (von zwei auf fünf Sitze). In Marburg gibt es einen sehr starken MSB Spartakus, der lange Zeit die Studentenbewegung geführt hat. In Mörfelden lebt die DKP von der Tradition und von ihrem Widerstand gegen die Gebietsreform. Mörfelden ist in ganz Hessen bekannt als "Klein-Moskau". Diesen ehrenvollen Namen hat die Stadt in der Weimarer Zeit bekommen, als die KPD dort sehr stark war und die antifaschistische Bewegung ebenfalls. In den letzten Jahren war die DKP hier die einzige Partei, die gegen die Gebietsreform auftrat und durch ihre Zeitung "Blickpunkt" zu kommunalpolitischen Fragen regelmäßig Stellung bezieht.

Die **Gruppe Rote Fahne** hat ihre Unterschriften durch eine rege und zähe Hausbesuchstätigkeit bekommen. In Hessen ist sie als praktisch organisierende Kraft nirgends vertreten. In Frankfurt war sie das, ist aber insbesondere durch ihre Politik im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung und den Magistrat stark geschwächt worden. Den Wahlkampf hat sie geführt durch a. eine intensive Plakataktion ("Die Arbeiterklasse an die Macht! Wählt KPD!"), b. durch spektakuläre Aktionen bei der CDU-Kundgebung auf dem Römerberg, der Schmidt/Brandt-Kundgebung. Außerdem hat sie die Entlassung von Heribert Plantz (Gießen) nach allen Seiten und überall ausgewalzt. Ihre Veranstaltungen waren durchweg Mißerfolge. Bei ihren zentralen Aktivitäten in Frankfurt (Kundgebung und Veranstaltung) mit Horlemann waren jeweils 250 (KSV Westdeutschland, Gruppe Rote Fahne Hessen), in Kassel sind beide angekündigten Veranstaltungen ausgefallen. Sie hat von Auftritten auf unseren Veranstaltungen gelebt.
Die Gruppe Rote Fahne geht uns gegenüber gern mit dem Argument hausieren, wir hätten wesentlich "kleinbürgerliche Stimmen", sie hätte Arbeiterstimmen. Abgesehen davon, daß auch Kräfte aus dem Kleinbürgertum, die sich für die Revolution entscheiden, uns willkommen sind, stimmt das auch faktisch nicht. Als Beispiel: Im Wahlkreis 37 in Frankfurt (Bornheim u.a.) haben wir 175 Stimmen erhalten. In diesem Stadtteil wohnen relativ wenig Angehörige der Intelligenz, es sind im wesentlichen Arbeiter und Angestellte. Was den parlamentarischen Kretinismus betrifft, den sie gern anderen vorwirft, so dürfte er bei ihr in diesem Wahlkampf am deutlichsten aufgetreten sein: Ihr ganzes Auftreten diente ausschließlich dem Zweck, die Gruppe Rote Fahne bekanntzumachen und darüber Stimmen zu ergattern. Sogar die Gießener Aktion (Besetzung des Gewerkschaftsbüros) war keine Aktion um bzw. gegen die Gewerkschaften, sondern im Kern ein Wahlkampfmanöver. Sie geht so vor, daß sie Aktionen durchführt, die in der bürgerlichen Öffentlichkeit breitgetreten werden, und zielt darauf ab, **über** und vermittels der **bürgerlichen** Öffentlichkeit sich den Massen bekannt zu machen. Da unterscheidet sie sich von Cohn-Bendit nicht.

Die Einschätzung des Wahlergebnisses in bezug auf die DKP, Gruppe Rote Fahne und uns ist bereits in den KVZ-Artikeln ausführlich erfolgt. Hier im folgenden eine statistische Auswertung des Wahlergebnisses in Wiesbaden durch das "Statistische Amt und Wahlamt der Landeshauptstadt Wiesbaden", die zusätzliche Aufschlüsse erlaubt.
"Wahlentscheidung nach dem Geschlecht und fünf Altersgruppen der Wähler / Repräsentativ-Auszählung nach 15 Wahlbezirken". Die Altersgruppen sind aufgeteilt in 18 bis 25, 25 bis 35, 35 bis 45, 45 bis 60, 60 und älter.

	DKP	KBW	GRF
Bei den **Männern**:			
18 bis unter 25	1,5 %	3,3 %	–
25 bis 35	0,7 %	0,4 %	–
45 bis 60	0,6 %	–	0,1 %
60 und älter	0,7 %	–	0,1 %
Zusammen:	0,8 %	0,4 %	0,0 %
Bei den **Frauen**:			
18 bis unter 25	1,6 %	2,3 %	0,3 %
25 bis 35	–	0,5 %	0,1 %
45 bis 60	0,2 %	0,1 %	0,1 %
60 und älter	0,4 %	–	0,1 %
Zusammen:	0,4 %	0,3 %	0,1 %
Zusammen:			
18 bis unter 25	1,6 %	2,8 %	0,1 %
25 bis 35	0,4 %	0,4 %	0,1 %
45 bis 60	0,4 %	–	0,1 %
60 und älter	0,5 %	–	0,1 %
Zusammen:	0,6 %	0,3 %	0,1 %

Wie man sieht, haben wir unsere Stimmen ausschließlich aus der Jugend und haben hier die DKP schlagen können, und zwar deutlich! Die Gruppe Rote Fahne lebt von alten KPD-Mitgliedern oder alten Arbeitern. Auch die wütenden Attacken der DKP gegen die Gruppe Rote Fahne und den KBW während des Wahlkampfes werden hier verständlich: Bei der Arbeiterjugend, den Schülern und Studenten wird sie von uns geschlagen; gleichzeitig ist sie bei den Altkommunisten nicht mehr ohne Konkurrenz.

Unsere wichtigsten Fehler

1. Die Beteiligung an bürgerlichen Parlamentswahlen unterscheidet sich von unseren normalen Aufgaben. Sie ist eine im wesentlichen propagandistische Tätigkeit. Die Tatsache der Kandidatur selber erlaubt dann, auch am Wahltag und auf dem Stimmzettel die Entscheidung für die Revolution zum Ausdruck zu bringen. Der Eingriff in die Wahlauseinandersetzung erfordert eine Zusammenfassung unserer Anschauungen und unserer Politik. Seine Leitlinie muß die des ideologischen Angriffs auf das Privateigentum sein, die bürgerlichen Parteien müssen als Parteien des Privateigentums enthüllt werden. Wir müssen also Gewicht darauf legen, die sozialen Grundlagen ihrer Politik herauszuarbeiten und bloßzulegen. Sonst können wir weder die **Gemeinsamkeit** der bürgerlichen Parteien – Verteidigung des kapitalistischen Privateigentums, Verteidigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung – herausarbeiten noch unser Ziel, die Lösung der Eigentumsfrage durch die soziale Revolution des Proletariats, als Grundfrage der Bewegung herausarbeiten und ihnen entgegenstellen. Gilt diese Leitlinie nicht, so ist der Boden für zwei Fehler in der Agitation und Propaganda geschaffen: dem Reformertum in Fragen der Demokratie und der Position des Klageweibs in bezug auf die sozialen Verhältnisse. Beide sind in diesem Wahlkampf stark gemacht worden. Während der Unterschriftensammlung im Juni ist vor allem der Fehler gemacht worden, die demokratischen Forderungen quasi zu Reformforderungen für die bürgerlich-parlamentarische Republik herunterzubringen. Wenig aufgetreten ist der Fehler, die kleinlichen Schikanen der bürgerlichen Wahlgesetzgebung ins **Zentrum** der Unterschriftensammlung zu stellen. Dem war von vornherein entgegengearbeitet worden. Über diese Schikanen kann man auch schlecht Empörung schüren, denn es liegt auf der Hand, daß eine politische Organisation, die in ganz Hessen nicht imstande ist, 1 000 Unterschriften zustandezubringen, auch nicht viel sein kann (die Gruppe Rote Fahne hat ganz im Gegensatz zu uns monatelang ihren Wahlkampf mit Gezeter über Wahlbehinderungen der "Partei" geführt).
Vor allem durch den Beschluß des Zentralen Komitees "Über einige Fehler im Kampf um Demokratie" (Kommunistische Volkszeitung Nr. 18/74) ist hier Klarheit geschaffen worden. In der Folgezei t ist allerdings die Korrektur überzogen worden: Die sozialen Verhältnisse, das soziale Elend, das die kapitalistische Ausbeuterordnung hervortreibt, sind angeprangert worden – aber nicht mehr die Frage der politischen Macht aufgeworfen worden und die Frage, welche Kraft diese Revolution durchführen wird, die Arbeiterklasse. Das hat dazu geführt, daß Genossen zu Klageweibern werden. Mit vielen kleinen Enthüllungen wird operiert, ohne sie auf ihre Wurzel und das Ausreißen

(5) "Auffällig ist die geringe Aktivität der DKP. Das gilt natürlich eingeschränkt, weil wir nur einen begrenzten Überblick haben. Diese eingeschränkte Aktivität ist aber erklärlich. Die DKP führt ihren Wahlkampf gegen die Rechtsgefahr in Hessen und in der Bundesrepublik. Es verhält sich ja so, daß auf die Linksentwicklung der Arbeiterklasse und des Volkes die Bourgeoisie mit einer Rechtsentwicklung antwortet, als gesellschaftliche **Klasse**, die zum Untergang verurteilt ist, nach rechts geht. Die DKP hingegen identifiziert diese Entwicklung mit einer politischen Partei der Bourgeoisie, der CDU, ruft zum Kampf gegen sie auf, und dies vor allem über die Wahlen und über das Parlament. Deshalb kann sie auch kaum ihre Mitglieder mobilisieren für den aktiven Einsatz für die DKP und deren Kandidatur. Denn die von ihrer bürgerlichen Führung beeinflußten und irregeführten Mitgliedermassen fürchten dementsprechend einen Wahlsieg der CDU und erhoffen einen Wahlsieg der SPD. Sie sind auf Mehrheiten im Parlament fixiert und vertrauen nicht auf die Massen. Deshalb sagen sie sich auch, daß einem Wahlsieg der SPD, sofern es zu einer knappen Entscheidung zwischen SPD und CDU kommt, die DKP-Stimmanteile fehlen könnten, zumal diese durch die Fünf-Prozent-Klausel eh wegfallen. Deshalb betrachten nicht wenige die Kandidatur der DKP eher als hinderlich.
Die DKP hat grundsätzlich ihren Frieden mit der bürgerlichen Gesellschaftsordnung geschlossen und insbesondere mit dem bürgerlichen Staat. Sie behandelt den bürokratischen Staatsapparat nicht als Staat und Maschinerie der herrschenden Klasse, sondern als selbständigen Faktor, der je nach den Kräfteverhältnissen und nach den Mehrheiten im bürgerlichen Parlament Maßnahmen für die Arbeiterklasse oder gegen die Arbeiterklasse beschließt. Deshalb schließt ihre Politik auch die Massen nicht im Kampf gegen den bürgerlichen Staat zusammen im Kampf für Arbeiterrechte und im Kampf um demokratische Rechte, sondern bindet die Massen an den bürgerlichen Staat und an das bürgerliche Parlament. Dann kommt man auch zu solchen Aussagen, wie die DKP in ihrem Wahlprogramm es tut: 'Im Herbst finden in Hessen Landtagswahlen statt. Die DKP beteiligt sich an diesen Wahlen mit dem **Ziel**, Mandate im hessischen Landtag zu erringen.' Natürlich haben wir nichts gegen Mandate im Landtag, die wir als Tribüne des Klassenkampfes nutzen können, aber Zweck unserer Wahlbeteiligung ist, die politische Polarisierung der beiden Klassen zu fördern und die politische Selbständigkeit der Arbeitermassen zu fördern." (Referat des Regionalbeauftragten des Ständigen Ausschusses des Zentralen Komitees auf dem 2. hessischen Sekretärstreffen, Frankfurt 30. September 1974)

der Wurzel, den Kapitalismus, und die Überwindung des Kapitalismus zurückzuführen. So werden aber diese kleinen Enthüllungen ausgesprochen **kleinlich** und ein Sog entsteht, allerlei Feiertagsprobleme breit abzuhandeln und sich zum Volkstümler zu entwickeln. Folgerichtig wird dann der Widerstandsaktion einer Abteilung in der Fabrik (VDM Frankfurt) weniger Beachtung geschenkt als dem Abhacken von Bäumen beim Bau einer neuen Autobahn. Das hat dazu geführt, daß die Kommunisten selber hinter den Massen zurückbleiben, weil diese aufgrund der Verhältnisse selber grad auf Versammlungen kommen und handeln wollen. Sie kommen nicht, weil sie nochmals hören wollen, wie schlecht es ihnen geht. In Darmstadt sind auf einer Veranstaltung zum Gesundheitswesen 20 Kollegen aus den Kliniken gekommen, "die offensichtlich mehr vorhatten als wir Kommunisten. Sie hatten offensichtlich keine Lust, über die Zustände zu jammern, sondern waren gekommen, um zu hören, was man unternehmen kann" (Bericht aus Darmstadt).

In diesem Wahlkampf konnten wir uns beziehen auf einen Unmut über die herrschenden Verhältnisse und einen Widerwillen gegen sie. Unsere Aufgabe besteht nun nicht darin, den Unmut und den Widerwillen einfach zu bestärken, sondern darin, ihn zu konzentrieren, politisch auszurichten und so zu formen. Dies geht aber nur erfolgreich, wenn wir den ideologischen Angriff auf das bürgerliche Privateigentum führen, für die soziale Revolution eintreten und als Mittel dazu die Eroberung der politischen Macht herausarbeiten.

Dies ist ungenügend erfolgt in dem ersten Referat zur Ausrichtung der hessischen Ortsorganisationen auf der Sekretärskonferenz im Mai. Richtig wird gesagt (Kommunismus und Klassenkampf Nr. 3/74, Seite 194), daß zur Debatte und zur Entscheidung das kommunistische Kampfprogramm steht, daß darüber die Polarisierung von bürgerlicher Politik und Politik der Arbeiterklasse erfolgt. Weiter wird aber gesagt (Seite 194 unten), daß die Linie des Angriffs durch die Forderung unseres demokratischen Programms: Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter, gegeben sei. In Reaktion auf Fehler im Niedersachsen-Wahlkampf ist ausdrücklich herausgearbeitet worden, daß diese Linie **angewandt** werden muß, daß es falsch ist, mit der reinen Forderung den bürgerlichen Politikern gegenüberzutreten. Nicht genügend herausgearbeitet worden ist, daß wir den ideologischen Angriff führen auf das kapitalistische Privateigentum, die bürgerlichen Parteien als Parteien der Verteidigung dieses Privateigentums angreifen und unsererseits für den Zweck der Revolution des Proletariats, seine soziale Befreiung, eintreten, wozu Mittel die Eroberung der politischen Macht ist. Das aber ist der rote Faden unseres Eingriffs in den Wahlkampf.

Dieser rote Faden ist in unseren zentralen Dokumenten und Stellungnahmen durchgängig enthalten: im Wahlplakat, der Wahlzeitung, den Broschüren wie auch im Referat für die zentralen Wahlveranstaltungen. Ausdrücklich herausgearbeitet worden ist er im Referat auf dem zweiten hessischen Sekretärstreffen, um die oben genannten und erkannten Fehler zu korrigieren. Insgesamt muß man aber feststellen, daß er in diesem Wahlkampf nicht die Richtlinie des Gesamtverbandes war, sondern sich die Agitation und Propaganda weniger auf dieser Linie, sondern vielmehr um diese Linie herum bewegt hat. Deshalb müssen wir meines Erachtens auch in Zukunft ausdrücklich mit diesem Beschluß des Zentralen Komitees arbeiten. Durch ihn sind sozusagen die gröbsten Schnitzer beseitigt worden, aber in der Alltagsarbeit, in der schriftlichen und mündlichen Agitation treten die genannten Fehler nach wie vor häufig auf. Deshalb gilt nach wie vor: **"Um die Ursachen der aufgetretenen Fehler zu beheben, das Klassenbewußtsein in der Organisation zu heben, müssen wir uns das Programm und den Marxismus-Leninismus besser aneignen und lernen, sie als Instrument der Untersuchung und der Politik zu meistern."**

2. Unsere Propaganda und unsere Tätigkeiten sind im Wahlkampf auseinandergefallen.

Deutlichstes Beispiel dafür ist Frankfurt: Auf der einen Seite war der Ortsverband wie nie zuvor in eine Reihe von Auseinandersetzungen verwickelt, und zwar durchweg führend (Aktionswoche gegen die Schulmisere, Jugendzentren, Umweltverschmutzung, Großkraftwerk, Angriffe auf die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst), auf der anderen Seite hat er Wahlkampf gemacht mit Veranstaltungen, Propaganda usw. Was sich hier praktisch zeigt, zeigt sich ideologisch bei unserer Wahlzeitung: Auf der einen Seite Liste und Fotos der Kandidaten, auf der anderen Seite Untersuchung der kapitalistischen Verhältnisse sowie unsere Programmforderungen. In diesem Wahlkampf muß man zwei entgegengesetzte Tendenzen feststellen: Die zentrale Agitation und Propaganda war allgemein und richtig, aber ohne Fleisch; die am Ort und in den Bewegungen dem Detail verhaftet und insofern kleinlich. Zusammenbringen kann man beides darüber, daß wir diejenigen Forderungen aufstellen und für diese eintreten, die die Massen zusammenfassen gegen den bürgerlichen Staat und die bürgerlichen Parteien, Forderungen, bei denen auf der Hand liegt, daß sie nicht mit oder durch diese Parteien verwirklicht werden können, sondern nur gegen diese; daß wir diejenigen sind, die entschieden für ihre Verwirklichung und Durchsetzung eintreten. Insofern ist für das Wahlmanifest der Westberliner Ortsgruppe die richtige Konsequenz gezogen worden (6)

3. Wir haben ungenügend das Gewicht jeder Stimme für den KBW herausgearbeitet.

Am 10. Juli haben wir in einem Artikel (Kommunistische Volkszeitung Nr. 14/74) geschrieben, daß das Argument, jede Stimme für den KBW sei "verloren", falsch ist. Daß jede Stimme für den KBW schwer wiegt, weil die bürgerlichen Politiker diese Stimmen auf die Goldwaage legen, daß seine steigende Stimmenzahl den Volksunterdrückern im Staatsapparat zu denken geben wird, daß eine Stimmabgabe für den KBW Bedeutung für die Förderung der praktischen Kämpfe hat. Dieser Artikel war notwendig in dieser Situation, weil bei der Unterschriftensammlung für unsere Listen nicht selten dieses Argument vorgetragen wurde. Diese richtige Entgegnung und dieser Gedanke ist bis zum Wahltag nicht mehr aufgenommen worden. Dieser Gedanke ist auch wichtig dafür, daß man der Sperre durch die 5-Prozent-Klausel in der Argumentation richtig entgegentreten kann und nicht wie die DKP bloß sagt, daß sie undemokratisch ist.

(6) Siehe am Schluß des Artikels

Wir haben dort, wo wir uns direkt zur Stimmabgabe geäußert haben (Fernsehen, Rundfunk, Wahlplakat, Wahlzeitung), zur Entscheidung für die Ziele der Arbeiterklasse, für den Sozialismus aufgefordert, nicht aber zur Entscheidung für unsere Politik und für die Organisation, die auf einer richtigen politischen Linie für diese Ziele kämpft und eintritt. Herausarbeiten müssen wir in Zukunft aber, daß jede Stimme für den KBW Gewicht hat, weil sie den Fortschritt der Revolution ausdrückt und ein Faktor für die Kampfbedingungen ist; daß jede Stimme für die bürgerlichen Parteien von diesen benutzt wird, um ihre politische Legitimation durch den "Wähler" zu behaupten und ihre Maßnahmen gegen das Volk zu legitimieren.

Dieser Fehler ist nicht einfach zu überwinden. Unsere Organisation ist an den verschiedensten Fronten des Klassenkampfes in Kämpfe verwickelt und führt sie teilweise, aber diese Kämpfe haben begrenzten Charakter und begrenzte Ziele. Wenn wir in solchen Auseinandersetzungen uns darauf einlassen – und das tun wir noch oft – nur für diese begrenzten Forderungen und Ziele einzutreten und nicht als Revolutionäre arbeiten, dann ist es schwierig, diese in Wahlzeiten mit der Wahlaufforderung zu verbinden. Dann kommen wir in die Schwierigkeit, als gute Organisatoren Zustimmung zu erhalten und Vertrauen zu erwerben – die Wahlaufforderung wird dann aber zur Aufforderung, sich für eine bestimmte **Gesinnung** zu entscheiden, nicht für eine bestimmte **Politik** und **Organisation.**

Dieser Fehler ist sofort nach dem Wahltag ins Auge gesprungen, weil nach unserem Stimmanteil auf der Hand lag, daß die bürgerlichen Kräfte Mut faßten und Atem holten, um jetzt zuzulangen. Das deutlichste Beispiel ist hier die Frankfurter GEW, wo die sozialdemokratischen Vorstandsmitglieder zurücktraten, um eine außerordentliche Mitgliederversammlung zu erzwingen und die Kommunisten aus dem Vorstand abzuwählen. Nach der Wahl mobilisierten sie zusammen mit der Frankfurter Rundschau kräftig. Ihr Ziel haben sie nicht erreicht, unser Genosse ist auf der sehr gut besuchten GEW-Mitgliedersammlung wieder zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden (vgl. Kommunistische Volkszeitung Nr. 28/74). Dieses Beispiel zeigt auch, daß wir nach den Wahlen uns nicht kleinzumachen brauchen, sondern daß wir solchen Angriffen erfolgreich Paroli bieten können.

4. Die hartnäckige Arbeit unter den Massen muß weiter ausgebildet werden.

Daß diese noch nicht gut ausgebildet ist, zeigt die Arbeit mit den Unterzeichnern unserer Unterschriftenlisten für die Kandidatur. Sicher ist richtig, daß wir bei der Sammelaktion selber rechte Fehler gemacht haben und nicht selten aufgetreten sind mit dem Argument: auch wir Kommunisten sollen kandidieren dürfen. Genauso sicher ist aber, daß die Unterzeichner selber oft mehr als dies im Sinn hatten, als sie unterschrieben. Daß diese nicht nur für die Zulassung unserer Organisation eintraten, sondern oft für unsere Ziele eintraten. Beweis dafür ist, daß diese Unterschriftensammlung nicht leicht von der Hand ging, sondern viel Überzeugungsarbeit erforderte, daß viele unser Programm und die Kommunistische Volkszeitung kauften oder die Unterschrift vorerst ablehnten, bis sie unser Programm gelesen haben (in Frankfurt haben wir seit April 4 750 Programme verkauft). Um diese Unterzeichner haben sich die Einheiten nicht sehr intensiv gekümmert. Da mehrmals die Wichtigkeit dieser Unterzeichner für uns betont worden ist, sind von den Leitungen Korrekturen eingeleitet worden. Diese haben sich meist nur dahin ausgewirkt, daß die Unterzeichner angeschrieben wurden, aber nicht dahin, daß sie regelmäßig besucht worden sind und über unsere Aktivitäten informiert worden sind. Einige Beispiele:

Neu-Isenburg: "Die Stadtteilzelle stand in ständigem Kontakt zu den Unterzeichnern. Unmittelbar nach der Unterschriftensammlung haben wir begonnen, den Hausverkauf aufzunehmen. Mit denjenigen Unterzeichnern, die die Kommunistische Volkszeitung kaufen oder Interesse an weiteren Kontakten zu uns gezeigt haben, steht die Stadtteilzelle durch Hausbesuche in Kontakt. Es ist uns allerdings nur (?) gelungen, etwa 15 Unterzeichner in unsere Aktivitäten einzubeziehen. Es hat eine regelmäßige Hausbesuchstätigkeit stattgefunden. Seit dem Wahlkampf gehen wir in dem von der Sanierung betroffenen Gebiet in der Stadt (in ihm leben etwa 3 000 Menschen) von Tür zu Tür, verkaufen die Kommunistische Volkszeitung, Literatur und führen Untersuchungen über den Innenstadtbereich Isenburgs durch. . . . Im Stadtteil konnten zahlreiche neue Kontakte gewonnen werden."

Frankfurt: "Die Unterzeichner der Landesliste sind fast alle besucht worden. Von diesen rekrutieren sich **fast ausschließlich** unsere Wähler im Stadtteil. Vor allem ist es gelungen, durch diese Gespräche einen umfassenderen Überblick über den Stadtteil zu bekommen, was bis jetzt (2. Dezember) zu zwei gut besuchten Veranstaltungen der Zelle führt. Damals war unsere Zelle ja faktisch einen Monat alt . . . Wir haben während der Wahl in 14 Tagen 150 Kommunistische Volkszeitungen verkauft, 175 Stimmen erhalten. Einige regelmäßige Käufer der Kommunistischen Volkszeitung haben "nochmal" SPD gewählt (ausschließlich Intellektuelle), andere haben Familie und Kollegen agitiert, so daß dies verhältnismäßig gute Abschneiden zustandekommt. . . Viele Kollegen, die noch SPD gewählt haben, haben laut verkündet, daß sie es sicherlich zum letzten Mal getan haben . . .

W. hat regelmäßig Hausbesuche gemacht und dabei in einer Woche 46 Broschüren verkauft. Zumindest 5 Wähler. I. hat in ihrem Betrieb offen unser Programm debattiert und überzeugend ihren Kollegen klargemacht, warum sie beim KBW ist und was wir wollen. Von der 50-Mann-Belegschaft haben uns 6 gewählt" (Zelle Bornheim der Ortsgruppe Frankfurt).

Kassel: "Die Unterzeichner wurden besucht, aber kein zweites Mal. G. und U. besuchten drei Menschen, denen sie versprachen, wiederzukommen und weiter mit ihnen zu diskutieren. Das Interesse an der Kommunistischen Volkszeitung war zum Beispiel groß und wir verkauften damals auch ein Programm. Aber wir besuchten die Menschen nicht mehr."

Der Kasseler Bericht stellt die Regel dar, die beiden vorangestellten Berichte die Ausnahme.

Bei der Arbeit der Zellen muß man sich bei diesem Bericht eingrenzen auf ihre Tätigkeiten im Wahlkampf. Aber ihre Fehler lassen Rückschlüsse zu.

Bei den Betriebszellen kann man einerseits ihre schriftliche Agitation überprüfen, andererseits, wie sie sich unter den Kollegen bewegt haben bzw. sie für Veranstaltungen gewonnen haben. Sofern in den (mir bekannten) Betriebs-

zeitungen Artikel zur Wahl enthalten waren, so haben sich diese darauf beschränkt, ausrichtende Artikel aus der Kommunistischen Volkszeitung bzw. Ortsbeilage zu übernehmen bzw. gekürzt nachzuschreiben. Keine Betriebszeitung ist mir bekannt, wo z.B. die Aussagen eines bestimmten bürgerlichen Kandidaten oder Regierungsmitgliedes an der Lage der Arbeiter gemessen worden ist, deren Versprechen unsere Forderungen gegenübergestellt wurden. Ebenfalls wurden keine Artikel erstellt, in denen Debatten im Betrieb aufgegriffen wurden. Die Aktivitäten in bezug auf die Kollegen sind sehr unterschiedlich. Manche Zellen bzw. Zellenmitglieder haben Kollegen für den Besuch eigener oder gegnerischer Veranstaltungen gewonnen. Bewährt hat sich in Darmstadt, daß man von den Veranstaltungen, auf denen man am Vorabend war, in der Abteilung berichtet hat.

Die Zellen im öffentlichen Dienst waren relativ beweglich. Das sieht man an der Zahl der verkauften Broschüren, die überall zwischen 40 und 70 am Arbeitsplatz betragen.

Die Stadteilzellen haben durch diesen Wahlkampf gelernt, kleine Veranstaltungen durchzuführen. Die Erfahrungen sind damit unterschiedlich. Wo mit Handzetteln, mündlicher Einladung und inhaltlicher Vorbereitung gearbeitet wurde, liegen durchweg positive Berichte vor. Der Wahlkampf hat mit dazu beigetragen, daß dieses Mittel der kleinen Veranstaltung durch die Zellen in der Organisation in Hessen weite Verbreitung bekommen hat und überall benutzt wird.

Sowohl die Unterschriftensammlung wie auch der Wahlkampf selber hat erfordert, daß der Verband eine intensive Tätigkeit in den Straßenzügen und durch Hausbesuche entwickelt. Festhalten müssen wir zweierlei: Erstens fällt uns keine Unterschrift und auch keine Stimme in den Schoß, sondern muß erkämpft werden. Das erfordert bei dieser konkreten Aufgabe zweifellos die intensive Arbeit in den Straßenzügen und Hausbesuche. Keinesfalls dürfen wir aber zulassen, daß diese Hausbesuchstätigkeit zur einzigen Methode wird. Bei den Hausbesuchen stoßen wir auf zersplitterte Massen, nicht zusammengefaßt im Betrieb usw., sondern auf einzelne Wohnpartien. Der Verband selber, dessen Hauptmethode kollektives und organisiertes Handeln ist, wird ebenfalls in einzelne Genossen aufgesplittert. Sind aber die Massen aufgesplittert und sind wir aufgesplittert, dann ist das eine günstige Grundlage für alle rechten Fehler in der Auseinandersetzung um die Meinung. Deshalb müssen wir darauf achten, daß wir einerseits die Methode der Hausbesuche und des Hausverkaufs benutzen, andererseits stets besorgt sind um eine Zentralisierung und Organisierung. Diese erfolgt durch die Öffentlichkeit. Am Beispiel: Gut ist bei Hausbesuchen oder Hausverkauf, wenn wir dies verbinden mit der Vorbereitung einer kleinen Veranstaltung oder einer Aufklärungsaktion durch Stelltafeln im Stadtteil.

5. Den Kampf um die Jugend führen und der Anleitung der Massenorganisationen mehr Aufmerksamkeit widmen. Die Arbeiterjugend haben wir, **wenn** wir uns darum gekümmert haben, für politische Unternehmungen im Wahlkampf gewinnen können. In Darmstadt nahmen an einer Veranstaltung des Kommunistischen Arbeiterjugendbundes (KAJB) 140 teil. "Auf dieser Veranstaltung wurde beschlossen, den Wahlkampf des KBW mit einem Stand in der Stadt zur Lage der Arbeiterjugend zu unterstützen und zu zeigen, daß die bürgerlichen Parteien nichts für die Jugend tun. In der Stadt wurde ein Flugblatt verteilt." In Offenbach wurde eine Veranstaltung mit 150 Teilnehmern durchgeführt. In Offenbach gibt es jetzt eine Initiativgruppe KAJB. In Frankfurt ist während des Wahlkampfes die Bewegung für selbstverwaltete Jugendzentren mit dem Magistrat zusammengestoßen; wir haben einen KAJB gegründet.

An den Hochschulen sind in Kassel und Gießen (350 bzw. 375) von den Allgemeinen Studentenausschüssen Podiumsdiskussionen durchgeführt worden. Von den Gesellschaften zur Unterstützung der Volkskämpfe liegen keine Berichte vor.

Das Beispiel der Schulen zeigt am deutlichsten, daß der Wahlkampf uns Möglichkeiten eröffnet, die wir nicht immer haben. Fast überall, wo wir kandidiert haben, ist meist auf unsere Initiative hin an der Schule von der Schülermitverwaltung eine Podiumsveranstaltung mit allen kandidierenden Parteien durchgeführt worden. Sie stießen in der Schülerschaft auf großes Interesse, nicht selten nahmen alle Schüler teil. Wir haben in der Regel gut dabei abgeschnitten. Insbesondere in Kassel sind diese Veranstaltungen nicht nur dazu genutzt worden, um auf Grundlage von Untersuchungen der Lage der Schüler und der Situation ihrer Ausbildung Enthüllungen zu organisieren und um bestimmte Forderungen die Schüler zu organisieren. Erfolg war, daß Schüler Mitglieder der Sympathisantengruppe Kassel wurden und der Verkauf der Kommunistischen Volkszeitung gesteigert werden konnte.

Daß die Anleitung der Massenorganisationen durch die Leitungen und durch die Zellen in den Massenorganisationen noch schlecht ausgebildet ist, hat auch im Wahlkampf zu Buche geschlagen (und drückt sich auch darin aus, daß an dieser Stelle der Fragebogen kaum beantwortet bzw. flüchtig beantworte wurde). Die Möglichkeiten, die der Wahlkampf bietet, wurden nicht genügend genutzt, am wenigsten von den Studentenorganisationen und den Gesellschaften zur Unterstützung der Volkskämpfe. Gleichwohl haben diese gute Möglichkeiten, Wahlkämpfe unserer Organisation zu unterstützen: sowohl durch wissenschaftliche Untersuchungsarbeit als auch durch Veranstaltungen in den Fachbereichen der Hochschulen zu den wichtigsten politischen Themen. In bezug auf die Arbeiterjugend- und Schülerorganisationen gilt: Diese haben ihre Möglichkeiten besser genutzt. Wenn sie genutzt wurden, ist dann aber unter der mobilisierten Jugend nicht weitergearbeitet worden und auf eine Stärkung der Organisation abgezielt worden, sondern haben sich die Genossen wieder zurückgezogen.

Wie haben sich die Ortsorganisationen im Wahlkampf entwickelt?

In Hessen haben wir jetzt zwei Ortsgruppen (Frankfurt, Wiesbaden), drei Ortsaufbaugruppen (Darmstadt, Offenbach, Wetzlar) und zwölf befreundete Organisationen (die in dreizehn Orten arbeiten: Kommunistische Gruppe Oberursel/Bad Homburg). In **allen** Gruppen hat der Wahlkampf die Schwächen drastisch aufgedeckt und **spürbar** gemacht, die **meisten** Gruppen haben Fortschritte gemacht. Zwei sind deutlich zurückgefallen (Ortsaufbaugruppe Wetzlar und Offenbach): eben dadurch, daß die vorhandenen Schwächen voll aufgebrochen sind und

durchgeschlagen haben. Beides sind Gruppen, die kaum mit den Massen verbunden sind und dort, wo sie es sind, diese Möglichkeiten nicht durch beharrliche Arbeit nutzen. Schwer getan in diesem Wahlkampf haben sich, wie zu erwarten war, die jungen und kleinen Gruppen. Bei diesen aber hat die Auseinandersetzung um den Beschluß des Zentralen Komitees vom 8. Juni und die Aufgaben, die aus ihm erwachsen, aber eine politische Auseinandersetzung eingeleitet, die bei Mörfelden, Neu-Isenburg, Bensheim und Marburg dazu geführt hat, daß sie ihre öffentliche Arbeit aufgenommen bzw. verstärkt haben und aus dem Wahlkampf auch gestärkt hervorgehen (Nutzung des Verkaufs der Kommunistischen Zeitung, Nutzung der Veranstaltungen, Nutzung der Hausbesuche und Kontakte). Bei Rüsselsheim und Gießen ist dies weniger der Fall. Für die kleinen Gruppen kann man sagen: Wenn in ihnen ein entschlossener Kader die Führung hat, der die Aufgaben sieht und die Gruppe ausrichten kann, dann haben sie trotz aller Schwierigkeiten auch in diesem Wahlkampf Fortschritte gemacht. Wenn dieser fehlt, haben sie dazu tendiert, den Aufgaben aus dem Weg zu gehen und die Möglichkeiten, die der Wahlkampf uns bietet, nicht zu nutzen.

An einem Beispiel kann man dies erläutern, an dem von **Kassel** (wobei wir berücksichtigen müssen, daß Kassel eine studentische Massenorganisation hat). Als die Wahlbeteiligung feststand, hatte die Sympathisantengruppe Kassel vier Mitglieder. Im Juni "fand eine Beratung mit allen an unserer Politik interessierten Menschen statt. . . Die an unserer Politik interessierten Menschen wurden während des Wahlkampfes in unsere Aktivitäten einbezogen und sind heute fast alle Mitglieder der Sympathisantengruppe" (Bericht Kassel). Jetzt hat die Sympathisantengruppe Kassel 20 Mitglieder (8 Arbeiter und Angestellte, 5 Mitglieder aus der werktätigen Intelligenz, 5 Studenten und 2 Schüler). Im Bericht heißt es weiter: "Auch wenn nicht zu jeder Frage genaue Kenntnisse vorhanden waren, so muß man doch feststellen, daß unsere Untersuchungsarbeit sich im Laufe des Wahlkampfes sprunghaft verbessert hat." "Der Verkauf der Kommunistischen Volkszeitung konnte während des Wahlkampfes verbessert werden. Von der Nr. 15 wurden 360 Exemplare verkauft, von der Nr. 21 535. In und vor den Betrieben konnten wir den Verkauf auf 35 Zeitungen bei der Nr. 21 steigern (vorher 7), was vor allem auf den Verkauf der Genossen im Betrieb zurückzuführen ist. In den Stadtteilen konnten wir den Verkauf von zu Beginn des Wahlkampfes auf bis zu 50 Zeitungen steigern. Auch der Kneipenverkauf hat sich im Laufe des Wahlkampfes verbessert (50 Zeitungen Nr. 21). Wir sind sogar in der Lage gewesen, eine Serie über die Lage der Arbeiterklasse und des Volkes in die Ortsbeilage aufzunehmen. Wenn man bedenkt, daß vor den Wahlen erst eine einzige Ortsbeilage herausgekommen war und bis zu Beginn des Wahlkampfes keine mehr, ist das schon ein enormer Fortschritt." Von den Broschüren wurden 2 530 verkauft. Im Bericht wird weiter festgehalten, daß die Ausbildung zu Politikern vorangekommen ist. Die Fehler, die gemacht wurden, stimmen mit den bisher im Bericht genannten Fehlern überein, aber immer ist an ihre Korrektur gegangen worden.

In Frankfurt ist der Ortsverband seit der Demonstration gegen Magistrat und Landesregierung zur führenden revolutionären Kraft am Ort geworden. War er früher Anhängsel der revolutionären Bewegung, so kann er sich jetzt in ihr durchsetzen und sie führen. Seine Tätigkeit hat im letzten halben Jahr eine Ausweitung und Belebung erfahren. Inzwischen hat die Ortsgruppe 130 Mitglieder, steht aber in bezug auf die Betriebe noch auf schwachen Füßen. Der Sekretär der Ortsleitung stellt fest: "Zum Wahlergebnis: Es ist der Stand, den wir erreicht haben, auch durch den Wahlkampf. Anhaltspunkte: Auf der Mai-Demonstration haben wir annähernd die uns unterstützenden oder sich an uns orientierenden Kräfte beieinander gehabt, das waren . . . etwa 800 bis 900 Menschen. Jetzt sind es 1 300, wobei eine größere Zahl nicht wahlberechtigter Jugendlicher sowie auch etliche Genossen kommen, die sich nicht richtig umgemeldet haben oder auch tatsächlich nicht wahlberechtigt waren. Insgesamt sind das vielleicht 1 500 Menschen. Diese haben uns in dem Sinn bewußt gewählt, daß sie keinen Namen, sondern eine arbeitende Organisation unterstützt haben, deren Tätigkeit sie in gewissem Umfang auch verfolgt haben. Man darf es aber wiederum aber auch nicht überschätzen, daß es jetzt ein leichtes sein wird, diese zu organisieren, daß diese Menschen sozusagen sich fest an uns orientieren und immerzu auf uns schauen. Sondern es sind bestimmte Sachen, wodurch wir ihr Vertrauen erworben haben, und erstens können wir dies wieder verspielen, zweitens ist es so, daß dies Vertrauen nur dazu ausreicht, uns zu wählen, aber nicht, bei uns mitzuarbeiten. Einsammeln können wir niemand. Der Wahlkampf hat uns insgesamt vorangebracht, das drückt sich auch im Wahlergebnis aus. Der Wahlkampf hat uns weiter gezwungen, uns Kenntnisse anzueignen und den Gegner genauer ins Auge zu fassen. Hätten wir uns nicht an der Wahl beteiligt, wären wir vielleicht zu dieser oder jener Wahlveranstaltung hingelaufen und hätten dort herumgemault oder gestört. Aber niemals hätten wir uns genauer mit dem Gegner befaßt und uns auf ihn eingestellt, um gegen ihn richtig zu argumentieren und ihn zu besiegen. Aber daß dies notwendig ist, daß wir dies lernen müssen, wenn wir nicht stänkernde Sektierer bleiben wollen, das ist der Organisation bewußt geworden. Manche Genossen haben es in der Praxis schon versucht, sind dabei meistens auf die Nase gefallen, aber sie haben es eben versucht und dabei in der Praxis einiges gelernt. Viele Kenntnisse über den Feind haben wir uns angeeignet und viele Genossen und Zellen sowie auch die Ortsleitung haben es sich überhaupt erst angewöhnt, den Feind fortlaufend und systematisch zu zu beobachten. Das sind aber entscheidende Voraussetzungen, um in Zukunft Siege zu erringen.

Durch den Wahlkampf bzw. seine Vorbereitung (Unterschriftensammlung) sind wir mit zahlreichen neuen Menschen in Verbindung getreten. haben Kontakte geknüpft, auch von ihnen viel Neues erfahren."

Die Kriterien, die wir für eine Überprüfung der Wahlbeteiligung genannt haben (Kommunistische Volkszeitung Nr. 13/74 und Kommunismus und Klassenkampf), sind alle erfüllt worden. Die Organisation ist politisch reifer geworden. hat gelernt und praktisch erfahren, daß wir uns auf die Massen stützen müssen und sie gegen den Feind führen müssen, daß wir uns nicht auf das linke Milieu stützen dürfen und in ihm herumrühren sollen. Durch die gemeinsame Kampfaufgabe sind die Ortsorganisationen und die befreundeten Organisationen enger zusammengefaßt und vereinheitlicht worden, befreundete Organisatio-

nen sind enger an uns herangezogen worden. Fehler sind häufiger gemacht worden und krasser gemacht worden, aber die Fähigkeit, sie zu erkennen, ist allemal auf Leitungsebene gestiegen und die Bereitschaft, sie zu korrigieren, gewachsen. Für die Gesamtorganisation war der Wahlkampf sicher insofern nützlich, als unsere Linie und Taktik dargelegt worden ist und er insgesamt einigermaßen sorgfältig dokumentiert worden ist.

Reaktionen auf den Wahlausgang

Soweit den Berichten der Betriebszellen zu entnehmen ist, gab es folgendes: Geärgert und geflucht haben die Arbeiter auf den CDU-Erfolg, Freude über die Weiterführung der SPD/FDP-Koalition gab es keine. In bezug auf unser Abschneiden waren die Reaktionen unterschiedlich: Einige Kollegen waren überrascht, daß wir doch soviel Stimmen erhalten haben (in Frankfurt allein 1 300), andere sagten, daß nach diesem schlechten Ergebnis jetzt die Kapitalisten und die Gewerkschaftsführer freie Bahn hätten (haben ihrerseits aber uns nicht gewählt). In bezug auf unser Abschneiden gilt nach wie vor, daß wir im Gegensatz etwa zur Gruppe Rote Fahne bei Wahlen nicht wesentlich über die Reihen hinauskommen werden, die wir direkt erreicht haben und die uns überprüft haben. Die genannten Fehler haben sicher das Stimmergebnis selber geschmälert, auf diese wesentliche Erfahrung und Tatsache aber keinen entscheidenden Einfluß.

Durch die rasche Stellungnahme des Ständigen Ausschusses in der Kommunistischen Volkszeitung sowie durch die Auswertung durch den Sekretär des Zentralen Komitees in der darauf folgenden Kommunistischen Volkszeitung sind die Organisationen des KBW ausgerichtet worden. Bei den Massenorganisationen hingegen (vor allem Gesellschaften zur Unterstützung der Volkskämpfe und Kommunistische Studentenbünde) ist rasch die Frage nach der "Rechtsentwicklung" aufgetreten. Diese Frage wird meiner Kenntnis nach immer noch diskutiert. Die klassenmäßige Grundlage ist die, daß vor allem Kräfte aus der Intelligenz jetzt in der Verschärfung des Klassenkampfes und den erhöhten Anforderungen an die Kommunisten kleinmütig werden und den Rückzug vorbereiten.

Zusätzlich zu den bereits in den Artikeln genannten Argumenten ist festzuhalten:

- Von einer Rechtsentwicklung könnte nur gesprochen werden, wenn die SPD in der Regierung bislang eine "linke" Politik gemacht hätte wie auch die CDU eine Politik betrieben hätte, die sich grundsätzlich von der Politik der SPD in der Regierung unterschieden hätte. Das ist aber keineswegs der Fall.
- Von einer Rechtsentwicklung kann auch deshalb nicht die Rede sein, wenn wir die Gründe für die Stimmabgabe für die SPD untersuchen. War es bei der letzten ordentlichen Bundestagswahl und bei der außerordentlichen Bundestagswahl so, daß die SPD gerade gewählt worden ist, weil sie als Arbeiterpartei und Reformpartei angetreten ist, also tatsächlich eine ideologische Bindung an sie vorhanden war, so ist es jetzt so gewesen, daß viele Arbeiter die SPD gewählt haben nicht **wegen** ihrer Politik in der Regierung, sondern **trotz** ihrer Politik in der Regierung. Insofern ist aus einem starken Motiv, die SPD zu wählen, ein schwaches politisches Motiv geworden. Diese Entwicklung im Motiv für die Wahl zeigt auch, wie dringlich der Aufbau einer selbständigen politischen Partei der Arbeiterklasse ist.
- Wesentliche Teile des Industrieproletariats haben die SPD wegen **Dregger** nochmals gewählt, nicht aufgrund ihrer Politik.
- Das Sozialistische Büro (7) macht in seinem Organ aus dem Wahlergebnis gleich eine "Rechtsentwicklung der Arbeiterklasse". Einige Genossen unserer Massenorganisationen sind dieser Argumentation gefolgt. Das ist schlichtweg falsch. Wenn wir die politische Entwicklung der Arbeiterklasse untersuchen, müssen wir vor allem und zuerst das Industrieproletariat der großen Fabriken als führenden Kern der Klasse untersuchen. Und hier ist es so, daß die zusammengeballten Arbeitermassen entweder aus den oben genannten Gründen nochmals SPD gewählt haben oder sich bereits der Stimmabgabe entzogen haben. In Rüsselsheim, das völlig durch Opel Rüsselsheim bestimmt ist, eine Stadt um die Fabrik herum ist, ist die SPD auf 51,9 % zurück und hat die CDU Stimmengewinne, gleichzeitig ist die Wahlbeteiligung um 5 % gesunken.
- Und schließlich haben wir bei unserer ersten Kandidatur 2 700 Stimmen bekommen und unsere schriftlichen Dokumente sind auf großes Interesse und weite Verbreitung gestoßen (30 000 Broschüren zum Beispiel).

Hans-Jörg Hager

Dieser Bericht wurde vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland auf seiner Sitzung am 18. Januar entgegengenommen. Er ist hier in einer überarbeiteteten Fassung vorgelegt.

(7) In "links", Zeitung des "Sozialistischen Büro", vom Dezember 1974 schreibt G. Schäfer: "In der Arbeiterklasse, besonders rasch aber bei den zahlreichen Mittelschichten, hat die unübersehbare, materiell spürbare Krisenentwicklung keineswegs zu der oft erwarteten Links-, sondern vielmehr zu einer bei weitem vorherrschenden Rechtsentwicklung geführt." Festgemacht wird dies an der Serie der letzten Landtagswahlen, die für die "gesamte westdeutsche Linke eigentlich einen Schock bedeuten" sollte. Welche Wurzeln dieser Schock hat, wurde in "links" vom Oktober 1974 im Artikel "Landtagswahlen in Hessen" ausgeführt: "Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß selbst der graduelle Unterschied zwischen SPD und CDU in Sachen Berufsverbot im Bereich von Kultur und Bildung zur existentiellen Frage werden kann, wenn nach den Wahlen vom 27. Oktober die CDU in Hessen die Regierung stellen sollte ... Der Wahlausgang kann der Linken daher nicht gleichgültig sein." Allerhand aufgeblähte Theorien über die Entwicklung der Gesellschaft und der Arbeiterklasse werden hier offen auf ihren materiellen und klassenmäßigen Kern gebracht: Die Linke ist die Linke im Kultur- und Bildungsbereich, also die Intelligenz, die um ihre Schlupfwinkel im bürgerlichen Staatsapparat fürchtet.

(6) **Wahlmanifest des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)**

Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) strebt eine Wahlbeteiligung mit einenen Kandidaten in den Bezirken Kreuzberg, Wedding und Schöneberg an. In den nächsten Tagen wird er die für die Wahlbeteiligung notwendigen Unterschriften für diese Bezirke sammeln.

Wer ist der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW)? Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) ist im Mai 1973 gegründet worden. Seine Arbeit dient dem Wiederaufbau der Kommunistischen Partei. Inzwischen umfaßt er rund 45 Ortsgruppen und Ortsaufbaugruppen in Westdeutschland. Frühjahr 1974 hat er eine Ortsgruppe in Westberlin gegründet. Seit seiner Gründung arbeitet der KBW auf fester programmatischer Grundlage, dem Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland. Er gibt wöchentlich die Kommunistische Volkszeitung (KVZ) heraus.

Der KBW ist eine Organisation der Arbeiterklasse. Seine Mitglieder sind überwiegend Arbeiter und Angestellte. Sein Zentrales Komitee besteht in seiner Mehrheit aus Arbeitern.

Was will der Kommunistische Bund Westdeutschland?

Die Kommunisten haben keine von den Interessen der Arbeiterklasse getrennten Interessen. Sie gehen aus von dem unversöhnlichen Klassengegensatz, der die gegenwärtige Gesellschaft spaltet: auf der einen Seite die Kapitalisten, die die Fabriken und Maschinen besitzen, auf der anderen Seite die Arbeiter, die in diesen Fabriken und an diesen Maschinen den gesellschaftlichen Reichtum schaffen. Der gesellschaftliche Reichtum wird von den Kapitalisten angeeignet und von den Arbeitern durch Lohnarbeit produziert. Dieser unversöhnliche Klassengegensatz kann nur durch die klassenlose Gesellschaft gelöst werden, den Kommunismus. Die Kapitalisten haben in der gegenwärtigen Gesellschaft die politische Macht, sie besitzen den Staat, egal, welche der bürgerlichen Parteien regiert. Die SPD hat in jahrzehntelanger Regierung aus Westberlin ein Paradies für Kapitalisten und Spekulanten gemacht.

Als erstes muß die Arbeiterklasse den Kapitalisten die politische Macht entreißen, den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen und ihre eigene politische Herrschaft errichten, wenn sie die bestehenden Verhältnisse ändern will. Die Veränderung der Verhältnisse ist nötig, denn sie bedeuten für die Arbeiterklasse Ausbeutung, Unsicherheit der Existenz und Arbeitslosigkeit. Diese Verhältnisse sind schlecht für die Arbeiterklasse. Sie müssen aber nicht so sein.

Welche Forderungen vertritt der Kommunistische Bund Westdeutschland in den Wahlen zum Westberliner Abgeordnetenhaus?

Die Herrschaft der Kapitalistenklasse wird weder durch Wahlen zu bürgerlichen Parlamenten noch in bürgerlichen Parlamenten gestürzt. Aber auch in solchen Wahlen kann man für die Durchsetzung von Forderungen eintreten, die den Arbeitern nützen und den Kapitalisten schaden. Diese Forderungen sind gegenwärtig vor allem:

- Gegen die kapitalistische Rationalisierung und Verschärfung der Arbeitshetze gilt es einzutreten:
  für Verbot der Akkordarbeit und anderer besonderer Auspressungssysteme;
  für den Sieben-Stunden-Tag und das Verbot von Überstunden bei vollem Lohnausgleich.
- Gegen die Folgen der kapitalistischen Krise, die Folgen der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit:
  für mindestens 80 % des Nettolohns als Arbeitslosengeld während der ganzen Dauer der Arbeitslosigkeit;
  für Anerkennung der Jugendlichen, die keine Arbeit finden, als Arbeitslose; Bezahlung von Arbeitslosengeld an jugendliche Arbeitslose;
  für vollen Lohnausgleich bei Kurzarbeit.
- Gegen die Entrechtung der ausländischen Arbeiter. Die Entrechtung der ausländischen Arbeiter bietet den Kapitalisten ein Instrumten zur Spaltung der Arbeiterklasse. Der Entrechtung, Diskriminierung und Benachteiligung der ausländischen Arbeiter gilt es daher entgegenzutreten und für die vollständige Gleichberechtigung der ausländischen Arbeiter zu kämpfen.
- Gegen die Entrechtung durch den bürgerlichen Staat:
  für uneingeschränktes Streik- und Demonstrationsrecht.
- Die Kapitalistenklasse und der bürgerliche Staat treiben die Arbeiterjugend ins Elend und bekämpfen jede selbständige Regung der Jugendlichen gegen die herrschenden Verhältnisse. Dagegen gilt es einzutreten für Jugendzentren in Selbstverwaltung.
- Die Kinder der Arbeiterklasse und aus dem Volk bekommen eine schlechtere Schulausbildung als die Kinder der Kapitalistenklasse und der reicheren Leute. In den Schulen herrscht Mangel an Lehrern und Lernmaterial. Dagegen muß die Forderung vertreten werden nach Einheitsschule für alle Kinder und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr bei kostenloser Versorgung mit Nahrung, Kleidung und Lernmaterial.
- Zahlreiche Schikanen gegen die Arbeiterklasse und das Volk hat der bürgerliche Staat gesetzlich festgelegt. Besonders übel ist der § 218. Dieser Paragraph muß weg.
- Für die Arbeiter und für die ärmeren Teile des Volkes ist es ein großes Unglück, krank zu werden. Auf ärztliche Versorgung müssen sie lange warten und sich dabei häufig noch schikanieren lassen. Die Krankenhäuser sind knapp. Dabei zahlen die Arbeiter und Angestellten ständig mehr Geld für die Krankenversicherung. Richtig ist es, zu fordern, daß die Kapitalisten die Krankenversicherung bezahlen und die Arbeiter sie verwalten. Richtig ist es, für Polikliniken einzutreten, die solchen Krankenkassen gehören.
- Im Strafvollzug führt der bürgerliche Staat immer heimtückischere Methoden ein, zunächst bei wenigen politischen Häftlingen mit dem Ziel, diesen Methoden allgemeine Geltung zu verschaffen. Die Forderung "Weg mit der Isolationshaft" muß deshalb allgemein erhoben werden.

Auslieferung der Städte und Wohnungen an die Spekulanten, Zerstörung der Städte und Abriß der Wohnungen, Mieterhöhung und Vertreibung der Bewohner gehören zu den unvermeidlichen und unaufhaltbaren Begleiterscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft, die auf der Ausbeutung in der Fabrik beruht.

Damit kann nur der Sozialismus Schluß machen, indem er die Kapitalistenklasse und die Spekulanten beseitigt. Gegen jede einzelne Maßnahme des bürgerlichen Staates, wie die Zerstörung ganzer Stadtteile durch Stadtautobahnen, die Erhöhung der Mieten durch Senatsbeschluß, kann man sich jedoch zur Wehr setzen, indem man sich zusammenschließt und gegen die Maßnahmen kämpft. So gilt es einzutreten gegen die verschiedenen Autobahntangenten, die ganze Stadtteile und Tausende von Wohnungen zerstören werden.

Solange der Kapitalismus herrscht, bleibt für die Arbeiterklasse die Lohnfrage von grundlegender Bedeutung. Alle bürgerlichen Parteien treten salbungsvoll auf gegen den Lohnkampf und sagen, "wir" sollten uns zurückhalten im Lohnkampf. Wenn die bürgerlichen Parteien hier von "wir" reden, meinen sie uns. Gibt man ihnen die Stimmen im Wahlkampf, dann gibt man ihnen die Stimme für ihre Hetze gegen den Lohnkampf der Arbeiter und für ihre Verherrlichung des Lohnkampfes der Kapitalisten.

Der KBW steht im unvermeidlichen Lohnkampf zwischen Kapitalisten und Arbeitern auf der Seite der Arbeiter. Er meint, im Wahlkampf darf man die nicht stärken, die im Lohnkampf gegen uns stehen und den Gegner unterstützen, die Kapitalisten und den bürgerlichen Staat. Auch daran muß man bei den Wahlen denken.

Der Sozialismus ist die Zukunft der Arbeiterklasse und der Gesellschaft!

Dieser Auffassung sind heute bereits viele Arbeiter und Angehörige des Volkes. Welcher Weg zum Sozialismus eingeschlagen werden kann, das ist eine schwierige Frage. Erst recht ist das eine schwierige Frage in Westberlin. (. . .) Umgeben von der DDR, die in der Hand der sozialimperialistisch gewordenen Sowjetunion liegt, besetzt von den Truppen der westlichen imperialistischen Staaten und als Enklave der westdeutschen Kapitalisten, da scheint es keinen Weg zum Sozialismus zu geben. Und doch gibt es ihn. Schauen wir die Gegner an, die geschlagen werden müssen, dann sehen wir auch den Weg zum Sieg: Die imperialistischen Besatzungsmächte müssen vertrieben werden, der Sozialimperialismus darf nicht einrücken und die westdeutschen Imperialisten müssen entmachtet werden. Der Kommunistische Bund Westdeutschland vertritt deshalb für Westberlin die Losung:

Gegen die Kapitalistenherrschaft und gegen alliierte Truppen in Westberlin!

Für die Unabhängigkeit Westberlins gegenüber allen imperialistischen Mächten!

Für die Herrschaft der Arbeiterklasse! Für den Sozialismus!

Dafür tritt die Ortsgruppe Westberlin des KBW auch während der Wahlen zum Abgeordnetenhaus ein. Die Arbeiterklasse in Westberlin kann den Kampf für ihre Befreiung nur beginnen, wenn sie ihn selbständig beginnt, weder den Sozialimperialismus fürchtet noch auf den US-Imperialismus setzt und wenn sie mit der westdeutschen Bourgeoisie bricht.

Dieser Weg ist durch die Situation Westberlins für die Arbeiterklasse in Westberlin vorgezeichnet.

Für jede der Forderungen, die der KBW vertritt, haben Teile der Arbeiterklasse und des Volkes in den letzten Jahren bereits Kämpfe eingeleitet. Seit sie besteht, hat die Ortsgruppe des KBW diese Kämpfe unterstützt. Sie stellt sich zur Wahl, damit auch in den Wahlen für diese Forderungen eingetreten werden kann. Die bürgerlichen Parteien sind Feinde dieser Forderungen und Feinde der Ziele der Arbeiterklasse. Den bürgerlichen Parteien CDU, SPD, FDP und SEW deshalb keine Stimme!

Jede Stimme für den KBW ist eine Stimme für die Ziele der Arbeiterklasse!

Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!

Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!

Kommunistischer Bund Westdeutschland
Ortsgruppe Westberlin